STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

des

ausserordentlichen Bundesparteitages

der

Österreichischen Volkspartei

am 28. und 29. Jänner 1952 in Wien

Politischer Ausschuss

Arbeitsgemeinschaft
der
PARLAMENTSSTENOGRAPHEN
Wien I., Parlament
Tel. A 19 500

Karl v. Vogelsang Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

Inhalt der Verhandlungen des Politischen Ausschusses

Seite

1. Die Parteitags-Resolution

Kapitel I: Aussenpolitik 1
Kapitel II: Innenpolitik 3
Kapitel III: Kulturpolitik 12
Kapitel IV: Rechtsfragen 14
Kapitel V: Wirtschaft 18
Kapitel VI: Sozialpolitik 22
Kapitel VII: Politisch Verfolgte 41
Kapitel VIII: Volksdeutsche Heimatvertriebene 41
Kapitel IX: Jugendfragen 43
Die Parteitags-Resolution 74

2. Neuwahl

a) des Bundesparteiobmannes
b) des Generalsekretärs 45

3. Monatliche Kampfspende 49

4. Antrag, betreffend die Vermeidung von Ämterkumulierungen 72

5. Neufassung der Programmatischen Leitsätze... 74

6. Besondere Wünsche, die sich aus der Debatte vom ersten Verhandlungstag ergaben 75

-.-.-.-

(4) a.o. Bundesparteitag (1952) 1. Vorsitzung

I n h a l t

	Seite
1. Eröffnung und Begrüssung durch den gf. Bundesparteiobmann Min.a.D. NR Ing. Raab	1
2. Beschlussfassung über:	
a) die Geschäftsordnung	4
b) das Tagungspräsidium	4
c) die Schriftprüfer	5
3. Bestätigung über die Zusammensetzung:	
a) des Politischen Ausschusses	6
b) der Mandatsprüfungskommission	7
c) der Antragsprüfungskommission	8
d) der Wahlkommission	9
4. Bericht des Bundeskanzlers Dr. Ing. Figl	10
5. Bericht des gf. Generalsekretärs NR Dr. Maleta ...	38
Unterbrechung der Verhandlungen	66

(4) a.o. Bundesparteitag (1952) 1. Nachmittag

Inhalt

6. Bericht der Antragsprüfungskommission — Seite

Berichterstatter Staatssekretär NR Bock 67
Annahme der Vorschläge 72

7. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Berichterstatter Gen.-Sekr.BR Eckert 73

8. Referat: Die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Partei

Bundesminister für Finanzen Dr.Kamitz 75

9. Debatte über die Berichte zu Punkt 4, 5 und 8 sowie allgemeine Aussprache 102

Staatssekretär Graf 104
NR Dr.Gschnitzer 110
NR Altenburger 110
NR Krippner 111
LAbg.Ljf. Stangler..... 113
NR Kranebitter..... 114
Lhptm. Ilg 116
NR Lola Solar 119
Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr.Gruber 120
Stellv.Ljf. Finder 124
Lhptm. Krainer 125
Huber Dr..... 128
Kaspar 131
Bundesminister a.D. Dr.Hurdes 133
Kittel 138
NR Grubhofer 140
LAbg. Zach..... 144
Kussmann 148
Bundesminister für Finanzen Dr.Kamitz (Schlusswort) 150
Vors.Dr.Gorbach (Bekanntgabe der Mitglieder des Politischen Ausschusses) 152

Schluss 153

(4) a.o Bundesparteitag (1952) 2. Vormittag

I n h a l t

Seite

12. Bericht des Politischen Ausschusses

Minister a.D. NR Ing. Raab 1

13. Wahl:

a.) des Bundesparteiobmannes,
b.) des Generalsekretärs.

Dr. Dipl.-Ing. Figl 24

Wahlleiter Präsident Dr. Gorbach 25

Unterbrechung der Verhandlungen 25

(4) a.o. Bundesparteitag 2. Nachmittag
(1952)

Inhalt

Seite

14. Beschlussfassung über die Anträge
des Politischen Ausschusses

Generaldirektor Habich 26

Annahme des Antrages 27

Minister a.D. NR Ing. Raab 28

Annahme des Antrages 29

Generalsekretär NR Dr. Maleta 29

Bundesrat Grossauer 37

Professor NR Dr. Gschnitzer 38

Annahme des Antrages 39

Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Präsident Dr. Gorbach 40

Schlussansprache des Bundesparteiobmannes

Minister a.D. NR Ing. Raab 40

Schluss des Parteitages 44

Beginn der Beratungen: 9 Uhr 10 Minuten.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Ich eröffne die Sitzung des Politischen Ausschusses und begrüsse die erschienenen Mitglieder, die gestern durch den Bundesparteitag gewählt wurden, auf das herzlichste.

Bevor wir in die Tagesordnung des Ausschusses eingehen, möchte ich vorweg den Herrn Dr.Bock bitten, über die zehn Gruppen der von seiten der Landesorganisationen eingebrachten Anträge hier einen kurzen Bericht zu geben, damit wir dann über die Antragstellung an die Vollversammlung beschliessen können.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Alle Damen und Herren haben eine Übersicht über die eingebrachten Anträge zum ausserordentlichen Bundesparteitag in ihren Mappen liegen. Sie finden hier die Anträge nach den verschiedenen Materien gegliedert: In der Übersicht sind alle Anträge - mit Ausnahme der später eingebrachten, die wir dann noch zum Abschluss zu behandeln haben - in fortlaufender Numerierung enthalten. Der Inhalt der Anträge ist kurz angeführt, Sie finden die Nummer, den Inhalt, den Antragsteller und in der letzten Rubrik - mit dem Titel Zuweisung - einen Vorschlag des Generalsekretariats der Partei darüber, was mit dem Antrag nach der Auffassung des Generalsekretariats geschehen soll: entweder Zuweisung an die Bundesparteileitung oder Aufnahme in die Resolution.

Ich würde nun den Vorschlag machen, dass wir die Anträge kurz durchgehen und uns einigen, ob wir die Zuweisung dieses Antrages vorschlagen sollen oder über wir uns über eine andere Form der Erledigung einigen. Ist jemand dagegen? (Es erfolgt kein Widerspruch.)

R heisst also Resolution und BPL Zuweisung an die Bundesparteileitung. Eine weitere Einteilung der Anträge ist nicht vorgesehen.

Antrag 1: Die ÖVP soll für die Idee der vereinigten Staaten von Europa eintreten. - Das gehört zur Resolution. Dazu ist weiter nichts zu sagen.

Antrag 2: Die ÖVP soll die eheste Heimkehr der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitslager-Verurteilten bewirken. - Ich weiss nicht, ob wir das in die Resolution hineinnehmen sollen oder ob wir eine gesonderte Protestresolution fassen sollen, dass wir diesen Zustand mit Empörung feststellen. Sollen wir es also in die Gesamtresolution hineinnehmen?

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Ich glaube, dass wir das gesondert herausheben.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Also wir werden es aus der Gesamtresolution, wo es bereits vorgesehen ist, herausnehmen und gesondert behandeln.

Gruppe II.

Nr.3: Eintreten für die Schaffung eines hauswirtschaftlichen Beirates in Bund und Ländern. Das ist von der Frauenbewegung. Vielleicht kann die Frau Kollegin Solar uns rasch sagen, was damit gemeint ist.

NR.Lola S o l a r: Es ist gemeint, dass in öffentlichen Körperschaften, Landesregierung, Bundesregierung, ein hauswirtschaftlicher Beirat geschaffen werden soll, der bei wirtschaftlich wichtigen Fragen Einfluss nehmen und ein Mitspracherecht haben soll. (NR.Dr.Bock: Im Sinne der Verwaltungsreform?) Ein hauswirtschaftlicher Beirat. (Ruf: Ist "Hausfrau" ein Berufsstand?)

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Wird der Bundesparteileitung zugewiesen.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Antrag 4: Herstellung der Gleichheit hinsichtlich der Vorrückung der Minderbelasteten Ich stelle fest, dass dieser Antrag in den verschiedendsten Formen von verschiedenen Stellen der Partei eingebracht wurde. Ich würde vorschlagen, den Antrag im Zusammenhang mit den verschiedenen anderen Fragen, auch mit den Anträgen der Politisch Verfolgten, der Bundesparteileitung zuzuweisen. - Keine Einwendung.

Antrag 5 ist dieselbe Geschichte mit dem § 27-Ansuchen. Er ist der Bundesparteileitung zuzuweisen.

Präsident Dr.G o r b a c h: Wenn das wieder zum fünfhundertsten Mal ein Begräbnis erster Klasse ist, wäre ich schon dafür, dass man das in anderer Form behandelt. Ich stelle fest, dass gerade über diesen Punkt von mehreren Vertretern der Landesparteileitungen in der Bundesparteileitung Anträge gestellt worden sind/ und dass wir über die Tatsache der blossen Kenntnisnahme mindestens viermal nicht hinausgelangt sind. Ich bitte daher ernstlich, mit Rücksicht auf die übereinstimmende Auffassung mehrerer Landesparteileitungen, diese Sache in der Bundesparteileitung einem gedeihlichen Ende zuzuführen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Da der Redner dort selber drinsitzt, wird die Möglichkeit sein, die Sache entsprechend zu verfolgen. (Präs.Dr.Gorbach: Ich habe es schon viermal verfolgt. Zur Kenntnis genommen, heisst es.)

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Bekämpfung der Wohnungsnot. Das ist für die Resolution vorgesehen. Ich glaube, das kann man so lassen.

Antrag 7: Abänderung des Bevölkerungsschlüssels bei der Abgabenteilung zugunsten der kleineren Gemeinden. Das ist für die Bundesparteileitung vorgesehen. (Ruf: Es ist eine ausserordentlich wichtige Sache.) Wichtig, aber sehr schwierig.

Bürgermeister Dr.G r e i t e r: Der Parteitag wird nicht erwarten, dass die Vertreter der grösseren Städte dem ohne weiteres zustimmen. Eine Änderung der Abgabenteilung zugunsten der kleineren Gemeinden h i s s t zu Ungunsten der

grösseren Gemeinden. Darüber muss man sehr sprechen. Ich bitte nicht erstaunt zu sein, dass zumindest ich für meine Person dem nicht die Zustimmung geben kann.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Die gegenteilige Auffassung wird ja verständnisvoll zur Kenntnis genommen. Aber ich glaube, hier wird ein Majoritätsbeschluss notwendig sein.

Bürgermeister Dr.G r e i t e r: Ja, das meine ich. Ich bitte nur nicht überrascht zu sein, dass es nur ein Majoritätsbeschluss wird.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Dann sind wir uns im klaren.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Antrag 8: Widerstand gegen die sozialistischen Versuche nach weiterer staatlicher Lenkung der Wirtschaft. Das gehört in die Resolution.

Antrag 9: Umwandlung von Bahn und Post in eigene Wirtschaftskörper. Es ist da die Frage, ob man damit die Resolution belasten soll.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Im allgemeinen.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Gehört in die Resolution.

Antrag 10: Auswertung des Neusiedlersees. Das ist eine Spezialfrage. - Bundesparteileitung.

Antrag 11: Ablehnung der sozialistischen Pläne, die Arbeitsvermittlung ausschliesslich den Arbeitsämtern zuzuweisen. Da darf ich sagen, dass wir im Parlament bereits eine ganz eindeutige Stellungnahme zu dieser Frage bezogen und den sozialistischen Antrag längst abgelehnt haben. Es bedarf eigentlich

keines Beschlusses in dieser Richtung mehr. Es könnte das in die Gruppe eingeteilt werden, die schon an sich überholt ist, weil die Parlamentsfraktion bereits eine eindeutige Stellung dazu bezogen hat. Ist das so in Ordnung?

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Jawohl.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Antrag 12: Belebung der Kommunalpolitik der Partei. Er ist der Bundesparteileitung zuzuweisen.

Antrag 13: Senkung der Steuerprogression zugunsten des Mittelstandes. Der Herr Finanzminister hat gestern seinen Standpunkt dazu bezogen. Ich bin dagegen, dass man das in eine Resolution hineinnimmt, weil das ein Widerspruch ist und die Einlösung vorläufig ganz ausser jeder Sicht steht. Ich würde vorschlagen, diesen Antrag der Bundesparteileitung zuzuweisen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Ist dagegen ein Widerspruch? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Antrag 14: Konzentration der Kräfte der Partei - nötigenfalls personelle Veränderungen. Was hat die Landesparteileitung Wien vorgeschlagen?

Ld.PObm. P o l c a r: Bitte, ich habe den Wortlaut nicht bei mir.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Das ist der Wunsch nach Änderung der Regierung. Das ist bereits erledigt. Damit entfällt dieser Antrag; er ist erfüllt.

Antrag 15: Kampf der Staatsomnipotenz.

Ld.PObm.P o l c a r: Ist auch nicht da.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Mit der muss immer gerungen werden - also Bundesparteileitung.

Antrag 16: Eindämmung der Beschimpfungen und Verdächtigungen im politischen Kampf. Es gehört in die Resolution, dass wir einen feineren Ton in der Politik angewendet wissen wollen.

NR.Dr.T o n č i c: Presse!

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Das Pressgesetz ist in die Parteiverhandlungen einbezogen worden. Es wird ehestens im Parlament erledigt werden. Die Zusage der Sozi haben wir schon. Ich wünsche, dass die Eindämmung der Beschimpfungen im politischen Kampf auch für die eigene Partei gilt. (Heiterkeit.)

Bürgermeister Dr.G r e i t e r: Betrifft das Verhältnis unter uns oder aber zu den anderen?

Vorsitzender Min.a.D.Nr.Ing.R a a b: Unter uns und zu den anderen.

Bürgermeister Dr.G r e i t e r: Das Wort "Eindämmung" scheint mir zu gefährlich. Bei dieser Bezeichnung soll noch immer ein Teil übrig bleiben. Ich möchte ein anderes Wort wählen: "Abschaffung" oder "Beseitigung". "Eindämmung" heisst, dass man zu einem Teil schon noch beschimpfen und verdächtigen darf, so wie bisher.

Vorsitzender Min.a.d.NR.Ing.R a a b: Also gut, Beseitigung. Das liegt zum Glück in der Resolution. Das ist nicht Aufgabe der Bundesparteileitung, weil wir sonst vor unmöglichen Problemen stehen.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Also, was geschieht mit diesem Antrag?

Vorsitzender Min.a.d.NR.Ing.R a a b: Statt "Eindämmung" wird "Beseitigung" gewünscht.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Das wird also in die Resolution hineingenommen.

Antrag 17: Permanente Staatstrauer als Protest gegen die Besetzung. Hier ist unter anderem der Vorschlag gemacht worden, man soll die Fahnen auf Halbmast setzen usw. Ich bin für die Ablehnung dieses Antrages.

LAbg.S t a n g l e r: Hoher Ausschuss! Es ist hier ein Antrag von der Landesparteileitung Niederösterreich gestellt

worden, der seinerzeit von einem Bezirk angeregt wurde, die Flaggen aus bestimmten Anlässen auf Halbmast zu setzen. Die Jugendbewegung hat dazu noch einen konkreten Antrag gestellt, der vermutlich erst im Anhang kommen wird . Ich bitte, das in einem zu behandeln. Wir sind der Überzeugung, dass es notwendig ist, in dem schweren Kampf, den wir gerade in der Ostzone zu führen haben, die Widerstandskraft unserer Bevölkerung zu erhalten. Es ist immer ein patriotischer Zug vorhanden. Es muss der Protest der Weltöffentlichkeit immer wieder auch äusserlich gezeigt werden, der sich gegen dieses Unrecht, das man Österreich antut, erhebt, indem man alle Fahnen und Embleme der ÖVP, des ÖBB und aller unserer Verbände, die uns nahestehen, solange noch ein ausländischer Soldat in Österreich, in unserem Lande ist, z.B. mit einem schmalen Trauerflor versieht, so wie bei einer Trauerfeier oder bei einem Begräbnis, sodass wir damit zum Ausdruck bringen, dass wir diese Besetzung mit schärfstem Protest zurückweisen und die Widerstandskraft der Bevölkerung in diesem Freiheitskampf erhalten wollen. Wir glauben, dass es in der Geschichte bereits sehr viele Beispiele dafür gegeben hat. Ich verweise da z.B. auf Frankreich, wo von 1870 bis 1918 die Statue von Strassbourg auf der Place de la Concorde ständig verschleiert war, und dass es auch in mittelamerikanischen Staaten ähnliche Dinge gegeben hat.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Der Antrag soll der Bundesparteileitung zugewiesen werden.

LAbg.S t a n g l e r: Wir würden schon bitten, dass wir hier schon zu einem Entschluss kommen, weil gerade der Bundes-

parteitag Anlass wäre, um hier einen Beschluss zu fassen und schlagartig damit an die Öffentlichkeit zu treten.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.AR a a b: Bitte, ich meine, das muss ja doch überlegt werden. Das ist hier abrupt. Es sind da noch verschiedene andere Meinungen. Dass das hier beschlossen wird, ist unmöglich. Ich darf daher bitten, dass es beim Vorschlag bleibt, die Sache der Bundesparteileitung zuzuweisen, und dort wird diese Angelegenheit ausreichend nach Pro und Contra erwogen werden.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Antrag 18: Aufzeigen der Schäden von 1938 bis 1945 usw. und der Leistungen von 1945 bis jetzt. Das geschieht ja sowieso von allen möglichen Stellen. Der Antrag ist daher nach meiner Meinung völlig überflüssig.

Ld.PObm.P o l c a r: Aber in der Öffentlichkeit durch Bilder usw., das ist gemeint.

Staatssekretär NR. G r a f : Darf ich dazu ein Wort sagen. Praktisch ist der Antrag schon verwirklicht. Im März kömmt er zur Auswirkung. Die Herrschaften sehen hier im Saal einen ersten Entwurf. Wir werden, weil die Partei kein Geld hat - die Propaganda kostet Geld, und zwar sehr viel Geld -, mit Hilfe der Ministerien und Landesregierungen eine grosse sachliche Leistungsschau fertigstellen. Sie wird im März fertig, und wir werden sie dann politisch umrahmen. Diese Leistungsschau wollen wir dann überall am Land zeigen, das heisst, wir wollen diese Sachen am Sonntag nach der Messe ausstellen, damit sich die Leute das nach kurzen einleitenden Worten anschauen können. Es sind das Bilder, die schauen die Leute gerne an. Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, dass die Propaganda auf eine völlig neue Basis gestellt werden muss. Wir müssen die Leute vor allem heranziehen. Wir haben nichts davon, wenn immer nur die "braven" Leute zu uns kommen, die immer zu unseren Veranstaltungen gehen, und die anderen, die abseits stehen, nicht herangebracht werden.

Wir hoffen, dass wir nun auf diese Weise das Interesse weiterer Kreise gewinnen. Es ist also dieser Antrag schon so gut wie verwirklicht. Ich glaube, dass dies damit in Ordnung ist.

Berichterstatter StS.Dr. B o c k : Er ist also als erledigt anzusehen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Das war ein niederösterreichischer Antrag. Er ist also erledigt.

Berichterstatter StS.Dr. B o c k : Der Antrag 19, Appell an das Weltgewissen gegen die Besatzung, gehört in die Resolution, der Antrag 20 be-

züglich der Rückgliederung der Randgemeinden ebenfalls.

Der Antrag 21 beinhaltet eine verwaltungsrechtliche Frage, die untersucht werden muss. Er soll der Bundesparteileitung zugewiesen werden.

Der Antrag 22 ‹ Umbildung der Regierung › ist überholt; dasselbe gilt von Antrag 24.

Der Antrag 23 soll der Bundesparteileitung zugewiesen werden.

Der Antrag 25 gehört in die Resolution .

Damit ist das Kapitel II erledigt.

Das Kapitel III umfasst die Kulturpolitik.

Über den Antrag 26 ‹ Ablehnung der familienzerstörenden Tendenzen bei der Abänderung des Familienrechtes › wird in der Resolution etwas zu sagen sein, über den Antrag 27 ‹ Schaffung eines einheitlichen österreichischen Ehegesetzes › detto. In die Resolution gehört auch der Antrag 28 ‹ die Schul- und Ehegesetzgebung muss der christlichen Gesinnung Rechnung tragen › , ebenso die Anträge bis Nr. 31 einschliesslich. Das soll alles in die Resolution kommen, wenn kein Widerspruch erfolgt.

Landesrat Dr. L u g g e r : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, dass wir in der Resolution sehr, sehr viel sagen wollen. Hoffentlich wird die Resolution nicht ein zweites Parteiprogramm. Viel interessanter ist es, was die Bevölkerung erwartet. Das ist ein Aktionsprogramm. Ich spreche das deshalb aus, weil bei den Kulturfragen zum Ausdruck kommt, dass auch die Ehefragen einer parlamentarischen Erledigung zugeführt werden. Da erwarten die Leute nun von uns, dass in einer Resolution oder in der Rede des Parteiobmannes gesagt wird: in dieser Parlamentssession

wird diese und jene Frage behandelt werden.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Das wird geschehen!

Landesrat Dr. L u g g e r (fortsetzend): Das Aktionsprogramm ist etwas, was bisher vielleicht gefehlt hat. Wir haben wunderschöne Programme, aber nie eine Zeiteinteilung, in welcher Periode wir dieses Programm verwirklichen wollen. Die Österreichische Volkspartei muss sich da ein Ziel setzen, bis wann sie das erreichen will. Ich glaube, daran fehlt es. Wenn wir nun 20 oder 25 oder noch mehr Anträge hier durchhecheln, so soll das nicht - wie einer sagte - ein Begräbnis erster oder zweiter Klasse werden. Es soll hier weder ein Begräbnis erster oder zweiter Klasse geben. Wir müssen uns also zeitmässig vornehmen, was wir machen wollen.

Ich würde das zur Debatte stellen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Das ist in der Resolution ohnehin enthalten. Es ist ausserdem- ich werde darauf noch zurückkommen - mit den Sozialisten vereinbart, dass nach 14 Tagen ein Verhandlungskomitee zusammentritt. Ich war auch bei Erzbischofkoadjutor Jachym. Er hat mir einen Vertrauensmann in der Person des Herrn Prof.Plöchl bekanntgegeben. Ausserdem werden von unserer Seite zwei Leute, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen haben, genannt werden. Die Verhandlungen in diesem Komitee werden noch im Februar begonnen werden. Ich hoffe zumindest, dass wir in der Frage des Ehegesetzes zu einer Einigung kommen.

Ich darf in dem Zusammenhang sagen, dass wir den Sozi bei den V-erhandlungen erklärt haben, dass wir sonst dieses Problem in einer Volksabstimmung zur Entscheidung bri

Der Zustand, wie er jetzt besteht, ist für uns untragbar.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Dann ist es umso berechtigter, wenn wir das in die Resolution hineinnehmen.

NR.Dr.T o n č i č: Sollte in der Resolution vom Konkordat die Rede sein? (Ruf: Nein.)

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Schön; dann kommt Antrag 32. Der ist der Bundesparteileitung zuzuweisen.

Bezüglich Antrag 33, würde ich vorschlagen, dass man das in die Resolution hineinnimmt: Gleichstellung der konfessionellen und staatlichen Schulen.

Ld.PObm.P o l c a r: Das ist ohnehin darin.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Es ist hier der Bundesparteileitung zugewiesen.

NR.Lola S o l a r: Man müsste es anders formulieren: Freie Schulwahl.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Es wird in der Resolution schon richtig formuliert werden.

Antrag 34 und 35 behandeln wieder dasselbe. Antrag 34 ergänzt den vorhergehenden, soll also in die Resolution kommen, und Antrag 35 ist das, was zur Ehefrage gesagt worden ist. Das überschneidet also die vorhergehenden Anträge.

Kapitel IV: Rechtsfragen.

Antrag 36: Schaffung der Rechtssicherheit in der Strafjustiz. Darüber werden wir einiges in der Resolution zu sagen haben.

Lhptm.Dr.K l a u s: Darf ich ersuchen, dass gegen diesen Erlass, den Tschadek herausgegeben hat, nach welchem jede Inter-

vention, also auch das Ersuchen um Beschleunigung von Verfahren bei Gerichten, zu verzeichnen ist, Stellung genommen wird. Es sollte von Tschadek verlangt werden, dass er das auf, ich weiss nicht, nichtamtliche Stellen einschränkt. Aber wenn jemand ein Amtsträger ist, sagen wir er ist Abgeordneter oder Landeshauptmann oder was immer, so muss er das Recht haben, in Rechtssachen, die unter Umständen sogar seinen Amtsbereich, z.B. als Personalreferent berühren, eine Beschleunigung bei Gericht zu beantragen. Ich fasse diesen Erlass als ein Alibi Tschadeks auf: Haltet den Dieb. Er hat mehr interveniert als wir alle, und nun verlangt er, dass jede Intervention verzeichnet und ihm ins Ministerium gemeldet wird. Ich glaube, eine derartige Bevormundun dürfen wir uns nicht gefallen lassen und müssen dagegen Stellung nehmen. Ich habe das persönlich getan. Aber wenn wir nicht dagegen Stellung nehmen, wird es trotzdem z.B. heissen: Landeshauptmann Krainer hat interveniert. Ich glaube, das geht zu weit.

Präsident Dr.G o r b a c h: Es hat sich schon die Bundesparteileitung mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Ich bin der Auffassung, dass uns hier die Sozialisten das Gesetz des Handelns wieder einmal aufgedrängt haben. Sie werden natürlich nach wie vor intervenieren. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass wir uns auch am richtigsten verhalten, wenn wir diese Weisung des Justizministers überhaupt ignorieren und nach wie vor jene Interventionen vornehmen, von denen wir glauben, dass sie zulässig sind. Niemand wird versuchen, bestimmend auf ein anhängiges Verfahren einzuwirken und den Richter dazu zu zwingen, etwas anderes zu beschliessen. Und wenn Tschadek es verlautbart und

ich stehe mit 70 Interventionen in der Zeitung, so werden die Wähler wahrscheinlich sagen: Das ist ein fleissiger Abgeordneter, Hut ab vor ihm.

Vizebürgermeister NR.W e i h b e r g e r: Ich möchte die Ansicht des Kollegen Dr.Gorbach unterstützen. Es wäre nicht gut, wenn wir in der Resolution oder sonstwo offiziell gegen die Weisung Tschadek Stellung nehmen, weil es sofort hiesse: Aha, diese böse Volkspartei will für Korruption intervenieren. Und das hat er uns angedichtet. Es ist viel vernünftiger, gar nichts zu reden und so vorzugehen, wie Gorbach gesagt hat. Ich würde vor einer offiziellen Stellungnahme gegen Tschadek warnen.

Lhptm. K r a i n e r: In Parteienverhandlungen könnte man diese Frage klären.

Bundeskanzler Dr.Dipl.-Ing.F i g l: Ich habe den Erlass bekommen und habe ihn sofort in den Papierkorb geworfen.

Lhptm. K r a i n e r: Die Anregung von Klaus darf nicht unbeachtet bleiben. Es kommt vor, dass man sich von amtswegen, d.h.als Beamter, mit dem Gericht beschäftigen muss. Ich würde bitten, dass man in Parteienverhandlungen diese Frage klärt und im übrigen so vorgeht, dass man sich einfach um den Erlass nicht kümmert.

NR.Dr.G s c h n i t z e r: Man könnte, glaube ich, sehr wohl formulieren, was unzulässige Interventionen sind. Der Fehler des Tschadek-Erlasses liegt darin, dass er als unzulässige Intervention auch bezeichnet, wenn jemand sich nach dem Stand der Angelegenheit erkundigt und um Beschleunigung bittet. Das ist in Wahrheit nicht unzulässig.

Lhptm.Dr.K l a u L: Gegen dies habe ich mich gewendet.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Ich würde bitten, dass man das in der Bundesparteileitung durchbespricht und dann pressemässig das von Dr.Gschmitzer Vorgebrachte auswertet.

Berichterstatter Stv.Dr.B o c k: Es liegt vorläufig noch kein diesbezüglicher Antrag vor.

Wir kommen zu Antrag 37: Erlassung eines Katastrophenfondsgesetzes. Das betrifft die Maul-und Klauenseuche, die Lawinenschäden usw. Das soll der Bundesparteileitung zugewiesen werden.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Es fehlt nur die Bedeckung dazu, mache ich aufmerksam.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Antrag 38 betrifft das NS-Gesetz und das Dritte Rückstellungsgesetz. Er deckt sich mit den früheren Anträgen, die wir schon der Bundesparteileitung zugewiesen haben.

Nur Kapitel V: Wirtschaft. Der Antrag 39 lautet: Ausdehnung der Preissenkungsaktion auf die Landwirtschaft und die öffentlichen Betriebe. Kein Einkauf in USIA-Geschäften. Gehört in die Resolution.

Vorsitzender Min.a.D.Ing.R a a b: Darf ich dazu folgendes sagen: Bei der Landwirtschaft sind ja keine Preise zu senken mit Ausnahme für Holz. Bei allen anderen Produkten ist ja bei den gegebenen Verhältnissen eine Preissenkung nicht möglich. Das würde in der Öffentlichkeit, wenn es publiziert wird, einen falschen Eindruck hervorrufen. Ich beantrage daher die Worte "auf die Landwirtschaft und" zu streichen. (Zustimmung.)

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Aber das Holz könnte man hineinnehmen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Ja, gut, das Holz ist ein separates Kapitel.

Vizebürgermeister NR.W e i n b e r g e r: Besonders auch auf öffentlichem Gebiet. Es gibt schon Möglichkeiten, meine Herren, die Preissenkungsaktion auch noch anderswo durchzuführen. Täuschen wir uns nicht. Decken wir nicht etwas zu, was nicht zugedeckt gehört. Seien wir uns doch klar darüber. Ich möchte gar keine Details sagen, aber wenn es notwendig ist, werden wir darüber reden; dazu gibt es Möglichkeiten. Ich verstehe, dass man aus optischen Gründen nicht so robust vorgehen kann. Die Aus-

dehnung der Preissenkungsaktion besonders auch auf die öffentlichen Betriebe". Es gibt auch wirklich noch andere Möglichkeiten.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Antrag 40: Novellierung des Statutes des Bundes-Wohn-und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes, das ist ja ohnehin klar. Ich weiss nicht, ich glaube, der Antrag ist überflüssig. Es wird ja ohnedies für diese Zwecke verwendet.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Es liegt ein Antrag Prinke-Book bereits im Parlament.

NR.P r i n k e: Die Novelle zum Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz ist eingebracht, die zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfondsgesetz ist in Arbeit, die haben wir noch nicht einbringen können.

Was den Antrag 41 betrifft, Wohnbauschilling, dient der Betrag jetzt nur für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds. Das wäre aber eine Ausdehnung. Es müsste auch eine Novelle zum Bundes-Wohn-und Siedlungsfondsgesetz gemacht werden. Das haben wir sowieso in Arbeit.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Also Zuweisung an die Bundesparteileitung.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Antrag 42: Regelung der Entschädigung der Besitzer der verstaatlichten Betriebe. Wir werden diesen Antrag ebenfalls der Bundesparteileitung zuweisen. Das ist eine sehr heikle und schwierige Frage.

Landesrat NR.M ü l l n e r: Sollte man das nicht in die Resolution hineingeben, damit der Bundesparteitag zu der Frage der Regelung der Entschädigung Stellung nehmen kann?

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Bitte, das ist immer unser Standpunkt, aber wo sind die Geldmittel? (Ruf: Die muss der Herr Finanzminister aufbringen!)

Landesrat NR.M ü l l n e r: Ich möchte da einen Irrtum aufklären. Es handelt sich nicht um eine momentane Bezahlung, aber irgendwann müssen wir einmal feststellen, dass eine Entschädigung geleistet werden muss.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Das ist im § 2 der beiden Gesetze drinnen.

Landesrat NR.M ü l l n e r: Der stellt ein dementsprechendes Gesetz in Aussicht, aber bisher wurde kein Wort darüber gesagt, dass ein solches Gesetz beschlossen wird. Nun ist ein Gesetz in Ausarbeitung im Waldbrunner-Ministerium. Will die Volkspartei warten, bis Waldbrunner damit kommt?

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Wird der Bundesparteileitung zugewiesen.

Landesrat NR.M ü l l n e r: Dann ist es begraben.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Nichts ist begraben.

NR.Dr.T o n c i c: Der § 2 dieses Gesetzes ist in der Bevölkerung völlig unbekannt. Die Leute glauben, sie werden nichts bekommen. Daher wäre es wichtig, dass wir erklären: Wir sind gewillt, den § 2 des Gesetzes zu erfüllen und Schwierigkeiten zu erklären und verständlich zu machen, warum es derzeit noch nicht möglich ist.

Landesrat NR.M ü l l n e r: Wieso? Es ist ja möglich.

NR.Dr.T o n c i c: Aber der Finanzminister sagt, das ist nicht möglich.

Landesrat NR.M ü l l n e r: Ich möchte den Irrtum aufkl Durch ein solches Gesetz wird kein Geld gezahlt.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Wir verlangen die Herausgabe der beiden Entschädigungsgesetze.(Zustimmung.)

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Das gehört also in die Resolution hinein.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Das kann man in di Resolution hineinnehmen, Herr Dr.Bock.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Die Anträge 43 bis 50 mit Ausnahme des Antrages 47, der einen Spezialantrag darstell sind also die Feststellung von teilweise verwirklichbaren, teilweise in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichenden Wünschen. Eine entsprechende Formulierung wird man in der Resolution unterbringen. Einen Spezialfall bildet der Antrag 47, der ein Bundesnotopfer für Niederösterreich fordert.

NR.Lola S o l a r: Weil wir die Wasserschäden haben.

Lhptm. K r a i n e r : Wir sind zu solchen Opfern bereit. Es muss das nur für alle gelten.

Bundeskanzler Dr.Dipl.Ing. F i g l : Wir müssen da an den Solidarismus aller Länder und Gemeinden appellieren, dass die ihren Überschuss laut Rechnungsabschluss für diese Katastrophenfälle zur Verfügung stellen. Dann können wir alles machen. (Zustimmung.) Dann haben wir Geld genug. Da bekommen wir über 50 Millionen herein.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k : Der Antrag 47 gilt als überholt.

Die Gruppe VI umfasst die Sozialpolitik.

Der Antrag 51 bespricht die Sorge für die Familienerhalterinnen, für kinderreiche Familien, Verabschiedung des Hausgehilfinnen-,Heimarbeiter-, Arbeitszeit- und Hausbesorgergesetzes. Wir haben schon festgestellt, dass wir uns ein wenig deutlicher in der Resolution über das Familienproblem zu unterhalten haben. Ich würde daher vorschlagen, dass alle im Kapitel VI vorkommenden Fragen, die sich mit der Familienpolitik befassen - also mit den Familienausgleichskassen usw. - entsprechend in der Resolution verarbeitet werden.

Was die spezbillen Fragen wegen der Verabschiedung der Gesetze betrifft, ist zu sagen, dass wir im Klub ohnehin dabei sind, ein entsprechendes Programm zusammenzustellen, in dem diese Fragen ohnehin vorkommen, zum Teil stehen diese Fragen in den parlamentarischen Ausschüssen schon in Behandlung.

NR. A l t e n b u r g e r : Wir haben hier die komische Schwierigkeit, dass wir wohl Titel und Eingang der Anträge sehen, dass aber die Anträge selbst nicht vorliegen,

die beschlossen werden sollen. Es wird hier wohl eine Marschroute gegeben, was der Bundesparteileitung zugewiesen werden soll; was dann weiter geschieht, sollen wohl die Heinzelmännchen feststellen. Ich stelle fest, dass der Bundesparteitag - ob ordentlicher oder ausserordentlicher - die höchste Instanz ist, nicht aber die Bundesparteileitung. Nach dem Organisationsstatut der Partei und den Satzungen ist die Bundesparteileitung nur das ausführende Organ. Der Bundesparteitag hat festzustellen, welche Aufgaben in gewissen Fragen die Bundesparteileitung zu erfüllen hat. In Zukunft werden wir die Anträge der Bundesparteileitung zuweisen, der Parteitag ist dann überflüssig.

Hier in diesem konkreten Falle bedarf es mehr als einer Resolution, bedarf es auch mehr als einer Zuweisung an die Bundesparteileitung, die dann tun kann, was sie will. Sie bekommt durch die Zuweisung weder positiv noch nominativ einen Auftrag. Ich spreche mich gegen diese Art aus, weil hier konkrete Fragen vorliegen, weil wir eine Reihe von Gesetzen verlangen, die beschlossen werden müssen. Wir können diese Anträge daher nicht ohne eine bestimmte Weisung einer anderen Körperschaft überlassen. Wollen Sie das also durchführen oder nicht?

Der Bundesparteitag hat die Aufgabe, festzustellen: gewisse Agenden sind durchzuführen. Das ist aber vorweggenommen, wenn man einfach sagt: Zuweisung an die Bundesparteileitung, ohne konkrete Aufträge zu erteilen. Man überlässt die Entscheidung einfach der Bundesparteileitung. Hier geht es um ein System, das ich nicht einsehe.

Ich bitte also, uns die Anträge selbst zur Kenntnis zu bringen, damit man weiss, was wirklich drinnen steht. Anderseits soll der Bundesparteitag bei den einzelnen Gesetzen ganz klar - nicht pauschaliter - zum Ausdruck bringen, dass wir die Durchführung dieser Forderungen verlangen, ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der Regierung. Wir sind hier nicht alle mittelbare Vertreter des Finanzministers, die finaziellen Fragen müssen dann vom Parlament geregelt werden.

Es ist der klare Wille der Partei, dass wir die Ausdehnung der Kinderbeihilfe verlangen. Das muss hier klar zum Ausdruck gebracht werden. Es muss die Partei beauftragt werden, dass das durchgeführt wird.

Ich glaube, dass wir uns doch in gewissen Formen über die Grundsätzlichkeit der Behandlung der Anträge im klaren sein müssen. Es darf daher nicht die Bundesparteileitung, die ja nur ein durchführendes Organ des Bundesparteitages ist, zu entscheiden haben, welche Dinge durchgeführt werden sollen, welche weniger wichtig sind. Ich bitte, bei dem Kapitel soziale Verwaltung nicht so vorzugehen.

Der Bundesparteitag soll als Verfahrensmangel feststellen, dass der Ausschuss überhaupt keine konkreten Anträge sieht, dass trotzdem darüber debattiert wird. Es soll auch zum Ausdruck kommen, dass die Bundesparteileitung die Aufträge des Bundesparteitages durchzuführen hat, wie es letzten Endes unsere Satzung vorsieht.

Gf.Generalsekretär Dr.M a l e t a: Ich glaube, es handelt sich hier um ein Missverständnis. Jene Anträge, die der Bundesparteileitung heute zur Erledigung zugewiesen werden, sollen innerhalb einer bestimmten Frist - wir beantragen zwei Monate - dort erledigt werden. Die anderen Anträge, die so wichtig sind, dass sie heute hier behandelt werden, sind in die Resolution aufzunehmen. Damit ist ja auch die Linie der Partei festgelegt, innerhalb einer gewissen Frist die gesetzgeberischen oder sonstigen Voraussetzungen zu schaffen. Ich knüpfe an das Beispiel an, das hier Altenburger bezüglichs der Kinderbeihilfen gebracht hat. Es heisst hier in der Resolution: "Die Österreichische Volkspartei verlangt daher die Ausdehnung der Kinderbeihilfe auf gewisse Gruppen von Wirtschaftlich Selbständigen, vor allem aber die eheste Schaffung von Familienausgleichskassen." Es ist also nicht geplant, das auf irgendeinen St.Nimmerleinstag zu vertagen, sondern Vorsorge zu treffen, dass das, was wir heute beschliessen, auch tatsächlich durchgeführt wird.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Über die Details dieser Gesetze, glaube ich, ist es unmöglich, auf dem Bundesparteitag einen definitiven Beschluss zu fassen. Antrag 51 z.B., Sorge für die Familienerhalterinnnen, ist in der Resolution enthalten. Es ist schon mehrmals beschlossen worden und ist ja das Ziel unserer Politik. Die Beratung des Hausgehilfengesetzes ist im Parlament fertig, und es wird demnächst erledigt werden. Das Heimarbeitergesetz ist eine Frage, die geregelt werden muss, über die wir nicht hinwegkommen, weil hier Zustände eingerissen sind, die unhaltbar sind. Das Arbeitszeitgesetz ist ebenfalls

in Verhandlung. Auch hier ist ja ein ziemlich weitgehendes Einverständnis herbeigeführt worden, mit Ausnahme einiger weniger Unklarheiten, die im Nationalratsklub noch bereinigt werden müssen. Das Hausbesorgergesetz ist natürlich eine Frage, über die sich der Nationalratsklub erst klar werden muss. Man kann nicht ein Gesetz einbringen, dessen Inhalt nicht genau feststeht, und den Nationalratsklub verpflichten, die Sache anzunehmen. Aber das Problem der Hausbesorger wird ebenfalls einer Regelung zugeführt werden.

NR.Dipl.-Ing.Pius F i n k: Die Formulierung, wie sie der Herr Generalsekretär vorgetragen hat, hat vielleicht das eine Unschöne, dass es heisst, wir verlangen Ausgleichskasse". Ich bin nicht gegen die Ausgleichskasse", aber es könnte so ausschauen, als ob die Ausdehnung der Kinderbeihilfe auf die kleinen Selbständigen etwas Zweitrangiges wäre. Das möchte ich hier gesagt haben.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Hauptsache ist bei diesen Dingen, ich muss noch einmal die geehrten Mitglieder dieses Ausschusses daran erinnern, die Bedeckung. Wir haben selber diese Kinderbeihilfen, ich glaube, anlässlich des 4.Lohn- und Preisabkommens eingeführt. Das ist ein Gedanke, der nicht von den Sozialisten sondern von uns aufgegriffen wurde. Dazu gehört auch die Grenze bei den Beamten von 36.000 S. Wenn wir das auf 48.000 S hinaufsetzen, wird es wieder Grenzfälle geben. Neben den bestehenden Kinderbeihilfen bestehen auch in den direkten Personalsteuern Erleichterungen, die schliesslich auch ein Familienbeitrag sind. Es handelt sich bei den Familienausgleichskassen noch um die Frauen. Ich glaube, hier werden wir nach Mass-

gabe der zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln eben ununterbrochen den Weg, den wir begonnen haben, fortsetzen. Aber ich würde davor warnen, uns in dieser grossen und schwierigen Frage wieder einen Termin zu stellen und dann wieder eine endlose Kritik verschiedener Kreise heraufbeschwören, der wir dann nicht entgegnen können, nicht meistern können, weil eben die Mittel dazu nicht vorhanden sind. Übrigens heisst ja der Antrag hier S o r g e für die Familienerhalterinnen. Und das ist der Bundesparteileitung zugewiesen.

Antrag 52:

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Antrag 52: Beiziehung des Landarbeiterkammertages zur wirtschaftspolitischen Beratungen. Das ist in Vorbereitung, weil wir dabei sind, diese Landarbeiterkammern zu einen Landarbeiterkammertag zusammenzufassen. Wir werden es aber, glaube ich, zweckmässigerweise der Bundesparteileitung zuweisen, bevor wir mit konkreten Vorschlägen herauskommen

Im Antrag 53 ist ein Textfehler, es soll nicht heissen: Zuweisung von "Staatsausgaben", sondern von "Staatsaufgaben". (Heiterkeit.- NR.Weinberger: Das andere wäre besser!) Das ist ein ziemlich weitgehender und umfangreicher Antrag, der vorschlägt, gewisse Verwaltungsaufgaben des Staates mit der Zeit an die Kammern zu übertragen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Das ist bereits mit Dr.Pittermann abgesprochen worden. (Dr.Tončić: Das ist eine bedenkliche Sache!) Ich glaube, diesen Antrag müsste man herausnehmen. Ich meine, wir haben doch die Tendenz, den Kammereinfluss einzudämmen, aber nicht auszudehnen.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Also Antrag 53 wird abgelehnt.

Antrag 54: Behebung des Landarbeitermangels und der Landflucht. Das ist ein altes Problem. Es sollen Massnahmen getroffen werden.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Das entspricht dem Antrag Sebinger, damit beschäftigt sich das Parlament ohnehin.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Er ist also in dem Zusammenhang als überholt anzusehen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Nein, überholt ist er nicht. Der Nationalratsklub wird aufgefordert, ihn zu erledigen.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Wird also dem Klub zugewiesen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Ja.

Berichterstatter StS.Dr.B o o k: Antrag 55: Einbeziehung der Volksdeutschen in die Kriegsopferversorgung. Ich glaube, Machunze hat sowieso schon so etwas Ähnliches vorbereitet. Es bleibt dabei, dass dieser Antrag der Bundesparteileitung zugewiesen wird.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Drei Viertel tragen die Länder und ein Viertel der Bund. (Heiterkeit.)

Die Anträge 56, 58, 59, 61 und 62 sind Fragen - das steht ohnedies dabei -, mit denen sich die Resolution zu befassen hat.

Antrag 57: Novellierung der Arbeiterkammerwahlordnung. Darüber herrschen die verschiedensten Auffassungen, auch in den Kreisen des ÖAAB. Er soll der Bundesparteileitung zugewiesen werden, weil diese Frage noch nicht spruchreif ist.

Antrag 60: Schaffung eines Referates für "Die Familie" in der Bundesparteileitung. Das wäre etwas, was heute vom Bundesparteitag beschlossen werden müsste.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Ich bitte, ihn der Bundesparteileitung zu überlassen. Ich weiss nicht genau, wie der Antrag lautet.

NR.Lola S o l a r: Das ist mit eine Aufgabe der Frauenbewegung, da brauchen wir kein eigenes Referat.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: In der Bundesparteileitung wird die Frau Solar Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

NR.A l t e n b u r g e r :Ich darf doch noch einmal dem Ausschuss mitteilen, dass ich im Plenum dazu Stellung nehmen werde. (Ruf: Wozu?) Zu dieser Art der Behandlung der Anträge.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Bitte, das müssen wir erst einmal der Bundesparteileitung ...

NR.A l t e n b u r g e r :Ich werde im Plenum dazu Stellung nehmen, weil ich es erstens entschieden ablehne, dass ich nur hier sitze und mitgeteilt wird, das ist abgelehnt, das ist zugewiesen, ohne dass ich den Inhalt der Anträge kenne; und zweitens, weil ich der Überzeugung bin, dass ein Bundesparteitag, der nichts anderes tut als 80 oder 90 Anträge einer Resolution zuzuweisen, sich selbstverständlich seines Hoheitsrechtes begibt, was ein unmöglicher Zustand ist. Es muss doch denkbar sein, dass in irgendeiner Weise gewisse konkrete Forderungen herausgestellt und als Forderungen der Partei aufgestellt werden. Wenn das aber nicht möglich ist, ist schade um die Zeit, die wir hier sitzen. Ich werde im Plenum dazu Stellung nehmen, dass gewisse Fragen, die wichtig sind, in dieser Art und Weise behandelt werden.

Vizebürgermeister NR.W e i n b e r g e r: Da ich im Gegensatz zu meinem Freund Altenburger nicht dafür bin, dass wir unseren Parteitag auch nur dadurch durcheinanderbringen, dass wir eine strittige Frage im Plenum behandeln, möchte ich folgendes dazu sagen: Auch ich habe es bedauert, dass wir hier auf dem ausserordentlichen Bundesparteitag die Anträge nicht vorliegen gehabt haben. Es wäre viel einfacher und besser gegangen, wenn wir jeder Gelegenheit gehabt hätten, einige Tage

vorher in den Inhalt der Anträge Einsicht zu nehmen, denn es sind oft Anträge dabei, die so schlecht formuliert sind, dass man sich damit kaum mehr weiter befassen müsste, wenn man sie vorher gesehen hätte. Ich habe mir dadurch geholfen, dass ich einige Anträge, deren Titel mir aufgefallen ist, angesehen habe.

Die Kollegen der Parteileitung waren so lieb, mir die Anträge selbst zu zeigen. Kollege Altenburger hat das also versäumt. Es gibt die Möglichkeit, Einsichtnahme zu bekommen. Ich bin auch der Meinung, dass es schlecht war, dass wir die Anträge hier nicht im Wortlaut haben vorgelegt bekommen. Jetzt haben wir Gelegenheit gehabt, der Reihe nach die einzelnen Dinge durchzugehen und Stellung zu nehmen. Wenn hier steht: "Errichtung eines Familienreferates", so wissen wir doch, was gemeint ist. Ich selbst bin dagegen, dass man zu den Referaten, die wir schon haben, noch immer neue Referate dazu errichtet. Ich bin vielmehr dafür, dass wir die Referate, die wir haben, aktivieren und dafür Sorge tragen, dass sie die Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, erfüllen. Ich bin nicht der Meinung der Kollegin Solar, dass diese Angelegenheit eine Frage der Frauenbewegung ist. Die Familiensicherung ist eine eminente Aufgabe der gesamten Partei und nicht eines Teiles der Partei! Es ist doch selbstverständlich, dass hier alles, was in der Partei arbeitet, zusammenwirken muss.

Ich würde glauben, Kollege Altenburger, Du solltest Deine Absicht zurückstellen und nicht den Parteitag mit dieser Angelegenheit befassen; es kommt sonst, weil die Leute nicht wissen, was los ist, zu unnützen Auseinandersetzungen, die unsere eindrucksvolle Tagung gefährden könnten. Ich möchte ihn ersuchen, mit Rücksicht auf die Umstände, die ich aufgezeigt habe, von seinem Vorhaben zurückzutreten und es bei der Behandlung durch die Bundesparteileitung bewenden zu lassen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Darf ich folgendes bemerken: Wir haben Ihnen gestern in den Mappen das Verzeichnis der Anträge hinausgegeben, ausserdem die Resolutionen . (Ld.PObm. P o l c a r : Die haben wir erst heute bekommen.) Nein! Gestern in den Mappen. (Widerspruch.- Ld.PObm. P o l c a r : Die Resolutionen erst heute!) Gestern ! (Erneuter Widerspruch.) Gut also. Das andere war aber drin. Wer sagt mir aber von den Anwesenden, wer das alles zahlt, wenn wir alles, was in den Anträgen steht, für die Delegierten abgezogen hätten, also 500 mal. Wer zahlt das? Es liegt jeder Antrag zur Einsicht auf. Werden die Anträge vervielfältigt, liegt nur kiloweise Altpapier herum. Wir hätten ja einen Unterausschuss einsetzen können, dort hätte alles begründet werden müssen, dann hätte hier neuerlich berichtet werden müssen.

Es ist hier aber ein ausserordentlicher Bundesparteitag. Es wurden von vornherein keine Anträge der Bezirksorganisationen, sondern nur Anträge der Landesparteiorganisationen zu-gelassen, die sich grundsätzlich mit der Politik der Partei befassen. Eine ganze Reihe von Landesparteiorganisationen hat es allerdings nicht unterlassen, hier alle möglichen Probleme hereinzuwerfen.

Ich glaube, wir werden alle wichtigen Sachen der Bundesparteileitung zuweisen. Dort steht es allen Faktoren frei, zu den einzelnen Dingen Stellung zu nehmen. Ich möchte daher bitten, dass man die Anträge so erledigt, wie es hier vorgeschlagen ist.

NR.Min.a.D. A l t e n b u r g e r : Ich stelle nocheinmal fest, dass ich in Kenntnis des Inhaltes der Resolution bin.

Wir stehen zu dem Inhalt der vorgelegten Resolution. Sie ist gut und entspricht unseren Auffassungen. Es ist aber in der Resolution eine Reihe von wichtigen Fragen nicht enthalten. Freilich kann man das in einer solchen Gesamtresolution schwer machen.

Vorsitzender Min.a.D.NR. Ing. R a a b : Es kommt ja auch die Resolution dran. Dann ist es möglich, das vorzubringen.

Min.a.D.NR. A l t e n b u r g e r : Man kann nicht alle Anträge berücksichtigen, sonst wird aus der Resolution ein Buch. Wir waren der Meinung, dass die Resolution kurz, markant sein muss. Neben der Resolution muss es möglich sein, sich auf Anträge festzulegen, damit eine Bindung da ist. Eine solche Möglichkeit besteht hier in diesem Ausschuss anscheinend nicht.

Ich stelle ferner fest, dass der Bundesparteitag eine klare wirtschaftliche Ausrichtung hat, deren Notwendigkeit nicht bestritten ist. Sie werden aber einsehen müssen, dass man dann, wenn man auf der einen Seite die Notwendigkeiten der Wirtschaft erkennt, dass man dann auch auf dem sozialpolitischen Sektor etwas sagen muss. Nichts über die Sozialpolitik zu sagen, ist für unsere Partei und für unseren Arbeiter- und Angestelltenbund nicht möglich.

Wenn Kollege Weinberger das auf sich nimmt und das deckt, dann werde ich Disziplin bewahren. Ich stelle fest, dass die Resolution sehr wenig beinhaltet, dass sich die Stimmung, das Schwergewicht des Bundesparteitages verlagert hat. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass die Resolution nichts, gar nichts auf dem Gebiete der Sozialpolitik - über arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Dinge - zu sagen hat.

Wenn Sie das für möglich halten, bin ich auch einverstanden. Letzten Endes werden ja darüber nicht wir, nicht der Ausschuss, der so schön vorbereitet ist, sondern die Wähler eines schönen Tages entscheiden.

Vizebürgermeister NR.W e i n b e r g e r: Ich möchte meinem Freund Altenburger noch einmal sagen, dass ich auch dagegen war, dass wir auf diese Weise ohne besondere Vorbereitung zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen mussten. Es ist nun einmal geschehen. Ich halte es nun nicht für taktisch richtig, dass wir im Plenum über diese Fehler diskutieren, sondern ich bin der Meinung, dass wir versuchen sollten, das, was gefehlt wurde, gut zu machen. Es ist zum Grossteil schon geschehen. Ich mache den Kollegen Altenburger aufmerksam, dass auf Seite 3 und 4 der Resolution, die er eingesehen hat und, wie er selbst sagt, für richtig erklärt hat, sozialpolitische Forderungen enthalten sind.(NR.Altenburger: Eine!) Ich glaube, es sind mehrere darin.Nummer eins.

Nummer zwei ist es so, dass wir vorhin beschlossen haben in einigen Punkten, Aufnahme in die Resolution. Das verstehe ich so, dass die Resolution entsprechend umgearbeitet werden muss und diese Forderungen noch hineinkommen sollen. Wenn das der Fall ist, haben wir einen Teil dessen, was Altenburger will, noch drinnen.

Drittens werden wir die restlichen Punkte in der Parteileitung noch beraten. Ich glaube schon, dass es möglich ist, dass wir uns ausnahmsweise mit diesem Vorgang begnügen. Für das nächste Mal würde ich auch bitten, nicht, wie Kollege Raab meint,dem Plenum, sondern den Ausschussmitgliedern Unterlagen

beizugeben. Wir haben in unserer Partei viel mehr Papier verschrieben als auf diesem Parteitag, es kommen alle Augenblicke solche Stösse Papier heraus. Ich bin der Meinung, auf dieses Papier kommt es nicht mehr an. Wir könnten zumindest den Mitgliedern des Ausschusses die Unterlagen für diese Anträge zur Verfügung stellen. Für heute würde ich glauben, Altenburger, uns mit diesem Vorgang abzufinden.

Lhptm.Dr.K l a u s: Wenn ich mich recht erinnere, haben wir voriges Jahr beim Salzburger Bundesparteitag Anträge vorliegen gehabt. Es war aber auch dort aus zeitlichen Gründen technisch unmöglich, uns mit dem Wortlaut zu befassen. Wir sind heuer den umgekehrten Weg gegangen. Ich möchte vorschlagen, dass wir es das nächste Mal so machen, dass wir bei den Anträgen, bei denen man sich nicht sofort etwas vorstellen kann - Schaffung von Familienausgleichskassen oder Entschädigung politisch Verfolgte, da weiss jeder, was los ist - ein kurzes Resumee einbauen. Das war ein Vorschlag.

Ein zweiter Vorschlag, was Bürgermeister Weinberger schon gesagt hat, dass wir jemanden bitten, dass er sich einige Bemerkungen macht, damit wir die Entschliessung, die hier vorliegt, ergänzen. (Ruf: Das geschieht schon.)

Ein dritter Vorschlag ist, dass wir die Entschliessung am Schluss unserer jetzigen Beratung noch einmal durchlesen, kurz durchfliegen. Ich halte es für gut. Vielleicht kann man durch die eine oder andere Abänderung die einzelnen Standpunkte noch stärker zum Ausdruck bringen.

Bundeskanzler Dr.Dipl.-Ing.F i g l: Das wird geschehen.

Lhptm.K r a i n e r: Ich möchte nur feststellen, dass bei kurzer Durchsicht der Resolution 12 sozialpolitische Forderungen aufscheinen, Es kann also nicht gesagt werden ... (Min.a.D.NR.Ing.Raab: Die Resolution ist unter Mitarbeit des Herrn Kollegen Altenburger zustandegekommen.) ..., dass keine entsprechenden sozialpolitischen Forderungen aufscheinen. Wenn wir meinen, dass der Parteitag vor allem das Primat der Wirtschaft aufgezeigt hat, könnte man höchstens kritisieren, dass nicht auch ein Referat über sozialpolitische Fragen auf dem Parteitag gehalten wurde. Aber ich glaube, entscheidend ist, wenn wir die Wirtschaft konsolidieren, so konsolidieren wir damit das Gesamtinteresse des Volkes. Und das ist das Problem Nummer eins. Täuschen wir uns nicht: die kleinen Leute warten darauf und sie werden erleichtert sein, wenn sie sehen, es gibt auch in der Wirtschaft eine Linie, damit sie Arbeit und Verdienst haben.

Bundeskanzler Dr.Dipl.-Ing.F i g l: Eine gesunde Wirtschaft ist die Arbeit für den kleinen Mann.

NR.A l t e n b u r g e r: Ich erkläre, dass hier festgestellt worden ist, dass eine Reihe von diesen Dingen in die Entschliessung noch eingearbeitet wird. Es wäre zweckmässig, wenn man das etwa in eine Entschliessung hineinarbeitet.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Am Ende der Sitzung wird konkretisiert.

Bundeskanzler Dr.Dipl.-Ing.F i g l: Altenburger, Du musst doch erst einmal debattieren lassen, und das Resultat wird in der Resolution berücksichtigt.

NR.Altenburger: Zweitens: Ich danke dem Kollegen Krainer für seine sozialpolitischen Erkenntnisse und seine Findigkeit. Das ist seine persönliche Auffassung, nicht die meine. (Präs.Dr.Gorbach: Sehr bedauerlich.)

Drittens: Es ist nicht richtig, dass eine Reihe dieser Fragen finanzielle Bedeckungsfragen sind oder die Wirtschaft so sehr belasten, dass sie zusammenbricht oder dass sie nicht mehr weiter kann. Die Frage, ob das Arbeiterkammergesetz novelliert wird, wird wahrscheinlich die Wirtschaft nicht belasten. Die Frage, ob die Landarbeiterkammer eine entsprechende Vertretung und die Gleichberechtigung bekommt, wird die Wirtschaft auch nicht belasten. So können wir auch andere Dinge, die wir brauchen die wir für die Bewegung und die Partei brauchen, nicht so sehr für den Bund, sondern mehr für die Partei, regeln. Wenn Sie diese Gruppe Wähler haben wollen, dann wäre es wertvoll, wenn das stärker herausgekommen und in entscheidender Form hier bearbeitet worden wäre.

Aber das ist nicht der Fall. Bitte, Sie haben eine andere Form gewählt. In Zukunft wird die Bundesparteileitung die Anträge behandeln und durchführen. Der Parteitag braucht sich nicht damit zu beschäftigen, es ist nur nutzloser Zeitverbrauch. Ich schliesse mich den Ausführungen meines Parteifreundes Weinberger, der mein Bundesparteiobmann ist, an.(Heiterkeit.) Ich werde dem nicht widersprechen, ich werde im Plenum nicht sprechen. Ich habe hier dem Ausschuss meine Meinung gesagt und kundgetan, dass der Vorgang und die Art der Behandlung der Anträge meiner Meinung nach unmöglich ist.

Staatssekretär G r a f: Meine Herren! Es ist ja klar, dass wir in der Entschliessung, die überdies von allen zuständigen Stellen durchbesprochen wurde, nicht alle Wünsche auch der einzelnen Bünde unterbringen konnten, sondern der Sinn der Entschliessung war, dass wir versucht haben, das hineinzunehmen, was praktisch von allen glatt gefressen wird. Wir vom Bauernbund haben darüber hinaus eine Entschliessung des Österreichischen Bauernbundes mit Sonderwünschen eingebracht, die selbstverständlich jeder Berufsstand hat, aber von denen wir gar nicht erwarten, dass sie hier ausführlich diskutiert und wer weiss welchen Betrachtungen unterzogen und den einzelnen Mitgliedern des Politischen Ausschusses beigebracht werden. In dieser Sonderentschliessung, die in der letzten Bundesvorstandssitzung des Bauernbundes beschlossen wurde, haben wir bereits soweit Rücksicht genommen, dass auch in dieser Entschliessung der Landwirtschaft keine Spitze darin ist, die den anderen Berufsständen irgendwie unangenehm sein könnte. Das scheint mir nämlich in Zukunft das Wesentliche

zu sein, dass nicht von einem Berufsstand Forderungen erhoben werden, bei denen nur der eigene Berufsstand applaudiert, die aber z.B. von der städtischen Bevölkerung mit Misstimmung gegen die Partei aufgenommen werden. Ich bin daher der Meinung, dass man diese Entschliessung, wie sie hier ist - bitte, ein paar Worte kann man sicher noch ändern - als Parteientschliessung zu genehmigen hat. Ich darf aber die Mitglieder dieses Ausschusses auch bitten, hier die Entschliessung, die ich namens des Bauernbundes vorgelegt habe, auch zur Kenntnis zu nehmen. Ich hätte mir vorstellen können, dass auch die anderen Bünde in ähnlicher Form ihre Anträge vorbereitet hätten. Dann wären wir über die ganzen Schwierigkeiten hinweg. In der Entschliessung selber soll dann gesagt werden, was von allen ohne Belastung akzeptiert werden kann. Ich bitte Sie daher, dass wir uns hier einigen und darüber hinaus diese Entschliessung der Bauernschaft zur Kenntnis nehmen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Darf ich also das Kapitel VI als abgeschlossen betrachten?

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Ich habe mir das gerade angeschaut. Wir werden auf Seite 3 und 4 in die Resolution noch die Tatbestände der Anträge 51, 52, 56 und 58 namentlich hineinnehmen und damit ist alles ...(Dr.Klaus: Antrag 56 ist schon drin!) - dass ich das überlesen habe, weiss ich nicht - also namentlich hineinnehmen, und damit ist alles in der Resolution enthalten, was hier in den Anträgen vorgeschlagen ist.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Kapitel VII:

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Kapitel VII: Politisch Verfolgte. Das kommt in die Resolution. Wir haben das hier schon bei anderen gleichlautenden Anträgen besprochen. Alle drei Anträge beinhalten im wesentlichen dasselbe.

L e i n k a u f: Ich würde bitten, dass in der Resolution die Satzstellung umgekehrt wird, nicht dass es zuerst heisst: "des Abbaues aller Ausnahmegesetze für ehemalige Mitglieder der NSDAP" und dann "und die berechtigte Erfüllung der Wiedergutmachungsansprüche der politisch Verfolgten", sondern der Text im umgekehrten Sinn gesetzt wird. Zuerst waren wir eingesperrt und dann sie.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Auf welcher Seite ist das?

L e i n k a u f: Auf Seite 3.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Kapitel VIII betrifft die Heimatvertriebenen.

Berichterstatter StS.Dr.B o c k: Kapitel VIII. Die Anträge 66 und 67, die wesentliche finanzielle Momente enthalten, sind der Bundesparteileitung zuzuweisen.

Der Antrag 68 gehört jedoch in die Resolution. Ich glaube, daran ist nichts zu ändern.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Bei allen diesen Sachen muss ich nur eines sagen: Wir sind eigentlich - ich meine die Partei - noch immer durch die Regierungserklärung der Jahre 1945 und 1949 schwer belastet. In dieser Regierungser-

klärung war alles mögliche, wer wünscht etwas, wer will etwas, wer bekommt etwas in diesem Staat. Das ist alles hineingeworfen worden und es ist dort erklärt worden. Dieses Sammelsurium wird heute hier wieder mit den Anträgen in der gleichen Weise fortgesetzt. Die Partei wird für die Zukunft belastet. Ja sie hat - werden die Sudetendeutschen alle sagen, wenn sie alle in Österreich Sektionschefs geworden sind - bei dieser Tagung beschlossen, dass alles gleichgestellt werden muss. Wo ist die Partei, was ist das für eine Partei. Welches Versprechen hat aber nun die Partei gehalten?

Ich muss daher davor warnen und es bedauern, dass man alle diese Wünsche vorbringt, unbekümmert darum, ob sie finanziell drückend sind oder nicht. Man dient damit nur der Person, nicht der Partei. Der Abgeordnete wird, wenn er in der ersten Versammlung nach dem Parteitag in den Kreis der Interessenten kommt, gross-artig gefeiert werden. Wenn es dann aber länger dauert und es wird das alles nicht wirklich durchgeführt, dann wird er zum Teufel gejagt werden.

Ich muss bitten, doch die Resolution, die bereits durchgearbeitet wurde - unter Einbeziehung aller Faktoren - , nicht durch alle möglichen Zusätze unnütz zu belasten, vor allem nicht durch Versprechungen, die wir dann nicht einlösen können, weil wir dann im Endresultat in unserer Gesamtpolitik nur Schwierigkeiten haben.

NR.Dr. T o n č i ć : Um der Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen: Die Beschlüsse der Flüchtlingsorganisation der UNO in Genf halten sich unter dem Niveau, auf dem wir in Österreich schon sind. Wir geben in Österreich mehr, als diese Konferenz für die Volksdeutschen forderte. Wir brauchen daher über den Antrag 68 nicht weiter zu sprechen. Es ist alles für die Volksdeutschen schon geschehen. So ist es auch kein Risiko, wenn man das in die Resolution einbaut. Im übrigen schliesse ich mich der Auffassung des Bundesparteiobmannes vollkommen an.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Damit kommen wir zu Kapitel IX:Jugendfragen.

Berichterstatter StS.Dr. B o c k : Hier haben wir acht Anträge. Die Anträge 71, 72 und 76 sind in der Resolution verarbeitet. Die übrigen Anträge behandeln ausgesprochene

Gesetzesmaterien, über die wir hier nicht beschliessen können. Ich ersuche daher, die Anträge 69, 70, 73, 74 und 75 der Bundesparteileitung zuzuweisen.

Prof. R y k e r : Ich möchte bitten, dass auch der Antrag 76 in der Bundesparteileitung behandelt wird.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Der Antrag 76 gehört also auch zur Bundesparteileitung?

Berichterstatter NR.Dr. B o c k : Wenn Sie das selber wünschen, sind wir einverstanden.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Wir kommen jetzt also zur Gruppe X: Organisation.

Berichterstatter NR.Dr. B o c k : Wir kommen jetzt zum Kapitel 10, dem letzten und schwersten. Es ist für die Partei ein bedeutungsvolles Kapitel. Es sind hier verschiedene Wünsche bezüglich einer Änderung der Parteiorganisation vorgebracht worden.

Sie sehen, dass die Anträge 77 bis 83 der Bundesparteileitung zugewiesen werden sollen, weil sie noch einer eingehenden Beratung bedürfen.

Die Anträge 84, 85, 87 und 90 bis 92 sind in der Resolution verarbeitet.

Ich würde vorschlagen, dass wir über diese Fragen diskutieren, wenn am Ende der Sitzung die fertige Resolution verlesen wird. Diese Resolution liegt hier vor. Einzelheiten werden, wie wir besprochen haben, geändert werden. Dann werden wir uns darüber unterhalten, ob die vorgelegte Formulierung der Resolution ausreichend erscheint oder ob sie abgeändert oder ergänzt werden soll.

Die übrigen Fragen sind, weil sie noch einer eingehenden Behandlung bedürfen, wie angeführt, der Bundesparteileitung

zuzuweisen. Das gleiche gilt für den Dringlichkeitsantrag der Landesparteileitung Wien, der ebenfalls eine Reihe von Organisationsfragen enthält.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Ich glaube, wir könnten im Sinne dieser Antragstellung vorgehen. Wir kommen nun zu den übrigen Fragen.

Berichterstatter SS.Dr. B o c k : Ich muss noch etwas ergänzen. Ich muss noch bekanntgeben, dass auch die Landesparteileitungen Oberösterreich und Kärnten Anträge eingebracht haben. Der Bundesparteitag hat beschlossen, damit einverstanden zu sein, dass diese Anträge der Bundesparteileitung unter den gleichen Bedingungen zugewiesen werden wie die anderen Anträge, die wir ihr zugewiesen haben. — Das ist nunmehr auch über diese Anträge beschlossen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Dieses Kapitel ist damit vorläufig abgeschlossen. Wir kommen nun zu einer anderen Frage.

2.Punkt der Tagesordnung, nach der ursprünglichen Tagesordnung war es der erste, ist die

Neuwahl a) des Bundesparteiobmannes,

b) des Generalsekretärs.

Im Juni des vergangenen Jahres hat es anlässlich der Bundespräsidentenwahl verschiedene Sitzungen der Bundesparteileitung gegeben. In einer Sitzung der Bundesparteileitung - erweitert durch den Nationalratsklub und die Mitglieder des Bundesrates - wurden meine Wenigkeit und Generalsekretär Dr.Maleta mit der provisorischen Leitung unserer Partei betraut. Zur Beschlussfassung über die weitere Führung der Partei sollte noch im Jahre 1951 ein Bundesparteitag einberufen werden.

Die Betrauung von Maleta und mir ist daher eine provisorische und statutenmässig nicht gedeckt. Daher muss der Bundesparteitag von heute zu dieser Frage Stellung nehmen. Wir stellen natürlich diese Mandate den Entschlüssen des Politischen Ausschüsses zur Verfügung. Es liegt an Ihnen, meine Herren, darüber zu entscheiden, in welcher Weise diese Frage der Führung der Partei in Zukunft gelöst werden soll.

Bundeskanzler Dr.Dipl.-Ing.F i g l: Meine Damen und Herren Ich glaube, wir müssen nach dem ersten Schritt auch den zweiten Schritt tun. Wir haben die beiden Herren im Juni bestellt. Ich brauche keine langen Erklärungen und Begründungen abgeben. Ich glaube, die Führung hat sich bewährt, und ich würde den Antrag stellen, dass der Politische Ausschuss dem Plenum den Vorschlag unterbreitet, Herrn Präsidenten Raab zum Bundesparteiobmann zu wählen und, glaube ich, auch den Herrn Dr.Maleta zum Generalsekretär. Ich lege mein Amt als Bundesparteiobmann selbstverständlich zurück und beantrage eben, dass Kollege Raab zum definitiven Parteiobmann auf dem Bundesparteitag heute gewählt wird. Ich würde diesen Antrag heute stellen. (Allgemeiner Beifall.)

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Wünscht dazu jemand das Wort? - Bitte, Herr Minister Hurdes.

Min.a.D.NR.Dr.H u r d e s: Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte auch ich ausdrücklich erklären, dass ich mein Amt als Generalsekretär ebenfalls zurücklege. Als Begründung gebe ich vor allem folgendes an: Mir ist seinerzeit vorgeworfen worden, dass ich sehr leichtsinnig war, weil ich in der Nazizeit, wo man

den Kopf riskiert hat, mich bemüht habe, die Grundlagen für eine neue Partei zu schaffen. Man hat mir in der letzten Zeit sogar vorgeworfen, dass ich leichtsinnig war, weil ich im Jahre 1945 einem Beschluss in einer Sitzung, in der ich nicht anwesend war, folgend, sofort das Generalsekretariat der Partei übernommen habe, ohne meine Rechtsanwaltskanzlei, die ich bis 1938 geführt habe, wieder auf die Beine zu bringen. Ich habe das dann später nachgeholt, habe aber in der letzten Zeit feststellen müssen, dass es notwendig ist, um politisch unabhängig zu sein, sich vor allem einen Zivilberuf entsprechend auszubauen.

Das wird meine nächste Sorge in den nächsten Monaten sein, sodass ich also in der Situation nicht in der Lage bin, das Generalsekretariat irgendwie weiterzuführen. Ich danke daher für das Vertrauen, das man mir [redacted] auf dem Bundesparteitag in Salzburg mit dieser mit überwiegender Mehrheit erfolgten Wahl entgegengebracht hat. Aber ich muss ebenfalls meine Funktion hiemit zurücklegen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Ich glaube im Sinne aller Herren zu sprechen - und ich werde dies auch auf dem Bundesparteitag tun -, dass wir der Führung der Partei, dem Herrn Bundeskanzler und auch dem Herrn Generalsekretär Dr.Hurdes den aufrichtigsten Dank der Partei sagen. Ich glaube, die Tätigkeit der beiden Männer gehört absolut zu einem grundlegenden Markstein unserer geschichtlichen Entwicklung, nach der schweren Zerstörung, die wir im Jahre 1945 mitgemacht haben, und steht im Zusammenhang mit dem Aufbau unseres Staates. Wenn es

dann aus dem Wunsch der Partei heraus zu einer gewissen Trennung zwischen Parteiführung und Staatsaufgaben gekommen ist, so hat sich das als zweckmässig erwiesen. Ich glaube auch feststellen zu können, dass es die vornehmste Pflicht der Partei ist, den Herrn Generalsekretär Minister Dr.Hurdes ehestens wieder an einen bedeutungsvollen, verantwortungsvollen Posten der Partei zu bringen. Die Beschlüsse darüber sind von der Bundesparteileitung genehmigt worden, und wir hoffen, dass seine Arbeitskraft nach wie vor der Partei in vollen Umfange zur Verfügung stehen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Bitte, wünscht nunmehr, meine verehrten Damen und Herren, jemand bezüglich der Führung der Partei einen anderen Vorschlag? Sie werden mich und auch den Herrn Dr.Maleta nicht böse machen, wenn Sie jemanden anderen dazu erwählen. Wir werden uns dann wieder dorthin stellen, wohin uns die Partei stellt. (Nach einer Pause:) Ich muss aber doch, wenn kein anderer Vorschlag vorliegt, darauf bestehen, dass dieser Vorschlag mit Stimmzetteln zur Abstimmung gebracht wird. (Zustimmung - Ruf: Im Plenum.)

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Ja gut, das kann aber nicht hier geschehen, sondern selbstverständlich im Plenum. Es muss nur irgendein Antrag gestellt werden. Ich würde bitten, dass der Herr Bundeskanzler dann diesem Antrag im Plenum stellt. (Ruf: Die geheime Wahl bedarf keines Antrages!)

Ld.PObm.P o l c a r i: Das ist satutenmässig; aber der Vorschlag muss erstattet werden, darüber muss abgestimmt werden.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Wir kommen zur Frage der monatlichen Kampfspende. Dazu möchte ich folgendes sagen: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe unmittelbar vor dem Bundesparteitag und früher auch schon verschiedene Anregungen bekommen. Auch der Leitartikel der "Furche" beschäftigt sich in seiner letzten Ausgabe mit diesen Dingen, und auch der Fürsterzbischof von Salzburg hat mir einen eindringlichen Brief geschrieben, wie überhaupt der Episkopat sehr reges Interesse an der Entwicklung der Partei nimmt. Ich habe dazu folgende Bemerkung zu machen: Es ist bei der Anfangsentwicklung der Partei sehr um den Primat der Partei gerungen worden. Das ist auch in § 1 des Statuts festgelegt, dass die Partei die Führung hat, dass es Unterorganisationen gibt, die der Partei zugehören. Um diesen Primat der Partei ist es aber im Laufe der Entwicklung sehr still geworden. Die Landesparteiorganisationen, die besomders stark nach dem Primat der Partei geschrieen haben, sind jetzt für die Petrifizierung des bündischen Systems der Partei. Ich darf in diesem Zusammenhang festlegen, dass die Partei nicht eine Summe von: X - 10.000 AABündlern, plus X - 10.000 Bauernbündlern, plus weniger X - 10.000 Wirt-

schaftsbündlern, Summe geschlossen , ist, plus imaginärer Faktor, noch zwei Pünktchen angehängt, der FB und der JB,der Frauenbund und der Jugendbund, und dass dann ein Gleichheitszeichen gesetzt wird = ÖVP. (Heiterkeit.) Ich werde das auch auf dem Bundesparteitag sagen. Ich lege Ihnen die Frage vor: Wenn Seipel heute leben würde, durch welches bündische Filter würde dieser Mann in das Parlament hineinkommen? (Heiterkeit.) Ich glaube, es ist unmöglich, dass wir uns mit diesem Zustand, wie er jetzt besteht, begnügen und ewig das Statut der Partei so lassen, ohne eine Neuregelung. Es ist mir klar, meine Verehrten, dass eine Partei, die in Anspruch nimmt, die grösste und stärkste Partei in diesem Staate zu werden, auf die verschiedensten ständischen Organisationen Rücksicht nehmen wird und dass sie aus diesen Kreisen angesehene Leute, welche sich in den einzelnen Interessengruppen befinden, als ihre Kandidaten herausstellt.

Zweitens/dass der Herr Dr.Gschnitzer als Hochschulprofessor ewig und immer Bauernbündler sein muss (Heiterkeit), dass der Herr Dr.Kolb als Angestellter der Kammer ewig und immer kapitalistischer Wirtschaftsbundvertreter sein muss und dass der Herr Dr.Bock als Wirtschaftstreuhänder Mitglied des Arbeiter- und Angestelltenbundes sein muss (Heiterkeit), zeigt die Widersinnigkeit dieses bündischen Systems. (Heiterkeit.)

Drittens, meine sehr Verehrten, haben wir schliesslich und endlich im Parlament als Nationalrat gesetzgebende Funktionen auszuüben, sodass wir - ich sage Ihnen das ganz offen - Rücksicht darauf nehmen müssen, dass einerseits in der parlamentarischen Vertretung die Bezirksvertreter sehr stark zum Zuge kommen

werden, also diejenigen, die sich mit den Lokalinteressen eines Bezirkes zu beschäftigen haben, und dass auf der anderen Seite der parlamentarische Dienst auch Spezialisten braucht, die normal aus dem Bezirksvertrauensmännersystem oder noch verstärkt durch das bündische System nicht zum Zuge kommen, die wir aber bei der Gesetzgebung brauchen, im sozialpolitischen Ausschuss, Justizausschuss, Handelsausschuss, in allen diesen Faktoren - wir werden vermutlich diese Frage nicht auf dem Parteitag lösen - das zwingt auch hier, dass der Partei bei gewissen Aufstellungen der Mandate ein gewisses Mitspracherecht eingeräumt werden muss. (In diesem Augenblick wird durch den Lautsprecher folgende Verlautbarung durchgegeben: "Wir bitten die anwesenden Herren, sich mit Parteiabzeichen einzudecken.") was bei den Delegierten lebhafte Heiterkeit hervorruft.)

Ich habe die Erfahrung aus den Ausschüssen im Parlament, dass neun Vertreter unserer Partei schweigend in den Ausschüssen drinnen sitzen gegenüber sieben aktiven, geschulten und in den einzelnen Sparten abgerichteten Sozialisten. Durch solche Mandatare, die dort sitzen und schweigen, wird das Ansehen der Partei nicht gefördert werden.

Wir können uns auch nicht dagegen verschliessen, dass auch die Interessen des Epiposkates hier hereinspielen. Natürlich suchen die Leute der Katholischen Aktion eine Annäherung an unsere Partei. Es muss daher auch eine Möglichkeit geben, diese Leute aus diesen Kreisen für die Partei heranzuziehen. Hier stehen wir aber dem Königreich, dem Fürstentum und dem Kurfürstentum der drei Bünde gegenüber. Wenn sich das so weiter petrifiziert, wird es sich zu einem Erbrecht der einzelnen Mandate erweitern. Das Mandat gehört dann zum Beispiel der Wagnerinnung in Bimmelkirchen. Nun muss, solange wir dieses System haben, immer einer aus dieser Gilde Mandatar der Partei werden.

Das alles gebe ich Ihnen, verehrte Freunde, nicht aus einem Machtstreben heraus, sondern im Interesse der Lebendigkeit der Partei, im Sinne einer Entwicklungsmöglichkeit der Partei zu bedenken. Wir verlangen nicht einen Parteibeitrag, weil wir ein Primat wollen, wir wollen auch nicht gegen die bündischen Finanzhoheitsrechte auftreten. Es müssen sich aber nur die Herren Landesparteiobmänner darauf gefasst machen, dass sie sich nicht mehr an die Bundes-

parteileitung wenden können. Im Waldviertel steht ein Heiliger, der den Bettelsack trägt, das ist der Heilige Felix. (Heiterkeit.)

Ich bin nicht gewillt, wie der Heilige Felix vor den Türen der Bünde betteln zu gehen und die Schulden, die die Bünde gegenüber der Partei haben, einzuheimsen. Wir müssen aus eigener Kraft zu der Finanzhoheit der Partei kommen. Eine Parteiorganisation, die sich in einem Ort aus den drei bündischen Obmännern zusammensetzt, ist keine richtige Parteiorganisation.

Sie können sich nun überlegen, was Sie wollen. Wir werden heuer darauf ausgehen, eine monatliche Kampfspende von 12 S im Jahr einzuheben. Ich bin allerdings bezüglich der Resultate skeptisch, wenn wir das von den Bünden einheben lassen. Ich will dabei von der Integrität und der Inkassofreudigkeit der Bünde gar nicht reden. Es entzieht sich das alles meiner Kenntnis. Ich kann über die finanziellen Verhältnisse der Bünde kein Urteil abgeben. Die Partei selbst muss aber zu einer eigenen Finanshoheit kommen, weil wir sonst mit unseren Aktionen, mit unserer Presse, mit der Propaganda, der Jugendorganisation und der Frauenorganisation in der Luft hängen. Es geht auch nicht an, dass wir einzig und allein von den Hunderttausendern leben, die uns die Industrie gnadenweise zur Verfügung stellt. (Zustimmung.) Die Partei muss ihre Mittel,die sie braucht, selbst aufbringen. Ich werde allmonatlich über die Leistungen der einzelnen Landesparteileitungen bei der Einhebung dieser Kampfspende berichten.

Ich bin heute schon überzeugt, dass es ein Freudentag sein wird - ich hoffe, dass das noch in diesem Jahr sein wird - , wenn wir die erste sechsstellige Ziffer aus dieser Aktion erreicht haben werden.

Ich darf daher bitten, dass ich diese monatliche Kampfspende beantragen kann, weil es im Laufe der Zeit nicht möglich ist. Aber ich würde auch noch den enragiertesten bündischen Vertreter, der noch so in diesem Geleise festgefroren ist, der sich aber aus der kleinlichen Perspektive doch erhebt, bitten, mir da mitzuhelfen, über dieser Frage hinwegzukommen und an der grossen Linie der Partei, des wirklichen Primats der Partei - ohne dass die bündischen Interessen in ihren Kammern oder sonstwo in dieser Partei gekürzt werden sollen - mitzuarbeiten, damit wir zu einer wirklichen Vorangstellung des Parteigedankens kommen. Das möchte ich dem Politischen Ausschuss zur Kenntnis gebracht haben.

Vizebürgermeister NR.W e i n b e r g e r: Ich habe nicht die Absicht, hier eine grundsätzliche Erörterung über die Frage Primat der Partei, der Bünde usw.zu halten. Aber einiges ~~musste~~ ich doch sagen: Zunächst freue ich mich ehrlich darüber, dass auch Kollege Raab so weit ist, die starke Koordinierung aller Kräfte innerhalb der Partei zu vertretem. Wenn ich in aller Bescheidenheit etwas in Erinnerung rufen darf, so etwa den Umstand, dass z.B. von den drei Bünden der Partei allein der Arbeiter- und Angestelltenbund seit Anbeginn das Abzeichen der Partei getragen und es immer abgelehnt hat, ein anderes Abzeichen zu schaffen, während der Wirtschaftsbund unter der Führung Raabs sich gleich von Anbeginn an ein eigenes bündisches Abzeichen schuf und nicht nur beim Abzeichen blieb, sondern auch sonst sehr stark dafür eintrat, dass der Wirtschaftsbund als eigener Faktor fast selbständig, fast losgelöst von der Partei

seine Arbeit verichtete. Vom Bauernbund brauche ich nicht zu sagen, dass niemand in Österreich annehmen wird, dass der Bauernbund jemals auf seine besondere bäuerliche Organisation verzichten wird. Wir vom Arbeiter- und Angestelltenbund haben immer den Standpunkt vertreten, dass die Volkspartei natürlich auch in den Bünden zu bestehen hat, dass sie selbstverständlich die grossen Gemeinsamkeiten vor allem der weltanschaulichen Gleichheit der Menschen zu vertreten hat, und dass die Bünde zunächst dazu da sind, eben die besonderen Interessen der ihnen anvertrauten Wählerschaft und Wählerschichten zu vertreten. Und hier bin ich der Meinung, es ist viel anständiger und viel sauberer, gleich klar und eindeutig zu sagen, was los ist, als sich hinter irgendwelche Dinge zu verstecken. Es gibt Volksparteien - ich möchte das hier wiederholen, was ich einmal geschrieben habe -, die keine Bünde haben. Aber glauben Sie ja nicht, dass es in diesen Volksparteien keine Spannungen, keine Differenzen, keine Flügel usw.gibt. Lesen Sie doch den Bericht, den Kollege Graf über die Zustände und Schwierigkeiten in der Christlichdemokratischen Partei Italiens geschrieben hat; dann werden Sie ja sehen, dass dort Spannungen bestehen zwischen De Gasperismus, den man vielleicht als einheitliche Partei hinstellen könnte, und zwei, drei, vier und fünf extrem linksgerichteten Tendenzen und einer sehr stark rechtsgerichteten Tendenz, die nicht nur bäuerlicher sondern auch anderer, zum Teil sogar faschistischer Herkunft sein dürfte. Es ist also nicht richtig, wenn man meint, dass dort, wo die Partei nur einen Namen hat, eine Sammelpartei ist und alles schon in bester Ordnung wäre, keine Spannungen bestünden. Es

ist nun einmal so, dass die Menschen verschiedene Interessen haben, die Landbewohner und Bauern andere als der Unternehmer, die Industriellen andere als die Handwerker usw.usw.
Es ist meiner Meinung nach richtig und sauber, wenn man darauf Bedacht nimmt und versucht, zunächst einmal die verschiedenen Interessen klar zu stellen. Erst wenn das geschehen ist, kann man mit anständigen Partnern zusammentreten und zu einem Ausgleich kommen. Jede andere Vorgangsweise wäre meiner Meinung nach ein Betrug an jenen, die sich guten Glaubens in eine Bewegung hineinbegeben und dann zusehen müssen, wie es irgendwie, hoffentlich, zufällig doch gelingt, die Interessen, die er vertritt, mit den anderen Interessen zusammenzuspannen und am Ende auszugleichen.

Ich bin der Meinung, dass es gar nicht so bös ist mit den Bünden und der Partei, dass man viel zu viel theoretisiert und geredet hat. Ich bin einig mit Dr.Maleta, der gesagt hat, hört auf mit dem ewigen Gerede vom Primat so und so, worauf es ankommt, sind die vernünftigen Menschen. Wenn in allen Dingen vernünftige Menschen an der Führung sind, wenn sie dafür Sorge tragen, dass schon primär im Interesse der eigenen Wünsche keine überspitzten Forderungen gestellt werden, und sehen, dass es auch Bauern, Handwerker und Unternehmer in der Partei gibt, ist schon viel geschehen.

Wenn sich diese bündischen Männer und Frauen in der Partei zusammenfinden und dort selbst mit versuchen, die verschiedenen Meinungen auszugl ichen, zu einer gemeinsamen Linie zu kommen, dann ist es gar nicht so schwer, die Einheit der Partei auch nach aussen hin jederzeit darzulegen.

Woran es bisher gefehlt hat, war zweierlei. Erstens die Ausrichtung in der Presse. Das hat einen schlechten Eindruck gemacht, dass zu einer bestimmten Frage etwa der Wirtschaftspolitik einmal der Bauernbund, einmal der Wirtschaftsbund, und ein drittes Mal der Arbeiter- und Angestelltenbund eine ganz verschiedene Meinung verzapft haben. Aus verschiedenen Darstellungen in der Öffentlichkeit musste der Wähler den Eindruck gewinnen, das ist keine einheitliche Partei, sondern ein Sauhaufen. Es ist also wichtig und wesentlich dafür zu sorgen, dass solche Dinge in Hinkunft möglichst unterbleiben und dass wir eine Presse und Referate bekommen, die mit der Parteileitung zusammen dafür Sorge tragen, dass derart divergierende Meinungen nicht nach aussen kommen, sondern innerhalb der Partei verarbeitet werden, und dass das Ergebnis der Arbeit erst als gemeinsames Produkt der Gesamtpartei nach aussen hin zur Wählerschaft kommt. Das ist das eine. Das zweite war eine mangelnde Organisation innerhalb der Partei. Wir hatten zwar, sagen wir, einige Ausschüsse und Referate. Sie waren aber zu wenig lebendig. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass vor allem in der Frage der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik rechtzeitig eine Übereinstimmung erzielt wird, damit wir nicht im Parlament erst, im Klub, versuchen müssen, zu einer

gemeinsamen Linie zu kommen, dass schon die Partei dem Parlament vorarbeitet und sagt: Die Partei ist in dieser oder jener konkreten Frage der gemeinsamen Ansicht, und ihr alle habt sie gemeinsam zu vertreten. Wenn diese Vorarbeit geleistet wird, wenn sich die Parteiführung damit abmüht, dass alle Interessen zusammengespannt und am Ende ausgeglichen werden, dann habe ich gar keine Sorge, dass wir nicht als geschlossene und kräftige einheitliche Partei nach aussen hin vorgehen können und auch Erfolge aufweisen. Ich würde Sie bitten: Reden wir nicht so viel vom Primat. Die meisten wissen nicht, was das ist. Diese Schlagworte verwirren die Menschen, sie können sich nicht aus. Bleiben wir bei den Tatsachen, wie sie sind, und versuchen wir, durch vernünftige Männer und Frauen, durch vernünftige Organisationen, eine vernünftige Pressepolitik usw. die Einheit der Partei mehr zum Ausdruck zu bringen, als es bisher der Fall war.

Eines können Sie von uns - jetzt spreche ich für die Arbeiterschaft - nicht verlangen. Wir haben es besonders schwer. Sie könnten uns vorwerfen, wir hätten dort und da Fehler gemacht. Meinetwegen, auch wir machen Fehler, das möchte ich von vornherein ganz offen zugeben, aber Sie können nicht leugnen, dass es unsere kleinen Leute in den Betrieben besonders schwer haben, besonders deshalb, weil ihnen ständig vorgehalten wird: Ja meine lieben Arbeiter- und Angestelltenbündler, ihr selber seid ja brave Leute, und vielleicht der eine oder andere, der euch vertritt, ist ein ganz anständiger Mann. Aber ihr könnt nichts erreichen in der Partei, denn ihr seid abhängig und mit den grossen Bauern

zusammengespannt, mit den grossen Unternehmern, und die sind doch so stark und übermächtig, dass ihr innerhalb der Partei gar nicht zur Geltung kommt. Was glauben Sie, meine Damen und Herren, wenn nun auch dieser Bund zum Opfer gebracht würde, wenn nun die grosse Masse der gegnerischen Arbeiterschaft noch nicht einmal sehen würde, dass die Kraft in der Arbeiterschaft der Volkspartei wenigstens besonders zusammengespannt wird, dass sie geschlossen zur Geltung kommt, dann hätten sie überhaupt keinen Respekt mehr vor diesen Arbeitervertretern, sondern würden von vornherein erklären: Ihr seid verkauft und verraten, das ist für die Katz, ihr seid nur dazu da, um Wähleratimmen für die Unternehmer, für die Grossbauern einzubringen. Aber ihr habt gar nichts zu reden und gar nichts zu sagen. Denken Sie nur daran die Optik solcher Vorgänge. Es wäre für uns ganz unmöglich, dass wir unser eigenes Haus aufgeben.

Ich erkläre - das ist keine Phrase -: die Arbeiter und Angestellten und die Beamten innerhalb unseres Bundes haben von Anbeginn an nicht nur geschafft, mitgeschafft, sondern sie haben auch immer gewusst, dass die Partei über allem steht, und natürlich auch über ihrem Bund. Das können Sie zur Kenntnis nehmen. Sorgen Sie auch dafür, Kollege Raab, sorge Du vor allem als Parteiobmann dafür, dass die anderen Interessen nicht zu stark emporwuchern und dass gemeinsame Interessen nicht zu sehr überwuchern. Dann ist mir nicht bange um die gemeinsame Wirksamkeit der Volksparteipolitik. Wir werden unsere Forderungen nie so überspannen, dass es die Bauernschaft und die Unternehmerschaft unangenehm empfinden wird. Aber wir fürchten, dass die anderen Kräfte der Partei oft so stark werden, dass wir es einfach nicht aushalten, dass wir vor lauter Preisinteressen und anderen Interessen einfach erdrückt werden mit unseren Lebensinteressen.

Ich bin also der Meinung: weniger darüber diskutieren, weniger draussen verkünden, sondern dafür Sorge tragen, dass die Verschiedenheiten immer wieder zu einer gemeinsamen Linie ausgerichtet werden, damit diese gemeinsame Linie auch nach aussen hin zur Geltung gebracht werden kann.

Staatssekretär NR. G r a f : Die Behandlung dieses Themas zeigt zweierlei: "Wenn zwei dasselbe tun, muss es nicht immer dasselbe sein!", und "Was gestern noch Rebellion, kann heute Legalität sein!". Ich fühle mich verpflichtet, zu diesem Problem etwas zu sagen, weil ich schon auf zwei Parteitagen versucht habe, in irgendeiner Form dem Primat der Partei Rechnung zu tragen. Mir war es klar, dass jeder, der in der Partei in einer führenden Position steht und irgendwie die Verantwortung für die Gesamtpartei zu tragen hat, zwangsläufig zu den Bestrebungen kommen muss, nicht nur die Kräfte dieser Partei zu stärken, zu koordinieren, sondern sie auch von einer stärkeren und höheren Warte aus zu lenken .

Ich bin freilich der Meinung, dass es vor Jahren bei manchen Fragen leichter durchzuführen gewesen wäre, als es heute der Fall ist, weil heute diese Apparatur der Bünde schon stärker eingespielt ist, als es damals der Fall war. Trotz all dem muss ich Ihnen sagen, dass wir in der Frage der Parteiführung zu einer einheitlicheren Linie kommen müssen, als es heute der Fall ist.

Kollege Weinberger hat gemeint: Was heisst eigentlich "Primat der Partei"? Ich möchte sagen: Unter diesem Primat verstehen wir, dass die Führung nicht dreifach aufgegliedert ist, sondern dass wir eine einheitliche Führung der Partei haben müssen. Natürlich darf nicht nur eine bestimmte Gruppe

oder eine bestimmte Richtung diese einheitliche Führung repräsentieren. Das ist ganz selbstverständlich. Eine einheitliche Parteiführung zu haben, darf auch nicht heissen, dass diese Parteiführung autoritär ist. Sie hat auf alle Rücksicht zu nehmen. Sie hat vor allem den in den Statuten vorgesehenen Instanzen Rechnung zu tragen und die Beschlüsse, die die gewählten Mandatare des Bundesparteitages fassen, in jeder Richtung zu akzeptieren.

Die zweite Frage ist die Geldfrage. Meine Herren! Ich habe jahrelang das Finanzreferat innegehabt. Ich muss sagen: So geht es nicht, dass die Partei Schulden hat, wenn wir nicht von irgendeiner Seite Geld bekommen. Trotz aller Bemühungen in all den Jahren steht die Partei finanziell auf sehr, sehr schwachen Füssen!

Aus den Ländern kommen dann die Vorwürfe: Was ist denn mit der Propaganda? Warum bekommen wir keine Plakate? Es ist doch beschämend, dass in den Aushängekästen heute noch Plakate aus der Zeit der Gleissner-Wahl hängen. Wir hatten aber nicht einmal damals für alle genug! Es liegt das alles daran, dass wir kein Geld haben.

Im Zusammenhang mit der Starhemberggeschichte ist ein neues Plakat der Kommunisten herausgekommen. Wir können aber gar kein Gegenplakat herausbringen! Ein wirksames Gegenplakat kostet 300.000 S. Das haben wir aber nicht.

Es ist daher verständlich, dass die Partei bemüht ist, durch die Kampfspende zu eigenen Geldmitteln zu kommen. Wir haben uns auch im Bauernbund mit dieser Frage beschäftigt. Es wurde die Meinung zum Ausdruck gebracht, dass ein zweifaches Inkasso gerade auf dem Lande auf die

grössten Schwierigkeiten stösst. Das Markensystem ist auf dem Lande nicht durchführbar, weil der Bauernbund keine Marken hat. Seine Marke ist der Kalender. Das Inkasso wird dort nur einmal durchgeführt.

Wenn es nun zur Einhebung einer Kampfspende kommt, so wird der Bauernbund sicher dazu beitragen, dass diese Aktion der Partei unterstützt wird. Das ist ganz selbstverständlich. Die Einhebung einer Kampfspende wird auf dem Lande draussen nicht von einem Beschluss abhängen, sondern letzten Endes davon, ob der betreffende Funktionär auf dem Lande draussen auf seinem Platze ist oder nicht.

Und dann, meine Herren, von der dritten Warte aus, müssen wir dem Versuch des Präsidenten Raab, das Primat der Partei zu verwirklichen, stärkste Beachtung schenken.

Meine Herren, ich habe jetzt die Wahlen in Italien, Frankreich und England genau verfolgt; ich bin der Meinung, mit der Wahlpropaganda der letzten zwei Wahlen kommen wir in Zukunft nicht mehr durch. Wenn wir bei den nächsten Wahlen die Kandidaten als Persönlichkeiten nicht stärker in den Vordergrund stellen, als wir es bisher getan haben, dann können wir die schönsten Programme und Resolutionen fassen, dann wird es nicht gelingen. Hier wird die Partei einen stärkeren Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten nehmen müssen. Es ist doch unmöglich, dass wir heute im Parlament z.B. keinen Arzt haben, weil zufällig von keinem Bund ein Arzt vorgeschlagen worden ist. Also von der Warte aus müssen wir zu einer Koordinierung kommen.

Ich glaube, dass wir dem Antrag des Ministers Raab auf Einführung der Kampfspende zustimmen sollen. Vor allem wird sich zeigen, wie die Parteiapparatur arbeitet. Die Parteiapparatur wird ein bisserl ins Rollen kommen. Vor allem aber hoffe ich, dass die vielen, vielen zehntausende uns nahestehender Leute in den Städten, die keinem Bund angehören - der Hofrat geht nicht zum AAB, der geht nicht dorthin und der ist beleidigt auf den -, endlich erfasst werden. Da liegen seit Jahren hunderttausende Schilling brach, weil niemand an diese Menschen herankommt.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag des Herrn Präsidenten Raab auf Einführung der Kampfspende, die von der Parteiapparatur eingehoben werden soll, Rechnung zu tragen. Die Bünde werden diese Aktion sicherlich unterstützen, sie können aber selber aus eigenem heraus diese Aktion nicht durchführen, weil sie eben nur das jährlich einmalige Inkasso haben. Die Frage, wie man das Primat intern verwirklichen soll und wie das Primat nicht zu einem Schlagwort werden soll, soll dann in einem engen Kreis für die praktische Zukunftsarbeit abgesprochen werden.

NR.Dr.T o n c i c: Wir haben in Österreich ein fluktuierendes Wählerkader von ca. 400.000 Personen, um das die Volkspartei, andere Gruppen der Rechten und im geringeren Masse auch die Sozialistische Partei ringen. Innerhalb dieser fluktuierenden Gruppe ist die These von dem Primat der Partei, schlagwortartig ausgedrückt, unter Überwindung der bündischen Zerklüftung sehr populär. Wir werden das also,schon um diese Kreise besser ansprechen zu können, unbedingt durchführen müssen. Ich erwähne beispielsweise den Verband der geistig Schaffenden. Da sind Leute drin, die aus irgendeinem Grund der Partei nicht angehören. Wenn sie wissen, dass diese Partei geschlossen ist, werden sie die Vertretung ihrer Interessen und damit ihre Wahlstimmen dieser Partei geben.

Ich möchte daher im konkreten den Vorschlag machen, erstens: Wenn wir heute über diesen zweiten Tag des ausserordentlichen Bundesparteitages der Presse berichten, so mögen wir hervorstellen, dass dieser heutige Parteitag im Zeichen der Konzentration der Parteiführung und des Bekenntnisses der

bündischen und der Ländervertreter und des ganzen Parteitages zu einer einheitlichen Partei steht. Das soll die Parole der heutigen Pressesausgabe sein. Zweitens würde ich vorschlagen, dass wir zugleich mitteilen, dass die Bundesparteileitung beauftragt wurde, binnen kürzester Zeit konkrete Vorschläge für die Durchführung dieser Aktion mitzuteilen.

Bürgermeister Dr.G r e i t e r: Ich glaube, die Partei darf an dieser Tatsache nicht vorbeigehen, dass ein grosser Teil ihrer Wähler in keinem wie immer gearteten Zusammenhang mit einem Bund steht. Der Bund kann wohl reklamieren und sagen, diese grosse Gruppe dieser Leute gehört zu mir, er hat aber keine Verbindung damit. Es sind vielleicht gerade die zuverlässigsten Wähler, die dort nicht sind. Es ist das die ganz grosse Schichte derer, die die ÖVP nicht wegen wirtschaftlicher Vorteile oder wirtschaftlicher Interessenvertretungen wählt, sondern in erster Linie wegen der kulturellen Vertretung. Und da ist naturgemäss, da die Bünde hauptsächlich Wirtschaftsinteressen ihrer Gruppen haben, verhältnismässig wenig vorgesehen.

Ich spreche hier eigentlich - möchte ich sagen - aus der Erfahrung, die wir in Innsbruck gemacht haben. Wir haben dort bei den Gemeinderatswahlen eine Liste aufgestellt, die, positiv betont, unabhängig von den Bünden ist, die den Bünden nicht verantwortlich ist, sondern die nur die allgemeinen ÖVP-Zwecke verfolgen wollte. Diese Liste hat mehr als die Hälfte aller Stimmen bekommen, mehr als die drei anderen Bünde. Also sieht man, dass es hier ein grosses Wählerreservoir gibt, das heute der Partei zugeführt werden soll.

Wir dürfen uns über die ganze Organisation nicht täuschen. Unsere ganze Organisation ist am Wahltag wirkungslos, wenn nicht die grösstmögliche Anzahl von Wählern dahintersteht. Jede Liste - so möchte ich sagen -, die heute auf die Zugehörigkeit zu einem besonderen Bund verzichtet, wird eine Reihe von Stimmen umfassen, die wir sonst nicht bekommen werden. Es muss nicht überall so wie in Innsbruck sein. Aber wenn es nur 10 oder 20 Stimmen sind, die damit der Partei zukommen, hat es sich gelohnt; denn letzten Endes ist uns die Zahl der Mandate in den verschiedenen Körperschaften der Endzweck, und dazu brauchen wir den Wähler. Wir können dem Wähler nicht vorschreiben, wie er gehen soll, sondern wir müssen ihm die Möglichkeit geben.

Wenn wir heute innerhalb der Partei eine Gruppe derer bilden, die nicht irgendeinem Bund angehören wollen, so werden wir damit einmal die kulturell Eingestellten erfassen, denen die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihres

Standes nicht so sehr am Herzen liegt - und das sind viele -, zweitens aber gibt es aber auch die Ausweichmöglichkeiten. Es gibt in jedem Bund eine Reihe von Mitgliedern, die aus organisatorischen oder persönlichen Gründen mit ihrer Führung nicht einverstanden sind. Anstatt dass diese Leute nun VdU oder Linke wählen, ergibt sich hier für sie eine Ausweichmöglichkeit. Wir haben in Innsbruck das Experiment gemacht. Die allgemeine Liste hat 10 Mandate, der Wirtschaftsbund hat 4, der Arbeiter- und Angestelltenbund 2. Glauben Sie, dass wir nur mit einer bündischen Liste 16 Mandate und damit die stärkste Stellung in der Gemeinde erhalten hätten? Ich bin überzeugt, mindestens 10 Prozent der ganzen Stimmen wären uns verloren gegangen. Ich bitte aus diesem Grunde Rücksicht zu nehmen auf den Wähler, denn wir brauchen ihn am Schluss. Alles andere sind Wunschträume von uns. Wir müssen die Partei so gestalten, dass sich am Wahltag der grösstmöglichste Erfolg für die Partei bei den Wählern einstellt.

Vizebürgermeister NR. W e i n b e r g e r: Ich möchte nur nachholen, dass ich auch für unseren Bund mit der Einführung der Kampfspende einverstanden bin, im Rahmen der einzelnen Landesparteileitungen. Ich bin auch durchaus einverstanden mit der Erklärung, dass wir alle die Verstärkung der Parteiführung wünschen und dass wir alle dafür eintreten, dass die verschiedenen Kräfte der Partei immer vernünftig zusammengefügt und gemeinsam zur Geltung gebracht werden.

Ich möchte nur davor warnen, den Sonderfall Innsbruck als einen Fall der Partei darzustellen. Das ist ein Sonderfall, der wirklich als solcher behandelt werden soll. Niemand möchte

sich mit dieser Geschichte gleichsetzen und wir am allerwenigsten. Ich muss ehrlich erklären, das haben wir nie vorgehabt, so etwas zu tun, statt drei Bünde sieben Bünde zu schaffen, wie es in Innsbruck war.

Vorsitzender Minaa.D.NR.Ing.R a a b: Ich darf dazu sagen, ich will mich auf Details nicht einlassen. Ich will auch nicht abstreiten, dass hie und da aus einem Saulus ein Paulus werden kann. (Heiterkeit.) Ich will abermals darauf verweisen, dass das eine entscheidende Sitzung ist. Wir werden an diesem Problem nicht vorübergehen können. Man kann nicht sagen, wir wünschen das Primat der Partei, das ist ein Glückwunsch, eine Ansichtskarte und nicht mehr. Wir müssen dem Problem auf den Grund gehen. Wir können nicht immer eine starke Summe von drei Unterparteien sein. Es hat niemand gesagt, dass dadurch die einzelnen Bünde zur Auflösung kommen sollen. Sie werden nach wie vor ein weiteres Betätigungsfeld haben. Aber das Primat der Partei muss durchgestritten werden, die Erweiterung der Partei, verehrter Freund Leinkauf, wir können mit dem KZ-Verband allein nicht die Mehrheit im Parlament haben. (Heiterkeit. - Leinkauf: Das wurde von uns nie verlangt, Herr Minister!) Wir müssen trachten, die Basis der Partei zu erweitern, die Türen aufzutun nach allen Linien un möglichst alles hineinzunehmen, was positiv österreichisch eingestellt ist.

Ich darf daher sagen, dass das für die Gesamtpartei in der kommenden Zeit eine der wichtigsten Sorgen sein muss. Ich habe die Artikel in der "Furche" nicht initiiert. Ich weiss nichts davon. Ich weiss nicht, wer sie hineingegeben hat. Ich weiss aber, dass gerade dieses katholische Blatt strenge Kritik an der Partei übt und dass dies unmittelbar vor dem Parteitag der Fall war. Wir können da heute auch gar keinen Entschluss fassen, weil das zu kurz vor dem Parteitag war. Wir müssen aber daran gehen, uns mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Leinkauf: Zur Klarstellung: Ich möchte feststellen, dass ich am 31.Mai 1945 der Österreichischen Volkspartei und nicht dem KZ-Verband oder dem Arbeiter- und Angestelltenbund beigetreten bin!

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b: Der Finanzreferent wird nun seinen Antrag stellen.

Berichterstatter Generaldirektor Dr. H a b i c h: Der Antrag geht dahin: Es mögen die Parteiinstanzen und die Bünde verpflichtet werden, dem Inkasso der Mitgliedsbeiträge mehr Augenmerk beizulegen. Das Inkasso ist ausserordentlich schlecht, und insoweit es gut ist, werden die Beträge nicht abgeführt. Die Rückstände der Bünde erstrecken sich zum Teil auf zwei Jahre. Es geht nicht an, dass man der Bundesparteileitung die Mittel, die sie dringend braucht, vorenthält.

Der zweite Antrag geht dahin: Der Bundesparteitag möge beschliessen, eine Kampfspende von 12 S pro anno einzuheben. Die näheren Details über Inkasso und über die Aufteilung mögen der Bundesparteileitung oder einem Ausschuss vorbehalten bleiben.

Ich darf nocheinmal recht herzlich bitten, dass alle

Instanzen der Partei mich bei meiner Arbeit unterstützten und die Mittel, die wir notwendig brauchen, hereinbringen, damit wir nicht immer fast hundertprozentig von den Spenden abhängig sind, die uns von einer bestimmten Seite gegeben werden.

Die Einnahmen, die wir heute aus dem bündischen Anteilen haben, reichen kaum hin, das Budget für zwei Monate des Jahres zu befriedigen. Ich verspreche mir auch aus der Kampfspende nicht ein solches Ergebnis, dass wir damit schon die laufenden Ausgaben decken können. Immerhin glaube ich aber, dass eine Verdopplung der Mittel, die der Partei zukommen, möglich wäre, wenn wirklich von allen Seiten mitgearbeitet wird, dass die Beiträge richtig hereinkommen.

Ich darf Sie also nochmals herzlich um Ihre Unterstützung bitten.

Vorsitzender Min.a.D.Nr.Ing. R a a b : Damit ist dieser Punkt abgetan.

_____: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die 12 S für den Kampffonds ausschliesslich für die Bundespartei gedacht sind.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Nein, nur 2 S.

Berichterstatter Generaldirektor Dr. H a b i c h : Die Aufteilung wird bekanntgegeben.

Landesrat Dr. L u g g e r : Ich möchte zu einer Detailfrage sprechen. Inwieweit sind schon konkrete Verpflichtungen der bündischen Organisationen zur Mithilfe bei der Aufbringung der Kampfspende festgelegt?

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Das ist Sache der Landesparteileitungen.

Landesrat Dr. L u g g e r : Meine Herren! Das ist billig gesprochen, wenn man nichts über den Mitgliederstand der einzelnen Bünde weiss.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Verehrter Dr.Lugger! Auch die bündischen Zentralleitungen sind nicht in der Lage, auf die föderalistisch gleichgeordneten Landesorganisationen ihres Bundes einen entsprechenden Druck auszuüben. Hier muss der Fisch schwimmen, wenn er ins Wasser geworfen wird. Es müssen das also die Landesorganisationen im Rahmen ihrer Organisation durchführen. Es lebe der föderalistische Standpunkt! (Heiterkeit.)

Wir haben als 4.Punkt der Tagesordnung einen Antrag, betreffend die Vermeidung von Ämterkumulierungen.

Erstens schlage ich vor, dass kein Vertreter der ÖVP mehr als ein politisches oder wirtschaftliches Mandat - das ist ein Kammermandat - oder sonst überhaupt mehr als zwei Mandate in einer Person vereinigen darf.

2. Es ist Aufgabe jeder Landesparteileitung, dafür zu sorgen, dass dieser Grundsatz eingehalten wird, und selbst allfällig notwendige Massnahmen zur Abänderung widersprechender Zustände zu unternehmen.

3. Erachtet eine Landesparteileitung es aus politischen oder anderen zwingenden Gründen für notwendig, von dem obenstehenden Grundsatz abzugehen, so ist sie verpflichtet, einen diesbezüglichen Beschluss zu fassen und ihn mit ausführlicher Begründung der Bundesparteileitung zur Genehmigung vorzulegen.

4. Unbeschadet der Verpflichtung des Punktes 3 werden die Landesparteileitungen der Bundesparteileitung zweimal jährlich, d.i. zum 1.1. und 1.7., ein Verzeichnis jener Mandatare vorlegen, die neben ihrem politischen Mandat noch eine oder mehrere wirtschaftlichen Funktionen ausüben.

Ich glaube, hier ist sehr viel Klage in der Bevölkerung. Ich glaube, wir und die Landesparteiorganisationen werden sich leichter tun, manchen, der ein so grosser Kummulierer von Ämtern ist, zu entheben, wenn das durch den Beschluss des Bundesparteitages gedeckt ist. Ich stelle das zur Diskussion.

NR.G r u b h o f e r: Wie heisst es, mehr als eins oder mehr als zwei?

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. K a a b: Mehr als ein politisches und ein wirtschaftliches Mandat, bzw. mehr als zwei Mandate in seiner Person vereinigt. Es können auch zwei politische Mandate sein.

1100 Ha 2

StS.Dr.B o c k: Es müsste ausgeführt sein, was ein Mandat ist.

Ruf: Als wirtschaftliches Mandat fasse ich z.B. eine Kammerfunktion auf.

Lhptm.K r a i n e r: Bezahlt oder unbezahlt?

Vorsitzender Präs.d.NR.Ing.R a a b: Bezahlt. Wegen der unbezahlten ist die Kritik der Bevölkerung nicht sehr grosse.
(Ld.Polcar: Um die kümmert sich niemand. - Heiterkeit.→ POhm.
Lhpt.Krainer: Nur stellt sich die Bevölkerung bei jedem Mandat eine Bezahlung vor.)

Wünscht dazu jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Dann darf ich diesen Antrag zur Abstimmung bringen. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zur Parteitagsresolution und zur Neufassung der programmatischen Leitsätze. Ich würde bitten, diese mir die Endredigierung dieser Sache an ein Subkommitee übertragen. Ich schlage vor: die Herren Dr.Bock, Dr.Maleta, Ing.Hartmann, Fokert, Altenburger. (NR.Altenburger: Danke, nein, ich lehne es ab.)

Ld.S t a n g l e r: Hoher Ausschuss! Ich habe nur eine Änderung vorzuschlagen, die wegen einer unglücklichen Formulierung notwendig ist. (Ruf: Ist erledigt. - VPräs.NR.Weinberger: Das ist eine reine Formulierungssache.)

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing.R a a b: Diesen Unterausschuss schlage ich also vor. Wer ist für diesen Unterausschuss? (Die Delegierten stimmen zu.) Er kann sofort zusammentreten und die Endredigierung der Parteitagsresolution und der Neufassung der programmatischen Leitsätze festlegen.

6. Punkt: Besondere Wünsche, die sich aus der Debatte vom ersten Verhandlungstag ergaben. (Nach einer Pause.): Sind keine vorhanden.

Lhptm. K r a i n e r: Wahr Berücksichtigung des Föderalismus.

Bundeskanzler Dr.Dipl.-Ing. F i g l: Für die Tagesordnung der Plenarsitzung des heutigen Parteitages würde ich vorschlagen, wenn es möglich wäre, ohne Mittagspause gleich durchzuarbeiten.

Generalsekretärstellv. S c h e i d l: Wir müssen den Wahlgang machen.

Bundeskanzler Dr.Dipl.-Ing. F i g l: Das dauert 20 Minuten, zählen
dreißig Stimmzettel, und das Plenum könnte weitertagen.

Präsident Dr.G o r b a c h: Wir brauchen eine gute halbe Stunde, Herr Kanzler.

Bundeskanzler Dr.Dipl.-Ing. F i g l: Zur Stimmzettelabgabe; und dann gehen die drei Stimmzähler sowieso hinaus und zählen, und die übrigen 400 könnten weitertagen.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b: Danke. Die Sitzung ist hiemit geschlossen. Ich glaube, wir werden um 1/4 12 Uhr mit dem Plenum beginnen.

Schluss der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten.

Beginn des ausserordentlichen Bundesparteitages:
10 Uhr 15 Minuten.

Das Tagungspräsidium nimmt unter dem Beifall der Delegierten seine Plätze ein.

Vorsitzender Gf. Bundesparteiobmann Min.a.D. NR. Ing. R a a b : Ich eröffne hiemit den ausserordentlichen Bundesparteitag. Die Bundesparteileitung hat in ihrer Sitzung vom 14. Juni des vergangenen Jahres beschlossen, einen ausserordentlichen Bundesparteitag einzuberufen. Der Beschluss lautete dahingehend, dass zuerst in den Bezirken die Parteitage stattzufinden haben, dann die Landesparteitage, und schliesslich als Abschluss der heutige ausserordentliche Bundesparteitag, um einerseits die Politik der Partei festzulegen, anderseits Bericht über die von der Partei gemachte Arbeit zu geben. Da es wegen der Wahlen in die Kärntner Landwirtschaftskammer nicht möglich war, den vorgesehenen Termin im Dezember einzuhalten, ist der Termin für den heutigen und morgigen Tag beschlossen worden und ist es zu dem heutigen ausserordentlichen Bundesparteitag gekommen.

Ich eröffne denselben und begrüsse alle erschienenen delegierten Frauen und Männer, die heute der Einladung der Bundesparteileitung Folge geleistet haben.

Ich begrüsse die erschienenen Mitglieder der Bundesregierung, vor allem den Herrn Bundeskanzler Ing.Dr.Figl.(Beifall.)

Weiters habe ich dem Bundesparteitag die neuen Mitglieder der Bundesregierung vorzustellen, den Herrn Ackerbauminister Thoma, den Herrn Handelsminister Böck-Greissau, den Herrn Finanzminister Dr.Kamitz und den Herrn Staatssekretär Dr.Bock. (die Genannten werden bei Namensnennung jeweils mit Beifall begrüsst.)

Ich begrüsse besonders den Nestor unserer Partei, den Herrn Nationalratspräsidenten Kunschak. (Lebhafter Beifall.)

Wir kommen zur Tagesordnung. Sie ist den Delegierten zugegangen. Ich möchte jedoch zu Anfang dieser Tagung den Antrag stellen, eine Abänderung der Tagesordnung vorzunehmen, und zwar in folgendem Sinn: Punkt 1: Eröffnung und Begrüssung; Punkt 2: Beschlussfassungen über die Geschäftsordnung, das Tagespräsidium und die Schriftprüfer; Punkt 3: Beschlussfassung über die Zusammensetzung des Politischen Ausschusses, der Mandatsprüfungskommission, der Antragsprüfungskommission und der Wahlkommission. Dann folgt (4.) das Referat des Herrn Bundeskanzlers Dr.Figl und dann als 5.Punkt das Referat des geschäftsführenden Generalsekretärs. Damit soll die Vormittagssitzung abgeschlossen sein.

Nachmittag folgen die Berichte der Mandatsprüfungs - kommission und der Antragsprüfungskommission. Als nächster Punkt soll nun, wie ich Ihnen vorschlagen würde, nicht der Bericht des geschäftsführenden Bundesparteiobmannes erfolgen, sondern der Bericht des Herrn Finanzministers Dr.Kamitz über die Wirtschaftspolitik der Partei. Anschliessend daran soll für den Rest der heutigen Tagesordnung Raum gegeben sein, nämlich für die Debatte über die Tagesordnungspunkte 4 bis 8.

Morgen vormittag tritt zwischen 9 und 11 Uhr der Politische Ausschuss zusammen. Um 11 Uhr soll die Tagung fortgesetzt werden, und zwar mit dem Bericht des Politischen Ausschusses über seine Beschlüsse gleichzeitig unter einem mit dem Bericht des geschäftsführenden Bundesparteiobmannes. Anschlies-

send daran Beschlussfassung über die Anträge des Politischen Ausschusses, der Bericht über das Ergebnis der Wahl des Vorsitzes sowie Schlussansprache des Bundesparteiobmannes.

Wünscht jemand zu diesem Vorschlag das Wort. - Es ist nicht der Fall. Ich bringe zunächst die Tagesordnung zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum

Punkt 2a der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Geschäftsordnung.

Die Geschäftsordnung wurde mit den Landesparteisekretären durchberaten und überdies denLandesparteileitungen schriftlich zugemittelt. Ein Einspruch gegen diese Geschäftsordnung ist der Bundesparteileitung nicht zugekommen. Ich stelle daher den Antrag, diese Geschäftsordnung zum Beschluss zu erheben. Wünscht jemand dazu das Wort? - Es ist nicht der Fall. Ich bringe daher die Geschäftsordnung zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Einstimmig angenommen.

Punkt 2 b und c:

Beschlussfassungen über das Tagungspräsidium und die Schriftprüf

Für das Tagungspräsidium und die Schriftprüfer wird ebenfalls laut Beschluss der Parteileitung folgender Antrag gestellt:

Wahlvorschlag für das Tagungspräsidium:

Kunschak Leopold,
Polcar Fritz,
Sassmann Hans,
Gleissner Dr.Heinrich - den ich leider entschuldigen muss, weil er krank ist -,
Griessner Isidor,
Lugger Dr.Alois,
Ilg Ulrich,
Gorbach Dr.Alphons,
Gruber Hermann,
Karall Dr.Lorenz,
Hiltl Prof.Eleonore,
Haider Karl.

Wünscht jemand zu diesem Vorschlag das Wort? - Es ist nicht der Fall. Ich bringe ihn daher zur Abstimmung. (Abstimmung.) Angenommen.

Als Schriftprüfer werden vorgeschlagen:

Nagel Dr.Rupert,
Robetschek Dr.Ernst,
Ryker Prof.Karl.

Wünscht jemand dazu das Wort? - Es ist nicht der Fall. Ich bringe diesen Vorschlag zur Abstimmung. (Abstimmung.) Ich stelle ebenfalls die Annahme fest.

Damit ist der Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen nun zu Punkt 3 der Tagesordnung: Beschlussfassung über die Zusammensetzung einer Reihe von Ausschüssen und Kommissionen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Herrn Generalsekretär Scheidl, den Bericht zu geben.

Berichterstatter Generalsekretär Scheidl: Hoher Bundesparteitag! Der Politische Ausschuss soll sich wie folgt zusammensetzen:

1. aus Personen, die ihm kraft ihrer Parteifunktion angehören;
2. aus den Landesparteiobmännern;
3. aus den der Partei zugehörenden Landeshauptleuten oder ihren Stellvertretern und
4. aus den Vertretern der Bünde und der Jugendbewegung.

Der namentliche Wahlvorschlag liegt in Ihren Mappen.

Darüber hinaus stelle ich im Namen des Parteivorstandes den Antrag, weitere 30 Delegierte in den Politischen Ausschuss zu entsenden, und zwar sollen von jeder Landesparteileitung bezw. von jeder Bundesleitung der Bünde sowie der Frauen- und der Jugendbewegung und der Kameradschaft der politisch Verfolgten je zwei Delegierte namhaft gemacht werden. Diese Delegierten sollen in der Regel keine Mandatare sein. Die Namhaftmachung hat im Laufe des Bundesparteitages durch den Bundesparteiobmann oder den betreffenden bündischen Obmann schriftlich im Büro des Parteitages bis spätestens heute nachmittag 15 Uhr zu erfolgen.

Die auf diese Weise in den Politischen Ausschuss entsendeten Delegierten sind von den betreffenden Landesparteiobmännern oder bündischen Obmännern selbst zur Sitzung des Politischen Ausschusses, die morgen um 9 Uhr beginnt, zu laden.

Wie deutlich ersichtlich, zielt dieser Antrag darauf ab, in die Beratungen des Politischen Ausschusses auch Delegierte einzubeziehen, die aus allen Gruppen und Kreisen des Parteitages kommen, sodass der Politische Ausschuss in gewissem Masse ein verkleinertes Spiegelbild des Parteitages darstellt. Der Politische Ausschuss wird auf diese Weise aus insgesamt 64 Mitgliedern bestehen.

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, über diesen Antrag die Abstimmung einzuleiten.

Vorsitzender Min.a.D.NR.Ing. R a a b : Sie haben den Antrag des Kollegen Scheidl gehört. Wünscht jemand dazu das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bringe daher den Antrag in der Fassung, wie der Berichterstatter sie beantragt hat, zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Soweit es sichtbar ist, stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Punkt 3 b.) der Tagesordnung ist die Beschlussfassung über die Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission.

Für die Mandatsprüfungskommission sind laut dem in der Mappe befindlichen Vorschlag vorgesehen:

Eckert Fritz
Kuster Eduard
Tesar Johann
Schreiner Georg
Witsch Franz
Wallnhöfer Eduard
Naumann Josef
Häusler Hubert
Vogl-Boeckh Paul
Strobl Ing.Franz
Küblböck Alois
Nagl Dr.Rupert
Fiedler Dr.Kurt
Brier Edith
Schüller Leopold.

Die Mitglieder dieser Mandatsprüfungskommission werden gebeten, vor ihrem Zusammentritt im Büro des Bundesparteitages die nötigen Unterlagen beim Leiter des Büros, Herrn Pflug, zu beheben. Wünscht zu diesem Vorschlag jemand das Wort?(Niemand meldet sich.) Das ist nicht der Fall. Ich bringe ihn also ebenfalls zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich stelle die Annahme dieses Vorschlages fest.

Wir kommen nun zur Beschlussfassung über die Zusammensetzung der Antragsprüfungskommission. Das Verzeichnis der Mitglieder dieser Kommission liegt ebenfalls in Ihren Mappen auf, und zwar werden beantragt:

Bock Dr.Fritz
Zink Fritz
Hartmann Ing.Eduard
Zelenka Franz
Rainer Hermann
Lugger DDr.Alois
Rhomberg Dr.Armin
Gütl Anton
Matt Josef
Mädl Jakob
Jochberger Leopold
Babitsch Ing.Leopold
Lakowitsch Karl
Motzko Dr.Alma
Haider Karl.

Wünscht jemand zu diesem Vorschlag das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist das nicht der Fall. Ich bringe ihn daher zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Unterlagen für die Arbeiten der Antragsprüfungskommission erliegen beim Leiter des Politischen Büros, Herrn Dr. Tzöbl.

Wir kommen zur Wahl der Wahlkommissionen.

Als Wahlleiter wird Dr.Gorbach vorgeschlagen.

Kommission I:	Frisch Anton, Thurner Leopold, Schreiner Georg, Stohs Herbert, Wurzer Konrad.
Kommission II:	Weinmayer Leopold, Salzer Wilhelm, Eisl Josef, Kröll Franz.
Kommission III:	Habl Dr.Ferdinand, Skalka Dr.Hans, Mikola Frieda, Stangler Franz, Gabriele Franz.

Die Unterlagen erliegen beim Leiter des zuständigen Büros, Herrn Pflug.

Wünscht dazu jemand das Wort?

NR.G r u b h o f e r: Ich schlage an Stelle von Stohs Vizepräsident Kraft Josef vor, weil Stohs nicht hier ist.

Vorsitzender Min.a.D. Nr.Ing. H a a b: Also an Stelle von Stohs Herbert Kraft Josef. Ich bringe die Anträge mit dieser Veränderung zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. (Abstimmung.) Ich stelle ebenfalls die Annahme fest.

Wir sind daher mit den Beschlüssen der geschäftsordnungsmässigen Kommissionen und Ausschüsse fertig und kommen zur eigentlichen Tagesordnung.

Ich ersuche das gewählte Tagungspräsidium, den Vorsitz hier einzunehmen, und bitte den Herrn Nationalratspräsidenten Kunschak, den nächsten Tagesordnungspunkt zu eröffnen.

Generalsekretär-Stellvertreter Scheidl verliest nochmals die Namen des Präsidiums.

Präsident K u n s c h a k (den Vorsitz übernehmend): Hoher Parteitag! Im eigenen Namen sowie im Namen des gewählten Präsidiums spreche ich Ihnen für diesen Vertrauensbeweis den herzlichsten Dank aus. Ich glaube, mir weitere Ausführungen erübrigen zu können, weil die Zeit kostbar ist.

Ich bitte den Herrn Bundeskanzler, den in der Tagesordnung angekündigten Bericht zu erstatten.

(4.) Bericht des Bundeskanzlers Dr. Ing. Leopold Figl.)

Bundeskanzler Dr. Ing Leopold F i g l (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hoher Parteitag, meine lieben Parteifreunde! Hatte ich noch auf dem letzten Bundesparteitag die Verpflichtung, einen Bericht als Bundesparteiobmann und als Bundeskanzler zu geben, so fällt mir heute die für mich wesentlich angenehmere Aufgabe zu, bloss einen Bericht als Chef der Bundesregierung abzugeben. Allerdings als Regierungschef, der für die oberste Stelle in der Bundesregierung von Ihnen, meine lieben Parteifreunde, als Vertreter der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagen wurde. Schon diese Einleitung soll Ihnen zeigen, dass ich selbst zu der im Sommer vergangenen Jahres durchgeführten Trennung der Staats- und Parteifunktionen stehe. Ich empfinde diese Maßnahme als eine äußerst glückliche, denn sie ermöglicht es mir, mich ausschließlich den Regierungsgeschäften zu widmen, und sie gibt meinem lieben Freunde Raab die Gelegenheit, die Parteigeschäfte so zu führen, wie es im Interesse der Österreichischen Volkspartei liegt. Die Vereinigung beider Funktionen in einer Person hat manchmal Situationen ergeben, bei denen entweder der Parteiobmann oder der Regierungschef zu kurz kam. Ich will dies in aller Offenheit aussprechen, muß aber freilich auch sagen, daß in den ersten Jahren nach Kriegsende die

Vereinigung dieser beiden Funktionen manche Vorteile hatte. Die Zeiten haben sich aber seither normalisiert, und so konnten wir die Trennung, die uns nur Vorteile brachte, durchführen.

Seit der Befreiung Österreichs im Jahre 1945 hat die Österreichische Volkspartei im Rahmen der Bundesregierung die undankbarste Aufgabe übernommen. Bis Ende 1947 hatten wir zwei Partner: Der eine empfing und empfängt auch heute noch seine Befehle von auswärts, kümmert sich um österreichische Bedürfnisse und Sorgen überhaupt nicht, sondern vollführt blind das, was ihm befohlen wird, auch wenn dies den Interessen des Landes entgegengesetzt ist. Von einem Staatsbewusstsein, von Verantwortung oder Nationalgefühl ist hier keine Rede. Etwas anders verhält es sich mit unserem Koalitionspartner, mit dem wir bis heute gemeinsam in der Regierung sitzen. Wir wollen durchaus anerkennen, dass sie gute Österreicher sind und dass sie die Interessen unserer Heimat durchaus im Auge haben. Aber vor die Interessen des Landes stellen sie die Interessen ihrer Partei. (Rufe: Leider!) Und der Partner dieser Partei war und ist die Österreichische Volkspartei. Und wie das bei uns aussieht, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Wir haben noch immer und überall die Interessen des Staates den Parteiinteressen vorangestellt. Wir haben manchmal zu unpopulären Massnahmen gegriffen, wir haben immer wieder das Parteiinteresse zurückgestellt, dort, wo es im Interesse des Staates notwendig war. Es ist klar, dass wir mit diesem selbstlosen Handeln, vor allem gegenüber der Sozialistischen Partei, dort ins Hintertreffen geraten mussten, wo auf der Staatsebene um Parteiinteressen gefochten werden musste.

Den Kommunisten gegenüber haben wir uns erfolgreich durchgesetzt, denn die österreichische Bevölkerung ist politisch auf zu hohem Niveau, als dass sie nicht den fremden Kommandanten durchschaut hätte, der mit den Marionetten der Kommunistischen Partei spielt.

Gerade in den letzten Monaten müssen aber auch die Sozialisten erkannt haben, dass wir nicht gewillt sind, das alte Spiel weiter zu treiben. Wir hätten es ebenso machen können wie sie. Auch wir hätten Parteiinteressen vor Staatsinteressen stellen können. Wir wollen und werden das aber auch in Zukunft nicht tun, da uns dies unser Verantwortungsbewusstsein und unsere Heimatliebe verbietet.

Wir werden aber darauf bestehen, dass unsere Koalitionspartner genau so handeln wie wir. Ich kenne die inneren Schwierigkeiten der Sozialistischen Partei genau so, wie Sie alle sie kennen. Wir wissen ganz genau, dass auch die manchmal mit gutem Willen gefassten Beschlüsse des sozialistischen Parteivorstandes von ihrem Parteiorgan einfach nicht zur Kenntnis genommen werden, und wir wissen, dass die "Arbeiter-Zeitung" eine Art Eigenleben in der Sozialistischen Partei führt und eine andere Parteidoktrin vertritt als die Parteiführung selbst. Wir können aber darauf nicht immer Rücksicht nehmen. Wir müssen verlangen, dass das, was man uns im Verhandlungssaal sagt, auch in der Öffentlichkeit genau so ausgesprochen und nicht entstellt wiedergegeben wird. (Zustimmung.) Es ist sehr einfach, sehr bequem und für die Parteipropaganda zweckmässig, wenn man in der Regierung mittut und in der Öffentlichkeit Opposition spielt. Das aber können wir uns auf die Dauer nicht gefallen lassen.

Sie werden bemerkt haben, dass das Parteiorgan der SPÖ vor kurzem eine Entscheidung des Wirtschaftsdirektoriums kritisiert hat, weil der Antrag von unserem Landwirtschaftsminister kam. Wir haben am nächsten Tag der Öffentlichkeit klar gesagt, welche sozialistischen Regierungsmitglieder und Vertreter öffentlicher Körperschaften bei dieser

Beschlussfassung teilnahmen und dass dieser Beschluss einstimmig erfolgt war. Es war das ein Warnschuss vor den Bug. Wir werden in Hinkunft genau so weiter vorgehen. Wir werden die berühmten Leitartikler der"A.-Z" zwingen, etwas Wasser in ihre rote Tinte zu giessen. Wer uns im Hause die Hand reicht, muss das auch auf der Strasse tun.

Man soll aus meinen Worten gar keine Kampfansage gegenüber der SPÖ herauslesen. Ich habe vor kurzem erst in einem Rundfunkvortrag,der über alle österreichischen Sender ging, die Notwendigkeit der Koalition unterstrichen, und ich habe meine Meinung nicht geändert. Was ich damals sagte, das gilt auch heute und wird auch in Zukunft gelten. Ich will aber der SPÖ in aller Klarheit und Offenheit sagen, dass uns die Rösselsprünge ihrer Propaganda nicht passen und dass wir hier eine fairere und anständigere Art verlangen müssen.

Und nun gestatten Sie, dass ich kurz auf die Entwicklung zurückgreife, die die Einberufung des heutigen Parteitages mit sich brachte.

In wenigen Wochen ist es ein Jahr, dass wir in Salzburg den 3. Bundesparteitag abgehalten haben. Dieser Parteitag stand im Zeichen der im Mai vorigen Jahres abgehaltenen Wahl des Bundespräsidenten. Denken wir an jenen Sonntag im März, den letzten Verhandlungstag des Bundesparteitages, zurück, so tritt das imposante Bild einer von stürmischer Begeisterung erfüllten Versammlung vor unser Auge, und in unserem Ohre liegt die formvollendete und zu Herzen gehende Rede unseres Kandidaten Dr.Gleissner, von dem wir damals überzeugt waren, dass er als unbestrittener Sieger

aus dem Wahlkampf hervorgehen werde.

Der Wahlausgang hat dann - das wollen wir gar nicht in Abrede stellen - innerhalb unserer Partei wie eine kalte Dusche gewirkt, und man hat damals sehr viel davon gesprochen, dass wir als Partei bei dieser Wahl einen "Denkzettel" erhalten hätten.

1045 Dr.Ha 1

Zur Ehre unseres Kandidaten Dr.Gleissner kann gesagt werden, dass unter den mannigfachen Hypothesen über den Wahlausgang keine einzige war, die den Misserfolg in der Persönlichkeit unseres Freundes Gleissner gesucht hätte. (Beifall.) Dagegen hat man auch vielfach in unseren eigenen Reihen die Partei selbst für das Fehlschlagen der Wahl verantwortlich gemacht. Die Gründe, die dafür angegeben wurden, bestanden teilweise in dem Vorwurf, dass nach den Wahlen von 1949 die Partei in den Zustand einer gewissen Lethargie verfallen wäre, dass man sich zu wenig um die Grenzschichte jener Wähler gekümmert hätte, die sich nach keiner Richtung hin programmatisch gebunden fühlen und ihre Wahlentscheidung immer nur nach der erfolgreicheren Aktivität dieser oder jener Partei richten, dass wir aber vor allem auf die Wünsche unserer eigenen Wählerschaft zu wenig Rücksicht genommen hätten. Sicher war es auch ungünstig, dass die Bundespräsidentenwahl zu einer Zeit durchgeführt wurde, in der das Missverhältnis zwischen Preisen und Löhnen grösser wurde und man machte dafür die grösste Partei verantwortlich.

Nun, meine lieben Parteifreunde, jedes dieser Argument mag bis zu einem bestimmten Grad seine Richtigkeit haben und alle zusammen genommen dürfen in ihrer Wirksamkeit auf die Wählerschaft nicht unterschätzt werden. Bedenken wir aber, dass diese Wahl die erste Wahl im republikanischen Österreich war, bei der das österreichische Volk schliesslich vor die Entscheidung zwischen nur zwei, durch persönliche Kandidaten repräsentierte Parteien gestellt war, dann erscheint der

Wahlausgang doch in einem anderen Lichte, wenn man bedenkt, dass sich grössere Teile der in Österreich schon immer vorhanden gewesenen bürgerlichen Zwischenschichte, die sich liberal, national oder auch antiklerikal nennen, eben nicht für unseren, sondern für den Gegenkandidaten entschieden haben.

Jedoch soll nichts beschönigt werden, vielmehr müssen wir die notwendigen Folgerungen ziehen. Die eine besteht darin, dass wir die programmatisch auf unserer Seite stehende Wählerschaft in ihrem Zugehörigkeitsgefühl zur Partei durch positive Massnahmen stärken, dass wir es durch eine erhöhte Aktivität verhindern müssen, Teile dieser Wählerschaft infolge Enttäuschung oder Verärgerung in schwankende, fluktuierende Elemente zu verwandeln und schliesslich zu verlieren. Und zweitens müssen wir darauf bedacht sein, durch eine zielbewusste Wirtschafts- und Sozialpolitik auch jene Wähler für uns zu gewinnen, die entweder aus weltanschaulichen Gründen oder aus Interesselosigkeit am politischen Leben überhaupt abseits stehen.

Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir zur stärkeren Aktivierung vor allem der höheren Parteifunktionäre zunächst jene Massnahme getroffen, die auf dem jetzigen Bundesparteitag ihre Sanktionierung finden soll: Nämlich die Trennung der Parteifunktionen von den Funktionen der öffentlichen Ämter, um damit eine Kräfteverteilung zu erreichen, die den vollen Einsatz des Funktionärs in seiner jeweiligen Partei- oder öffentlichen Stellung gewährleistet. In diesem Sinne hat Präsident Raab die Fuhktion des Parteiobmannes und Dr.Maleta die des Generalsekretärs der Partei provisorisch übernommen.

Diese Massnahme hat sich ohne Zweifel bereits in mehreren kritischen Situationen der Folgezeit bewährt. Ich erinner vor allem an das 5.Lohn-Preisabkommen mit seinen vielen und schwierigen Verhandlungen, die bei geteilter Verantwortung leichter zu führen waren.

Als ein positives Ergebnis dieses Lohn- und Preisabkommens möchte ich besonders die Erhöhung der Beamtengehälter hervorheben, die der Initiative unserer Partei und vor allem der unseres Freundes Raab zu danken ist. Das Lohn- und Preisabkommen hat allerdings ein weiteres Steigen der Preise hervorgerufen, so dass manche in der Entwicklung schon inflationistische Tendenzen befürchtet haben.

Eine Gefährdung unserer Währung, eine weitere Verminderung der Kaufkraft unseres Schillings hätte den ganzen wirtschaftlichen Aufbau der letzten Jahre zum Einsturz gebracht, wobei die politischen Folgen nicht abzusehen gewesen wären. Unsere so sehr um das Volkswohl besorgten Führer der KP lauerten schon auf den Augenblick, in welchem sie mit den bekannten Methoden des 5. Oktober 1950, mit Streiks und Sabotageakten, an die "Sanierung" Österreichs geschritten wären.

Dieses Mal ist es aber gelungen, ihnen den revolutionären Sturmwind rechtzeitig aus den Segeln zu nehmen. Und wieder ist es Präsident Raab gewesen, dessen Einfluss auf die wirtschaftlichen Kreise es gelungen ist, mit einer Preissenkungsaktion eine Stabilisierung des Preis-Lohngefüges herbeizuführen. Diese Preissenkungen bilden in ihrer Gesamtheit eine wesentliche Ersparnis für den Käufer und bewahren ihn vor allem vor einer Entwicklung, die die Kaufkraft der Löhne und Gehälter immer mehr herabgedrückt hätte. Wir würden der Erwartung Ausdruck geben, dass diese Preissenkungen überall dort fortgesetzt werden, wo sie für die Wirtschaft noch tragbar sind.

Die Bevölkerung wartet aber auch darauf, dass auf jenen Gebieten der Wirtschaft, die sich in der öffentlichen Hand befinden, ähnliche Preissenkungsaktionen wie in der Privatwirtschaft vorgenommen werden. Würde das nicht geschehen, dann müssten schliesslich auch in der Arbeiterschaft sehr berechtigte Zweifel über die von den Anhängern der Verstaatlichung behauptete preislenkende Funktion verstaatlichter Betriebe entstehen und diese ganze Einrichtung müsste als eine nicht dem Gesamtwohl dienende Institution erscheinen, sondern als eine, die politischen Motiven dienstbar ist. Die Sozialisten werden nicht um die Tatsache herumkommen, dass es die von ihnen so sehr verpönte Privatwirtschaft war, deren Initiative das Abstoppen der steigenden Preise zu danken ist.

Als wir im Herbst die Nachricht erhielten, dass die wirtschaftliche Hilfe, die wir von den Vereinigten Staaten erhielten und die für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes so entscheidend war, in Hinkunft eine erhebliche Kürzung erfahren werde, waren wir vor die Notwendigkeit schwerwiegender Entschlüsse gestellt.

Zunächst hiess es, dass die Hilfe für heuer 100 Millionen Dollar betragen würde. Das hätte eine Kürzung um fast 50 Prozent bedeutet, für uns gleichbedeutend mit einer Gefährdung des Wiederaufbaues der Wirtschaft. Unser Streben galt daher, die zuständigen Stellen in Paris und Washington über die Lage der österreichischen Wirtschaft entsprechend aufzuklären. Wie Sie aus den gestrigen Blättern entnommen haben, waren unsere Bemühungen wenigstens insoferne von Erfolg begleitet, dass die Hilfeleistung mit 120 Millionen Dollar

fixiert wurde, d.h. um 20 Millionen Dollar mehr, als ursprünglich vorgesehen. Immerhin ist auch dieser Betrag um ein Drittel kleiner als im vergangenen Jahr. Wir müssen daher ernste Anstrengungen unternehmen, um diesen Ausfall aus den Erträgnissen der eigenen Wirtschaft wettzumachen.

Leider sind wir noch immer nicht Herr über die reichen Hilfsquellen unserer Heimat. In der letzten Sitzung des Alliierten Rates hat der amerikanische Hochkommissär den Schaden, den die österreichische Wirtschaft seit dem Jahre 1945 erfahren hat, mit ungefähr einer Milliarde Dollar beziffert. Wenn Sie diese Ziffer mit den 120 Millionen Jahreshilfe vergleichen, dann erübrigt sich jeder Kommentar. Die Welt muss aber daraus auch den Schluss ziehen, dass ein freies Österreich im Besitz aller seiner natürlichen Reichtümer eine weitere Hilfeleistung gar nicht nötig hätte.

Als uns die Nachricht von der Kürzung der US-Hilfe erreichte, war es uns klar, dass wir unser Investitionsprogramm umstellen müssen. Sofort aber fanden sich Kritiker, die erklärten, dass alles, was bisher gemacht worden sei, falsch war und dass es nun anders gemacht werden müsse. Ja, es ist richtig, dass es anders gemacht werden muss, aber es trifft nicht so ganz zu, dass wir etwas falsch gemacht haben. Es ist richtig, dass wir in der Vergangenheit die Mittel aus der Marshallplan-Hilfe nicht ausschliesslich für produktive Investitionen verwendet haben und dass wir , um es klar auszusprechen, einen Teil dieser Hilfe veressen haben. Kann man aber die Verwendung von Mitteln für diese Zwecke nur als unproduktiv bezeichnen?

Unser Volk hat schwerste Notzeiten mitgemacht,und schliesslich ist der treibende Faktor jedes wirtschaftlichen Geschehens noch immer der Mensch. Wir mussten zuerst diesen treibenden Faktor, diesen Motor allen Tuns in Ordnung bringen, wollten wir überhaupt an einen Aufbau denken. Wir mussten trachten, die Zeit der Hungerrationen so rasch wie möglich zu überwinden, eine Brücke zu schlagen bis zu dem

Zeitpunkt, da die österreichische Landwirtschaft tatkräftig für die Ernährung des österreichischen Volkes sorgen konnte.

Es wäre uns wesentlich lieber gewesen, wir hätten keine Ernährungssorgen gehabt und hätten die gesamte Hilfe für Investitionen aufwenden können. Wir haben wenigstens eines in überraschend kurzer Zeit erreicht: wir haben das grösste Kapital eines Volkes, die Arbeitskraft seiner Menschen, retten und sichern können, Nicht nur für jetzt, sondern dadurch, dass wir unsere Jugend gesund erhalten konnten, haben wir dieses wertvolle Kapital auch für die Zukunft gerettet. Es besteht also kaum ein Anlass, [redacted] den Millionen nachzutrauern, die wir für sogenannte unproduktive Zwecke ausgegeben haben.

In den Reihen der Österreichischen Volkspartei herrscht allerdings ein gewisser Unmut darüber, dass die Marshallplangelder in weit höherem Masse für die verstaatlichte Industrie verwendet wurden und dass die Privatindustrie dadurch zu kurz kam. Ich will die Berechtigung dieser Kritik nicht abstreiten. Wir dürfen allerdings darüber nicht vergessen, dass gerade die verstaatlichte Industrie zum Grossteil eine Grundstoffindustrie ist und dass man bei einem Hausbau eben mit dem Grund beginnen muss und dann erst die Stockwerke daraufsetzen kann. Ich bin allerdings der Meinung, dass der Grund unseres Hauses nun reichlich fest ist. Wir werden daher in Hinkunft dem Ausbau der Stockwerke wesentlich mehr Augenmerk schenken.

Wir werden dort Investitionen vornehmen, wo sich eine Rentabilität in kürzester Frist realisieren lässt, wir werden dort investieren, wo man möglichst rasch durch Export und Verbesserung der Inlandsversorgung sichtbare Erfolge erzielen kann.

Es ist aber zweifellos, dass wir uns in Hinkunft mehr als bisher auf unsere eigene Kraft verlassen müssen. Wir müssen auf unsere eigene Stärke bauen und unsere eigenen Hilfskräfte mobilisieren und sie entsprechend einsetzen. Ich meine da Hilfskräfte moralischer und wirtschaftlicher Art. Die Preissenkungsaktion war ein schönes Beispiel dafür, dass unsere Bevölkerung vernünftigen Argumenten zugänglich ist, sich in gesunder Moral in den Dienst der Gesamtheit zu stellen bereit ist und damit wirtschaftliche Erfolge von einem Ausmass erzielen kann, das wir heute noch nicht abschätzen können. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, dass diese Preissenkungsaktion die drohenden Wolken einer Inflation verscheucht hat. Wir müssen auf diesem Wege weiterschreiten, und ich kann sagen, dass die Anzeichen dafür, dass unsere Bevölkerung dazu gewillt ist, sehr günstig sind. Die Einschränkung des Kreditvolumens und die Erhöhung des Einlagezinsfusses bei unseren Banken und Sparkassen hat günstige Auswirkungen gezeitigt. Unsere Bevölkerun hat verstanden, dass wir nun genötigt sein werden, die Investitionen in Industrie und Landwirtschaft fortzusetzen, sie aber zum grössten Teil aus eigenen Mitteln vornehmen müssen.

Wir müssen wieder zu einer aus dem eigenen Boden gewachsenen Kapitalbildung gelangen. Das erfordert aber nicht nur

grösste Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt, sondern auch in der Privat- und Hauswirtschaft eines jeden einzelnen. Wir müssen deshalb den Mut aufbringen, unserer Bevölkerung diese Notwendigkeit klar vor Augen zu führen, um nicht eines Tages den Vorwurf entgegennehmen zu müssen, wir hätten über diese Dinge geschwiegen und die Bevölkerung nicht genügend unterrichtet. Es ist selbstverständlich sehr unpopulär, den Leuten sagen zu müssen, euer Lebensstandard ist zwar im allgemeinen nicht sehr hoch, ihr lebt aber dennoch über eure Verhältnisse. Wenn aber gleichzeitig immer wieder daran erinnert wird, dass wir vor sechs Jahren einfach vor dem Nichts gestanden sind, dann kann man bei der politischen Reife unseres österreichischen Volkes doch damit rechnen, Verständnis für die heute noch immer bestehenden Schwierigkeiten zu finden.

Unsere Arbeiterschaft wird daher auch verstehen, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Arbeitsintensität und damit den Ertrag ihrer Arbeit zu erhöhen. Wenn ich den in der letzten Zeit so häufig gebrauchten Ausdruck von der Erhöhung der Produktivität anwende, so ist darunter nicht nur eine Steigerung der Arbeitsergiebigkeit durch eine weitere technische Vervollkommnung unserer Betriebe zu verstehen, sondern auch eine Hebung der individuellen Leistung jedes einzelnen.

Diese Erkenntnis wäre jedenfalls für den Arbeiter viel aufschlussreicher und für die Sicherung seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung wichtiger als die politischen Schlagworte von der Ausbeutung und von der notwendigen klassenkämpferischen Einstellung, mit der man nur Wählerfang betreiben kann, aber die Wirtschaft nicht um einen Zoll weiterbringt.

Wir müssen auf dem von der Österreichischen Volkspartei beschrittenen Weg unbeirrt weitergehen, alle in der Wirtschaft tätigen Kräfte zur Einsicht zu bringen, dass nur ein Miteinander den reibungslosen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens garantieren kann. Wir müssen das aus einer früheren Zeit der ökonomischen Entwicklung und unsozialer Produktionsverhältnisse stammende gegenseitige Misstrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beseitigen. Der Arbeitgeber muss sich bewusst sein, dass er ohne den Fleiss und ohne das Können des Arbeiters nicht existieren kann, aber auch dann nicht existieren kann, wenn dem Arbeiter als Konsumenten die Kaufkraft seines Lohnes fehlt, und der Arbeiter muss wissen, dass vom Fleiss und von der Initiative seines Arbeitgebers der Bestand und die Fruchtbarkeit des Betriebes abhängt.

In diese Linie gehört auch die Idee des Wohnungseigentums, die Loslösung der Menschen aus einem blossen Mietverhältnis. Es ist jedenfalls kennzeichnend, dass wir auf diesem Gebiet mit den Sozialisten auf keine gemeinsame Marschlinie kommen können, weil sie, genau so wie bei der Verstaatlichung der Betriebe, von der Illusion des sogenannten Gemeineigentums besessen sind, eines Begriffes, der mit dem Begriff Eigentum überhaupt im Widerspruch steht.

Wenn wir auf dem Gebiet des Wohnungsbaues durch das neue Mietengesetz mit den Sozialisten doch zu einer Einigung gekommen sind, so dürfen wir diese Tatsache als einen besonderen Erfolg unserer Partei betrachten. Mit diesem Gesetz wurde nicht nur die Möglichkeit geschaffen, wenigstens einen Teil des von gänzlicher Zerstörung bedrohten Althäuserbestandes

zu retten und damit die Wohnungsnot zu lindern, sondern es wurde damit den Sozialisten auch ein alter und sehr beliebter Wahlschlager von der Walze genommen. Mit der "Hausherrnrente" und den "Zinsgeiern" ist es nun ein für allemal vorbei, ausser wir bemächtigen uns dieser Parole und reden von den sozialisti - schen Hausherrnallüren im Wiener Rathaus. Wir wollen aber doch nobler und vernünftiger sein und dem grössten Hausherrn Österreichs immerhin jene Schwierigkeiten des Besitzes zubilligen, die die Sozialisten nur so lange nicht sehen wollten, als es nur private Hausbesitzer gab. (Zustimmung.)

Sicher ist, dass die Bundesregierung in den nächsten Monaten insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschaft eine umfangreiche Arbeit zu bewältigen haben wird. Die ÖVP ist sich dessen voll bewusst, und nicht zuletzt darauf ist es zurückzuführen, dass in den letzten Tagen eine Neubesetzung verschiedener Regierungsämter erfolgte. Ich will es offen sagen, dass ich mich nur schwer von einigen Mitarbeitern getrennt habe, mit denen ich jahrelang zusammenarbeitete, die ihr Bestes gegeben haben und denen wir zu stetem Dank dafür verpflichtet sind, dass sie sich in schwerster Zeit zur Verfügung gestellt haben. (Lebhafter Beifall.) Sie haben massgeblichen Anteil an dem erfolgreichen Wiederaufbau, und wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass sie sich auch weiterhin bereit erklärt haben, im Dienste der Öffentlichkeit an leitenden Stellungen weiter zu arbeiten.

S ie selbst drückten den Wunsch aus, nach jahrelanger schwerster Arbeit auf verantwortungsvollem Posten durch neue Personen abgelöst zu werden, die mit frischer Kraft an die heiklen Aufgaben, die die nähste Zeit uns bringen wird, herantreten mögen. Für diese uneigennützige und selbstlose Haltung ist ihnen unser steter Dank sicher. Die Österreichische Volkspartei hat wieder ihre besten Kräfte auf die frei gewordenen Posten gestellt, Kräfte, die sie aus egoistischen Gründen eigentlich dem Parteiapparat nicht hätte entziehen dürfen. Wir alle wissen, dass diese Männer ihr neues Amt nicht angestrebt haben und zum Teil nur widerstrebend dem Rufe der Partei gefolgt sind. Sie waren aber einsichtig genug zu erkennen, dass Österreich diese Männer gerade auf diesen Posten braucht, und sie sind unserem Rufe gefolgt. Es erwartet sie schwere Arbeit. Das oberste Ziel unserer Wirtschaft muss weiterhin sein, die Währung zu sichern und zu festigen. Wir können und dürfen uns eine Inflation nicht erlauben. Sie würde das Vertrauen unserer inländischen Bevölkerung, aber auch das Vertrauen des Auslandes so sch wer erschüttern, dass all die Arbeit der letzten Jahre in Gefahr wäre. Es besteht für uns aber auch gar keine Veranlassung, an irgendwelche Währungsmanipulationen überhaupt zu denken. Wer fleissig und diszipliniert arbeitet, hat es nicht nötig, irgendwelche waghalsige Manöve zu versuchen.

Wir müssen den Gegebenheiten Rechnung tragen und unser Haus so einrichten, dass wir mit den vorhanden Mitteln unser Auslangen finden. Die wichtigsten Massnahmen hat das Wirtschaftsdirektorium im Prinzip schon beschlossen. Es ist nur die Durchführung ausständig. Wir müssen zu einem vereinfachten Aussenhandelsverfahren kommen und damit die

Privatinitiative vom Zwang der Formulare befreien. (Zustimmung.) Die Überleitung gewisser Bundesbetriebe in selbständige Wirtschaftskörper muss ebenso durchgeführt werden wie das heikelste Kapitel, nämlich die Verwaltungsreform. Wir wollen auch hier unter möglichster Schonung der Interessen des einzelnen vorgehen. Wir denken weniger an einen Abbau als an eine scharfe Einschränkung der Neuaufnahmen in den Staatsdienst. Umso gründlicher wollen wir allerdings in der Vereinfachung der Verwaltung selbst durchgreifen. I-ch weiss, dass hier sehr viel zu machen ist. Durch Erweiterung der Kompetenz der untergeordneten Dienststellen, durch Zusammenlegung von Ämtern und Vereinfachung des Verfahrens kann hier Zeit und Arbeitskraft gespart werden. Und mit Zeit und Arbeitskraft muss man in einer modernen Wirtschaft genau so rationell umgehen wie mit Rohstoffen und Geld. Diese Verwaltungsreform darf sich aber nicht bloss auf den Bund, sie muss sich auch auf die Länder, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften erstrecken. Sie darf insbesondere auch nicht vor unseren Sozialinstituten Halt machen. (Beifall.) Wir wollen bestimmt, die sozialen Errungenschaften nicht schmälern oder gar aufheben, aber wir glauben, dass die Forderung nach rationeller Arbeit nicht vor den Sozialinstituten Halt machen darf. Den Leistungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern muss als Äquivalent eine entsprechende Gegenleistung der Sozialinstitute gegenüberstehen.

Der Arbeiter ist nur interessiert an der Leistung dieser Institute und nicht daran, mit seinen Beiträgen eine möglichst grosse Anzahl von Beamten und Angestellten zu erhalten, die aus parteipolitischen Gründen versorgt werden müssen.(Beifall.)

Wir können mit grosser Befriedigung darauf hinweisen, dass Österreich zu den Staaten einer sehr weit fortgeschrittenen Sozialpolitik gehört. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass es immer noch grosse Teile der Bevölkerung gibt, die weit davon entfernt sind, sich als sozial gesichert betrachten zu können. Dazu gehören die kleinen, selbständigen Gewerbetreibenden und dazu gehören die Kleinbauern des Flachlandes und der Berghöfe mit ihrem grossen Kinderreichtum.

Unsere Bauernschaft hat in den letzten Monaten manch hartes Wort der Kritik hinnehmen müssen, und soweit dies diejenigen betrifft, die ihrer Pflicht dem gesamten Volke gegenüber nicht nachkommen und die Ablieferung nicht erfüllt haben, ist diese Kritik auch berechtigt. Man darf aber auch nicht an den Leistungen der Landwirtschaft achtlos vorübergehen, die dieser Berufsstand in den Nachkriegsjahren vollbracht hat. Die Bauern haben nicht viel geredet, aber hart zugepackt. Vergessen wir nicht, dass in den ersten Jahren alles fehlte, Saatgut, Düngemittel und Maschinen, und dass bis heute noch eine genügende Anzahl landwirtschaftlicher Arbeitskräfte fehlt. Und trotzdem ist es aufwärts gegangen. Vergessen wir nicht, dass Österreich immer einen Zuschussbedarf an Agrarprodukten hatte und dass dieser Zuschuss heute nicht in dem Ausmass erhältlich ist, wie es zu wünschen wäre. Die Nachbarländer, von

denen wir die grössten Mengen Agrarprodukte bezogen, sind heute nur in sehr beschränktem Masse lieferfähig oder verlangen dafür hochwertige Exportgüter oder Devisen, die wir selbst nicht besitzen. Die Landwirtschaft ist hier, soweit sie es konnt in die Bresche gesprungen und sie wird es auch heute tun. Aber auch wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht, um die Bauernschaft in ihrer harten Arbeit zu unterstützen.

Die Vordringlichkeit der wirtschaftlichen Fragen darf aber nicht dazu führen, die Angelegenheiten des Unterrichts- und Erziehungswesens und der Ehe- und Familiengesetzgebung andauernd in den Hintergrund zu stellen. Es ist hoch an der Zeit, dass auch diese Fragen eine Regelung erfahren, ohne dass es dadurch mit den Sozialisten zu einer kulturkämpferischen Auseinandersetzung kommt. Die Sozialisten werden in dieser Frage Farbe bekennen müssen, ob ihre so oft zur Schau getragene Toleranz gegenüber den religiösen Forderungen eines überwiegenden Teiles der christlichen Bevölkerung Österreichs echt ist oder nicht. Das wird schliesslich auch eine Probe auf ihre Koalitionsgesinnung sein.

Mit grösster Besorgnis müssen wir die Tatsache der Abwanderung hochwertiger, geistig und künstlerisch produktiver Persönlichkeiten ins Ausland betrachten. Dass unsere Kunstinstitute trotz der widrigsten materiellen Umstände noch immer die alte traditionelle Höhe ihrer Leistungen halten und in aller Welt Anerkennung finden, ist neben den hervorragenden Qualitäten ihrer Vertreter der noch immer wirksamen echten österreichischen Kulturatmosphäre zuzuschreiben. Wir würden sehr verarmen, sollten wir nicht alles tun, um diese Atmosphäre weiterhin wirksam zu erhalten.

Die Österreichische Volkspartei als die Trägerin österreichischer Tradition im besten Sinne des Wortes will und muss sich der Erfordernisse des kulturellen Lebens und ihrer Vertreter annehmen, um ihrer weltanschaulichen Auffassung, dass der Geist vor der Materie steht, gerecht zu werden.

Ebensowenig wie der Staat kann eine Partei leben, wenn es ihr nicht gelingt, die aktive und tätige Mitarbeit der Jugend zu gewinnen. Hier tragen wir eine doppelte Verantwortung. Wir tragen sie für die Jugend unserer Partei, wir müssen aber darüber hinaus dafür sorgen, dass die gesamte österreichische Jugend sich positiv zu Österreich bekennt und an dem Geschehen in der Heimat tätigen Anteil nimmt; schon deswegen, weil sie es ist, die morgen dieses Haus verwalten wird. Man kann der ÖVP nicht den Vorwurf machen, dass sie eine Partei der alten Männer sei. Ich brauche keine Beispiele anzuführen, um Ihnen zu zeigen, wie viele unserer jungen Freunde auf verantwortungsvollem Posten gestellt wurden. Wir haben die Freude, dass sich gerade die Jungen durchwegs bewährt und durch ihre Bewährung die Richtigkeit unserer Auswahl bestätigt haben. Wir müssen aber unsere Jugendarbeit auf eine breitere Basis stellen, um damit immer grössere Massen unserer Jugendlichen zur Heimatliebe, zu demokratischer Gesinnung und Staatsbewusstsein zu erziehen. Gerade auf diesem Gebiet ist noch grosse Arbeit zu leisten. Die innerpolitischen Angelegenheiten unseres Staates stehen in einem unlösbaren Zusammenhang mit der Lage, in der wir uns durch die andauernde militärische Besetzung des Landes befinden.

Es ist richtig, dass der österreichische Staatsvertrag durch die grossen Ereignisse der Weltpolitik ein wenig aus dem Brennpunkt des Interesses gerückt ist. Augenblicklich sind die Ereignisse in Korea vordringlicher. Der Ausbruch dieses Kampfes war es, der die ganze Welt neuerlich erschütterte und vor allem für uns auf wirtschaftlichem Gebiete Rückwirkungen mit sich brachte, die in den letzten eineinhalb Jahren eine Reihe von Schwierigkeiten verursachten. Die Ereignisse in Persien und Ägypten, Vietnam und Tunis haben weiter das Interesse der Grossmächte auf sich gelenkt, so dass man sich erst in letzter Zeit neuerlich mit Österreich befasste. Man hat versucht, die Probe auf das Exempel zu machen und zu untersuchen, ob die Friedensbeteuerungen ehrlich gemeint sind. Gerade beim österreichischen Staatsvertrag wäre es sehr einfach gewesen, dies unter Beweis zu stellen. Die letzten Ereignisse aber scheinen darauf hinzudeuten, dass von sowjetrussischer Seite gegenwärtig nicht die Absicht besteht, dem Abschluss dieses Vertrages zuzustimmen.

Neuerlich trat die Frage Triest in Erscheinung, und auf die sogenannte Remilitarisierung Österreichs konnte man als Verhandlungsvorschlag schon deshalb gefasst sein, weil unsere Kommunisten zu diesem Programmpunkt in ihrer Presse bereits die entsprechende Vorarbeit geleistet hatten.

Ich habe vor 8 Tagen in einer Rundfunksendung erklärt, dass man heute das österreichische Problem mit den weltpolitischen Problemen gerne in Zusammenhang bringt und dass wir Österreicher dadurch die Leidtragenden sind.

Was es mit dieser sogenannten Remilitarisierung in Österreich für eine Bewandtnis hat, das wissen wir Österreicher ja genau, denn auch Sowjetrussland hat bei den bisherigen Verhandlungen über einen Staatsvertrag der Aufstellung eines österreichischen Heeres zugestimmt, das wesentlich grösser sein wird, als es unsere Polizei- und Gendarmerietruppen jetzt sind. Aber auch dieses österreichische Bundesheer der Zukunft, von dem wir heute noch nicht wissen, in welchem Zeitraum wir es halbwegs ausrüsten werden können, wird ein Zwerg sein im Vergleich zu den Riesenheeren der Satellitenstaaten und der Sowjetunion selbst, ein Zwerg in jeder Beziehung, sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch der Bewaffnung. Der bisher vorliegende Entwurf des Staatsvertrages, über den bei allen vier Alliierten Übereinstimmung herrscht, beschränkt im Artikel 17 die österreichischen Streitkräfte ganz genau. Es wird uns eine Landarmee in der Gesamtstärke von 53.000 Mann zugebilligt, weiters eine Luftwaffe von 90 Flugzeugen mit einem Personal von 5.000 Mann, Dann kommen genaue Bestimmungen über all das, was wir nicht dürfen. Wir dürfen keine militärischen Anlagen oder Befestigungen herstellen, die nach den Weisungen der Alliierten Kommission für Österreich zerstört wurden. Wir dürfen weder Atomwaffen noch Bomber, weder selbstgetriebene Geschosse noch Geschütze mit einer Reichweite von mehr als 30 km haben usw.

Man hat auch darauf nicht vegessen, uns die Unterseeboote zu verbieten. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn also die Gmundner einen Unterseeangriff auf Ebensee planen sollten, würden sie es mit allen vier Alliierten zu tun bekommen. (Erneute Heiterkeit.) Der Propagandaschlager der Remilitarisierung ist

also ein geradezu lächerlicher Vorwand, uns den Staatsvertrag nicht zu ermöglichen. Es ist aber eine Niederträchtigkeit, wenn Menschen, die sich Österreicher nennen, mit Lügen, Verleumdungen und Denuntiationen alles unternehmen, um ihr eigenes Land weiterhin im Zwange einer fremden militärischen Besetzung zu halten. (Entrüstung und Pfui-Rufe.)

Wir werden, verehrte Parteifreunde, den Staatsvertrag bei Gott nicht geschenkt bekommen. Es ist Ihnen bekannt, dass wir als Ablöse für das Deutsche Eigentum 150 Millionen Dollar werden bezahlen müssen. Es ist Ihnen auch bekannt, dass die Sowjetunion für 30 Jahre Konzessionen auf Ölfelder, die 60 Prozent unserer Förderung ausmachen, erhalten soll, und auch die Bestimmungen, die die Schurfrechte und Ölraffinierien betreffen, sind Ihnen bekannt, ebenso wie die Bestimmungen, die die Donau-Dampfschiffahrts-gesellschaft betreffen.

Die Befreiung Österreichs war eines der Kriegsziele der Alliierten. Wir haben bisher für diese Befreiung schon schwer bezahlen müssen, und der Staatsvertrag ist mit einer weiteren schweren wirtschaftlichen Belastung verbunden. Und trotzdem können wir nicht einmal dieses unser Recht erhalten. Was nützt es da, wenn drei Hochkommissäre im Alliierten Rat eine Resolution vorschlagen, die die Empfehlung an alle vier Regierungen beinhaltet, den Staatsvertrag unverzüglich abzuschliessen, da die Ziele der Besetzung erreicht wurden. Wie so oft, konnte auch in dieser Frage keine Einigung erzielt werden.

Es wird Aufgabe der österreichischen Regierung sein, die Mittel und Wege zu finden, wie dennoch dem unerträglichen Zustand unserer Freiheitsberaubung ein Ende gesetzt werden kann. Einsteweilen wollen wir mit Zusammenfassung aller rechtlich denkenden Österreicher das Werk unseres Wiederaufbaues fortsetzen. Und wir wollen hart bleiben gegen alle Versuche, uns irgendein System der Willkür und Gewalt aufzunötigen. Wir werden unseren Glauben an den schliesslichen Sieg der Gerechtigkeit nicht aufgeben. Wir glauben an ein künftiges freies Österreich, das willens ist, sich in die Reihen der übrigen freien europäischen Nationen zu stellen und im Rahmen eines geeinten Europas die ihm zukommenden Aufgaben zu erfüllen. Die Österreichische Volkspartei sieht ihr politisches Ziel in einer Gemeinschaft, in der sich soziale Gerechtigkeit mit einem Höchstmass von Freiheit paart. Nur der Grundgedanke des Solidarismus, der die Politik unserer Partei beherrscht, wird auch imstande sein, das Verständnis von Volk zu Volk, von Staat zu Staat zu verbürgen, und nur dieser Gedanke ist fähig, die natürlichen Gegensätze der Menschen zu überwinden und sie über alle Grenzen hinweg zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinschaft zu verbinden. Diesem Grundgedanken wollen wir unter allen Umständen die Treue halten. Dann braucht uns auch um unser Österreich nicht bange zu sein.

Wir Österreicher haben aus der Vergangenheit gelernt. Wir bekennen uns stolz zu unserem Heimatland in seiner gegenwärtigen Form und wir leiten daraus eine hohe Verpflichtung für die Zukunft unseres Volkes ab. Gerade an uns liegt es,

diese Zukunft, den Weg, den das österreichische Volk morgen und übermorgen gehen wird, zu sichern. Nach diesem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei, der grössten Partei unserer Heimat, werden wir wieder mit Mut und Zuversicht an die Arbeit gehen, an die Arbeit, die stets unter der Parole steht: Alles für Österreich! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident K u n s c h a k: Hoher Parteitag! Da die Debatte über die Berichte auf die Nachmittagsitzung verlegt ist, ist es mir nicht möglich, jetzt weiter auf das Referat einzugehen. Eines aber erkenne ich als meine Pflicht: Für diese tiefgründigen, alle uns interessierenden Fragen eingehend berührenden Ausführungen dem Herrn Bundeskanzler herzlichst Dank zu sagen. (Neuerlicher Beifall.)

Nunmehr bitte ich den Herrn Kollegen Griessner, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender NR G r i e s s n e r : Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Bürgermeister von Innsbruck Dr. Greiter zur Geschäftsordnung das Wort.

Dr. G r e i t e r (zur Geschäftsordnung): Darf ich bitten, den Gebrauch der Scheinwerfer nur ausnahmsweise zu gestatten.

Vorsitzender NR G r i e s s n e r : Die zuständigen Herren haben den Wunsch gehört und zur Kenntnis genommen.

Ich erteile nun unserem geschäftsführenden Generalsekretär Dr.Maleta zu seinem Bericht das Wort.

(5.: Bericht des geschf. Generalsekretärs NR Dr. M a l e t a.)

Gf. Generalsekretär Dr. M a l e t a (mit Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Herr Bundeskanzler! Auch in der Politik hat das Sprichwort "Reden ist Silber und Schweigen ist Gold" seine Gültigkeit. Daher konnte anlässlich des Amtsantrittes der neuen Bundesparteileitung ein etwas voreiliger Kritiker schreiben, dass von der neuen Parteiführung kein klares Konzept erwartet werden könne. Heute ist nun die Stunde gekommen, dieses klare Konzept darzustellen, das vom ersten Tag an von der obersten Parteispitze im Geiste loyalster Zusammenarbeit und persönlicher Freundschaft erarbeitet wurde. Vielleicht wird nach dieser Darstellung noch manche sachliche Kritik vorhanden sein, aber jedenfalls wird feststehen, dass auch der erbittertste Gegner der

Partei von ihrer Führung nicht mehr wird behaupten können, sie handle ohne zielbewusste Planung. Daher haben Sie heute ein Anrecht auf einen politischen Rechenschaftsbericht, der Rückblick und Ausblick in sich birgt.

Die Parteiführung war sich dessen bewusst, dass sie sich den kritischen Stimmen aus der Wählerschaft und dem Funktionärapparat nicht verschliessen könne, wenn sie erfolgreich wirken wollten. Aber es war ihr ebenso bewusst, dass so mancher Ruf nach Reform nicht durchwegs auf tatsächlichen Fehlern oder Mängeln der Partei oder einzelner Personen beruhte. Man kann daher heute auch ein Wort der Kritik an manchen Kritikern aussprechen. Denn diese aussenstehenden Kritiker waren oft voll bösartiger Gesinnung und mangelnder Kenntnisse, viele Kritiker widersprachen sich, ihre Meinungen waren nicht auf einen Nenner zu bringen. Der Weisheit letzter Schluss war nur allzu oft der Hinweis auf sogenannte "geeignete" Massnahmen, die getroffen werden sollten. Aber man verschwieg uns den Inhalt dieser Massnahmen. Leicht ist also die Kritik, schwer aber das Konzept! Wo und wie sollte also nach Meinung der Parteiführung eingeschritten werden? Nach ihrer Auffassung beruhte der Ruf nach Reform letzten Endes in einer Vertrauenskrise, die überwunden werden musste. Es wäre falsch, dies zu leugnen, denn ich bekenne mich offen zu dem Grundsatz, dass eine starke Partei keine Vertuschungsmanöver und keine Schwarz-Weiss-Malerei benötigt. Überdies ist unser Volk durch die Propagandafluten der letzten Jahre und Jahrzehnte für echte und unechte Propagandatöne hellhörig geworden. Man kann daher auch Fehler oder Mängel einbekennen, wenn gleichzeitig der Weg gewiesen wird, sie künftig zu vermeiden.

Die Vertrauenskrise lag also in erster Linie nicht im persönlichen Verschulden dieser oder jener Männer, sondern sie beruhte ganz einfach auf der Tatsache einer sechsjährigen Regierungsverantwortung, die zwangsläufig die Partei in das Kreuzfeuer der Kritik stellen musste. Da der normale Ausweg aus diesem Dilemma, nämlich aus der Regierung auszuscheiden und Opposition zu spielen, auf Grund der besonderen Verhältnisse in Österreich unmöglich war, so mussten von der Parteiführung andere Mittel ersonnen und andere Wege beschritten werden. Eines jedoch war klar: jede sogenannte Reform konnte nur innerhalb der Partei in Anerkennung von Disziplin und Autorität gefordert werden. Daher mussten manche sogenannte Reformisten scheitern und scheiden, weil eine selbstbewusste Partei sich nicht von aussen reformieren lässt, sondern selbst die notwendigen Massnahmen aus eigenem Entschluss und eigener Kraft trifft. Für notwendig werdende personelle Veränderungen galt der Grundsatz, dass sie nicht nach persönlichen Wünschen beurteilt werden durften. Lediglich der Bestand und die Sicherung der Partei konnten hiefür Masstab sein. Um diesen wichtigen Grundsatz der Unterordnung unter das Allgemeininteresse mit aller Deutlichkeit zu demonstrieren, verzichtete die oberste Parteispitze für sich auf einen Eintritt in die Regierung. Denn nach wie vor ist mit dem Schicksal der Volkspartei das Schicksal Österreichs untrennbar verbunden, sodass ihre Daseinsberechtigung hinlänglich bewiesen ist.

Sehen wir nun doch rings um uns um bei all den vielfältigen Bemühungen, Wähler in nichtsozialistischen Parteigruppen zu sammeln, eine unüb-erbrückbare geistige Zerrissenheit, eine heillose Aufspaltung in Gruppen und Grüppchen, die sogar vor dem VdU nicht Halt macht. Ich frage also: Wo wäre heute , Hoher Bundesparteitag, eine tragende Säule für das gesamte nichtsozialistische Lager, wenn nicht die Volkspartei in ungebrochener Einheit vorhanden wäre und zusammenstehen würde? Es entstünde ein Vakuum, ein luftleerer politischer Raum, der bei der bekannten Abhängigkeit der Sozialisten von linksradikalen Einflüssen unabsehbare Folgen nach sich ziehen müsste.

Die Parteiführung müsste daher nach einem Zeitplan vorgehen, damit der Bundesparteitag in einer Atmosphäre des wiedergewonnen Vertrauens bereits sichtbarere Erfolge und in dem Bewusstsein zusammentreten könnte, dass der Tiefpunkt der Vertrauenskrise tatsächlich überwunden ist. Denn es kommt nicht auf Resolutionen an, wenn sie inhaltlich auch noch so richtig wären, sondern darauf, dass die Parteiführung das Vertrauen gewinnt. Sie wird die in den Resolutionen geäusserten Wünsche mit Erfolg durchsetzen.

Bevor jedoch richtig gehandelt werden konnte, war eine klare Diagnose der psychologischen Situation, in der sich die Partei stimmungsmässig befand, vonnöten. Wir stellten fest, dass der Volkspartei die ständigen Lohn- und Preisabkommen vorgeworfen wurden, dass man von der Vernachlässigung der Interessen des kleinen Mannes sprach, dass man an ihr die angebliche Nachgiebigkeit gegenüber den Sozialisten rügte, dass man ihr eine Preisgabe von Positionen vorwarf und eine Verwässerung der programmatischen Grundlagen

durch die Koalitionspolitik befürchtete. Waren diese Tatbestände einmal klar erkannt, so ergab sich folgerichtig, dass von der Parteiführung an einzelnen Schwerpunkten Schnellaktionen und Offensivstösse geführt werden mussten, die diese Vorwürfe widerlegten und eine neue Vertrauensbasis schufen.

Daher erkämpften wir die Novellierung des Mietengesetzes, etwas, was nicht einmal ein Seipel erzwingen konnte. Für uns ging es dabei also nicht bloss um eine wirtschaftliche Frage, sondern um den Beweis der Macht und der Stärke unserer Partei. Deshalb startete Minister Raab die Preissenkungsaktion der Wirtschaft, weil er beweisen wollte, dass wir nach neuen Wegen der wirtschaftlichen Sicherheit suchen und eine neue Lohn- und Preisspirale vermeiden wollen. Es steht ausser Zweifel, dass diese Aktion die Position der Partei verbesserte und einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten kann.

Deshalb kämpften wir auch für die Valorisierung der Beamtengehälter, damit durch eine entscheidende Tat bewiesen wurde, dass die Partei bewusst eine Politik der breiten Schichten und der bisher benachteiligten Gruppen führen will.

Deshalb kämpften wir in der VÖEST-Angelegenheit, damit das Recht wiederhergestellt werde, unsere Anhänger in den Betrieben neuen Mut fassen, sozialistische Anmassungen zurückgewiesen und die Voraussetzungen für eine Änderung der Politik in der Frage der gesamten staatlichen Industrie geschaffen werden konnten.

Die Bezirks- und Landesparteitage sollten uns ein klares Stimmungsbild vermitteln, die Funktionäre über die getroffenen Massnahmen aufklären, Mut und Widerstandskraft erwecken und so die Grundlage für neues Vertrauen legen. Am Beginn aller dieser Massnahmen stand die Trennung der Partei von den Regierungsfunktionen, ihre vorläufige Krönung anlässlich des Bundesparteitages musste zwangsläufig die Umbildung der Regierung sein, denn es war für das Ansehen und die Schlagkraft der Regierung unerträglich, dass durch Wochen und Monate von einer Regierungsumbildung gesprochen wurde.

Eine Regierung kann verlangen, dass sie von ihrer Partei gestützt und getragen wird, weil mit dem Schwinden ihres Ansehens auch das der Partei geschädigt wird. Wir könnten unser grosses Wirtschafts- und Sozialkonzept nicht durchführen, wenn nach dem Bundesparteitag das Spiel um die Ministersitze weiterlaufen würde. Daher hat die Regierung Figl III in ihrer derzeitigen Zusammensetzung die geballte Macht der gesamten Partei hinter sich, auch dann, wenn über diese oder jene Personenfrage verschiedene Meinung herrschen sollte. Die Regierungsumbildung erfolgte aus eigenem Entschluss, aus eigener Kraft der Partei und nicht unter Druck von aussen. Es ist ein Zeichen von Stärke, dass die Volkspartei jene Männer auf Regierungsposten setzt, die sie für geeignet hält. Es wäre ein Zeichen von Schwäche, nur deshalb keine Änderungen vorzunehmen, weil der Koalitionspartner bei sich Veränderungen unterlässt. In wenigen Wochen wird es sich zeigen, ob dieser Entschluss der sozialistischen Parteiführung die Billigung ihrer Funktionäre und Ministeraspiranten findet. Dieser Eindruck von Stärke und Entschlossen-

heit ist allgemein! Es bestätigten ihn die Auslandsjournalisten, unsere Funktionäre fühlen und berichten es und auch die breiten Schichten der Wählerschaft empfinden es.

Sie haben aber von mir, hoher Bundesparteitag, nicht nur das Recht, eine Begründung der bisherigen Massnahmen zu verlangen, sondern ich habe auch die Pflicht, das künftige Konzept darzulegen.

Wir beginnen mit der Wirtschaftspolitik, weil das kennzeichnende Merkmal der Regierungsumbildung die Verstärkung der wirtschaftlichen Positionen war. Der Parteiführung war es nämlich klar, dass Lohn- und Preisabkommen vermieden werden müssen; aber es war ihr ebenso klar, dass die Fortsetzung und Sicherung dieser Politik, die durch den Ausfall der ERP-Hilfe bestehenden Gefahren, das aufgeblähte Staatsbudget viel entscheidendere Massnahmen als bisher nötig machen. Deshalb genügen nicht fallweise Aktionen, sondern es ist ein geeignetes Instrument erforderlich. Dieses Instrument ist das Wirtschaftsdirektorium, und deshalb hat die Parteiführung eine Umbildung in den Wirtschaftsministerien vorgenommen. Sie erwartet von diesen Männern den Entwurf und die Durchführung eines wirtschaftlichen Gesamtkonzepts, das Hand und Fuss besitzt. Es wird ein Konzept der Sparsamkeit, der Produktionsförderung, der Erhaltung und Steigerung unserer Exportfähigkeit sein müssen, wenn Wirtschaftskrisen vermieden und der soziale Friede gesichert werden sollen. In seinen Methoden und Voraussetzungen wird dieses Konzept an einer Einschränkung der Budgetausgaben,

an der Herstellung echter Bilanzen und an einer Reform der Steuern und der Steuerprogression nicht vorübergehen können. Der Zielgedanke aller Massnahmen aber muss sein, zunächst jedem Österreicher die primären, lebensnotwendigen Güter zu sichern: Nahrung, Wohnung, Kleidung. Und jeder Österreicher muss alles, was in seinen Kräften steht, tun, um diesem Ziel zu dienen.

In diesem Zusammenhang spreche ich eine Warnung aus. Vermeiden wir Begriffe, die missdeutet werden können und in der eigenen Partei Verwirrung stiften. Wir alle , ob Mitglieder des Österreichischen Wirtschaftsbundes oder des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, wollen eine Wirtschaft, die weder "frei", im Sinne des Manchesterliberalismus, noch geplant im Sinne des staatskapitalistischen Systems ist, sondern eine Wirtschaft, die Eigentum, Unternehmerinitiative und soziale Verpflichtung als tragende Elemente anerkennt. Innerhalb dieses, ohne Zweifel solidaristischen Grundsatzes kann es sicher Interessenverschiedenheiten, sicher einen Spielraum der Auffassungen geben, aber es ist eben doch nur ein Spielraum und kein ideologischer Gegensatz. Reden wir daher nicht von "freier Wirtschaft", die doch nicht ganz frei ist, und nicht von "geplanter Wirtschaft", die nicht bürokratisch und nicht ganz geplant ist; sondern wählen wir eine sinngemässe Bezeichnung, die der Parteitag für alle Bünde und für die gesamte Partei bindend erklären sollte. Eine solche würde der Begriff der "sozialen Marktwirtschaft" sein, weil er all die oben erwähnten Elemente, sowohl der Freizügigkeit wie der sozialen Verpflichtung, in sich birgt.

Selbstverständlich kann kein Wirtschaftskonzept an der Verwaltungsreform vorübergehen, wenn es Erfolg haben soll. Fast hat man Angst von dieser Forderung zu sprechen, weil sie seit Jahren vergeblich erhoben und totgeredet wurde. Aber mit der Verwaltungsreform muss tatsächlich begonnen werden. Es ist daher zu untersuchen, woran sie bisher scheiterte, weil sonst die

Gefahr besteht, dass auch in Zukunft nicht gehandelt, sondern nur geredet wird. Sie scheiterte, weil niemand verantwortlich federführend war, der über die nötigen Vollmachten verfügte.

Es kann kein parlamentarischer Ausschuss das unübersichtliche und schwierige Werk der Verwaltungsreform beginnen und durchführen. Es werden schwerlich hohe Beamte eine Verwaltungsreform vorschlagen können, die eine Einschränkung der Beamtenposten nach sich zieht; es kann nicht die Regierung sie von sich aus durchführen, weil ein Kollegium dafür keine Zeit hat. Wir können nicht das neue Wirtschaftsdirektorium mit ihr belasten, das einen so entscheidenden Aufgabenkreis zu bewältigen hat. Ein gangbarer Weg wäre, wenn die Regierung einen von Bindungen freien Mann, von wissenschaftlicher Vorbildung und praktischer Verwaltungserfahrung, mit den Vorbereitungsarbeiten betrauen würde, der alle geplanten Massnahmen mit der Regierung und vor allem mit dem Wirtschaftsdirektorium abzustimmen hätte, damit die freiwerdenden Kräfte in der Wirtschaft untergebracht werden. Wie immer man zu diesem Vorschlag stehen möge, ob er Beifall findet oder nicht, jedenfalls ist einleuchtend, dass jemand betraut werden muss, der zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn nichts geschieht. Denn die Verwaltungsreform scheiterte nicht zuletzt an der Anonymität der Verantwortung.

Wirtschaftskonzept und Verwaltungsreform führen zwangsläufig zu einer grundsätzlichen Überprüfung unserer bisherigen Sozialpolitik. Auch in diesem Fall kann der

richtige Weg nur dann gefunden werden, wenn das vorhandene Dilemma klar präzisiert wird. Das Wirtschaftskonzept ist nämlich einerseits wichtig und notwendig, andererseits wird es Härten nach sich ziehen. Da wir aber unter unseren Wählern eine breite Masse von Klein- und Bergbauern, von Landarbeitern, von kleinen und mittleren Gewerbetreibenden besitzen und zu uns auch die Mehrzahl der Intellektuellen und geistigen Arbeiter zählt, so müssen alle wirtschaftlichen Massnahmen so abgestimmt werden, dass sie von der Bevölkerung im Bewusstsein eines gerechten Härteausgleiches getragen werden können.

Lfd. 9

Deshalb wird die Parteiführung auch weiterhin diese Probleme erörtern und beraten, wird sie in ihren Expertenkomitees, die bereits vor dem Parteitag Sitzungen abgehalten haben, praktische Vorschläge ausarbeiten, sie innerhalb der Bünde abstimmen und mit den ÖVP-Ministern des Wirtschaftsdirektoriums beraten.

In diesem Zusammenhange sei ein Wort über den Gewerkschaftsbund gesagt. Die Betriebsratswahlen zeigen nicht nur eine geringfügige Abwanderung zu den Kommunisten, sondern eine viel stärkere Entpolitisierungstendenz. Es handelt sich um Menschen, die nach neuen Wegen der Sozialpolitik suchen und diese bei der SPÖ nicht finden. Das ist eine Chance und Verpflichtung für unserer Partei.

Vier Faktoren beschleunigen diesen Prozess, der gekennzeichnet ist:

durch die seelische Bereitschaft der Jugend- und Heimkehrergeneration, die keinen inneren Kontakt zu den traditionellen Forderungen der SPÖ besitzt, weil diese längst erfüllt und heute die Probleme anders gelagert sind;

durch das Versagen des Marxismus, weil heute nur zu deutlich sichtbar ist, dass staatskapitalistische Tendenzen weder die Freiheit des einzelnen sichern noch seinen Lebensstandard verbessern;

durch die Fülle wertvollen zukunftsweisenden Gedankenmaterials in der christliche Sozialphilosophie und nicht zuletzt

durch die Unzufriedenheit breiter Massen mit manchen der sogenannten sozialen Einrichtungen, die zu ihrem Schutz geschaffen wurden, die den breiten Massen aber heute wie eine zusätzliche Behörde gegenüberstehen.

Daher dürfen wir uns nicht darauf beschränken, so wie die Sozialisten Sozialpolitik zu betreiben, denn das Sozialrecht, das Kollektivvertragswesen, der Kampf um Löhne und Gehälter sind ein selbstverständliches Recht des Arbeitnehmers, das in einer demokratischen Ordnung unbestritten ist. Wir brauchen vielmehr neue Ideen und neue Formulierungen. So beweist schon allein die Tatsache, dass mit der heutigen Sozialversicherung niemand zufrieden ist, ihre Reformbedürftigkeit, weshalb zugkräftige Forderungen den Beifall breiter Massen finden müssten. Ich denke darüber hinaus an die Ärzte und Apotheker, die sich gegenüber dem Moloch Sozialversicherung in einem verzweifelten Abwehrkampf befinden. Hier gibt es überall Lösungsmöglichkeiten, die breite Schichten unseres Volkes der Partei und, soferne es Unselbständige sind, dem Arbeiter- und Angestelltenbund zuführen könnten.

Sozialpolitik kann freilich nicht nur Aufgabe des Arbeiter- und Angestelltenbundes, also eines Bundes sein. Wenn wir uns daran erinnern, dass die Kinderbeihilfen aus einer Initiative der Volkspartei entstanden sind, so könnte die Forderung nach Familienausgleichskassen ein Schritt weiter auf dem Wege zu einer neuen volksverbundenen Sozialpolitik sein, die unserer Partei den Beifall weitester Volksschichten sichern würde.

In diesem Zusammenhang soll nicht übersehen werden, dass trotz der allgemeinen günstigen Beurteilung der Regierungsumbildung Stimmen laut geworden sind, die aus falsch verstandenen Ersparungsgründen die Errichtung eines Staatssekretariats für Wiederaufbau und Siedlungswesen kritisierten. Der Entschluss war richtig! Es kommt nicht auf ein paar

tausend Schilling an, sondern darauf, dass in Österreich das Wohnungsproblem ein zentrales Wirtschafts- und Sozialproblem ist. Wir können grundlegende Konzepte nicht nach einer Greisslerrechnung machen. Dieses Staatssekretariat hat die gesamte Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik aus ihrer heutigen Zersplitterung herauszuführen und angesichts der Wohnungsnot zu beweisen, dass die Volkspartei die fundamentale Notwendigkeit einer Gesamtlösung dieses brennenden Sozialproblems anerkennt. Die Parteiführung steht hinter allen Ministern und Staatssekretären der Volkspartei, weil bei deren Auswahl nach Zweckmässigkeitsgründen, nicht aber danach gefragt wurde, ob dieser oder jener Mann von dieser oder jener Clique gefördert wird oder nicht.

Denn von einer künftigen Geschichtsschreibung wird nur darüber geurteilt werden, ob der Volkspartei die Sicherung des Staates gelang oder ob sie mit ihm unterging. Eine Partei ist nur dann eine geeignete Waffe zur Vertretung der Interessen ihrer Wähler, wenn in ihrem Inneren absolute Disziplin und Ordnung herrschen.

Das Wirtschafts- und Sozialkonzept der Partei bedarf noch in zwei wichtigen Fragen einer Ergänzung. Die Statistik beweist, dass mit dem heurigen Jahr in steil ansteigender Kurve eine immer grösser werdende Zahl von Jugendlichen den Arbeitsmarkt bevölkern wird. Die Partei muss sich darüber klar sein, dass eine arbeitslose Jugend Dynamit ist. Unsere Jugend, die an und für sich den Problemen der Politik abwartend gegenübersteht, bedarf einer verständnisvollen Führung, sie bedarf aber vor allem einer Sicherung ihrer Existenz und ihrer Aufstiegsmöglichkeiten. Es ist dies nicht nur eine persönliche Schicksalsfrage des einzelnen Jugendlichen, sondern es ist auch eine Sorge seiner Eltern und damit von hunderttausenden Menschen in Österreich.

Wir dürfen also nicht darauf warten, dass die SPÖ dieses Problem zu ihrem Wahlschlager erklärt. Aber nicht allein deshalb, sondern auch aus einer inneren moralischen Verpflichtung heraus müssen wir alles tun, dass die Jugend in diesem Staate Arbeit und Vertrauen zu ihrem Vaterlande findet. Sie wird dem folgen, der ihr klare Wege zur Sicherung ihrer Existenz und Freiheit zeigt.

Die zweite Frage ist das Problem der Volksdeutschen. Jede Halbheit würde sich, wie überall im Leben, so auch in diesem Falle rächen. Die Situation ist durch zwei Tatsachen gekennzeichnet: Einerseits strömen im ständigen Fluss die jüngeren, arbeitstauglichen Kräfte, die beruflich gut ausgebildet sind, ins Ausland, sodass eine unerfreuliche Verschiebung der Struktur des im Lande verbleibenden volksdeutschen Elementes eintritt; andererseits muss damit gerechnet werden, dass ein beträchtlicher Teil der Volksdeutschen ständig im Land bleiben wird. Wenn wir das also wissen, dann dürfen wir uns von dieser Stunde nicht überraschen lassen; dann müssen wir bereits jetzt dafür sorgen, dass der Abstrom vernünftig und im Interesse Österreichs geregelt wird und dass die notwendigen Massnahmen heute freiwillig durchgeführt werden, bevor sie morgen durch einen Druck des Auslandes durchgeführt werden müssen. Wir dürfen auch niemals den Eindruck hervorrufen, dass wir uns Christen nennen, aber den Vertriebenen gegenüber nicht christlich handeln, dies umsomehr, als es sich um Menschen handelt, die mit uns eine gemeinsame österreichische Vergangenheit besitzen und uns wertvolle wirtschaftliche und kulturelle Leistungen bringen können und auch bereits erbracht haben. Einmal werden diese Menschen Wähler sein! Wir haben daher alles Interesse, dass diese aus konservativen Schichten stammenden Menschen, die ihre Arbeitskraft dem Wiederaufbau Österreichs zur Verfügung stellten, nicht aus Verzweiflung radikalen Parolen folgen.

Sicherlich kann Österreich dieses Problem aus sich allein finanziell nicht lösen, aber es muss und wird auch Wege für eine Auslandshilfe geben.

Die Kabinettsumbildung zeitigte jedoch ihre Auswirkung nicht nur auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch auf dem der Kulturpolitik. Man sagt mit Recht, dass Österreich eine kulturelle Grossmacht sei. Darüber soll heute nicht gesprochen werden. Aber darüber ist zu reden, dass zum Weiterbestand einer kulturellen Grossmacht Menschen nötig sind, die jenes kulturelle Erbe in sich veredeln und in die Zukunft tragen. Es ist daher auf die Dauer unerträglich, wenn Schriftsteller und Literaten aus steuerlichen Gründen keine Bücher schreiben können; es ist unerträglich, wenn wertvolle Kräfte in das Ausland abwandern; es ist unerträglich, wenn wertvolle Kräfte aus dem Ausland nicht gewonnen werden können; es ist unerträglich, wenn unsere wissenschaftlichen Institute und Laboratorien mangels finanzieller Mittel in ihrer Forschungstätigkeit gehemmt sind; und es ist unerträglich, wenn die geistige Elite der Nation immer mehr in materiellen Sorgen versinkt.

Es ist aber nicht nur unerträglich, sondern auch gefährlich, wenn ein Staat, der sich zu den Werten der christlich-abendländischen Kultur bekennt, jene Menschen vergessen würde, die zu Trägern dieses Kulturgutes berufen sind. Tausende Intellektuelle, Professoren und Studenten, Männer der Kunst und der Wissenschaft, erblicken in der Österreichischen Volkspartei ihre berufene Vertretung. In unzähligen Kaffeehäusern, gesellschaftlichen Zirkeln und in Hörsälen machen diese Menschen öffentliche Meinung. Ihr Einfluss ist daher viel grösser als ihre Zahl. Nicht zuletzt bestimmen sie weitgehend die öffentliche Meinung. Die Führung der Österreichischen Volkspartei ist sich bewusst, dass es auch in einem armen Staat Möglichkeiten zur Erschliessung finanzieller Hilfsmittel gibt. So würde beispielsweise so manche Industriegruppe, so manches Unternehmen Mittel spenden, wenn irgendeine steuerliche Regelung gefunden werden könnte. Sicherlich wird eine Vielfalt solcher Massnahmen nötig sein, die in ihrer Gesamtheit das schwierige Problem zwar nicht auf einmal lösen, aber doch einer Lösung näherbringen werden. Auf jeden Fall müssen wir unseren guten Willen und unsere feste Absicht, zu helfen, eindeutig beweisen.

Zur Kulturpolitik zählt auch die Regelung der Beziehungen zu den christlichen Kirchen unseres Landes. Wir wissen, dass sich in der Volkspartei die Masse der christlichen Laien befindet, dass wir aber trotzdem kein Monopol kirchlicher Interessenvertretung für uns in Anspruch nehmen können . Die geänderten Verhältnisse brachten es mit sich, dass die Kirchen

ihre religiöse und seelsorgerische Arbeit nicht durch eine allzu enge Verquickung mit der Politik belasten wollen. Das sind Tatsachen. Als Realpolitiker können wir nicht einer Vergangenheit nachweinen, sondern müssen aus der Gegenwart das Brauchbarste herausholen. Wir können daher unsere christliche Grundhaltung nicht von einer Legitimation der Kirche ableiten, sondern nur aus unserem christlichen Gewissen. Daher müssen wir überprüfen, ob berechtigten Anliegen, vor allem der katholischen Kirche, genügend Rechnung getragen wurde. Sowohl Kirche wie Volkspartei sind sich dessen bewusst, dass in unserer Situation ein Kulturkampf vermieden werden muss. Schon allein die Tatsache, dass seitens kirchlicher Kreise nicht nur kulturpolitische Forderungen, sondern vor allem soziale Wünsche geäussert werden, sind ein aufschlussreicher Hinweis. Dennoch haben wir die Verpflichtung, dass wenigstens jene kulturpolitischen Forderungen Erfüllung finden, die unter dem Titel der Gewissensfreiheit von den Katholiken beansprucht werden können. Damit sind jene diffamierenden Bestimmungen unvereinbar, die Geistliche bestrafen, wenn sie das Sakrament der Ehe vor der zivilen Trauung spenden; damit ist unvereinbar, dass Brautleute nicht zwischen kirchlicher oder ziviler Trauung wählen können. Über diese und andere kulturelle Fragen sind Verhandlungen eingeleitet worden. In diesem Zusammenhang wird auch eine befriedigende Ordnung des Verhältnisses von Kirche und Staat zu erörtern sein. So ergibt sich die Notwendigkeit eines ständigen Kontaktes zur katholischen Kirche und auch zu den anderen religiösen Gemeinschaften. So hat z.B. die aufgewühlte Gegenwart mit ihren neuartigen

Problemen die Stellung des österreichischen Protestantismus grundlegend verändert. Schranken sind weggefallen und das gemeinsame Anliegen der Bewahrung des christlichen Glaubens - gutes tritt in den Vordergrund. Der neue Unterrichtsminister übernimmt also ein vollgerüttelt Mass von Sorgen und Wünschen der Partei. Dem scheidenden Minister fühlt sie sich in herzlicher Dankbarkeit verbunden. Hurdes war nicht bloss Minister, nicht bloss Generalsekretär, Hurdes war einer der Gründer der Partei. (Starker Beifall.)

Sie wird ihm durch seine Berufung in eines der ehrenvollsten Ämter, das in Österreich überhaupt zu vergeben ist, ihre Verbundenheit und Treue beweisen.

Das bisher Gesagte ist ein Konzept der Volkspartei, das im Interesse der Partei und ihrer Wähler liegt; aber es ist ein Konzept, das trotzdem der Notwendigkeit der Koalitionspolitik Rechnung trägt, denn nach wie vor ist auf Grund der absonderlichen Lage Österreichs die Koalition mit der SPÖ der zentrale Angelpunkt unserer Innenpolitik. Jeder Vergleich mit der Situation in Westdeutschland, der manchmal angestellt wird, ist falsch, weil es nicht einen, sondern zwei deutsche Staaten, aber Gott sei Dank ein einheitliches Österreich gibt, dessen Besatzungsverhältnisse mit Deutschland nicht vergleichbar sind. Daher muss diese Vernunftehe mit den Sozialisten durchgestanden werden.

Diese Koalitionspolitik wurde in den letzten Wochen überschattet von der Affäre Starhemberg. Um jedes Missverständnis zu vermeiden, sie gleich eingangs festgestellt, dass für die Parteiführung die Rechtslage völlig eindeutig und klar ist. Man kann auf Grund dieser Rechtslage sicherlich die eigenen Anhänger entflassem, aber wir schreiben nicht 1934, sondern 1952. Wenn also Kampfsituationen unter dem Schlagwort der Februarereignisse vermieden werden können, dann ist es gut, denn dieser Gespensterreigen könnte zur Sprengpatrone werden, die der österreichischen Innenpolitik eine neue Richtung weist. Das ist auch offenbar die Absicht der Kommunistischen Partei, und daraus resultiert die Schwierigkeit der Sozialisten, die sich in eine fast ausweglose Sackgasse manövrieren liessen.

Es wäre für das Generalskretariat in dieser Situation leicht gewesen, eine eindrucksvolle Propagandastellung zu beziehen, die das Wohlgefallen vieler ihrer Anhänger gefunden hätte. Aber das Generalsekretariat hatte in einem ernsten Augenblick nicht martialische Trompetenstösse auszustossen, sondern mit ruhigem Blut und kühler Sachlichkeit verantwortungsbewusst an künftige Entwicklungen zu denken und daher so zu handeln, dass Türen nicht zugeschlagen wurden, solange noch die leiseste Hoffnung auf eine ausserparlamentarische Bereinigung ohne Kampfabstimmung mit ihren unberechenbaren Folgen bestand. Auf jeden Fall wurde wenigstens erreicht, dass Zeit gewonnen wurde; dass die Anti-Starhembergdemonstrationen nicht zu Anti-ÖVP-Kundgebungen ausarteten; dass die Sozialistische Partei in der Woche der Regierungsumbildung nicht verhandlungsunfähig wurde; dass verschiedene Auswege erwogen, darunter auch die Antwort Starhembergs abgewartet werden konnte, die eine grundlegend neue Situation schuf, eine so [illegible] völlig neue Situation, hoher Bundesparteitag, dass sogar dann, wenn wir offen im Hause gegen das Gesetz stimmen müssen, auch jene Wähler der Volkspartei, die nicht aus Heimatschutzkreisen stammen und die nicht die politische Einsicht in die Notwendigkeit dieses Schrittes haben, sich mittlerweile überzeugen konnten, dass es nicht um Starhemberg, sondern um ein Politikum geht. (Beifall.) Das Kommuniqué des Generalsekretariates hat zur Klärung und Entfanatisierung beigetragen, und sicherlich haben die Kritiker des Kommuniqués es in seinem wohlabgewogenen Wortlaut nicht genau gelesen und daher in seiner die Leidenschaften dämpfenden Tendenz nicht voll verstanden.

60

Lassen Sie mich aber ein Bekenntnis ablegen! Sie haben es heute in der Hand, sich einen anderen Generalsekretär zu wählen. Aber wenn die Wahl auf mich fallen sollte, dann sollen Sie wissen, dass oberstes Gesetz meines politischen Handelns der fanatische Wille ist, mit allen Mitteln, die mir zur Verfügung stehen, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten und dabei zu verhindern, dass dieses Land durch unzeitgemässen Radikalismus einem unabsehbaren Unglück entgegengeht.

1215 Dr.Ha 1

Es gibt eine echte und eine falsche Stärkung. Man kann z.B. gegen Waldbrunner und Tschadek auftreten. Das habe ich wohl hinlänglich bewiesen. Man vergesse aber niemals, dass aufgepeitschte Leidenschaften des Jahres 1934 angesichts der Besatzungssituation voll verhängnisvoller Gefahren für Österreich sind.

Wir müssen überhaupt in der Innenpolitik reinen Tisch machen. Dazu ist nötig, dass auch die ewigen Gespräche um die NS-Frage und die Versorgung der KZ-Opfer ein befriedigendes Ende finden. Wir müssen unseren Blick aus der Vergangenheit losreissen und dürfen nicht nur die Splitter im Auge des anderen sehen und die Balken im eigenen übersehen, denn diese Balken könnten ein Scheiterhaufen werden, in dessen Feuer der Kommunismus Österreich verbrennt.

Die Aufgabe des Generalsekretärs ist in erster Linie die Entfaltung einer koordinierenden Tätigkeit zur Ausschaltung und Überbrückung von Gegensätzen innerhalb der Volkspartei. Lassen wir doch die Diskussionen um das Verhältnis der Partei zu den Bünden; das Primat der Partei ist bereits im Bundesorganisationsstatut unbestritten festgelegt; die Daseinsberechtigung der Bünde ist ebenfalls gegeben. In zahlreichen Konferenzen mit Vertretern der Bünde und einzelnen Gruppen, in Expertenkomitees, etc. wurden alle jene Punkte erörtert, die in den vergangenen Jahren zu keiner befriedigenden Lösung führten. Wir haben uns nicht gescheut, auch schwierige Probleme anzupacken, weil das Herumschleichen um ein schwieriges Problem

es nicht löst, sondern als Geschwür weiter wuchern lässt. Daher haben wir eine Frage, die unsere Bauern und unsere Wirtschaftshändler tief beschäftigt - die Frage der landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihre sich ausweitende Tätigkeit - einer eingehenden Erörterung unterzogen. Wir sind zu grundsätzlichen Übereinstimmungen gelangt und wir bitten den Parteitag, dass er seinen Funktionären im Bauernbund und im Wirtschaftsbund die Weisung gibt, innerhalb einer bestimmten Frist diese grundsätzliche Einigung zu fixieren und durchzuführen.- Wir haben auch die schwierige Frage des gegenseitigen Verhältnisses Landarbeiterbund und Arbeiter- und Angestelltenbund in einem Expertenkomitee erörtert. Es konnten grundsätzliche Richtlinien gefunden werden, die für das ganze Bundesgebiet Geltung haben, aber einen Spielraum für lokale Lösungen innerhalb der Bundesländer offenlassen. Wir bitten auch, dass die Besprechungen zwischen dem Verband der Geistig Schaffenden und dem Arbeiter- und Angestelltenbund, die begonnen haben, fortgeführt und zu einem gedeihlichen Ende gebracht werden, denn immer und überall geht es darum, dass die Menschen, die sich gemeinsam zum grossen Gedanken der Volkspartei bekennen, nicht ihre wertvollen Kräfte, die dem Angriff auf den Gegner dienen könnten, durch interne Zwistigkeiten vergeuden.(Beifall.) Wir haben uns auch mit der schwierigen Frage eines Parteibeitrages beschäftigt und sind vorläufig zu der Meinung gelangt, dass am bisherigen Inkasso durch die Bünde und an der Finanzierung der Partei durch sie nichts geändert werde, dass aber von jedem Mitglied der Partei eine Kampfspende eingehoben werden soll.

Abschliessend sei bemerkt, dass der Blick bei einer Gesamtdarstellung der Politik sich nicht nur auf Österreich beschränken kann. Die Partei hat ein Interesse, dass manches Fehlurteil in den westlichen Ländern, das durch bösartige Tendenzmeldungen und durch den Einfluss der Linksemigration enstanden ist, korrigiert werde.

Es ist für uns unerträglich, dass in weiten Kreisen - etwa Amerikas - die grosse demokratische, fortschrittliche Volkspartei als eine Partei des Rückschrittes angesehen wird. Wir haben Vorsorge getroffen, dass ein Aufklärungsfeldzug einen Wandel der Auffassungen herbeiführt!

In unserer Aussenpolitik bekennen wir uns zur westlichen Welt der christlich-abendländischen Kultur. Jedoch befinden wir uns nicht im Zentrum dieser Welt sondern als Pufferstaat an deren Peripherie. Pufferstaaten liegen nun einmal im Gleichgewicht der Mächte. Die ausserordentliche Kompliziertheit unserer aussenpolitischen Situation erklärt sich also daraus, dass wir einerseits ohne die Stärke des Westens und ohne seine Hilfe unser freies Wirtschaftssystem nicht halten können, dass wir aber andererseits als nichtkommunistischer Staat nicht in den Verdacht geraten dürfen, nur auf den Staatsvertrag zu warten, um dann unsere Neutralität preiszugeben. Österreichs Situation ist in vielem mit der Finnlands vergleichbar, sie ist vielleicht sogar etwas schwieriger, weil fremde Truppen im Lande sind. Wir haben daher erkannt, dass die Integration Europas nur vom Zentrum aus gehen kann, niemals aber von der Peripherie gefordert oder gar entscheidend gefördert werden kann. Dessen müssen wir uns bewusst sein, wenn wir den Staatsvertrag erhalten wollen, es sei denn, dass die weltpolitische Situation sich eindeutig zu Gunsten des Westens verschiebt; dann aber wären wir auch kein Pufferstaat und lägen nicht mehr im Gleichgewicht der Kräfte sondern im Bannkreis des westlichen Magneten, also in einer ganz anderen

Situation als heute, so dass die Voraussetzung dieser meiner Betrachtungen und Schlussfolgerungen hinfällig wäre.

Wir müssen daher zu allen Besatzungsmächten peinlich korrekt sein, was allerdings gar nichts daran ändert, dass wir uns gegen jedes Unrecht und gegen jeden Übergriff wehren müssen und auch wehren. Es ist ein Unterschied zwischen der Verteidigung des Rechtes und überflüssigen psychologischen Belastungen des gegenseitigen Verhältnisses. Alle diese Dinge erfordern ruhige Sicherheit und gleichzeitig Behutsamkeit, wenn wir als nichtkommunistischer Staat, was wir aus tiefster Überzeugung sind, von der kommunistischen Weltmacht die Zustimmung zum Staatsvertrag erhalten wollen. Zumindest haben wir die Gewissheit, dass die Vorenthaltung der versprochenen vollen Freiheit nicht durch unsere Schuld erfolgt. Wir müssen jedenfalls auch die Vorgänge in der Welt genau beobachten, ob sich nicht da oder dort trotz der heftigen Auseinandersetzung zwischen Ost und West Anknüpfungspunkte für ein Arrangement ergeben, in das sich Österreich einschalten kann, um seine volle Souveränität zurückzuerhalten. Die Partei hat daher das vollste Verständnis für das schwere Amt und die schwere Aufgabe des Herrn Aussenministers Gruber.

Hoher Parteitag! Ich bin am Ende meiner Betrachtung. Das Referat erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, es möchte vor allem als geeignete Diskussionsgrundlage gewertet werden. Lassen Sie meine Ausführungen mit der Feststellung schliessen, deren Richtigkeit Ihrem Urteil überlassen bleibt:

Die Volkspartei erhebt im Interesse des Gesamtstaates den Anspruch, auch weiterhin die stärkste Partei Österreichs zu bleiben! Die Kärntnerstrasse aber ist innerhalb eines Jahres

Hirn- und Nervenzentrum der Volkspartei geworden! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender NR. G r i e s s n e r : Ich danke dem geschäftsführenden Generalsekretär für seinen Bericht und seine programmatischen Ausführungen. Der reiche Beifall hat bewiesen, dass der Bundesparteitag mit seinen Ausführungen die Zustimmung gibt.

Damit sind wir am Schluss der Vormittagssitzung angelangt. (Der Vorsitzende gibt sodann die Tagungszeiten der Ausschüsse bekannt.)

Die Tagung wird unterbrochen und um 15 Uhr mit dem Referat des Herrn Finanzministers Dr.Kamitz fortgesetzt. Ich bitte alle Tagungsteilnehmer, mindestens um 14 Uhr 45 die Plätze einzunehmen.

Die Tagung ist unterbrochen.

(Schluss der Vormittagsberatung: 12 Uhr 25 Minuten.)

Wiederaufnahme der Verhandlungen: 15 Uhr 5 Minuten.

Vorsitzende LAbg. Prof. Eleonore H i l t l : Wir setzen die Beratungen fort.

Wir kommen zum 6. Punkt der Tagesordnung:

Bericht der Antragsprüfungskommission.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter Staatssekretär Dr. Bock für die Antragsprüfungskommission zu berichten.

Berichterstatter Staatssekretär NR. Dr. B o c k :

Hoher Bundesparteitag! Ich habe als Vorsitzender der Antragsprüfungskommission mitzuteilen, dass die Antragsprüfungskommission festgestellt hat, dass die Anträge, von denen Sie in Ihren Mappen einen Auszug haben, ordnungsmässig eingebracht worden sind, d.h. sie wurden von den nach dem Statut befugten Stellen und Organisationsstellen der Partei rechtzeitig eingebracht. Die vorliegenden Anträge stehen somit in Behandlung.

Ich habe zweitens mitzuteilen, dass folgende Anträge nachgereicht wurden:

1. Die Landesparteileitung Kärnten hat heute bei Durchsicht der Antragsliste festgestellt, dass ihre am 7. Jänner ds.J. an die Bundesparteileitung abgesendeten Anträge nicht enthalten sind. In der Zwischenzeit konnte nicht festgestellt werden, wo die Ursache des verspäteten Einlangens zu suchen ist. Die Antragsprüfungskommission macht Ihnen daher im Einvernehmen mit den Vertreter der Landesparteileitung Kärnten - er hat dieser Regelung ausdrücklich zugestimmt - den Vorschlag, die Anträge der Landesparteileitung Kärnten der Bundesparteileitung zur weiteren Behandlung zuzuweisen, mit Ausnahme jener Anträge, von denen die Landesparteileitung

im Laufe des heutigen Nachmittages noch feststellen wird, dass sie dem Bundesparteitag zur gesonderten Behandlung vorgelegt werden mögen.

2. Die Landesparteileitung Oberösterreich hat gestern, also verspätet, einen wichtigen Antrag eingereicht, der die Organisations-und Wirtschaftsform von VÖEST und Alpine zum Inhalt hat. Die verspätete Einreichung wird damit begründet, dass dieser Antrag im Zusammenhang mit einem Beschluss einer Betriebsrätekonferenz bei der VOEST steht, die erst vor drei Tagen stattgefunden hat.

Die Antragsprüfungskommission ist der Auffassung, dass auch dieser Antrag der Bundesparteileitung zuzuweisen wäre, und zwar nicht nur deshalb, weil bisher keine Gelegenheit war, den Antrag zu verarbeiten, sondern auch weil sein Inhalt von solcher Bedeutung ist, dass über ihn nicht in dieser kurzen Zeit entschieden werden kann.

3. Die ~~Landesleitung~~ Landesparteileitung Wien hat soeben gemäss dem Statut einen mit 50 Unterschriften versehenen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Da diese Einreichung, wie gesagt, dem Statut entspricht, steht auch dieser Dringlichkeitsantrag in Behandlung.

Ich habe Ihnen ferner im Auftrage der Antragsprüfungskommission einen Vorschlag zu machen, der die Zweckmässigkeit und, wie ich betonen möchte, auch die Erfolgsaussichten unserer Arbeit bezüglich der vielen vorliegenden Anträge unterstützen soll.

Hoher Bundesparteitag! Ich glaube, wir alle mitsammen wollen vermeiden, dass wir hier wieder Dutzende von Beschlüssen fassen, womöglich in einer raschen Abstimmung, wie es ~~da~~ so gegen Schluss einer Tagung immer üblich ist, und dass wir dann erfahren müssen, dass diese Anträge in irgendwelchen Schreibtischladen landen, ohne dass jemals ihr Inhalt verwirklicht werden kann. Das soll bei diesem ausserordentlichen Bundesparteitag durch folgenden Vorgang vermieden werden.

Die Antragsprüfungskommission wird, wenn Sie jetzt hier Ihre Zustimmung geben, dem Politischen Ausschuss, dem alle Anträge, die in Verhandlung stehen, morgen zur Behandlung vorgelegt werden, folgenden Vorschlag machen:

Der Politische Ausschuss möge bei Durcharbeitung der vorliegenden Anträge diese Anträge in vier Gruppen einteilen.

1. Gruppe: Jene Anträge, die morgen unmittelbar im einzelnen dem Bundesparteitag zur Abstimmung vorgelegt werden.

2. Gruppe: Jene Anträge, die zu einer unmittelbaren Beschlussfassung aus irgendwelchen Gründen nicht reif erscheinen, deren Inhalt aber bedeutungsvoll ist. Diese Anträge sollen der Bundesparteileitung zur weiteren Behandlung mit der Auflage zugewiesen werden, dass die Bundesparteileitung allen Delegierten dieses Bundesparteitages binnen drei Monaten schriftlich mitteilt, was mit den einzelnen Anträgen geschehen ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass das Generalsekretariat der Partei in äusserst mühevoller Arbeit sämtliche Anträge der bisherigen Bundesparteitage durchgearbeitet hat und dass über die Anträge der Bundesparteitage 1947 und 1949 in einem 69 Seiten umfassenden Schriftstück festgehalten ist, was mit den Anträgen geschehen ist. Dieses Schriftstück wurde oder wird den Bundesleitungen der Bünde und den Landesparteileitungen in grösserer Auflage zur Verfügung gestellt, sodass alle daran interessierten Kollegen und Kolleginnen dort Einsicht nehmen können, bzw. sich dieses Schriftstück zustellen lassen können. Eine Ausfertigung für alle Teilnehmer des Bundesparteitages ist mit Rücksicht auf den Umfang dieses Schriftstückes nicht möglich gewesen. Bezüglich der Anträge aus dem Bundesparteitag 1951 ist ebenfalls ein derartiges Schriftstück bereits angefertigt, jedoch noch nicht vervielfältigt worden. Es wird unmittelbar nach dem Bundesparteitag vom Generalsekretariat den Bünden und den Landesparteileitungen zur Verfügung gestellt werden.

Ich fahre nun fort in dem Vorschlag, wie die Politische Kommission ~~dem~~ morgen die Anträge behandeln soll.

Es gibt ferner eine Reihe von Anträgen, die von Haus aus aus irgendwelchen Gründen nicht mehr in Verhandlung genommen zu werden brauchen. Das sind also insbesondere solche Anträge,die schon überholt sind, weil ihr Inhalt bereits verwirklicht ist. Diese Anträge sollen also von der politischen Kommission als solche gekennzeichnet und damit als erledigt betrachtet werden.

Die vierte Gruppe von Anträgen soll jene sein, die in der morgen am Schlusse der Tagung zu fassenden Resolution ihre Aufnahme finden und durch die Annahme der Resolution auch als beschlossen gelten.

Ich habe also, um es noch einmal zu wiederholen, folgende konkrete Anträge zu stellen und bitte die Frau Vorsitzende, dann darüber abstimmen zu lassen.

Antrag Nr.1 : Die von mir gekennzeichneten Nachreichungen an Anträgen werden in der besprochenen Form zur Kenntnis und hiermit in Geschäftsbehandlung genommen.

2: Der politische Ausschuss erhält vom Bundesparteitag die Ermächtigung, die Anträge im vier Gruppen zu teilen und sie der entsprechenden Behandlung zuzuführen.

Ich wiederhole die vier Gruppen:

1.Gruppe: Solche Anträge, die dem Plenum morgen zur Beschlussfassung vorgelegt werden;

2.Gruppe: Solche Anträge, die der Bundesparteileitung mit der Auflage überwiesen werden, binnen drei Monaten darüber Bericht zu erstatten;

3.Gruppe: Solche Anträge, die aus bestimmten Gründen, insbesondere weil sie als überholt zu bezeichnen sind, abgelehnt werden; und

4.Gruppe: Jene Anträge, die in der morgigen Resolution zusammengefasst und beschlossen werden.

Ich bitte die Frau Abgeordnete Hiltl als Vorsitzende, darüber die Abstimmung durchzuführen.

LAbg.Prof.Eleonore H i l t l : Ich danke dem Herrn Referenten für seinen Bericht.

Die Delegierten haben den Vorschlag des Referenten gehört. Er hat zwei Anträge gestellt. Der erste Antrag geht dahin, dass die zum Bundesparteitag eingebrachten Anträge in der von ihm vorgeschlagenen Form behandelt werden sollen. Ich bitte alle jene Delegierten, die mit diesem Antrag einverstanden sind, die Hand zu erheben und ihre Zustimmung zu geben. (Geschieht.) Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Somit ist dieser erste Antrag einstimmig angenommen .

Der zweite Antrag des Referenten ging dahin, dass der politische Ausschuss ermächtigt wird, daß die Anträge in vier Gruppen - die vier Gruppen haben Sie vom Herrn Referenten gehört - eingeteilt und dementsprechend einer Behandlung zugeführt werden. Ich bitte auch hiezu jene Delegierten, die mit diesem Antrag des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Ich danke dem Referenten, Herrn Staatssekretär Dr. Bock, für seinen Bericht über die Antragsprüfungskommission.

Wir schreiten in der Tagesordnung fort und kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Bundesrat Generalsekretär Eckert, den Bericht über die Mandatsprüfungskommission zu erstatten.

Berichterstatter Bundesrat Generalsekretär E c k e r t:

Hoher Bundesparteitag! Als Vorsitzender der Mandatsprüfungskommission habe ich Ihnen folgenden Bericht zu erstatten:

Die Ausschreibung des Bundesparteitages wurde zeitgerecht veranlasst. Die Versendung der Einladungen mit den Delegiertenkarten wurde zeitgerecht von der Bundesparteileitung durchgeführt.

Die Zusammensetzung des Bundesparteitages ist wie folgt: 378 Delegierte mit beschliessender Stimme, und zwar:

Bundesparteileitung	40	
Wien	46	
Niederösterreich	52	
Oberösterreich	32	
Salzburg	13	
Tirol	18	
Vorarlberg	11	
Steiermark	34	
Kärnten	13	
Burgenland	14	
Bundesleitung des ÖAAB	14	
" " " Österr.Bauernbundes	38	
" " " "Wirtschaftsbund.	9	
" " der Österr.Frauenbeweg.	20	
" " " " Jugendbewegung	20	
Zweckverbände je 2 Delegierte	4	Delegierte.

344 Delegierte mit beratender Stimme, und zwar:

Bundesparteileitung	14
Mitglieder d.Landesregierungen	35
Nationalräte	77
Bundesräte	25
Landtagsabgeordnete	193
Das sind zusammen	344

Von diesen 344 Funktionären und Mandataren wurden 195 mit beschliessender Stimme delegiert; somit verbleiben 149 Delegierte mit beratender Stimme. Die Gesamtanzahl der Delegierten mit beschliessender und beratender Stimme ist somit 527.

Die Mandatsprüfungskommission hat festzustellen, dass sich somit der Bundesparteitag laut dem Bundesorganisationsstatut ordnungsgemäss zusammensetzt und auch ordnungsgemässeinberufen wurde.

Vorsitzende LAbg.Prof.Eleonore H i l t l :Ich danke dem Herrn Referenten Bundesrat Eckert für seinen Bericht.

Wir kommen nun zum 8.Punkt der Tagesordnung, zu dem Referat:

Die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Partei.

Ich bitte Herrn Bundesminister Dr.Kamitz das Wort zu ergreifen.

Bundesminister für Finanzen Dr. K a m i t z (mit Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Ich möchte zunächst für das Vertrauen danken, das mir durch die Übertragung des Finanzministeriums zuteil wurde. Ich kann Ihnen hier nur versichern, dass ich meine ganze Kraft einsetzen werde, um an der Beseitigung bestehender Schwierigkeiten mitzuarbeiten.

Vorweg möchte ich feststellen, dass wir keinen Grund zum Pessimismus haben. Ich glaube im Gegenteil, dass, wenn wir die Entwicklung seit 1945 verfolgen, ein gesunder und berechtigter Optimismus am Platz ist. Dies aber, glaube ich, gibt uns auch den berechtigten Grund dafür, die Dinge so zu sehen, wie sie sind und, ohne Schönfärberei zu betreiben, alles das aufzuzeigen, was der Konsolidierung noch im Wege steht oder diesen Prozess mit Schwierigkeiten und gewissen Gefahren belastet.

Wenn wir die Entwicklung seit 1945 verfolgen, so müssen wir feststellen, dass sich die Industrieproduktion auf ungefähr 179 Prozent des Standes von 1937 erhöht hat. Die Beschäftigung hat mit 170 Prozent des Standes von 1937 ebenfalls einen Höhepunkt erreicht. Die Produktivität ist um 5 Prozent über dem Stand von 1937. Die Arbeitslosigkeit hat am 31. Dezember 1951 ungefähr 8 Prozent des Beschäftigtenstandes betragen. Ich weise darauf hin, dass es sich hier um einen Zeitpunkt handelt, der im Winter liegt, also um einen Zeitpunkt, in dem erfahrungs-

gemäss die Arbeitslosigkeit am höchsten ist, und dass eine Arbeitslosigkeit von etwa 8 bis 10 Prozent im Durchschnitt als kompatibel mit der Vollbeschäftigung angesehen wird.

Diese günstigen Aspekte der Wirtschaft werden besonders deutlich, wenn man noch einmal ganz kurz die Ausgangssituation im Jahre 1945 Revue passieren lässt. Damals waren die wichtigsten Verkehrsverbindungen zerstört, die Brücken gesprengt und ein Teil des Schienennetzes unbrauchbar gemacht. Die Produktionskapazität hatte besonders in den Hauptindustriegebieten im Osten Österreichs durch Kampfhandlungen und in noch grösserem Ausmasse durch Demontagen schwerste Einbussen erlitten. In vielen Betrieben waren bis zu vier Fünftel des Maschinenbestandes durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen verlorengegangen. Allein bei Werkzeugmaschinen betrug die Verlustziffer 46.000 Stück. Ohne Berücksichtigung der Schäden an technischen Ausrüstungen werden die Kriegsschäden mit mindestens 10 Milliarden Vorkriegsschilling beziffert. Insgesamt dürfte mehr als ein Drittel der Vermögenssubstanz, die Österreich im Jahre 1937 besessen hatte, vernichtet worden sein. Auch in die Bevölkerung hat der Krieg tiefe Lücken gerissen. Annähernd 150.000 österreichische Soldaten sind im Krieg gefallen, 117.000 kamen als Vermisste nicht mehr zurück und 24.000 Zivilpersonen waren durch Bomben oder in Kampfhandlungen umgekommen. 120.000 Männer sind kriegsversehrt. Schliesslich waren im Jahre 1945 die Währungsverhältnisse vollkommen zerrüttet, der Gesetzgebungs- und Verwaltungsapparat war zusammengebrochen, und die Feldbestellung

war in den Hauptanbaugebieten im Osten Österreichs, die im Frühjahr 1945 Schauplatz von Kampfhandlungen waren, zum grössten Teil ausgefallen.

Aus diesen Verhältnissen heraus hat sich insbesondere ab 1947 ein erstaunlicher Wiederaufbauprozess entwickelt, wenngleich berücksichtigt werden muss, dass dieser Erfolg zu einem wesentlichen Teil auch der ausländischen Hilfe zu verdanken ist, die bis Juni 1952 etwa den Betrag von 25 Milliarden Schilling erreicht haben wird und ohne die Österreich den Engpass an Nahrungsmitteln und Rohstoffen nicht so schnell hätte überwinden können.

Ich bitte Sie aber, das Ausmass dieser Entwicklung mit den Ziffern zu vergleichen, die Ihnen der Herr Bundeskanzler heute früh über die Auswirkung der Tatsache mitgeteilt hat, dass wir über unsere Hilfsquellen nicht uneingeschränkt verfügen können, und sie schliesslich auch mit den Kriegsschäden, die ich genannt habe, in Beziehung zu setzen. Sie werden dann erkennen, dass das Aufbauwerk, das vollbracht wurde, ausserordentlich ist.

Wenn auch der Wiederaufbau durch die Koreakrise verzögert wurde, so kann er in den wesentlichen Teilen doch als abgeschlossen betrachtet werden. In grossen Linien gesehen, tritt die österreichische Wirtschaft unter nicht ungünstigen Voraussetzungen wieder in die Periode einer normalen Friedenswirtschaft ein.

Trotz dieser, im allgemeinen gesehen, ziemlich befriedigenden Situation der Wirtschaft sind gewisse Schwächezeichen in der wirtschaftlichen Entwicklung unverkennbar. Zweckentspre-

chende Massnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden notwendig sein, um diese Ungereimtheiten auszugleichen.

Einer der unausgeglichensten Faktoren der gegenwärtigen Entwicklung ist das Gebiet der Investitionen. Um die Wurzeln dieser nicht leicht verständlichen Situation herauszufinden, muss man sich die wirtschaftliche Lage der ersten Nachkriegsjahre vor Augen halten. Während damals auf der einen Seite Rohstoffmangel bestand, war für die Verarbeitung im damaligen Umfang eine im wesentlichen ausreichende Kapazität vorhanden. Aus dieser Situation heraus ist das Bestreben verständlich, den wichtigsten Teil der vorhandenen Investitionsmittel auf die Rohstofferzeugung zu konzentrieren. Unter dieser integrierenden Voraussetzung wurden damals die Investitionspläne für die österreichische Wirtschaft ausgearbeitet. Zunächst war die Durchführung dieser Pläne allerdings durch den damals herrschenden Kapitalmangel unmöglich gemacht. Dies ändert sich jedoch in dem Ausmass, als aus den Gegenwerterlösen der Marshallplan-Hilfe, den Counterparts, Investitionsmittel in grossem Umfang verfügbar wurden, mit deren Hilfe die Investitionspläne in die Tat umgesetzt werden konnten.

Diese in den ersten Nachkriegsjahren durchaus folgerichtige Investitionspolitik hat aber in weiterer Folge ein sehr weitgehendes Missverhältnis zwischen der Erzeugung von Investitionsgütern und Konsumgütern hervorgerufen. Dies insbesondere auch deshalb, weil dem Kreditzufluss in die Produktionsgüterindustrien mangels einer ausreichenden inländischen Kapitalbildung kein

notwendiges Pendant in der Konsumgüterindustrie gegenübergestellt werden konnte. Nach den zuletzt erhobenen Produktionsziffern über den Monat Oktober 1951 hat die Erzeugung von Investitionsgütern bereits 231 Prozent, die der Konsumgüter aber erst 139 Prozent von 1937 erreicht. Die Investitionsgütererzeugung ist damit der Konsumgütererzeugung um mehr als 60 Prozent vorausgeeilt. Im einzelnen erreichten die Produktionsergebnisse im Oktober 1951 im Bergbau 174 Prozent, in der Magnesitindustrie 218 Prozent, bei den Eisenhütten 190 Prozent, bei den Metallhütten 209 Prozent, bei den Giessereien 270 Prozent, in der Fahrzeugindustrie 241 Prozent, in der Maschinenindustrie 253 Prozent, in der Baustoffindustrie 256 Prozent; in den typischen Konsumgüterindustrien dagegen z.B.in der Leder- und Schuhindustrie etwa nur 104 Prozent, in der Textilindustrie 128 Prozent und in der Nahrungsmittelindustrie 130 Prozent, verglichen mit dem Jahre 1937. Die Diskrepanz, die sich hier ergibt, ist ausserordentlich.

Die gewaltige Ausdehnung der Produktionsgütererzeugung erfolgte zu einem grossen Teil auf der Basis einer Ausweitung in sich, insofern als ein Zweig der Investitionsgüterindustrie die Erzeugung der anderen Zweige in die Höhe trieb und umgekehrt. (So steigerte z.B. die Produktion des Bergbaues die der Maschinenindustrie, diese wieder die der Eisenindustrie, diese wieder die des Bergbaues und alle zusammen die der Baustoffindustrie.) Da seit Kriegsende ununterbrochen Vollbeschäftigung herrschte, konnte die ausserordentliche Steigerung der Produktionsmittelerzeugung nur zu Lasten der Konsumgüter-

erzeugung vorgenommen werden. Die Folgen dieser Produktionsentwicklung waren ein dauernder relativer Mangel an Konsumgütern und hohe Preise. Im Zusammenhang mit der in den letzten Jahren in Erscheinung getretenen Tendenz, die Löhne jeweils unmittelbar den Lebenshaltungskosten anzupassen, führte diese Entwicklung zwangsläufig zu einer fortwährenden Geldwertverschlechterung. Diese Entwicklung müsste, wenn keine Gegenmassnahmen ergriffen werden, solange fortdauern, bis die in den konsumfernen Produktionen vorgenommenen Investitionen bis zu einer genügenden Erzeugung konsumreifer Endprodukte durchgedrungen sind. Dieser Prozess dauert aber in der Regel sehr lange. Wenn man von der Voraussetzung ausgeht, dass die Länge der Laufzeit der Investitionskredite etwa mit der Konsumreife der Endprodukte zusammenfällt, kommt man zu dem Ergebnis, dass diese Entwicklung noch über 10 Jahre andauern müsste. Eine Aufgliederung der zum 30.Juni 1951 verteilten ERP-Kredite nach ihrer Laufzeit ergibt nämlich folgendes Bild:

Kredite mit einer Laufzeit bis 5 Jahre	84	Millionen	Schilling
" 10 "	657,6	"	"
" 15 Jahre	1,14	Milliarden	Schill.
darüber	1,1	"	"
insgesamt	2,98	Milliarden	Schill.

d.h. die langfristigen Kredite über 10 Jahre überwiegen weitaus.

Mangels einer ausreichenden inländischen Kapitalbildung waren, wie erwähnt, die ERP-Kredite die bei weitem wichtigste Quelle der Investitionsfinanzierung, sodass aus ihrer Entwicklung die Kreditverteilung auf die einzelnen Produktionszweige im grossen und ganzen richtig abgelesen werden kann. Dies trifft umsomehr zu, als sich an die ERP-Finanzierung, die nahezu ausschliesslich für direkte Investitionen erfolgte, in den investitionsausführenden Betrieben ein sekundärer Kreditstrom anschloss. Auf diese Weise bestimmt die ERP-Finanzierung im grossen Masse die Art und das Ausmass der vorgenommenen Investitionen.

Nach dem Stand vom 30.Juni 1951 entfielen von den bis dahin vergebenen 5,1 Milliarden Schilling ERP-Krediten
1,19 Milliarden Schilling auf Regierunsinvestitionen (hauptsächlich für die Bundesbahnen und für die Post),
2 Milliarden Schilling auf Investitionen in den Produktionsmittelindustrien,
581 Millionen Schilling auf Investitionen in den Konsumgüterindustrien und im Gewerbe, und
966 Millionen Schilling auf Sonderinvestitionsprogramme.

Von der vergebenen ERP-Krediten entfielen also nur 14 Prozent auf die Konsumgüterindustrie und auf das Gewerbe. Bemerkenswert ist, dass der Bedarf an komplementären Krediten zu den ERP-Krediten so gross war, dass er zu einem der hauptsächlichsten Faktoren der Ausweitung des Kreditvolumens wurde. Dieses ist von rund 2 Milliarden Schilling anfang 1948 auf über 15 Milliarden Schilling Ende November 1951, also auf das Sieben-

einhalbfache angestiegen. Von den derzeit aushaftenden Krediten sind

7,8 Milliarden Schilling in Industrie und Bergbau
2,9 " " in den Handel und Verkehr
0,9 " " in das Gewerbe
0,8 " " in die Landwirtschaft

und der Rest dem Wohnhausbau, den öffentlichen Körperschaften und sonstigen Kreditnehmern zugeflossen. Durch diese Kreditausweitung wurde wieder neue Kaufkraft geschaffen, der aber, da die Kredite hauptsächlich für langfristige Investitionen verwendet wurden, keine genügende Konsumgütermenge gegenüberstand.

Es hat sich gezeigt, dass das Missverhältnis zwischen der verfügbaren Gütermenge und der Geldmenge zu einem ständigen Preisauftriebsprozess geführt hat, der später durch die Ereignisse der Koreakrise noch verstärkt wurde, sodass namentlich Ende des vergangenen Jahres die Gefahr bestand, dass diese Preissteigerungen wieder zu unkontrollierbaren Lohnbewegungen und zur Auslösung einer neuen Lohn-Preis-Spirale führen würden.

Wenn Sie mir gestatten, möchte ich Ihnen das Verhältnis noch ganz kurz erläutern. Wenn Investitionen langfristiger Art vorgenommen werden, so bedeutet dies, dass Löhne und Gehälter für Arbeiter zur Auszahlung gelangen, die an Dingen arbeiten, die zunächst nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse herangezogen werden können. Wenn Fundamente ausgehoben oder Sperr-

mauern errichtet werden, bedeutet das zwar die Auszahlung von Lohn- und Gehaltsanteilen, es bedeutet aber noch keinen Gegenwert an der Wirtschaft, denn diese Investitionen bewirken, dass erst in viel späterer Zeit ein Ertrag und ein Gegenwert in die Wirtschaft fliesst. Je höher also jener Anteil an Löhnen und Gehältern, also jener Einkommensanteile ist, die nicht zur Erzeugung von unmittelbar konsumreifen Gütern dienen, umso stärker wird das Missverhältnis zwischen der Gütermenge und der Geldmenge. Aus diesem Missverhältnis ergibt sich zwangsläufig die von mir bereits angedeutete Preisauftriebstendenz. Ich lege Wert darauf, diese Feststellung mit allem Nachdruck herauszustellen, weil sich zwangsläufig aus ihr ergibt, dass zur Verhinderung dieses Preisauftriebes oder, besser gesagt, zur Einleitung einer Stabilisierung vor allem an dieser Wurzel Massnahmen ergriffen werden müssen und dass es nicht allein genügt, wenn die Wirtschaft freiwillig und unter grossen Opfern beginnt, eine Umkehr dieser Entwicklung herbeizuführen. Ich würde aber auf diese Zusammenhänge noch zu sprechen kommen.

Die Wirtschaft hat von sich aus, und zwar ohne zunächst die Lösung der Frage des grundlegenden Missverhältnisses zwischen Geld- und Gütermenge abzuwarten, eine Preissenkungsaktion eingeleitet. Ich möchte hervorheben, dass es sich hier wirklich um ein einmaliges Ereignis handelt, einmalig deswegen, weil sich die Wirtschaft freiwillig und diszipliniert zu einem Vorgehen entschlossen hat, das in den objektiven Voraussetzungen nicht begründet war, und zwar aus den Gründen, die ich Ihnen vorhin gerade erläutert habe.

Obwohl bisweilen darauf hingewiesen wird, dass das Ausmass der Preissenkungen viel zu niedrig sei, um wirklich spürbar zu werden, darf man doch nicht übersehen, dass, abgesehen von den effektiven Ersparnissen beim Einkauf von Waren, die Gegenstand der Preissenkungsaktion sind, sich eine Reihe psychologischer Auswirkungen günstiger Art einstellte. Allen voran ist eine gewisse Festigung des Vertrauens hervorzuheben, die sich unmittelbar in einer Erhöhung des Sparwillens geäussert hat. Im Zusammenhang mit der später noch erfolgten Erhöhung der Bankrate um 1.5 % zeigt die Spareinlagenentwicklung im Jänner neuerlich eine Zunahme. Die bisher erfolgten 69 Preissenkungen haben immerhin eine Kaufkraftersparung von nahezu einer Milliarde Schilling ergeben, d.s. rund 3 Prozent der gesamten Lohn- und Gehaltssumme. Wir sehen, dass dieses Ergebnis durchaus darnach angetan ist, nicht verkleinert zu werden. Es ist richtig, dass diese gleiche Berechnungsweise nicht einen Aufschluss über die Veränderung der Lebenshaltungskosten bei den einzelnen bietet. Im Haushalt der Arbeiter und im Haushalt der Beamten und Angestellten haben die Güter, die von dieser Preissenkungsaktion erfasst worden sind, ein verschiedenes Gewicht.

Das heisst: Je niedriger das Einkommen ist, umso höher ist das Gewicht der lebenswichtigen Güter, also, wenn Sie wollen, der Ernährung, und je höher das Einkommen ist, umso geringer wird dieses Gewicht, weil andere Bedürfnisse befriedigt werden können.

Man hat daher gern darauf hingewiesen, dass diese allgemeine Berechnung von 3 oder 4 Prozent Ersparnis den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung trage. Ich möchte aber hier darauf verweisen, dass die Einkommensnivellierung, die seit einigen Jahren erschreckende Fortschritte gemacht hat, diesen Einwand nicht mehr voll rechtfertigt.

Wir erinnern uns, dass die Preissenkungsaktion ursprünglich von einem Preisstopp ihren Ausgang genommen hat, der befristet bis 31.Dezember 1951 in Aussicht genommen worden war, und zwar unter der Voraussetzung, dass bei den Agrarpreisen, bei den Löhnen und bei den öffentlichen Abgaben zumindest keine Erhöhung eintritt. Diese Preisstoppaktion ist in die Preissenkungsaktion übergeführt worden, die die erwarteten Preissenkungen mit sich gebracht hat und die nunmehr fortgesetzt wird.

Selbstverständlich ist kaum zu erwarten, dass eine solche freiwillige Preissenkungsaktion ohne die Schaffung der notwendigen makkttechnischen Voraussetzungen allein in der Lage sein kann, eine dauernde Wende in der Entwicklung herbeizuführen. Entscheidend ist, dass das bestehende Missverhältnis zwischen Geld- und Gütermenge so rasch als möglich beseitigt wird. Zu diesem Zweck ist weniger eine Einschränkung des Kredit- und Investitionsvolumens an sich als eine stärkere Forcierung jener Investitionen notwendig, die rasch zu konsumreifen Endprodukten führen. Ich erinnere hier an die Ausführungen, die der Herr Bundeskanzler in seiner Neujahrsrede gemacht hat. Es geht nicht darum, den Umfang der Investitions-

gütererzeugung herabzusetzen, sondern den Rückstand der Konsumgütererzeugung schrittweise aufzuholen, um die Märkte stärker mit Konsumgütern zu füllen und dadurch den Preisdruck abzuschwächen.

Im Rahmen der weiteren wirtschaftspolitischen Massnahmen zur Untermauerung der Preissenkungsaktion und zur Stabilisierung des Geldwertes kommen insbesondere der Finanzpolitik ausserordentlich grosse und weitreichende Aufgaben zu. Die Massnahmen auf diesem Gebiete können auf zwei Sektoren erfolgen, und zwar auf dem der Budgetpolitik und auf dem der Kreditpolitik.

Nach den Bundesrechnungsabschlüssen von 1946 bis 1950 haben sich die Einnahmen und Ausgaben des Staates von Jahr zu Jahr ganz bedeutend erhöht. Die Ausgaben im ordentlichen Budget betrugen im Jahre 1945 1,4 Milliarden Schilling, im Jahre 1947 4,2 Milliarden Schilling, im Jahre 1951 15,6 Milliarden Schilling und nach dem Bundesvoranschlag 1952 18,7 Milliarden Schilling.

Es ist absolut erforderlich, dass jede weitere Vergrösserung der Ausgaben vermieden wird und dass genauestens überprüft werden muss, auf welchen Gebieten Ersparungsmassnahmen eingeleitet werden können. Heute ergibt sich bereits in dem bestehenden Budget ein Abgang, den man praktisch nur durch neue Belastungen wettmachen könnte. Ich betrachte es als meine vordringlichste Aufgabe, zunächst alle Untersuchungen anzustellen, die notwendig sind, um festzustellen, ob es wirklich erforderlich ist, neue Belastungen einzuführen, oder ob es

nicht möglich ist, einen Ausgleich dadurch zu finden, dass weitere Einsparungsmassnahmen erfolgen. (Lebhafter Beifall.)

Ich weiss, dass bei Einbringung des Voranschlages für 1952 seitens meines Vorgängers, des Herrn Ministers Margarétha, bereits Kürzungen der geforderten Beträge um etwa 4 Prozent durchgeführt worden sind und dass man wahrscheinlich jetzt grosse Schwierigkeiten haben wird, diese Kürzungen auszuweiten. Ich möchte aber zu bedenken geben, dass zu dieser Zeit die Preissenkungsaktion der Wirtschaft erst begonnen hatte und dass damals noch nicht feststand: 1. welchen Umfang sie annehmen wird, und 2., ob sie wird weitergeführt werden können.

In der Zwischenzeit hat sich ergeben, dass der Umfang ein relativ grosser geworden ist und dass diese Preissenkungsaktion auch jetzt mit aller Energie weitergeführt wird und, wie die Erfahrungen in der letzten Zeit zeigen, bereits weitere Erfolge mit sich bringt. Ich glaube daher, dass es recht und billig ist, auch von Seite der öffentlichen Hand zu verlangen, dass sie sich diesem freiwilligen Opfer der Wirtschaft ebenfalls anschliesst.

Ich gebe mich über das Ausmass der zu erzielenden Ersparnisse zunächst keinen grossen Hoffnungen hin und ich kann Ihnen auch gar keine Versprechungen machen. Ich kann Ihnen nur eines sagen, dass ich mit aller Energie diese Frage behandeln werde und hoffe, dass die Einsicht siegen wird.

Die Möglichkeit solcher Ersparungsmassnahmen ergibt sich vor allem auf dem Sektor der sogenannten unproduktiven

Investitionen. Der Bau von Bahnhöfen, Schulen, Strassen, Häusern und ähnlichem, so erwünscht und zweckmässig er für die Wirtschaft sein mag, bedeutet im Grunde auch nichts anderes als die Schaffung von Einkommen, denen keine konsumreifen Güter gegenüberstehen oder zumindest keine solchen, die in der Dringlichkeitsskala an erster Stelle stehen. Eine gewisse Einschränkung dieser Art von Investitionen wird daher notwendig sein, um den Druck von der Geldseite her zu verringern. In gleicher Weise wird es erforderlich sein, die übrigen Posten des Budgetes in dieser Richtung zu überprüfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich Ihnen sage, dass die Auswirkungen dieser überdimensionierten Ausgaben solche sind, dass die eisenverarbeitende Industrie mit ihrem wirklich gigantischen Arbeiterstand heute vor die Frage gestellt ist, Entlassungen vorzunehmen, weil sie das Eisen nicht mehr erhalten kann, das sie braucht, um die produktionsreifen Güter zu erzeugen, die in den Export geleitet werden, und zwar nur deswegen, weil von Seite des Bauvolumens derart grosse Ansprüche an den Eisensektor gestellt werden, mögen Sie ermessen, dass eine solche Veränderung in den Dispositionen unerlässlich ist. Es ist nicht richtig, dass damit eine Arbeitslosigkeit hervorgerufen würde, sondern im Gegenteil. Es ist notwendig, um die Freisetzung von Arbeitskräften in jenen Industrien zu verhindern, die vorwiegend im Export interessiert sind. Was an Verschlechterungen sich allenfalls auf dem Bausektor ergeben mag, würde reichlich aufgewogen werden durch die Mehrbeschäftigung in anderen Zweigen. Ich

möchte Sie auch bitten, das nicht in dem Sinne misszuverstel dass nicht mehr gebaut werden soll. Es soll selbstverständlich weitergebaut werden, nur müssen alle diese Vorhaben miteinander in einem richtigen Verhältnis stehen, um Übersteigerungen auf der einen oder der anderen Seite auszuschliessen.

Wenn auch gerade auf diesem Gebiet keine Soforterfolge erwartet werden können, so wird doch die Tatsache des Beginnes konkreter Einsparungen günstige psychologische Auswirkungen nach sich ziehen. Es wird auch überlegt werden müssen, ob nicht das Programm, das bereits vom Wirtschaftsdirektorium beschlossen worden ist und welches dahingeht, dass selbständige Wirtschaftskörper für bestimmte Staatsbetriebe geschaffen werden sollen, beschleunigt vorwärtsgetrieben werden soll. (Beifall.) Auf diesem Gebiet glauben wir, dass massgebliche Ersparungen möglich sind, die sich zum Wohl der Wirtschaft auswirken können, weil damit unter anderem eine drohende Mehrbelastung auf dem Gebiete der Gütertarife verhindert oder zumindest wesentlich gemildert werden könnte. (Erneuter Beifall.) Derzeit befasst sich bereits ein Komitee mit den Möglichkeiten einer Vereinfachung der Verwaltung. Selbstverständlich werden alle Möglichkeiten, die sich für Einsparungen ergeben, weitestgehend ausgeschöpft werden müsse Entscheidend und wichtig ist, dass mit diesen Massnahmen begonnen wird und dass dieser Beginn sofort erfolgt.

Aus den bisher aufgezeigten Zusammenhängen folgt eindeutig und klar, dass es unverantwortlich wäre, im gegenwärtig

Zeitpunkt Versprechungen über bald einzusetzende wesentliche Erleichterungen des Steuerdruckes abzugeben. Ich verkenne nicht, dass eine entscheidende Frage des Stabilisierungswerkes und der Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit die ist, dass die Abgabenlast wieder auf jenes Mass zurückgeführt wird, welches das optimalste Steueraufkommen sichert, eine Grenze, die heute zweifellos in vielen Bereichen überschritten worden ist. Eine Lösung dieser Frage ist auch widhtig im Zusammenhang mit der weiteren Produktivitätssteigerung der Wirtschaft, mit der Erhaltung und Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Erzeugung und mit der Erhaltung und Festigung der Steuermoral. Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass alle diese Überlegungen so lange unrealisierbar erscheinen, als nicht die von mir angedeuteten Ziele hinsichtlich der Ausgabenseite erreicht werden können. Erst nach Massgabe der Erfolge auf diesem Gebiet wird es möglich sein, sich mit der Höhe und Verteilung der Abgabenlast auseinanderzusetzen.

Wenn aber diese Voraussetzungen erfüllt sind und eine Milderung der Abgabenlast in Angriff genommen werden kann, wäre etwa folgende Reihenfolge einzuschlagen: In erster Linie wäre darnach zu streben, bestehende Steuerhärten aus der Welt zu schaffen. Solche Steuerhärten ergeben sich heute in verschiedenen Bereichen, sei es hinsichtlich der Progression bei der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer, die insbesondere in den mittleren Einkommenstufen bedeutende Härten aufweist, sei es hinsichtlich der Besteuerung des Exports und der Be-

steuerung der Spartätigkeit. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Erlassung eines Schillingeröffnungsbilanzgesetzes sowie bis zu dessen Verabschiedeung eine Regelung der von der Wirtschaft mit Recht geforderten Massnahmen zur Beseitigung der Scheingewinnbesteuerung, deren heute im Erlasswege verfügte Regelung auf die Dauer nicht befriedigen kann.

Bei allen diesen Massnahmen müsste in besonderem Masse auf die Steuerkraft der kleinen und mittleren Gewerbebetriebe Bedacht genommen werden, die nach wie vor den Grundstock der österreichischen Erzeugung und des österreichischen Exports bilden. (Beifall.) Nach der Arbeitsstättenzählung von 1939 waren von 328.729 Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, nämlich von Industrie, Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr, nicht weniger als 142.052 Einmann-Betriebe, und 150.696 Betriebe hatten nur 2 bis 5 Beschäftigte. Rund 89 Prozent aller Betriebe mit 33 Prozent aller Beschäftigten entfallen also nur allein auf die Kleinstbetriebe. Österreichs Stärke liegt auf Grund seiner gegebenen wirtschaftlichen Voraussetzungen in technischen Spezialfertigungen und in der Bereitstellung von Gütern und Leistungen für einen gehobenen Bedarf. Für diese Produktionsrichtung stellt der Klein- und Mittelbetrieb die optimale Betriebsgrösse dar. Für diese Betriebe, die Pionierdienste im Wirtschaftsleben leisten und die infolge ihrer Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit Schrittmacher des Fortschrittes sind und auch in Zukunft sein werden, wird es zuerst notwendig sein, die durch das gegenwärtige Steuersystem sich ergebenden Härten zu beseitigen und die Steuerlast tragbar zu gestalten.(Beifall.)

Einer eingehenden Überprüfung könnten schliesslich die Fragen einer steuerlichen Begünstigung nicht entnommener Gewinne, einer Richtsatz- und Turnusbesteuerung und einer Unsamtzsteuerphasenpauschalierung unterzogen werden. (Beifall.)

Erst wenn die genannten Härten, die allerdings im weitesten Sinne aufzufassen sind, beseitigt sind, wird es möglich sein, allgemeine Steuererleichterungen zu gewähren. Wie diese auszusehen haben, kann heute noch nicht im einzelnen gesagt werden. Feststehen dürfte, dass später wieder die Zolleinnahmen einen grösseren Anteil an den Staatseinnahmen haben werden, ferner dass im Verhältnis zwischen den direkten und indirekten Steuern eine Verminderung der direkten Steuern insoweit Platz greifen muss, als die direkten Steuern die Steuerkraft übermässig und produktivitätshemmend in Anspruch nehmen und daher wieder auf eine tragfähige Grundlage zurückgeführt werden müssen. Diese Reformen werden sich selbstverständlich nur im Zuge der Entwicklung und nach Massgabe der jeweils gegebenen wirtschaftlichen Massnahmen vollziehen können, und sie werden selbstverständlich im Einvernehmen mit allen Beteiligten durchzuführen sein.

Zur Eindämmung der Kreditausweitung, deren Ursachen und Ausmass ich bereits dargelegt habe, wurde im Oktober vorigen Jahres ein Kreditabkommen mit den Banken getroffen, das in seiner Tendenz durchaus begrüsst werden kann. Es muss daher darauf hingewiesen werden, dass die notwendige Entspannung der Kreditsituation nicht allein durch ein auf die qualitative oder quantitative Selektion abgestelltes Verfahren herbeigeführt

werden kann, sondern dass die gewünschte Erleichterung letzten Endes doch nur durch eine Verlagerung von den langfristigen zu den kurzfristigen Investitionen zu erreichen ist. Ohne diese entscheidenden, an dem eigentlichen Ursachen des Problems angetzenden Massnahmen können die anderen Vorkehrungen auf dem Gebiete des Kreditwesens nur kleine Teilerfolge zeitigen, und noch dazu Teilerfolge, die mit gewissen Schwierigkeiten in der Wirtschaft verbunden sind, so etwa in der Weise, dass die zur dringendsten Finanzierung von Lebensmittelimporten notwendigen Mittel nicht bereitgestellt werden können, weil gerade diese Teile der Wirtschaft zu jenen gehören, auf denen man noch mit den verhältnismässig geringsten Schwierigkeiten Kreditkürzungen vornehmen kann.

Wenn ich Ihnen jetzt kurz die Situation geschildert habe, wie ich sie sehe, und die Möglichkeiten, wie sie sich abzeichnen, so möchte ich noch einmal ganz klar und deutlich herausstellen, dass das Gebot Nummer eins die Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt ist und dass ich alle - auch in den eigenen Reihen - ersuchen muss, sich hinter diesen Gedanken zu stellen. Die Stabilisierung halte ich nicht nur deshalb für erforderlich, weil wir allmählich in unserer wirtschaftlichen Entwicklung wieder zu normalen Verhältnissen kommen müssen, sondern weil es sich auch gezeigt hat, dass sich sonst die politische Situation für unsere Auffassung ausserordentlich erschwert.

Das Nichtzustandekommen des Stabilisierungswerkes bedeutet nämlich nichts anderes als einen guten Grund für alle

jene, die uns immer mehr von den letzten Resten der Privatwirtschaft entreissen wollen. Das Nichtzustandekommen der Stabilisierung bedeutet das Verlangen nach Preisregelung, das Verlangen nach Eingriffen in die Wirtschaft, das Verlangen nach Lenkung und ähnlichen Dingen, die uns in unseren freien Entschlüssen beeinträchtigen und die letzten Endes das Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung nur nachteilig beeinflussen. Ich möchte nicht untersuchen, welche materiellen Nachteile durch die Existenz der bekannten ZAE, also durch das Bewilligungsverfahren im Aussenhandel entstanden sind, ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten und von den Bittgängen, die die Wirtschafter auf sich nehmeh müssen, um einmal ein Aussenhandelsgeschäft abzuwickeln. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Stabilisierung bedeutet aber in gleicher Weise auch endgültig die Wiederherstellung des Vertrauens in unsere Währung. Ich möchte mich hier in gar keine Diskussion über den Wechselkurs auslassen. Ich möchte ganz unumwunden erklären, dass der Wechselkurs an sich kein Evangelium und kein Dogma ist. Er ergibt sich aus der Stabilität der Entwicklung, er ergibt sich daraus, was man im Inland für den Schilling zu kaufen bekommt. Wenn der Schilling stabilisiert wird, wenn das Vertrauen zu seiner Stabilität wächst und wenn man für den Schilling wieder mehr zu kaufen bekommt, wird auch der Wechselkurs wieder den Kaufkraftparitäten entsprechen.

Ich möchte meine offene Absage gegen alle Experimente auf diesem Gebiet zu erkennen geben, möchte aber gleichzeitig

sagen, dass wir unablässig bemüht sein müssen, gerade hier wieder Verhältnisse herzustellen, die uns gestatten, den Ballast zusätzlicher Massnahmen, die heute nur durch die besonderen Verhältnisse auf diesem Gebiet notwendig geworden sind, wieder abzubauen. (Lebhafter Beifall.)

Und nun noch ein Wort zur Preis-Lohn-Gestaltung im allgemeinen. Der Herr Bundeskanzler hat heute vormittag bereits auf die sogenannten Lohn-Preis-Übereinkommen Bezug genommen. Es ist richtig, dass namentlich das 1.Lohn-Preis-Übereinkommen, welches im Jahre 1947 abgeschlossen wurde, wirtschaftspolitisch sinnvoll war. Es hat nämlich seinerzeit das weitere Fortschreiten einer Inflation verhindert. Auch die weiteren Lohn-Preis-Übereinkommen haben, allerdings mit sinkender Bedeutung, dazu geführt, dass ein Abbau von Subventionen und eine Annäherung verschiedener Preisrelationen an die echten Verhältnisse verhältnismässig reibungslos, also, wenn Sie wollen, unter Wahrung des sozialen Friedens durchgeführt werden konnten. Es hat sich hingegen beim 5.Lohn-Preis-Übereinkommen mit aller Deutlichkeit herausgestellt, dass infolge der Höhe des Betrages, der abzugelten war, ein weiteres Fortschreiten auf dieser Linie nicht mehr zu empfehlen ist, und dass es zweckmässig wäre, allmählich zu einer organischen Entwicklung überzugehen. Würden wir dieses System der Lohn-Preis-Übereinkommen zu einem bleibenden Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik machen, so würde das zur Folge haben, dass wir in gewissen Zeitabständen immer wieder mit einer automatischen Verschlechterung unserer Währung zu rechnen hätten und dass wir dadurch endlich

dazu kämen, das Vertrauen in diese Währung endgültig zu erschüttern. Es hat sich ausserdem noch herausgestellt, dass bei diesem System infolge des dabei zugrunde gelegten Abgeltungsmechanismus sich in der Abgeltung zwangsläufig ein gewisses Vorhalten ergeben musste und dass dieses Vorhalten in der Abgeltung an sich zu neuen Erschütterungen geführt hat. Sie erinnern sich, dass gerade nach dem 5.Lohn-Preis-Übereinkommen die Tendenz zu steigenden Preisen eine sehr starke war und dass sich, vielleicht auch gerade dadurch bedingt, die Wirtschaft letzten Endes entschliessen musste, selbst die Initiative zu Preissenkungen zu ergreifen, um eine weitere Entwicklung in dieser Richtung abzuwehren.

Noch eine kurze Bemerkung zur Zollpolitik. Die gestrige "Arbeiter-Zeitung" hat bereits in einer Aussendung darauf hingewiesen, dass sich das Finanzministerium mit der Absicht trage, durch Angleichung gewisser Zölle die Lebenshaltungskosten empfindlich zu verteuern. Niemand ist heute der Meinung, dass wir von heute auf morgen eine Liberalisierung erreichen können, wie sie den verschiedenen Vertretern des europäischen Gemeinschaftsgedankens vorschwebt. Nicht nur in Österreich sondern auch in anderen Ländern ist die Situation noch nicht reif. Diese Entwicklung kann nur allmählich und schrittweise erfolgen. Wir wissen aber auch, dass es sich, soweit Beschränkungen des Aussenhandels erfolgen, um zwei verschiedene Methoden handeln kann: Man kann sich der Zölle bedienen und man kann sich der Kommissionen bedienen. In irgendeiner Form wird Einfluss genommen. Die Kommissionen entscheiden - das ist Ihnen

sehr wohl bekannt, und ich habe bereits darauf hingewiesen - zwangsläufig nach freiem Ermessen. Ich möchte gerne zugeben, dass die Herren, die diesen Kommissionen angehören, sich bemühen, ihr Bestes zu tun, wenn sie eine solche Entscheidung treffen. Ich bin aber der Meinung, dass eine Kommission vom grünen Tisch aus nicht entscheiden kann, ob es sich im konkreten Falle wirklich um ein vertretbares Geschäft handelt oder nicht. Ich bin der Meinung, dass man diese Entscheidung Kaufleuten und Wirtschaftstreibenden überlassen muss, weil wir der Auffassung sind, dass dies eben das ist, was sie gelernt haben und was sie am besten erfüllen können. (Beifall.)

Wenn man aber diese Auffassung vertritt, ergibt sich zwangsläufig, dass dieses System der individuellen Ermessensentscheidungen allmählich durch ein objektives System ersetzt werden muss, und dieses objektive System ist die Zollpolitik. Durch die Erlassung eines Zolles wird der Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Gestehungskosten überbrückt. Das heisst, es wird die Menge der eingeführten Güter beeinflusst.

Ich darf jetzt nur kurz zur Überlegung stellen, ob sich auf dem Gebiete der Preise etwas ändert, wenn ich nur eine durch eine Kommission beschränkte Menge von Gütern importieren lasse und durch die Beschränkung der Menge die Preise in die Höhe treibe, oder wenn ich einen Zoll einführe und die Kommission ausschalte. Das Ergebnis ist das gleiche, nur mit dem Unterschied, dass in dem einen Fall kommissioniert und

mitgeredet wird und dass im anderen Falle objektive Tatsachen über die Frage des Importes entscheiden. (Beifall.)

Ich möchte bemerken, dass wir heute noch kein Zollsystem besitzen und dass wir uns erst allmählich an ein solches heran-tasten müssen. Ich bin mir klar, dass in der Frage der Zölle und der Wiedereinführung der Zölle auf die Entwicklung der letzten fünf Jahre Rücksicht genommen werden muss. Der Übergang kann nur schrittweise erfolgen. Es ist nicht möglich, von heute auf morgen alles das wieder aus der Welt zu schaffen, was durch unrichtige Voraussetzung in der Wirtschaft entstanden ist und zu Fehlinvestitionen Anlass gegeben hat. Das, worauf es ankommt, ist, dass wir willens sind, diesen Weg zu gehen, und dass wir uns im klaren sind, dass der andere Weg nicht nur unnütz, sondern schädlich ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf reflektieren, dass es sich hier nur um einen Teilausschnitt handelt, und zwar um einen Teilausschnitt, der sich zufällig im Bereich meines Ressorts abspielt. Ich möchte aber doch zu erwägen geben, dass der Abbau der staatlichen Ingerenz auf das wirtschaftliche Leben allgemein durchgeführt werden muss. (Beifall.) Ich schöpfe aus den Äusserungen, die mein verehrter Kollege, Herr Minister Böck-Greissau in seiner Antrittsrede gemacht hat, neuen Mut, weil ich glaube, dass wir in dieser Frage absolut konform gehen und dass es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen wird, auf diesem Gebiet einen Schritt weiterzukommen.

In der letzten Zeit ist sehr viel davon gesprochen worden, dass die Privatwirtschaft durch alle möglichen Veräinbarungen

kartell- oder monopolähnlicher Art bewusst die freie Konkurrenz ausschaltet. Ich möchte ohne weiteres zugeben, dass jedem, der marktwirtschaftliche Grundsätze vertritt, derartige Gebilde nicht von vornherein sympathisch sind. Ich möchte aber auch sagen, dass diese Gebilde nicht immer nur deswegen geschaffen worden sind, weil sich die Betreffenden, die daran beteiligt sind, einen höheren Profit sichern wollen, sondern auch deshalb, weil eine solche Entwicklung durch bestimmte Massnahmen der Wirtschaftspolitik eingeleitet worden sind.

Damit möchte ich aber in keiner Weise der Kartellpolitik das Wort reden. Ich bin der Meinung, dass man diese Frage ebenfalls gewissenhaft untersuchen muss. Es gibt Bindungen, die im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens nützlich sind, und es gibt daneben auch Bindungen, die schädlich sind. Eines aber möchte ich sagen: Zuerst soll vor der eigenen Türe gekehrt werden und zuerst soll der Staat mit allen Auswirkungen, die durch seine Einflussnahme auf die Wirtschaft entstehen, Schluss machen. (Lebhafter Beifall.) Man ruft nach der staatlichen Preisregelung, man ruft nach eigenen Preisbegutachtungskommissionen und ähnlichem und ist sich dabei doch offenbar völlig darüber im klaren, dass die Einführung eines amtlichen Preises der beste Kartellschutz ist, den man sich denken kann, ohne dass es hiezu wirklicher Verabredungen bedarf. (Beifall.) Im gleichen Sinne würde meiner Ansicht nach der Abbau dieser staatlichen Einflussnahme notwendigerweise dazu führen, dass jene Voraussetzungen geschaffen werden, die geeignet sind, die Produktivität in unserem Lande zu steigern.

Wir sind uns völlig darüber klar, dass eben diese Steigerung der Produktivität mit zu den Lebensfragen unserer Wirtschaft zählt. Ich glaube aber, dass durch die Schaffung von Produktivitäts-Zentren allein eine solche Produktivitätssteigerung nicht hervorgebracht werden kann. (Zustimmung.) Ich bin der Meinung, dass es hiezu der Schaffung marktkonformer Massnahmen bedarf. Je weiter wir uns aus dem Bereiche der staatlichen Ingerenz entfernen und je stärker wir marktwirtschaftlichen Verhältnissen zustreben, umso stärker entscheidet über Sein oder Nichtsein die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen, umso stärker wird sein Bestreben, sich auf dem Markt zu behaupten, umso stärker wird seine Leistung, die er im Interesse der Gesamtwirtschaft erbringt. Dies gilt nicht nur für die Unternehmer, dies gilt in gleicher Weise auch für die Arbeitnehmer. Solange auf diesem Gebiet Verhältnisse herrschen wie heute, werden wir vergeblich nach Produktivitätssteigerung rufen, sondern wir werden mit allen möglichen Mitteln Massnahmen in diesem Sinne ergreifen, werden aber feststellen, dass ein nachdrücklicher Erfolg wahrscheinlich versagt bleibt.

Wenn ich also zusammenfassen darf, so möchte ich noch einmal kurz folgendes feststellen: Ich bin der Meinung, dass die Grundeinstellung, die wir behalten müssen, absolut optimistisch zu sein hat. Wir haben keinen Grund, an unserer Leistungsfähigkeit, an der Leistungsfähigkeit unserer Unterne mer, unserer Arbeiter, an dem Opferwillen unserer Bevölkerung zu verzweifeln. Ich bin aber auch der Meinung, dass wir den Schwierigkeiten,

die heute unzweifelhaft bestehen, mutig ins Auge zu sehen haben, dass wir sie beim Namen nennen müssen und dass wir alles daranzusetzen haben, um in gemeinsamer Arbeit diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Nur dann wird es möglich sein, dieses Land einer glücklicheren Zukunft zuzuführen. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzende Nora H i l t l : Ich danke dem Herrn Bundesminister Dr. Kamitz für sein so ausführliches und tiefgründiges Referat, das uns in grossen Grundzügen gezeigt hat, wie sein ganzes wirtschaftspolitisches Programm für die Zukunft lautet. Ich glaube, ich darf ihm im Namen des gesamten Bundesparteitages den aufrichtigsten Dank aussprechen. Dieser Dank ist ja schon im Beifall der Delegierten zum Ausdruck gekommen. Und ich darf ihm auch gleichzeitig den herzlichsten Glückwunsch übermitteln zu seiner Ernennung zum Bundesminister und der Freude Ausdruck geben, dass er gerade hier auf dem Bundesparteitag sein erstes grundlegendes Referat als Minister gehalten hat. (Lebhafter Beifall.)

Den Delegierten des Bundesparteitages darf ich mitteilen, dass das Referat des Herrn Ministers für Finanzen abgezogen und den Delegierten des Bundesparteitages zugestellt wird. (Erneuter Beifall.)

Ich bitte nun den Herrn Präsidenten Gorbach, den Vorsitz zu übernehmen.

Präsident Dr. G o r b a c h (den Vorsitz übernehmend): Wir gelangen nunmehr zu Punkt 9 der Tagesordnung:

D e b a t t e über die Berichte des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Generalsekretärs und des Herrn Finanzministers sowie allgemeine Aussprache.

Ich möchte dem hinzufügen, dass die Reihenfolge der Debatteredner der Reihenfolge der Wortmeldungen entspricht. Die Wortmeldung hat schriftlich zu erfolgen. In der Debatte soll sich in der Regel ein Delegierter nicht öfter als zweimal

zum Gegenstand melden. Die Sprechzeit dauert 10 Minuten. Wer über diese Zeit trotz meiner Mahnung weiterredet, dem wird als letzte Konsequenz das Wort entzogen. (Heiterkeit.) Ich glaube, damit einer sachlichen Debatte dienlich zu sein. Es wäre wünschenswert, wenn die Debatteredner nur vom Pult aus reden würden; das wird sich allerdings mit Rücksicht auf die räumlichen Gegebenheiten nicht durchwegs durchführen lassen.

Es liegen dermalen zwei Wortmeldungen vor, nämlich von Staatssekretär Graf und von Nationalrat Dr. Gschnitzer.

Staatssekretär G r a f (mit lebhaftem Beifall begrüsst): Hoher Parteitag! Es sind vor allem zwei Dinge, die mich veranlassen, zu Beginn der Debatte das Wort zu ergreifen. Der Punkt 1 sind die verschiedenen Meinungen sogenannter neutraler Kreise zu unseren Problemen, und Punkt 2 ist eine grundsätzliche Frage, unsere politische Ausrichtung dem gefährlichsten Gegner, dem Kommunismus gegenüber.

Zu Punkt 1: Wir haben anlässlich des Regierungswechsels dem Ruf nach Fachmännern weitestgehend Rechnung getragen. Hoffen wir, dass die neuen Männer, wenn sie im Dienste der ÖVP als Mandatare ihre Aufgabe erfüllen, eine gerechtere Beurteilung als ihre Vorgänger erfahren! (Beifall.) Der Versuch gewisser Kreise, die Parteien als Drohnen und Schädlinge der Wirtschaft zu stempeln, ihre Mandatare für all das verantwortlich zu machen, was dem einen oder dem anderen Unpolitischen nicht passt, muss uns und diesen Parteitag doch zu einigen grundsätzlichen Feststellungen veranlassen.

1.: Wer die Demokratie bejaht, muss auch die Parteien als Instrument dieser Demokratie bejahren. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn einem an den bestehenden Gesetzen etwas nicht passt, hat er die Möglichkeit, durch die Mitarbeit bei einer der bestehenden Parteien Besserungen herbeizuführen, oder er kann den missglückten Versuch einiger anderer wiederholen und eine neue Partei gründen. Wer sich aber über das Parteienleben stellt, hat das Recht der Kritik an den Parteien verloren.

2: Die ÖVP hat bisher wie keine zweite Partei in Österreich seit 1945 fachliches Können vor die Gesinnung und vor das Parteibuch gestellt. Vielleicht liegt darin einer der grossen Fehler, der

uns 1949 die absolute Mehrheit im Parlament und 1951 den Prä-
sidentenstuhl gekostet hat. Gerade das Verhalten der sogenann
Unpolitischen anlässlich der Präsidentenwahl hat uns, meine
Freunde, doch gezeigt,dass diesen Unpolitischen Charakter,
politische Toleranz, Sauberkeit, Anständigkeit, Wissen und Kö
nen weit weniger sind als eine ihnen nicht genehme politische
Herkunft, mag sie, wie im Falle unseres Heinrich Gleissner,
noch so sauber und anständig gewesen sein. (Lebhafte Zustimmu

Ferner muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Entsch
dungen in der Welt und auch bei uns in Österreich nun einmal
von den Exponenten der bestehenden Parteien, die nicht in Re-
daktionsstuben und nicht in Biertischrunden, sondern am Wahlt
durch Millionen gleichwertiger Stimmen gewählt werden, getrof
werden.Es ist daher für die Zukunft und für den Erfolg unsere
Partei wichtiger, dass der Mittler zwischen Mandatar und Wähl
unser kleiner unbekannter und unbedankter Mandatar und Funktio
mit unserer Arbeit zufrieden ist als einige Dutzend sogenannte
einflussreicher Kreise.

Daher, meine Freunde, lassen Sie mich eines sagen:
Das Materielle allein wird nicht genügen, um unsere Partei für
den noch bevorstehenden Kampf genügend auszurüsten. Wenn nicht
das Grundsätzliche in unserer Partei der Kitt für das Trennend
ist, werden wir die kommenden Aufgaben nicht meistern.

Meine Freunde! Die Welt steht vor einer neuen grossen Offensive des Bolschewismus, wenn auch heute die Aufmerksamkeit durch die Verhältnisse in Korea, Indochina, Afrika oder gestern in Ägypten geschickt von Europa abgelenkt wird, steht doch überall der Kommunismus. Sein einziges grosses Ziel bildet die Eroberung Europas. Die Tragik der freien Staaten liegt darin, dass sie durch die grosse Hilfe wohl militärisch stärker, aber durch Uneinigkeit, Anfälligkeit gewisser Intelligenzkreise - das trifft auch für Österreich zu -, Zerrissenheit, Feigheit, Lethargie und durchbdas Nichterkennenwollen der bestehenden Gefahr politisch schwächer geworden sind.

Das Jahr 1953 bringt Wahlen nicht nur in Österreich, auch in Italien, Holland, Belgien haben wir sie täglich zu erwarten. Wird sich die internationale Entwicklung auswirken, wird sich der Druck der Russen hier in Österreich noch verstärken? Gewisse Anzeichen sprechen dafür, und es wäre ein schlechter Parteitag, wenn wir nicht auch über diese Fragen sehr offen und sehr ehrlich besonders für unsere braven Wähler in der Ostzone Österreichs ein deutliches Wort sprechen würden. (Lebhafter Beifall.)

Die kommunistische Propaganda wird immer offensichtlicher durch die Besatzungsmacht an die Österreicher herangetragen. Die Grenze zwischen moralischer Aufforderung und militärischem Druck beginnt immer mehr zu schwinden. Die russisch-kommunistische "Österreichische Zeitung" wird Einzelpersonen, Firmen, Gemeinden, Betrieben unter immer

stärkerem Druck aufgezwungen. Die USIA-Betriebe spannen ein immer grösseres Netz über das ganze Land, und die Zahl der USIA-Kaufläden nimmt von Woche zu Woche zu. Heute sind sie noch Steuerhinterzieher, eine starke Konkurrenz für unsere Wirtschaft, morgen vielleicht schon KPÖ-Zentralen mit einem Organisationsnetzb und mit einem Autopark, wie sie keine andere österreichische Partei hat. Gegen jedes bestehende österreichische Gesetz werden vorerst im Burgenland wilde Bodenverteilungen vorgenommen. Die Vorarbeit für die Kolchosierung der österreichischen Bauernschaft hat begonnen. Der Druck gegen jene, die sich gegen den Kommunismus zur Wehr setzen, nimmt zu. Beamte, Redakteure werden immer häufiger vorgeladen, und es wird ihnen auf russischfreundliche Art vorgeschrieben, was sie zu tun und was sie zu lassen haben. Die Kommunistische Partei und die Besatzungsmacht werden immer mehr zu einer Einheit. Angriff und Abwehr gegen den uns verhassten Kommunismus sind bereits Angriffe gegen eine Besatzungsmacht.

Freunde! Fast 45 Prozent der österreichischen Wähler sind in der Ostzone diesem Druck, diesen Einflüssen ausgesetzt. Von 3,5 Millionen Wählern leben in den russisch besetzten Bezirken Wiens 470.000, im Burgenland, Niederösterreich, Mühlviertel 1,2 Millionen; zusammen 1,7 Millionen Wähler unserer kleinen Heimat leben in russisch besetzten Gebieten und stehen hier in einem einmaligen Abwehrkampf für uns.

Wenn ich Ihnen heute das alles sage, so deshalb,

weil ich heute schon weiss, dass in dieser schweren politischen Stunde besonders im Osten Österreichs nicht die Unpolitischen und nicht die Neutralen sondern die ganz Verlässlichen den Kopf herhalten werden, und zu denen müssen wir in Deutlichkeit stehen. (Lebhafter Beifall.)

Das politische Lied ist heute nicht nur ein garstig Lied, es ist sogar ein gefährliches Lied geworden. Wir und die meisten, die hier sitzen, haben schon vor 1938 restlos unsere Pflicht erfüllt. Wir werden sie auch weiterhin erfüllen. Aber eine Gewissheit müssen die kleinen Funktionäre draussen, aber auch die Exponenten, die vorne stehen, in diesem politischen Kampf haben: dass in unserer Partei die Treue, die Anständigkeit, die Ehrlichkeit alles ist und dass sich dem alles unterzuordnen hat.

Heute vormittag wurde die Frage gestellt, ob wir Brücke oder ob wir Mittler zwischen Ost und West sein sollen. Freunde, darauf eine Antwort: Trotzki wurde eines Tages gefragt: Bist du Jude oder bist du Russe? Und er hat geantwortet: Ich bin Sozialist! Wenn wir heute fragen: Will der Bolschewismus Krieg oder Frieden?, so gebe ich darauf die Antwort: Er will den Kommunismus! (Rufe: Sehr richtig!) So haben wir uns auszurichten, und nur so.

Meine Freunde! Ich habe mich verpflichtet gefühlt, als der politische Sprecher, als der Propagandist unserer Partei, der gerade in diesem Kampf gegen den Bolschewismus vorne, weit vorne steht, das mit aller Klarheit zu sagen. Und ich darf Sie um eines bitten: Nehmen wir einige grundsätzliche Sätze mit nach Hause und geben wir mit diesem Grundsatz diesem schönen Parteitag den Stempel:

Die Ehre unserer Funktionäre soll auch die Ehre unserer Partei sein! (Lebhafter Beifall.)

In entscheidenden Situationen wird nur das Grundsätzliche halten. Jeder Kompromiss, jeder weiche Kompromiss findet von der Linken nicht die Anerkennung, die wir erwarteten. Wir wollten in der Starhemberg-Frage die Situation entschärfen - und der Dank des Hauses war der infame Angriff gegen unseren Landeshauptmann Gleissner, den sie heute gleichstellen den Hochverrätern vor 1934! (Pfui!-Rufe.) Heute ist es er, morgen bin ich es, und übermorgen sind Sie es, wenn wir im Grundsätzlichen nachgeben! (Lebhafte Zustimmung.) Materielle Zugeständnisse wollen wir uns nie erkaufen lassen durch Zugeständnisse unsererseits in grundsätzlichen Fragen.

Das, meine Freunde, wollte ich Ihnen sagen. Ich greife die Parole des Kanzlers auf: Für uns ist Österreich alles! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. G o r b a c h : Ich danke dem Herrn Staatssekretär Graf für das gesamtösterreichische Bekenntnis: Nicht Ost- und nicht Westösterreich, sondern Österreich sei unser Panier auf immerdar!

Und nunmehr erteile ich das Wort dem Herrn Nationalrat Prof. Dr. Gschnitzer.

Nationalrat Dr. G s c h n i t z e r : Ich habe an den Herrn Finanzminister nur eine Frage und eine Bitte, von der ich glaube, dass sie vielen von uns auf der Zunge liegt: Welche Stellung weist er in seinem Wirtschaftsprogramm der Landwirtschaft zu und wie denkt er über die Fragen, die die Landwirtschaft betreffen? Wenn ihm dieser Überfall aus dem ~~Ärmel~~ Stegreif nicht zurecht kommt und nicht passt, dann bitte ich ihn, bei nächster Gelegenheit seine Stellungnahme hiezu abzugeben. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. G o r b a c h : Als nächster hat sich gemeldet Herr Minister a.D. Nationalrat Altenburger.

Minister a.D. NR A l t e n b u r g e r : Hoher Bundesparteitag! Ich darf mich den Ausführungen meines Freundes Dr. Gschnitzer anschliessen und eine ähnliche Frage an den Herrn Finanzminister stellen: Wie stellt er sich im Rahmen der notwendigen Reform des wirtschaftlichen Lebens den zweiten Sektor, den Sektor der Sozialpolitik vor? Denn es gibt keine gesunde Wirtschaftspolitik ohne gesunde Sozialpolitik.

Und die Sozialpolitik wird mitentscheiden, ob wir zu einer gesunden Wirtschaftspolitik kommen. Gerade hier sind viele Fragen offen, und einige Worte hiefür zu gesprechen, erscheint mir auch auf diesem Bundesparteitag notwendig zu sein.

Es wurde die Frage der Familienausgleichskassen erwähnt, die Frage der Familienausgleichskassen ist aber nicht nur eine Frage der Problematik, sondern auch der Finanzen, der staatlichen Regelung. Im allgemeinen müssen wir aber gegenüber den Sozialisten insgesamt auch auf dem Gebiet des Familienerhalters eine klare Formulierung herausstellen. (Beifall.) Wir brauchen eine gesunde Familienpolitik, eine gesunde Familie als Keimzelle des Staates. Wir brauchen gesunde Arbeiter und Angestellte und damit in erster Linie wieder das Wohl jener, die opferbereit auch die Familie bejahen.

In diesem Sinne bitte ich den Bundesminister für Finanzen, uns darüber mehr und eingehend zu berichten. (Lebhafter Beifall.)

Nationalrat K r i p p n e r : Hoher Parteitag! Wenn ich mich trotz der markanten Ausführungen ~~des~~ unseres hochverehrten Herrn Staatssekretärs Graf auch zum Wort gemeldet habe, so deshalb, um Ihnen auch nochmals mit aller Deutlichkeit das Krebsgeschwür im österreichischen Staat vor Augen zu führen, nämlich die USIA. Der Herr Finanzminister hat auf meine Anfrage in der Budgetdebatte des Nationalrates erklärt, dass die direkte Steuerschuld der USIA bereits über ~~xxxx~~ 500 Millionen Schilling ausmacht. Die indirekten Steuerschulden betragen~~xxxx~~ über 1 Milliarde Schilling. Wenn man hinzurechnet, welchen Schaden die USIA dadurch anrichtet, dass auch die umliegenden Gewerbetreibenden und Kaufleute in ihrem Steueraufkommen schwerstens geschädigt werden, weiss man, dass der Betrag, auf den man kommt, im österreichischen Staatshaushalt immerhin eine erkleckliche Rolle spielt. Er wird bereits auf 1½ bis 2 Milliarden Schilling geschätzt.

An USIA-Filialen bestehen in Wien sc hon ungefähr 60, in Niederösterreich und Burgenland ca. 160. Sie nehmen täglich an Ausdehnung zu, und immer neue Zweige werden davon erfasst. Ich habe ihr wiederholten Besprechungen mit dem Finanzminister und auch in einem Radiovortrag und in der letzten Zeit in den Blättern ausdrücklich erklärt, dass es müssig ist, dahier den Kopf in den Sand zu stecken und Vogel-Strauss-Politik zu betreiben, sondern dass man tatsächlich zu Abwehrmassnahmen greifen muss, und zwar nicht nur mit Worten, sondern auch Taten. Ich habe ausdrücklich erw hnt, dass die Grundlage des USIA-Geschäftes allein der Schnaps, der Branntwein ist. Sonderbarerweise leistet dem die österreichische Monopolverwaltung mit ihrer Preisrelation Vorschub. Die Monopolverwaltung gibt den Feinsprit für die Rum-und Branntweinerzeugung mit 28 S ab, und zwar deshalb so teuer, weil der Spiritus an die Industrie um 1,50 S, also billiger als eine Flasche Sodawasser, und der Brennspiritus um 2 S geliefert wird. Dadurch ergibt sich für die USIA die Möglichkeit, mit diesem Spiritus und Branntwein den österreichischen Staat schwerstens zu schädigen und damit auch Geschäfte zu machen.

Nicht genug damit! Das österreic-hische Branntweinmonopol muss an die USIA-Betriebe, ob zurecht oder nicht, kann ich nicht entscheiden, auch noch den billigen Spiritus liefern, den die USIA nicht hat, weil sie auch eine Lack-und Farbenfabrike besitzt.

Zweitens habe ich vorge chlagen, dass es nicht angeht, dass in USIA-Filialen auch inländische Erzeugnisse feilgeboten werden, die nicht unter USIA-Einfluss stehen, wie Salz und Salinen-oder Erzeugnisse der Fabriken der westlichen Bundesländer, wobei ich z.B. den Tietze-Feigenkaffee anführe, weil er mir gerade einfällt, mit dem die USIA-Filiale in der Taborstrasse die ganze Auslage voll hat.Es muss doch möglich sein, dass auch diese Firmen dazu verhalten werden, den Steuerausfall für den Staat zu tragen, der dadurch entsteht, dass sie an die USIA-Filialen liefern.

Ich habe drittens vorgeschlagen, dass eine Plakataktion ins Leben gerufen wird, durch die auch die gesamte Bevölkerung darüber aufgeklärt wird, was sie dem österreichischen Staat und sich selbst zufügt, wenn sie in den USIA-Filialen einkauft, dass jeder Schilling, den sie dort hinträgt, zur Vernichtung der österreichischen Wirtschaft beiträgt.

Hoher Parteitag! Ich kann in diesem Kampfe nicht allein stehen. Ich habe verlangt, dass eine Enquete, eine Kommission einberufen wird, die sich nur mit Abwehrmassnahmen gegen die durch die USIA drohende Gefahr beschäftigt. Der Herr Staatssekretär hat über die drohende Gefahr des Kommunismus gesprochen. Ich muss sagen, dass die USIA auch eine Form des Kalten Krieges ist, der gegen uns geführt wird. Es ist nicht eine Angelegenheit des Handels und der Wirtschaft, die ich vertrete, sondern eine Angelegenheit des gesamten Staates, der gesamten Finanzen, und ich bin überzeugt, wenn sich die Dinge so weiter entwickeln, dann sind die gesamten Staatsfinanzen auf das äusserste bedroht, und das schöne Konzept, das der Herr Finanzminister vorgelegt hat, kann dann nicht in Erfüllung gehen.

LAbg.Ljgf. S t a n g l e r : Hoher Bundesparteitag! Meine verehrten Vorredner haben auf die USIA-Geschäfte hingewiesen. Ich darf namens der Vertreter der jungen Generation dazu folgendes feststellen: In Österreich ist noch kein Mensch gezwungen worden, in USIA-Konsumvereinen einzukaufen. Ich kann auch aus eigener Anschauung feststellen, dass

es nicht nur Kommunisten sind, die in diesen USIA-Konsumvereinen einkaufen. Ich glaube, es müsste auch eine Forderung des Bundesparteitages sein, dass die gesamte Partei bis zum letzten Mitglied alles daransetzt, damit die innere Haltung unserer Menschen zu dieser Sache anders wird. Ein anständiger Österreicher hat dort nicht einzukaufen und vor allem keiner, der in den Reihen der Österreichischen Volkspartei steht. (Lebhafter Beifall.)

NR. K r a n e b i t t e r : Hoher Bundesparteitag! Als ich heute mit einer zweistündigen Verspätung in Wien eintraf und beim Frühstück das "Kleine Volksblatt" zur Hand nahm, da habe ich daraus entnehmen können, dass der Generalsekretär unserer Partei Dr.Maleta über die Gründe, die zur Umbildung der Bundesregierung geführt haben, Aufklärung in die Öffentlichkeit getragen hat. Ich habe daraus zu meiner Freude entnommen, dass die Absicht besteht und dass es die neue Regierung als ihre erste Aufgabe betrachtet, ein volkswirtschaftliches Konzept zu erarbeiten.

So wie ich nun die Überzeugung in mir trage, dass die aus der Regierung ausgeschiedenen Minister die höchste Achtung und den Dank des ganzen österreichischen Volkes verdienen, so habe ich auch die Überzeugung in mir - und ich habe sie auch in meinem Artikel schon zum Ausdruck gebracht und in die Öffentlichkeit getragen -, dass auch die neue Bundesregierung das grösste Vertrauen des österreichischen Volkes verdient.

Ich glaube aber, dass es trotzdem nicht unangebracht ist, wenn ein einfacher Volksvertreter aus den Bergen, nicht aus Überheblichkeit und Anmassung, sondern aus der Sorge um das Wohl dieses Volkes und Vaterlandes und aus dem Gefühl seiner Mitverantwortung und seiner Pflicht, auch seinen Beitrag zur Förderung des Volkswohles zu leisten, einige Gedanken zur Schaffung dieses volkswirtschaftlichen Konzeptes vorzubringen wagt. Ich möchte folgendes sagen:

1. Vergessen Sie, verehrter Herr Minister aus der Wirtschaft, bei der Erstellung dieses volkswirtschaftlichen Konzeptes nicht, dass das einzig unzerbrechliche und sichere Fundament unserer Volkswirtschaft eine starke, leistungskräftige Landwirtschaft ist. (Lebhafter Beifall.)

2. Denken Sie daran, dass die Leistungen der Bergbauernschaft volkswirtschaftlich und sozial ebenso bedeutungsvoll sind wie die der übrigen Landwirtschaft Österreichs und dass ihr so wie den anderen Teilen der österreichischen Landwirtschaft so rasch als möglich die fehlenden Arbeitskräfte und Betriebsmittel zugeführt werden müssen.

3. Beachten Sie die Tatsache, dass Zehntausende von Bergbauern ohne Familienlastausgleich nicht in der Lage sind, ihre Betriebe zum Wohle des Volkes zu intensivieren,

und dass infolgedessen die raescheste Ausdehnung der Kinderbeihilfe trotz der notwendigen Ersparungsmassnahmen nicht nur ein unaufschiebbarer Akt sozialer Gerechtigkeit, sondern auch eine zwingende volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist. (Beifall.) Mögen diese aus der Liebe zu Volkx und Vaterland und aus der Sorge um sein Wohl entspringenden Anregungen von der neuen Regierung beherzigt werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. G o r b a c h : Das Wort hat der Herr Landeshauptmann von Vorarlberg.

Landeshauptmann I l g : Hoher Bundesparteitag! Nachdem der Vorsitzende zu meiner Rechten keine Wortmeldungen mehr vorgemerkt hat, möchte ich es xxxxx übernehmen,zu sorgen, dass der Faden nicht schon jetzt abreisst. Und wenn sich ein Vorarlberger zum Wort meldet, werden Sie schon voraus-ahnen, dass xxxx jetzt das Thema Föderalismus irgendwie gestreift werden soll. (Heiterkeit und Beifall.) Als bekannte und oft vorgemerkte Kundschaft beim Verfassungsgerichtshof hat das Land Vorarlberg eine Angelegenheit anhängig gemacht, die gegenwärtig, nicht ohne Wissen auch anderer Länder, läuft und die die Lastverteilung der Energiewirtschaft betrifft.

Wenn ich den Gedanken des Föderalismus hier ein bisschen unterstreichen will, dann nicht etwa mit allgemeinen Floskeln oder durch die Darstellung allgemeiner Formeln, sondern an Hand einiger konkreter Fragen, bei denen,xxx wie ich glaube, im Anschluss an den heutigen Bundesparteitag, der ja angesichtx der uns nach wie vor bevorstehenden Schwierigkeiten ein Parteitag der Geschlossenheit sein soll, diese Geschlossenheit auch in grundsätzlichen Fragen,die den Föderalismus betreffen, zum Ausdruck kommen soll.

Ich bringe gerade diese Frage der Lastverteilung auf dem Gebiete der Energiewirtschaft deshalb vor, weil mir nicht unbekannt ist, dass es vor allem Vertreter und Kreise der Industrie sind, die den Bemühungen, der Länder, auf diesem Gebiete die Kompetenzen vom Waldbrunner-Ministerium mehr an sich zu ziehen, grösse Bedenken in der Meinung gegenüberge stellt haben, es könnte, wenn man den Ländern grössere Verantwortung überliesse, vielleicht nicht funktionieren. Das wäre meines Erachtens nicht auf der schon angedeuteten Linie der Verwaltungsvereinfachung in der Richtung, dass man Kompetenzen, soweit man kann, nach unten verlegt. Wenn das Lastverteilungsgesetz in der nächsten Zeit ablaufen wird, wird bereits von einem Komitee der Länder, das Vorarbeiten gemacht hat, eine Arbeit vorgelegt, die es verdient, dass sie von der Geschlossenheit all unserer Parteifunktionäre unterstützt wird. Ich bitte auch die Industrie, soweit sie in dieser Richtung bisher Bedenken gehabt hat sich zu bemühen, hier auf ein einheitliches Konzept hinzuwirken.

Eine zweite Frage, die viel wichtiger ist, ist die Frage der Schulgesetzgebung. Ich möchte hier bestimmt übereinstimmend mit Ihnen sagen, dass es ungeheuer wichtig ist, hier vorzustossen und etwas zu erreichen. Aber eines darf meines Erachtens nicht übersehen werden. Die wenigsten, die hier anwesend sind, werden sich ein klares Bild darüber machen können, unter welch ungeheueren Kämpfen bei der seinerzeitigen Schaffung der Bundesverfassung der jetzt bestehende Zustand auf Grund sogenannter paktierter Gesetze auf dem Gebiete des Schulwesens zustandegekommen ist. Ich weiss, diese Art hat sich als schwerfällig erwiesen, aber es ist auch die andere Art, die wir an ihre Stelle setzen wollen, noch nicht bewährt. Ich möchte sagen, dass das, was man sich bisher zwar als schwerfällig erwiesen hat, was aber insbesondere den Ländern eine Mitwirkung gesichert hat, nicht um ein Linsenmus hergeben darf; denn um das haben unsere Väter auf dem Gebiete der

Politk früher nicht umsonst gekämpft und man muss auf Fälle bedacht sein, dass man etwas Gutes nur durch etwas Besseres ersetzen darf. Das grundsätzlich zu dieser Frage.

Und als letztes noch etwas zu der angeschnittenen Frage der Verwaltungsreform. Es hat mich sehr gefreut, dass der Gedanke einer gewissen Kompetenzverlagerung nach unten, soweit das möglich ist, auch hier schon heute in den Referaten Ihre Unterstützung gefunden hat, wobei ich den Bundesdienststellen gar nicht zumute, dass sie freiwillig und gerne etwa Kompetenzen abtreten werden. Das wird ja jedenfalls nicht der Fall sein. Aber mein Appell ergeht vorerst gar nicht an diese Stellen. Vorerst muss noch der Boden vorgeackert werden, dass die unteren Dienststellen der Länder bereit sind, solche Kompetenzen zu übernehmen wenn sich die Möglichkeit dazu ergeben würde. Ich habe schon oft die Beobachtung gemacht, dass diese Bereitschaft, mehr Verantwortung und mehr Lasten zu übernehmen, bei den Ländern leider vielfach nicht vorhanden ist. Dafür muss man künftighin auch im Interesse des Staatsganzen mehr Verständnis und Verantwortungsfreudigkeit aufbringen. In diesem Sinne möchte ich von dieser Stelle vor allem an die Vertreter der Länder appellieren.

Und als letztes auf diesem Gebiete: Man kann sich von Massnahmen der Verwaltungsreform gewiss nicht Grosses, Umwälzendes auf einmal erwarten, aber in einem Punkt werden die Nationalräte in besonderer Weise mitwirken müssen. Sie werden eine Gewissenserforschung vielleicht anstellen müssen, dass es nicht darauf ankommt, am Ende des Jahres berichten zu können, weiss Gott wie viele Gesetze man gemacht hat, sondern ich möchte vielmehr dem Wunsche Ausdrucke geben, man sollte seinen Ehrgeiz darein setzen, möglichst wenige Gesetze gemacht zu haben.

(Lebhafter Beifall.)

1/ 1650 Wo 1

2.BPObm.Stv.NR.Lola S o l a r (mit Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Wir haben mit Befriedigung feststellen können, dass unser geschäftsführender Bundesparteiobmann bei seinem Amtsantritt in sein Programm die Hilfe für den kleinen Mann aufgenommen hat. Wir konnten auch mit Dank feststellen, dass er diesem Programm treu geblieben ist und schon viele gesetzgeberische Massnahmen getroffen hat, um dem kleinen Mann auch wirklich zu helfen. Gerade wir Frauen aus unserer Österreichischen Volkspartei möchten aber unseren geschäftsführenden Bundesparteiobmann auf eine Sache aufmerksam machen, die diesem Programmpunkt der Hilfe für den kleinen Mann entspricht.

In ganz Österreich ist in allen Landesregierungen der Bundesländer das Referat der Fürsorge nicht in der Hand der Österreichischen Volkspartei. Vergessen wir nicht, dass die Fürsorge, die Sorge um den notleidenden kleinen Mann, um die vielen tausende und hunderttausende Notleidende unserer Bevölkerung, die offizielle Sorge um diese Menschen, ein Programmpunkt unserer Partei sein muss. Vergessen wir auch nicht, dass es unserer Weltanschauung entspricht, den Notleidenden zu helfen. Ich glaube auch, dass wir schon vom propagandistischen und wahltechnischen Gesichtspunkt aus dieses wichtige Gebiet nicht jenen überlassen sollen , die weltanschaulich nicht in diesem Programmpunkt verankert sind. Darum appellieren gerade wir Frauen an alle Landesregierungen, an die Bundesparteileitung und an den geschäftsführenden Bundesparteiobmann, unseren Herrn Minister Raab, bei einer kommenden Wahl

die Fürsorgereferate, das Gesundheitswesen und auch ein grosses Mitspracherecht im Sozialministerium für unsere Partei sicherzustellen. (Beifall.)

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. G r u b e r : Hoher Bundesparteitag! Der Appell des Herrn Staatssekretärs Graf, aber auch gewisse Vorgänge in der Öffentlichkeit veranlassen mich, eine grundsätzliche Frage, die unsere Aussenpolitik, aber, wie ich glaube, auch die Gesamtpolitik unserer Regierung betrifft, heute sofort von diesem Podium aus zu klären.

Es ist keine Frage, dass der Kommunismus in Österreich auf einem Doppelgeleise fährt. Er wird in seiner offiziellen Propaganda in seiner Zeitung unterstützt durch die Propaganda des offiziellen Blattes der Sowjetunion, der "Österreichischen Zeitung". Daneben gibt es aber auch die geheime Gesellschaft der Schrottschieber, die mit Gerüchten arbeitet und in der Öffentlichkeit alle möglichen Vorschläge lanciert. Einer dieser ist ein gewisser Vorwurf, als ob die offizielle österreichische Aussenpolitik nicht eine solche der Balance , nicht eine solche wäre, die der Mittelstellung Österreichs angemessen wäre. Wir haben alle Ursache, bei diesen Gerüchtewellen vorsichtig zu sein. Denn es wäre kein Wunder, wenn einige Menschen in der Ostzone, die diesen so schweren Druck auszuhalten haben und ihm so tapfer widerstehen, zu zweifeln beginnen würden, ob nicht einiges an dieser Interpretation unserer Politik dran ist.

Lassen Sie mich deshalb Ihnen in aller Offenheit das Problem der österreichischen Politik, das Problem der Balanc in unserem Staate vor Augen führen. Die Balance einer Politi besteht nicht in Reden, die geführt werden, und nicht in Verbeugungen nach dieser oder jener Seite, sondern in den ko kreten Aktionen und in den konkreten Interessen, die die ein zelnen Mächtegruppen in Österreich verwirklichen können. Wie aber die Lage Österreichs im Kalten Krieg? Es ist heute so, unzweifelhaft von der Position in Österreich der Osten der Hauptprofiteur ist. Betrachten Sie einmal die Lage, wie sie sich entwickelt hat! Das Wirtschaftspotential der Ostzone wi durch die USIA weitgehend ausgeschöpft. Es wird aber auch au geschöpft durch weitgehende Lieferungen von Rohstoffen aus d anderen Zonen Österreichs und auch aus dem Ausland. Daneben hat die Sowjetunion einen weiteren Hauptvorteil ihrer Stellu in Österreich darin, dass sie verhindert, dass die österrei-chische Regierung freie Hand bekommt, eine selbständige öste reichische Wehrmacht aufzustellen. Diese beiden grossen Ziel Schaffung eines militärischen Vakuums in unserem Lande, das ausschliesslich dem Osten zugute kommt, und die wirtschaft-liche Exploitation der Ostzone, sind die Unterlage der Inter-essen der Sowjetunion an einem Status quo in Österreich.

Ich habe daher immer zu jenen gehört, die gesagt haben, dass das ganze Gefasel von einer Spaltung Österreichs Unsinn ist. Warum sollte die Sowjetunion eine Stellung aufgeben, die ihr so viel einbringt, zugunsten einer anderen, die ihr nur sehr wenig bringen kann, aber sie dem Risiko einer Verschärfu der internationalen Lage aussetzt? Ich sage Ihnen das deshalb heute in aller Offenheit, weil wir deutlich erkennen müssen, dass unsere Aufgabe in der Erhaltung dieser Balance liegt,

weil die österreichische Regierung, die Regierung Figl und die österreichische Aussenpolitik es unternehmen mussten, den Westen zu überzeugen, dass im Interesse Österreichs, im Interesse der Einheit, im Interesse der Zukunft Europas diese Opfer trotzdem gebracht werden mussten. Meine verehrten Parteifreunde! Es gibt auch im Westen nicht wenige, die der Meinung sind, eine solche Politik sei vom Standpunkt der westlichen Interessen leichtfertig und sentimental. Wenn wir trotzdem die Hilfe Österreichs auch für die USIA-Betriebe, so paradox es klingen mag, erhalten haben und so die einheitliche Stellung gesichert haben, so war dies eine mühevolle Aufgabe der gesamten österreichischen Regierung, die vor allem im Westen durchgeführt werden musste.

Ich weiss sehr wohl, dass es manche Leute gibt, die sagen: Ja, warum fahren Sie denn nicht nach Moskau und warum bringen Sie dort nicht das und jenes vor? Warum versuchen Sie nicht auf diese Art und Weise die politische Stellung Österreichs zu stärken und zu fördern? Darauf sage ich: Weil angesichts des Profites der derzeitigen innerösterreichischen Lage für die Sowjetunion unsere Aufgabe in der Verteidigung des Staates im Westen liegt, dem wir immer wieder begreiflichx machen müssen, dass trotz dieser Opfer und trotz dieser Nachteile für ein geeundes und freies Europa sowie für unsere Zukunft diese Politik vertreten werden muss.

Ich sage Ihnen das auch noch aus einem weiteren Grund. Wir haben durch unsere Politik das Vertrauen der freien Welt errungen. Es manifestiert sich auch in einer Hilfe, über die der Herr Bundeskanzler schon gesprochen hat. Aber wiegen Sie sich ja nicht in der Illusion, dass irgendeine österreichische Regierung, die massgeblich von der Volkspartei gebildet ist,

sich jemals das Vertrauen des Ostens erwerben wird können. Denn das sage mich Ihnen voraus: Niemals werden wir so weit nach linke marschieren können, dass wir die Toleranz dieser Herren finden werden, weil dann auch ein zweifelnder Westen die Hilfe für unser Land einstellen würde. (Zustimmung.

Und denken wir, Parteifreunde, auch an den Abwehrkampf. Ich will ihn nicht dramatisieren, weil Sie selbst als massgebliche Träger ihn besser kennen als jeder andere. Denken Sie auch daran, dass man die öffentliche Meinung des Landes nicht wie ein Automobil auf der Landstrasse hin- und hersteuern kann. Wenn einmal die Bevölkerung Zweifel an dem klaren Kurs dieser Regierung haben sollte, dann werden Sie es erleben, wie in der ganzen Stufenleiter der Sektionschefs, Ministerialräte usw. bis zum letzten Diener der Geist der Rückversicherung Platz greifen wird. (Neuerliche Zustimmung.)

Dann würden Sie erst sehen, wie uns die Ostzone Österreichs durch eine kalte Sowjetisierung aus der Hand genommen werden würde.

Deshalb sage ich Ihnen heute das eines, gerade im Interesse dieser Menschen - und wir können wahrhaftig sagen, dass die Einheit dieses Landes die Grundlage unserer Politik war -, dass wir mit allen Fasern unseres Herzens diese Einheit gegen alle Widerstände verteidigt haben. In Eurem Interesse, in Eurem wohlverstandenen Interesse, muss diese klare Politik fortgesetzt werden.

Und zum Schlusse, Freunde, noch eines: Es war das Mandat des Volkes, das wir erhalten haben, das, was die Bevölkerung von uns erwartet. Nur dann, wenn wir getreu diesem Mandat unsere Politik durchführen, können wir sicher sein, dass wir die führende, die massgebende Partei in diesem Lande bleiben werden. (Lebhafter Beifall.)

F i n d e r (stellvertretender Landesjugendführer von Niederösterreich): Hoher Bundesparteitag! Mit Interesse haben die Vertreter der jungen Akademikerschaft die Bewertung, ~~die Bedeutung~~ der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie durch den Bundesparteitag vernommen. Wir vermissen aber bis jetzt jede Stellungnahme zu konkreten Massnahmen oder Plänen, welche man zu ergreifen gedenkt, um die unerträgliche Situation der geistigen Arbeiter, unserer Akademiker und unserer Intelligenz zu erleichtern.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir an den Herrn Finanzminister und an den Herrn Unterrichtsminister folgende Anfrage zu richten: Welche Massnahmen gedenkt man zu ergreifen, um die bisherige Unterbewertung der österreichischen Wissenschaft und ihrer Vertreter zu beseitigen? Insbesondere, welche Schritte gedenkt man zu ergreifen, um eine Förderung des akademischen

Nachwuchses, dessen Gewinnung für die Österreichische Volkspartei lebenswichtig ist, im Rahmen des finanziell Möglichen durchzuführen? Ferner möchte ich fragen, ob der Herr Finanzminister der Meinung ist, dass eine Gebührenerhöhung an den österreichischen Hochschulen auf Kosten der Studenten unabwendbar ist oder ob er die notwendigen Mittel für diese Gebührenerhöhung aus dem Staatshaushalt bereitstellen kann. (Beifall.)

Landeshauptmann K r a i n e r : Wenn wir die Zusammensetzung dieses Bundesparteitages betrachten, kommen wir zu der Feststellung, dass er sich in seiner Mehrheit aus den Bundesländern zusammensetzt. Ich glaube daraus ableiten zu dürfen, dass wir ein wenig an die Vergangenheit denken sollen. Es hat einmal Kronländer gegeben, und es wurde stets darauf Bedacht genommen, dass in dem einen Land oder in der einen oder anderen Hauptstadt dieser Kronländer Gymnasien, Hochschulen, Opern oder Theater errichtet wurden. Mit einem Worte, man hat versucht, auszuwägen, wem man gibt. Wir müssen leider zu der betrüblichen Feststellung kommen, dass man diesem Auswägen, dem man zu geben hat, wem der Bund zu geben hat, vielleicht nicht mehr jene Aufmerksamkeit zuwendet, wie das einmal in diesen Ländern üblich war. Ich sage das deshalb, um die hochgeschätzte Bundesregierung aufmerksam zu machen und sie zu bitten, wenn sie zu vergeben hat, nicht darauf zu vergessen, dass in diesem Lande Bundesländer existieren und dass diese bedacht sein wollen. Ich will gar nicht davon sprechen, dass es die Gesetzgebung seit 1945 gerne darauf angelegt hat, die Kompetenzen der Länder zu beschränken.

Ich rede stets einem gesunden Föderalismus das Wort. Ich will keinem Partikularismus das Wort reden. Ich glaube aber, dass in einer ausgeglichenen, ausgewogenen Politik in diesem Lande auch die föderalistischen Interessen ihre Berücksichtigung finden müssen. Ich bin überzeugt, wenn man mit Ernst an eine Verwaltungsreform herangeht, dann wird man sehen, dass die Länder verschiedene Aufgaben billiger und/auch vielleicht ausgewogener und sicherer lösen können.

Ich möchte den Hohen Bundesparteitag noch auf eines aufmerksam machen. Wir sind von den Sozialisten seit Jahr und Tag als die Partei der Schieber und Korruptionisten bezeichnet worden. Systematisch wird versucht , die Politik unserer Partei zu diffamieren und sie in den Augen der Wähler herabzusetzen. Aber nicht nur die Sozialisten, auch die unpolitischen und überparteilichen Menschen in diesem Lande, die sich so viel dünken, sprechen immer wieder Verdächtigungen aus. Ich glaube, dass der Hohe Bundesparteitag in der Richtung zu klaren Beschlüssen kommen müsste. Ich bin der Meinung, dass ausgesprochen werden soll, dass die Parteileitungen der Länder und der Bezirke und die Ortsparteileitungen ihr Augenmerk dieser hässlichen Propaganda gegen uns zuwenden sollen, und dass der Bundesparteitag die Parteiinstanzen beauftragen soll, dafür zu sorgen, dass, sobald solche Gerüchte auftauchen, sofort die Untersuchungen eingeleitet werden. Wenn sich irgendeine Schuld herausstellt, ist der sofortige Ausschluss solcher Personen, ob sie nun Korruptionisten oder Schieber sein sollten, zu bewerkstelligen. (Beifall.) Ich halte es für dringend notwendig, sobald die Absicht zu bemerken ist, uns zu verdächtigen, dieser Absicht entsprechend entgegenzuwirken und aktiv dagegen aufzutreten.

Ich glaube, dass wir mit den Berichten und Referaten des Herrn Kanzlers, seiner Minister und des Generalsekretärs zufrieden sein können. Uns sind ~~zwai~~ Wege gezeigt worden, denen wir gerne folgen wollen. Es ist sicher nicht alles gesagt worden, weil es nicht gesagt werden kann. Ein Redner hat schon mit Recht erklärt, es kommt nicht nur auf das Reden an. Ich glaube aber, dass uns der Bundesparteitag und die gehaltenen Referate neuen Auftrieb und neue Hoffnung geben. Ich glaube, dass die Männer, die uns zu führen haben, ~~Dinge~~ Wege aufgezeigt haben, die uns auch zum Ziele führen werden. An unserem Vertrauen soll es nicht fehlen! Wir wollen alles einsetzen, damit die Österreichische Volkspartei und damit Österreich vorwärts und aufwärts kommt. (Beifall.)

Dr. Huber: Hoher Bundesparteitag! Liebe Kameraden! In der politischen Optik der Österreidhischen Volkspartei hat wohl dieser Bundesparteitag die Aufgabe, eine Konsolidierung eines Abschnittes der Entwicklung zu beschliessen. Wir können mit Genugtuung feststellen, dass diejenigen Männer, die nunmehr in das Regierungsschiff hineingenommen worden sind, anerkannte Persönlichkeiten darstellen. Ich glaube dies deshalb unterstreichen zu müssen, weil es heute üblich geworden ist - leider Gottes auch vielfach in unseren Kreisen -, Persönlichkeiten, die im Einsatz des öffentlichen Lebens stehen, von vornherein zu bagatellisieren und geringschätzig zu beurteilen. Und darum müssen wir sagen und es auch in die Öffentlichkeit hinaustragen, dass die Männer, die berufen worden sind, in das Regierungsschiff zu steigen, Persönlichkeiten sind, denen wir mit gutem Gewissen die Aufgabe, die der Parteitag und die Parteileitung gestellt hat, anvertrauen können.

Die Entwicklung, die hinter uns liegt, sagt uns: Wir haben Positionen zu halten. Aber ich meine noch mehr: Wir haben Positionen ~~xxxxxxxxxxx~~ im politischen und wirtschaftlichen Sektor nicht nur zu halten, sondern wir haben auch Positionen zu erobern. (Beifall.) Wenn die Österreichische Volkspartei, so wie wir es hoffen und wollen, die Partei auch der gestaltenden Zukunft ist, dann müssen ~~wir~~ auch wir diesen Geist in uns selbst aufnehmen und ihn hinaustragen zu Menschen, die heute vielfach zu Zweiflern geworden sind. Seien wir uns doch ehrlich: In unseren Kreisen stehen viele an der Türe, um das Gefüge, um den organisatorischen Rahmen der Partei zu verlassen. Es sind viele, die zweifelnd und schwankend geworden sind. Gerade diesen Schichten müssen wir sagen:

Bleibt bei uns! Wir haben einen neuen Weg! Wir haben nun wieder neue Männer in die Regierung hineingestellt, die unser Vertrauen haben. Und ihr könnt Vertrauen haben zur Österreichischen Volkspartei!

Wenn wir diese Zielsetzung richtig in uns aufnehmen, dann muss auch wirklich der Mandatar und Funktionär der Partei, dann muss jeder von uns Fürsprecher und Vertreter der Belange der breiten Schichten des Volkes sein, wie es einer Volkspartei oder einer Volksbewegung entspricht.

Und da möchte ich einen Gedanken bewusst voranstellen: Der Marxismus erkennt nunmehr, dass gerade wir, die Volkspartei, gerade auf einem Gebiete, gerade auf dem Sektor der Wohnraumbeschaffung besonders verankert sind. Darum ist er auch hier zu Angriffen gegen die Volkspartei angetreten. Ich erinnere an die Angriffe gegen die Verwirklichung des Wohnungseigentums, ich erinnere daran, dass uns überall, wo wir die Eigenheimbewegung in den Bundesländern durchsetzen, der organisierte Widerstand des Marxismus entgegentritt. Da möchte ich euch bitten, wo wir von diesem Parteitag mit tragenden Zukunftsparolen hinaustreten, dass sich die Mandatare der Volkspartei für die Belange der Wohnraumbeschaffung einsetzen.

Unser Staatssekretär und Freund Graf hat heute richtig die grosse Parole aufgezeigt: Kampf gegen das Kollektiv! Kampf gegen den Kommunismus! Wie können wir diesen Kampf wirksamer führen als dadurch, dass wir dort bauen, wo Not ist an Wohnraum?

Der Herr Finanzminister - ich glaube ihn richtig verstanden zu haben - hat bei seinen angekündigten Kürzungs- und Ersparungsmassnahmen auch den Bau von Häusern angedeutet.

Ich glaube, das kann sich nicht auf die Eigenheime und den Wohnbauten, die wir für den kleinen Mann schaffen, beziehen. Ich möchte den Herrn Finanzminister bitten, dass hier auch ein gemeinsames wirtschaftliches Konzept für dieses Aufgabengebiet geschaffen wird.

Der Kampf gegen das Kollektiv, der Kampf um die Gesunderhaltung der Menschen in unserem Lande ist abgesteckt durch den Rahmen der Wohnraumbeschaffung, und zwar bewusst auf das Wohnen in Eigenheimen. Wir wollen keine Zinskasernen, sondern Wohnungseigentum, um den freien Menschen und auch die Familie zu erhalten. (Lebhafter Beifall.) Dabei ist es gleichgültig, ob dies heute eine Arbeiterwohnung oder ob dies ein Eigenheim für den Landarbeiter ist; auch dort haben wir uns einzusetzen, um Positionen zu halten und auszubauen. Wir müssen die ganze Kraft der Partei zusammenfassen, um hier etwas zu tun.

Und hiezu ein Rezept, Freunde: Programme? Ja! Grundsätze? Ja! Aber das Erste ist der lebendige Mensch, die Begeisterung, die diese Ideen v rwirklichen muss! Und darum möchte ich bitten: Bauen wir jeder in uns ab diese innere "Miesepsüchtigkeit", bauen wir diesen Nihilismus ab, der sehr bedeutend auch in unseren Reihen zu finden ist!

Schaffen wir wieder die Begeisterung für die Ideen der Österreichischen Volkspartei! Schaffen wir wieder Ansätze, dass wir noch die Kraft haben, trotz der Ungunst der Verhältnisse die Interessen der breiten Massen unserer Bevölkerung wirksam zu vertreten!

Es hat einmal ein Menschenführer aus dem religiösen Sektor das Wort geprägt: Tut etwas! Ich glaube, Freunde, das Programm unseres Parteitages soll sein für die nächste Zukunft: Tut etwas! (Lebhafter Beifall.)

K a s p a r (Niederösterreich): Hoher Bundesparteitag! Als kleiner Funktionär der ÖVP und vielleicht auch namens unzähliger kleiner Funktionäre möchte ich den Anlass des ausserordentlichen Bundesparteitages nicht vorbeigehen lassen, ohne zu sagen, dass es gerade wir, die kleinen Funktionäre draussen, sind, die in der vordersten Front der politischen Kampfarbeit stehen, um den Druck des politischen Gegners in der ersten Linie abzufangen, abzuwehren und ihm entsprechend entgegenzutreten.

Aus den Referaten und aus den Berichten haben wir richtungweisend für die Zukunft, für die nächsten Monate zumindest, von grossen Wirtschaftskonzepten gehört, von allen diesen Dingen, die uns gemeinsam bedrücken, weil sie unsere Existenz und unser Leben, nicht nur des einzelnen , sondern unseres ganzen Volkes bedeuten. Wir haben dabei etwas über die Wirtschaft, über die Landwirtschaft gehört, und ich möchte nun hier vom Standpunkt des kleinen Mannes, des Kleinsten, des Arbeiters und Angestellten aus, zu dieser Konzeption auch etwas sagen.

Wir erwarten uns, dass dieses künftige Konzept die gesunde Wirtschaft und damit unsere eigene Existenz garantiert und sichert. Wir erwarten uns aber als politische Partei, als Volks

partei auch etwas sehr Wesentliches, und zwar den Schlüsselpunkt in der politischen Arbeit innerhalb der Arbeiterschaft, nämlich dass man einer Personalpolitik, und zwar eine richtige Personalpolitik macht, damit unsere kleinen Leute das Vertrauen zu uns haben und, soferne sie es noch nicht haben sollten, gewinnen, oder, falls sie bedroht waren, es zu verlieren, es behalten; denn eine richtige Personalpolitik ist einzig und allein die Schlüsselstellung gerade des Bundes innerhalb unserer Partei, der die kleinen Leute umfasst, des Arbeiter- und Angestelltenbundes in der Partei.

Unter richtiger Personalpolitik verstehen wir in erster Linie die Abwehr der Monopolstellung der Sozialisten, auf diesem Gebiete, und zwar allerorts, nicht nur in den verstaatlichten Betrieben, sondern auch insbesondere in der privaten Wirtschaft, dort wo unsere eigenen Unternehmer die Herren sind. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf in diesem Zusammenhang auch bitten, dass uns hier die Parteifreunde des Wirtschaftsbundes die Unterstützung angedeihen lassen, die wir notwendig haben, um die politische Arbeit auch in den Betrieben vorwärts zu bringen. Unsere Arbeit bei den kleinen Leuten, beim Arbeiter, beim Angestellten und beim Beamten ist immer Parteiarbeit; sie kann nichts anderes sein; denn den Leuten, die wir für uns gewinnen wollen, können wir keine grossen materiellen Versprechungen machen. Wir verlangen von ihnen, dass sie sich bekennen, und zwar bekennen zum österreichischen Gedanken und zu den programmatischen Grundsätzen der Österreichischen Volkspartei.

Mehr können wir ihnen nicht bieten. Ich bitte daher namens unserer kleinen Leute die Angehörigen und Parteifreunde des Wirtschaftsbundes, uns hier weitestgehend zu unterstützen. Ich bitte, auch darauf Bedacht zu nehmen, dass die Betriebsratswahlen, die noch immer im Gange sind, vielfach ein anderes Resultat zeigten, wenn etwas mehr Verständnis und Unterstützung Platz gegriffen hätte. Es ist ein schwerer Kampf. Man hat ihn uns aufgezwungen, denn die Sozialisten haben uns dadurch, dass sie die Betriebsratswahlen für politische Wahlen erklärt haben, gezwungen, auch in den Betrieben das politische Glaubensbekenntnis abzulegen.

Wenn ich nun angesichts des Hohen Parteitages diese Bitte vorgebracht habe, möchte ich nicht schliessen, ohne auf das Referat unseres Generalsekretärs Dr.Maleta zurückzukommen und ohne ihm hier namens der unzähligen kleinen Vertrauensmänner unserer Partei für seine unendliche Arbeit Dank zu sagen, die er hier als Generalsekretär der Partei, allen diesen Ausgleichen dienend, Tag und Nacht gemacht hat. Wir brauchen ihn nur anzusehen und uns vorzustellen, wie er vor zwei Jahren ausgeschaut hat und wie er heute aussieht. Wir wissen, was er geleistet hat, und dafür sei ihm herzlicher Dank gesagt. (Beifall.)

Minister a.D.Dr. H u r d e s (mit lebhaftem Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Die Auswechslung einzelner Mitglieder der Bundesregierung wird in der Öffentlichkeit vor allem damit begründet, dass es notwendig war, die wirtschaftliche Position innerhalb der Bundesregierung zu festigen. Diese

Formulierung beinhaltet eine Gefahr, nämlich die, dass man in der breitesten Öffentlichkeit der Auffassung sein könnte, dass nunmehr die Österreichische Volkspartei ihr kulturpolitisches Programm etwas in den Hintergrund stellt. Demgegenüber halte ich es für notwendig, dass der Parteitag deutlich unterstreicht: Die Österreichische Volkspartei wird sich nach wie vor und vielleicht nunmehr stärker als bisher bemühen, auf wirtschaftlichem Gebiet den Grundsatz der Freiheit gegenüber allen kollektivistischen Bemühungen von anderer Seite durch zusetzen. Mit aller Eindeutigkeit soll aber festgestellt werden, dass die Österreichische Volkspartei nach wie vor auch in diesem Lande die Vorkämpferin für die Freiheit auf dem Gebiete des Geistes sein wird.

Vor allem scheint es mir notwendig, dass wir nach wie vor betonen, dass die Freiheit auch als Gewissensfreiheit in unserer Republik anerkannt werden muss, d.h.,dass wir nach wie vor als Gesamtpartei geschlossen hinter den kulturpolitischen Forderungen stehen, die vor allem die Freiheit auf dem Gebiete der Eheschliessung bedeuten. (Beifall.)

Es ist wohl unverständlich, dass es bisher trotz aller Bemühungen noch nicht gelungen ist, durchzusetzen, dass die fakultative Eheschliessung bei uns in Österreich anerkannt wird.

Ähnliches gilt auch für das Gebiet der Schule. Die Österreichische Volkspartei muss und wird nach wie vor für die Freiheit auch auf dem Gebiete der Schule eintreten, vor allem in der Form der Anerkennung des Elternrechtes. (Beifall.) Es scheint mir zur Vermeidung von Missverständnissen doch notwendig, zu betonen, dass die Österreichische Volkspartei nach wie vor auf dem Standpunkt steht, dass die Eltern, die ihre Kinder in Schulen schicken wollen, wo das Weltanschauliche mehr berücksichtigt wird als in den Staatsschulen, dafür nicht bestraft werden dürfen, sondern dass vielmehr endlich erreicht wird, dass durch eine entsprechende Subventionierung unserer Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht auch auf diesem Gebiete der Grundsatz der Freiheit endlich zum Durchbruch kommt. (Lebhafter Beifall.)

Es scheint mir auch notwendig, gegenüber dem starken Herausstreichen des wirtschaftlichen Kurses zu betonen, dass die Österreichische Volkspartei - und welche andere Partei sollte es denn sonst! - nach wie vor dafür eintreten wird, dass die geistige Arbeit entsprechend gewürdigt wird. Es wird notwendig sein, eine stärkere wirtschaftliche Förderung aller auf dem kulturellen Gebiet Tätigen durchzusetzen: unserer Wissenschaftler, unserer Künstler. Sie wissen, vor welchen Schwierigkeiten wir hier stehen.

Wir haben heute in einem sehr anschaulichen Referat des Herrn Bundesministers für Finanzen von

Ersparungen gehört. Wir haben immer eine Politik gemacht, die die Notwendigkeiten anerkennt. Ich möchte aber doch hier an den neuen Herrn Bundesminister für Finanzen ein deutliches Wort richten: Gerade bei den geistigen Arbeitern wurde in Österreich immer sehr gespart! Und wenn man jetzt mit Ersparungen kommt, soll man doch um Gottes willen nicht am Ende hier anfangen! (Lebhafter Beifall.)

Ähnliches gilt auf dem Gebiet der Familienpolitik. Auch hier hat unsere Österreichische Volkspartei ein grosses Aktivum zu buchen. Ihrer Politik ist es gelungen, endlich die Kinderbeihilfen durchzusetzen. Aber ich glaube, dass es nach wie vor notwendig wäre, eine viel familienfreundlichere Bevölkerungspolitik durchzusetzen. Ich meine damit Unterstützung und Förderung der kinderreichen Familien, weitere Steuerbegünstigungen für kinderreiche Familien, Studienstipendien für Kinder aus kinderreichen Familien und besondere Förderung der kinderreichen Familien bei der Wohnungs- und Siedlungspolitik. Auch hier, glaube ich, wäre der letzte Platz, wo man sparen könnte.

Es ist in den letzten Tagen da und dort das Wort gefallen von dem "Primat der Wirtschaft". Wir wissen, welche Bedeutung die Wirtschaft hat. Aber ich muss Ihnen offen sagen: Ich höre nicht gern das Wort vom Primat der Wirtschaft, ebenso wie ich nicht gerne höre das Wort vom Primat der Politik. Verehrteste! Die Wirtschaft und die Politik haben nur dienende Funktionen. Beide sind da, den Menschen in unserem Volk und in unserem Staat zu dienen. Ich glaube, dass unsere Politik

des Solidarismus und unsere Politik einer Volkspartei einen anderen Grundsatz aufstellen muss: Nicht Primat der Wirtschaft, nicht Primat der Politik, sondern Primat des lebendigen Menschen in unserem Volke! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. G o r b a c h : Zum Wort gemeldet hat sich der Vertreter der Kameradschaft der politisch Verfolgten im Rahmen der ÖVP, Kittel.

K i t t e l (ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten): Hoher Bundesparteitag! Ich möchte mir vorerst erlauben, im Zusammenhang mit dem Referat des Herrn Finanzministers doch noch eine Anfrage dahingehend zu stellen, ob im Zusammenhang mit der Erwähnung des Baues von Bahnhöfen, Strassen, Schulen und Häusern als unproduktive Investitionen hier ernsthaft daran gedacht wird, besonders auf einem Gebiet, das uns alle sehr angeht, nämlich des Baues von Schulen, irgendwelche Einsparungen durchzuführen. Ich glaube nicht, dass das im engen Sinn gemeint war, würde es aber begrüssen, dass hier, bevor diese Dinge in die Öffentlichkeit gehen, eine Klarstellung eintritt und wir deutlich wissen, wohin die Vorschläge zielen.

Und nun, Hoher Bundesparteitag, möchte ich als Delegierter der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten hier eine Bitte an den Herrn Finanzminister aussprechen, aber gleichzeitig einige grundsätzliche Bemerkungen machen, die mir im Zusammenhang mit der Entwicklung im vergangenen Jahr als notwendig erscheinen.

Allzu leicht und allzu oft wird gerade uns politisch Verfolgten in der ÖVP-Kameradschaft der Vorwurf gemacht, dass wir allzusehr am Gestern hängen und dass wir vielfach in der NS-Frage und in anderen Fragen eine Politik betreiben, die nicht immer zu Gunsten und zum Wohle der Partei sei. Gerade in den letzten Tagen hat der "Unabhängige" versucht, wieder einmal, gerade vor dem Bundesparteitag, hier einen Gegensatz zwischen den Frontsoldaten und den ehemals politisch Verfolgten zu konstruieren.

Liebe Parteifreunde! Wir, die wir politische Verfolgung erlitten haben, wir haben auch Verständnis für jene, die nach 1945 genau so politische Verfolgung, mehr oder minder, erdulden mussten. Wer darüber etwas anderes behauptet, will bewusst hier

einen Gegensatz konstruieren, der nicht vorhanden ist und nicht vorhanden sein darf. Gerade im Hinblick auf die Ausführungen unseres Aussenministers Dr.Gruber, der auf die grosse Gefahr hingewiesen hat, glauben wir, dass wir es heute mehr denn je notwendig haben, alles, was das Gestern betrifft, zurückzustellen.

Ich darf hier erklären, dass wir als ehemals politisch Verfolgte den Tag und die Stunde begrüssen werden, da all die Fragen sowohl der NS-Gesetzgebung als auch der Wiedergutmachung an die ehemals politisch Verfolgten erledigt sind und wir nur mehr darnach urteilen, ob Österreicher oder nicht.

Gerade in diesem Sinne möchte ich an den Herrn Finanzminister die Bitte richten, dass die bereits begonnene Wiedergutmachung durch die Bereitstellung eines Betrages von 20 Millionen Schilling im laufenden Budget auch von ihm fortgesetzt werde und dass damit endlich ~~einmal~~ Unrecht, das einmal geschehen ist, aus der Welt geschafft werde. Wir wollen endlich davon abkommen, von Frontsoldaten und ehemaligen Nationalsozialisten, von KZ-lern und anderen zu sprechen. Wir wollen gemeinsam unserer österreichischen Idee dienen und als Österreicher in Hinkunft unserer Partei unsere ganze Arbeit widmen.

Nehmen Sie in diesem Sinne unsere Erklärung hin. Ich bitte den Herrn Finanzminister, in diesem Sinne auch unsere Wünsche zu berücksichtigen. Wir sind bereit, mit allen gemeinsam zu marschieren, die der österreichischen Idee dienen und nur ein Ziel haben: alles zu tun, um Frieden, Ordnung und Ruhe für Österreichs Zukunft zu sichern! (Lebhafter Beifall.)

LObm.Stv. NR. G r u b h o f e r : Hoher Bundesparteitag! Der Herr Staatssekretär Graf hat in seiner zündenden Rede ungefähr so gesprochen: Die ÖVP hat nur Bestand, wenn sie ihren Grundsätzen treu bleibt! Diese Grundsätze sind heute in den verschiedensten Referaten zum Ausdruck gekommen. Ich glaube aber, diese Grundsätze sind am klarsten im § 1 des Organisationsstatutes der Österreichischen Volkspartei zusammengefasst, und ich glaube, es ist notwendig, dass man das in jeder Versammlung und auch in der höchsten Versammlung der Österreichischen Volkspartei, dem Bundesparteitag, wieder klar zum Ausdruck bringt.

Im § 1 des Organisationsstatutes heisst es:

" Die Österreichische Volkspartei ist die politische Vereinigung aller vaterlandstreuen Österreicher, die auf Grund der christlich-abendländischen Kulturauffassung die programmatischen Leitsätze der Partei, insbesondere jene des Solidarismus und eines gesunden Föderalismus im Gegensatz zu klassenmässigen und zentralistischen Bestrebungen vertreten und bereit sind, diese Auffassung im Wege der Demokratie in einem freien und unabhängigen Österreich durchzusetzen."

Wir haben also die Leitsätze ganz klar und einfach vor uns: "Vaterlandstreue", "christlich-abendländische Kulturauffassung", "Solidarismus", "Föderalismus", "gegen Zentralismus", "gegen Kollektivismus".

Daraus folgere ich nun zwei Momente, das wirtschaftlich-soziale Moment und das politisch-ideologische Moment.

Wenn wir zuerst das wirtschaftlich-soziale Moment aus diesen Leitsätzen herauskristallisieren, haben wir zunächst

wieder den Föderalismus zu betrachteh. Ich getraue mir zu sagen, dass ich und mit mir sehr viele Freunde im Parlament immer und immer wieder in x-Debatten darüber gesprochen haben, wie es möglich wäre, Verwaltungsreform in Sinne des Föderalismus zu betreiben, und ich wage hier vor diesem Forum zu sagen, dass wir bisher nicht nur deshalb gescheitert sind, weil etwa diejenigen, die klassenmässig zentralistisch eingestellt sind, gegen uns sind oder nur deshalb, weil ausserordentliche Notmassnahmen in ausserordentlichen Zeiten diesen Zentralismus notwendig machen, sondern deshalb, weil in unseren eigenen Reihen immer und immer wieder Zentralismus praktiziert wird.

Ich möchte deshalb den Herrn Finanzminister, der in seinem Referat bewiesen hat, dass es ihm damit sehr ernst ist, bitten, dass er die Verwaltun sreform in dem Sinn in die Hand nimmt, dass endlich einmal an den Abbau der Bundesämter in den Ländern geschritten wird. (Beifall.) Diese Forderung haben wir x- und x-mal gestellt. Sie ist bisher leider Gottes nicht beachtet worden.

Ich möchte hinsichtlich des Solidarismus als Leitsatz der Partei bitten, dass man hier nicht nur beim Wort bleibt, bei diesem schönen Wort in unserem Programm, sondern dass wir das endlich in die Tat umsetzen . Solidarismus bedeutet auch Gleichstellung der Gesellschaft, Solidarismus heisst, auch dem anderen, dem Kleineren, das Wort gönnen. Da möchte ich die Herren Unternehmer, die Handelstreibenden, alle, die Wirtschaftstreibende sind, bitten: Lassen Sie nicht nur immer den Politiker Aufklärung betreiben, sondern gehen Sie als Unternehmer in Ihren eigenen Betrieb hinein, gehen Sie in eine Betriebsversammlung und legen Sie einmal alles dar, was Sie uns zu sagen haben, dann leisten Sie uns einen grossen Dienst. (Beifall.)

Ich möchte hinsichtlich des Solidarismus auch an den Herrn Finanzminister eine Bitte richten. Ich weiss schon, das ist nicht von heute auf morgen zu machen, und sein Programm erfordert immerhin eine gewisse Zeit, bis es durchgesetzt wird. Es ist aber notwendig, auch in dieses Programm den Solidarismus einzubauen.

Denn wir werden mit dem besten Programm scheitern, wenn wir nicht die breite Masse des arbeitenden Volkes teilnehmen lassen an der zu schaffenden Güterfülle. Wir wollen nicht nur Lohnempfänger, sondern endlich einmal auf irgendeine Art die Beteiligung dieser Menschen ins Leben rufen. Und das ist nicht lächerlich. Wir haben im Lande da und dort schon solche Beteiligungsverhältnisse, aber sie scheitern oder man befürchtet, sie nicht weiter entwickeln zu können, weil gewisse steuerliche Momente als Hindernisse bestehen. Da bitte ich den Herrn Finanzminister, diese Hindernisse aus der Welt zu schaffen.

Und nun kurz zum politisch-ideologischen Moment: Wir, die ~~sind jene Leute~~ wir uns in der ÖVP zusammenfinden, sind jene Leute, die vaterlandstreue Menschen sind. Wir dürfen uns aber nicht nur darauf beschränken, dass wir jene sind, die das Vaterland lieben, sondern wir müssen das Wort auch umdrehen und sagen: Allen, die das Vaterland hassen, allen, die Gegner des Vaterlandes sind, denen müssen wir den offenen Kampf ansagen! Und solche gibt es, meine sehr geschätzten Parteifreunde! Wir haben in der Vergangenheit auch als Volkspartei zu sehr um jene Kreise gebuhlt, die zwar weitgehende Unterstützung und Marshall-Hilfe bekommen haben, die aber das Vaterland nie geliebt haben und die das Vaterland auch in Zukunft nie lieben werden. (Zustimmung.) Wir haben Personen die Staatsbürgerschaft verschafft, die dafür keinen Dank wussten. Obwohl es im Staatsbürgerschaftsgesetz heisst, dass ein solcher Bewerber um die Staatsbürgerschaft zu geloben hat, dass er der Republik Österreich treu dienen wird, hat er es bisher nie bewiesen. Er schimpft über diese Republik, er schimpft über dieses Vaterland, er bezweifelt täglich die

Bestandfähigkeit dieses Vaterlandes und ist ein Körper in diesem Vaterland, der nur schädlich für den Bestand des so geliebten Österreich wirkt.

Und da möchte ich um Ihre Mithilfe bitten. Ich habe in der Budgetdebatte darüber gesprochen, und ich möchte mich zu einem Initiativantrag aufraffen, zu dem ich Sie bitte, mir zu sagen, was Sie darüber denken. In unserem Staatsbürgerschaftsgesetz ist eine Lücke. Es fehlt eine Bestimmung, dass jenen Leuten, die offensichtlich Gegner des Vaterlandes sind, die Vaterlandstreue nicht an den Tag legen, die österreichische Staatsbürgerschaft wieder aberkannt werden kann. (Lebhafter Beifall.) Wir haben alle die Aufgabe, nicht nur alle vaterlandstreuen Kräfte zusammenzufassen, sondern auch jedem, der gegen dieses Vaterland ist, den Kampf anzusagen - für Österreich! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. G o r b a c h : Zum Wort gelangt der Herr Landtagsabgeordnete Zach.

Prof.Z a c h (Niederösterreich): Meine sehr verehrten Frauen und Herren des Hohen Bundesparteitages! Propheten werde oft zuschanden. Wenn heute hier einige Sozialisten wären, so müssten sie schon vom ersten Tag dieses Parteitages mit nach Hause nehmen, dass sie schlechte Propheten waren. Denn es haben jetzt Regierungsmitglieder gesprochen, es haben Delegierte aus den verschiedensten Berufsständen gesprochen: sie haben markig, kernig gesprochen, aber alles das ist zusammengeklungen zu einem mächtigen Akkord: Wir bejahen, wir lieben dieses Österreich und sind bereit, dafür alles einzusetzen! (Lebhafter Beifall.)

Jetzt einige Worte zu den einzelnen Referaten. Der Herr Generalsekretär Dr. Maleta hat gesagt, es sollen die Debatten über die Rangstellung der Bünde, über die Rangstellung in der Partei endlich schweigen. Und er hat gesagt, diese Bestimmung steht in unserem Bundespartei-Organisationsstatut, seitdem dieses besteht, bereits drinnen. Wir haben in dieser Richtung einen mächtigen Schritt nach vorne getan, aber wir müssen noch den letzten tun. Gerade die Ausführungen der einzelnen Redner haben bewiesen, dass wir in der nächsten Zeit so viele Probleme zu lösen haben werden, deren Lösung keiner der Bünde einschliesslich Frauenbewegung und einschliesslich Jugendbewegung allein vollbringen kann, sondern eben nur die einheitliche festgefügte Österreichische Volkspartei. (Lebhafter Beifall.)

Und daher haben wir überall und immer, wo wir stehen, und seien es auch die kleinsten Versammlungen, unseren Standesinteressen den Parteistandpunkt voranzustellen. Denn nur so werden wir die Jugend ohne besondere Einladung in unsere Reihen bekommen. Unsere Jugend denkt noch nicht bundmässig oder berufsständisch, unsere Jugend denkt noch gottlob nur österreichisch. Auch die anderen werden wir nur rufen, wenn wir ihnen ein Kampfziel vor Augen führen Auch im politischen Leben gilt das Wort: Es ist leichter, ungestüme Geister zu zügeln, als Tote zu beflügeln! Der Steuermann oder der Mann, der auf dem Kutschbock der Partei sitzt, hat nicht nur die Kraft, sondern auch den eisernen Willen, die zu ungestümen Geister zu zügeln. Aber es muss mehr noch neben die straffe Organisation die freie Rede in unserer Partei kommen. Diese zwei Dinge gehören naturnotwendig zusammen.

Ein Wort zur Familienpolitik. Ich will nicht sagen, dass ich hier als Mitbetroffener spreche, weil sonst einige sagen würden: Der verdient es ja! Warum redet er davon ? Ich weiss aus eigener Erfahrung der Kriegszeit und Nachkriegszeit, welche unerhörte Last Familienväter mit vier und mehr Kindern zu tragen hatten; also nicht nur aus der jetzigen Zeit, sondern auch aus dieser Zeit heraus habe ich meine Erfahrungen geschöpft. Es ist niederschmetternd, wenn es in unserer Partei Hausherren gibt, die fragen, wie mich erst wieder einer in Wiener Neustadt gefragt hat. Dieser hat gefragt: Hat dieser gute Mann Kinder oder nicht? Ich habe wieder ihn gefragt: Warum stellst du diese Frage? Er war unklug genug, es zu sagen.

Meine lieben Frauen und Männer! Wehe uns, wenn wir es dulden, dass solche Fragen gestellt werden, weil es dann die Gegner nicht schwer haben, gegen uns Beweis zu führen.

Familienpolitik besteht auch darin, dass wir bei jedem Gesuch, über das wir zu entscheiden haben, zuerst schauen: Ist der Bewerber selber vielfacher Familienvater oder stammt der Gesuchsteller aus einer kinderreichen Familie? Wenn ja, hat unter sonst gleichen Voraussetzungen immer der Bewerber aus einer kinderreichen Familie den Vorzug zu haben. Ebenso ist es bei Ansuchen um Wohnbauförderung und irgendwelche andere Subventionen.

Ich schliesse gleich an: Ich glaube, wir müssen überhaupt, wenn jetzt schon gespart werden soll, die Subventionen auf ein Minimum herabdrücken und nur produktionsfördernde, aber rückfliessende zinsenlose Darlehen geben.

Dann noch etwas, meine sehr verehrten Frauen und Männer! Der Herr Finanzminister hat ganz richtig gesagt: Sparen! und hat einige Male vom psychologischen Momenten gesprochen. Das wichtigste psychologische Moment ist, dass diejenigen, die vom Sparen sprechen, mit bestem Beispiel voranschreiten. Die Leute glauben nur dann, wenn nicht Wasser gepredigt und Wein getrunken wird. Sie glauben auch nur dann ans Sparen, wenn alle, die es angeht, mit gutem Beispiel vorangehen.

Meine sehr verehrten Frauen und Männer des Hohen Bundesparteitages! Ich glaube, wir gehen von diesem Bundesparteitag mit einer Wärme, mit einer Begeisterung weg, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden die Sozialisten bald zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie sich zur Zeit des Sieges bei den Bundespräsidentenwahlen übersiegt haben. Das soll heissen, dass sie dieser Sieg in einen Taumel versetzt hat, aus dem sie aufwachen werden, wenn wir zu einer Entscheidung antreten. Das ist letzten Endes der Hauptzweck dieses ausserordentlichen Bundesparteitages, uns für diesen neuen Gang zu wappnen, alle Geister wachzurufen. Die Jugend an den Universitäten wird nur dann aus der Zurückhaltung heraustreten, wenn sie sieht: Die Alten wie die Jungen in der Österreichischen Volkspartei kämpfen für eine bessere Zeit und für eine Zeit der Freiheit. (Lebhafter Beifall.)

K u s s m a n n : Hoher Bundesparteitag! Eine Notiz in der Sozialistischen Zeitung, aus der hervorgeht, dass der Herr Justizminister den Auftrag gegeben hat, ihm alle Interventeure zu melden, die bei den verschiedenen Gerichten vorsprechen, zwingt mich, auch zu diesem Problem der Rechtszustände in Österreich zu sprechen.

Der Herr Justizminister will damit dartun, dass er in Österreich Recht gelten lassen und Intervention ausgeschaltet sehen will. Ich erlaube mir, daran zu erinnern, dass es die Sozialisten immer verstanden haben, dann, wenn Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof gegen sie entschieden, etwas

dagegen zu unternehmen. Dieselben Sozialisten haben eine lex Arbeiterkammer heraufbeschworen, dieselben Sozialisten haben heute eine lex Starhemberg heraufbeschworen, weil das Recht gegen sie war, weil der Verfassungsgerichtshof gegen sie entschieden hat.

Heute ist man schon wieder daran, eine neue lex zu bilden, und zwar eine lex KIBA. Hier geht es darum, die Bestimmungen und Entscheidungen des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofes durch eine neue lex KIBA, durch eine neue Wiener Kinogesetzgebung aus der Welt zu schaffen. Jenes Recht, das hier versprochen wird, das zu verteidigen die Sozialisten vorgeben, soll immer wieder durch nachträgliche Gesetzerhebungen aus der Welt geschafft werden.

Hoher Bundesparteitag! Das Volk draussen anerkennt die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes, des Verwaltungsgerichtshofes und des Obersten Gerichtshofes. Das Volk draussen versteht es aber nicht, dass die Sozialisten immer wieder versuchen, dort, wo solche Entscheidungen gegen sie fallen, diese nachträglich durch ein Gesetz aus der Welt zu schaffen. Es muss auch Aufgabe des heutigen Bundesparteitages sein, solche Gesetze in Zukunft zu verhindern, damit in Österreich Recht wieder Recht ist. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. G o r b a c h: Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlusswort hat der Herr Finanzminister.

Bundesminister für Finanzen Dr. K a m i t z : Hoher Bundesparteitag! Fürchten Sie nicht, dass ich jetzt eine zweite lange Rede halte. Aber ich fühle mich verpflichtet, auf einige Anwürfe bzw. Bemerkungen einzugehen.

Herr Professor Gschnitzer hat mit Recht auf einen Mangel in meiner Rede hingewiesen, nämlich auf das Nichtvorhandensein von Ausführungen betreffend die Landwirtschaft. Ich darf Sie hier aber bitten, mir zugute zu halten, dass ich über die hohe Bedeutung, die die Landwirtschaft volkswirtschaftlich, sozial und politisch in diesem Lande einnimmt, unterrichtet bin und dass ich das wohl in allen Entscheidungen berücksichtigen werde. Aber meine Rede hat sich hauptsächlich mit Grundsätzen eines Programms befasst, und ich glaube, dass diese Grundsätze ebenso gut wie auf die Bereiche, auf die ich sie beispielhaft angewendet habe, auch auf die Landwirtschaft anzuwenden sind. Wenn ich von staatlicher Ingerenz gesprochen habe - insbesondere auf dem Gebiete der Preise - und darauf hingewiesen habe, dass es hier ein Mitspracherecht und eine Einengung der wirtschaftlichen Freiheit gibt, so glaube ich, dass insbesondere die Angehörigen der Landwirtschaft gerade auf diesem Gebiet die bittersten Erfahrungen in den letzten Jahren gesammelt haben. Die Tatsache, dass sich die meisten landwirtschaftlichen Produkte heute noch in dem Preiskäfig befinden, ist letzten Endes der Anlass, dass es immer wieder zu Abgeltungen auf dem Lohn- und Preissektor kommt und dass genaue Berechnungen angestellt werden müssen, um zu erfahren, was resultiert, wenn die oder jene Subvention abgebaut wird. Ebenso ist die Zollpolitik für die Landwirtschaft von grossem Interesse.

Ich weiss, dass die Entwicklung der letzten Jahre auf den verschiedensten und insbesondere auf den wichtigsten Gebiete, wie Milch, Fleisch und Getreide, zu Konstruktionen geführt hat, die in dieser Form nicht immer die Zustimmung der landwirtschaftlichen Kreise als Dauerregelung finden, die aber unter dem Eindruck bestimmter Entwicklungen vielleicht jetzt als richtig empfunden wurden. Es wird zweckmässig sein, auch auf diesem Gebiet jene Grundsätze zur Anwendung zu bringen, die wir in der gesamten Wirtschaftspolitik angewendet wissen wollen.

Ich habe mich absichtlich mit Detailfragen, die für die Angehörigen der Landwirtschaft von besonderem Interesse sind, wie die Fragen der Pauschalierung, der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der Subventionen, in diesem Zusammenhang noch nicht auseinandergesetzt, weil ich im Begriffe bin, diese Fragen zu überprüfen, wobei in den nächsten Tagen bereits die Verhandlungen mit den Vertretern der Landwirtschaft über diesen Problemkreis eingeleitet werden.

Was die Bemerkungen des Herrn Ministers Altenburger über die Sozialpolitik betrifft, so möchte ich sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass ein Land ohne entsprechende Sozialpolitik heute nicht bestehen kann, wenn es verhindern will, dem Kollektivismus zum Opfer zu fallen. Aber wir müssen uns über eines klar sein: Sozialpolitik kann sich nur im Rahmen des wirtschaftlich Tragbaren bewegen! Alles, was darüber hinausgeht, ist Vortäuschung von falschen Tatsachen; es führt dazu, dass auf die Dauer die materiellen Grundlagen, aus denen die Sozialpolitik fliesst, selbst zerstört werden, dass die Wirtschaft ihre Konkurrenzfähigkeit verliert und dass letzten

Endes das Gesamtergebnis für alle ein geringeres wird. (Zustimmung.) Ich kann Sie versichern, dass im Rahmen des Möglichen mein Augenmerk auch diesem wichtigen Gebiet zugewendet sein wird.

Damit will ich überleiten zu den Ausführungen des Herrn Ministers Hurdes. Er hat vollkommen recht, wenn er darauf hinweist, dass der geistigen Entwicklung und der Förderung des geistigen Fortschritts viel zu-wenig Augenmerk geschenkt wird. Ich weiss aus meiner eigenen Erfahrung, was gerade Fehler auf diesem Gebiet für die Auffassung, die wir vertreten, an schweren Schäden nach sich gezogen haben. Gerade unser Ideengut kann nur fruchtbar gestaltet werden, wenn jene, die es vertreten, auch innerlich davon überzeugt sind, was sie vertreten; und das wird ihnen durch die Bildung vermittelt. Wenn ich daher von Ersparungsmassnahmen gesprochen habe, ~~xxxxx~~ muss ich wohl wiederholen: Es ist unerlässlich, dass die Ausgaben zurückgeschraubt werden, aber das heisst noch nicht, dass sie generell zurückgeschraubt werden. Wir werden uns über die zweckmässige Verteilung dieser Ausgaben noch zu unterhalten haben. Vielleicht wird es dann möglich sein, jene Zwecke in den Vordergrund zu stellen, von deren notwendigen und nützlichen Förderung wir überzeugt sind.

Damit will ich schliessen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. G o r b a c h : Hiemit ist die Debatte beendet.

Gestatten Sie mir noch ein Wort der Information für morgen.

Entsprechend dem Beschluss des Bundesparteitages vom heute morgen wurden von Seite der Bundesleitungen bzw. der Landesparteileitungen in den politischen Ausschuss zusätzlich zu den in den Mappen verzeichneten Mitgliedern folgende Delegierte namhaft gemacht:

Arbeiter- und Angestelltenbund: Präsident Ignaz Köck,
Hr.Kaspar,
Bauernbund: NR.Dipl.-Ing.Pius Fink,
NR. Franz Mayerhofer,
Wirtschaftsbund: Dr.Hofbauer,
LAbg.Stöffler,
Frauenbewegung: Dr.Elvira Keifl,
Fr.Edith Brier,
Jugendbewegung: Hr.Karl Haider,
LAbg. Franz Stangler,
Politisch Verfolgte: NR.Anton Prirsch,
Landessekretär Leinkauf.

Landesparteileitungen.

Burgenland:	Ing.Adolf Vogl, Bezirksobmann Kozmanek,
Niederösterreich:	LR.NR.Viktor Müllner, Direktor Eduard Straub,
Oberösterreich :	LR.Johann Blöchl, Abg. Hermann Kletzmayer,
Salzburg:	NR. Dr.Lujo Tončić, NR. Hermann Rainer,
Steiermark:	LR. Prirsch, Bezirksparteiobmann Dr.Rainer,
Kärnten:	LPO-Stellvertr.Dr.Steinacher, Hr. Metznitz,
Tirol:	Bürgermeister Dr.Franz Greiter, NR. Dr.Franz Gschnitzer,
Vorarlberg:	Ing.Kurt Gassner, Landesparteisekretär Josef Naumann,
Wien:	NR.Franz Prinke, Nr.Karl Lakowitsch.

Ich bringe dies dem Parteitag zur Kenntnis und bitte die genannten Delegierten, sich morgen um 9 Uhr pünktlich zur Sitzung des politischen Ausschusses einfinden zu wollen; desgleichen jene Mitglieder des politischen Ausschusses, deren Namen in den in den Mappen erliegenden Verzeichnis vorfindlich sind. Der politische Ausschuss tagt von 9 bis 11 Uhr. Das Plenum des Bundesparteitages tritt um 11 Uhr wieder zusammen. Ich bitte alle Delegierten, sich pünktlich um 10 Uhr 45 wieder im Saale einzufinden. Die Verhandlungen sind hiermit unterbrochen.

(Schluss der Sitzung: 18 Uhr 5 Minuten.)

Beginn der Verhandlungen des zweiten Tages
des ausserordentlichen Bundesparteitages:
11 Uhr 20 Minuten.

==========

Vorsitzender Lhptm. I l g: Hoher Bundesparteitag! Wir nehmen unsere Verhandlungen wieder auf. Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen, gebe ich Ihnen bekannt, dass auf den Tischen eine Broschüre: "Wirtschaft ohne Illusionen" aufgelegt ist, die den Delegierten zur Einsicht empfohlen wird.

Wir kommen nun zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Bericht des Politischen Ausschusses.

Der Politische Ausschuss hat unseren geschäftsführenden Bundesparteiobmann, Herrn Minister Raab, zum Berichterstatter bestellt. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Berichterstatter Min.a.D. NR. Ing. R a a b (mit Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Ich habe schon gestern in meinen einleitenden Ausführungen darauf verwiesen, dass dieser ausserordentliche Bundesparteitag auf Grund der Beschlüsse einberufen wurde, die Mitte Juni des vergangenen Jahres von der Bundesparteileitung, welche durch die Zuziehung des Nationalrats- und Bundesratsklubs erweitert worden ist, gefasst wurden.

Das Wahlresultat nach der Wahl des Bundespräsidenten hat innerhalb der Partei eine gewaltige Depression des Siegeswillens, des Vertrauens in die Partei zur Folge gehabt. Damals wurde der Wunsch geäussert und schliesslich auch zum Beschluss erhoben, Parteiführung und Regierungsämter zu trennen und alles zu tun, um den Kampfwillen der Partei zu stärken und zu vermehren, um die Partei wieder zu der österreichischen Partei, zu der Verantwortung tragenden grossen Österreichischen Volkspartei zu machen. In diesen Beschlüssen wurde damals der Wille zum Ausdruck gebracht, dass vor allem einmal von unten herauf, in den Bezirksorganisationen, Landesorganisationen und bei den Landesparteitagen die Stellungnahme der Partei revidiert, neu bezogen und gefestigt werden soll und dass dann als Abschluss dieses heutigen ausserordentlichen Bundesparteitages die Richtlinien und Ziele der Partei für die kommenden Zeiten festgelegt und beschlossen werden sollen.

Ich glaube, hier in diesem Kreise über die Bedeutung der Österreichischen Volkspartei zu sprechen, ist eine müssige Aufgabe. Wir wissen, dass diese Partei d i e österreichische Partei ist, dass sie in dem österreichischen Gedankengut wurzelt, auf der geistigen Einstellung des Österreichers, dass sie nicht eine Neuschöpfung des Jahres 1945 ist, sondern dass sie auf einer Tradition aufgebaut ist, die weit zurückgeht, in jene Zeit, in der Wien das Zentrum des grossen mitteleuropäischen Raumes war, in jene Zeit, als im alten Reichsrat die Probleme der konservativen Partei über Ebenhoch zu dem stürmischen Dr.Lueger an der Tagesordnung waren und alle österreichischen Kräfte damals in der Christlichsozialen Partei zusammengeschlossen wurden.

Unsere Partei ist eine Volkspartei. Wenn gestern in der Debatte die verschiedenen Sorgen der einzelnen Berufe und Stände hier vorgebracht wurden, so verweise ich darauf, dass diese Partei in ihrer geistigen Einstellung reicht vom Gebirsbauern droben - den Egger Lienz einmal gezeichnet hat, wie er durch die Tür in das Haus eintritt und die klobigen Fäuste in den Weihbrunnkessel senkt - bis in die Industrievorstädte, wo die Arbeiterfamilien und deren Kinder ihre religiöse Pflichten als Ministranten - auch aus dem sozialistischen Gemeindebau - erfüllen. Unsere Partei vertritt den Grundsatz, den Menschen zum wirklichen Menschen zu machen, und sie umfasst alle Gruppen, in den Kontors, in den Industrien, in den Werkstätten, sie umfasst Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sie umfasst alle, die Österreichs Gedankengut in sich aufgenommen haben.

Die Gründung der Partei im Jahre 1945 fusste daher auf einer alten Tradition, und man kann über die Partei urteilen, wie man will, man muss feststellen - und auch der Parteitag kann das mit Befriedigung feststellen - , dass die Partei in diesen schwierigen Jahren seit dem Jahre 1945 ihre Aufgabe erfüllt hat!

Ich möchte diese Sammlung der politischen Kräfte als einen Wellenbrecher darstellen, der mitten in den wogenden Zeiten des heutigen Geschehens steht als Abwehrblock gegen die stürmische See des Kommunismus, die alte österreichische Tradition aufrechtzuerhalten, ein Bollwerk zu sein für die europäische Kultur und für die menschliche Freiheit.

Das sind die unbezwingbaren Kräfte, die in dieser Partei stecken und die, mag kommen, was will, auch in der Zukunft uns immer die Stärke geben werden. Ihre Anwesenheit, verehrte Frauen und Herren, die Sie aus allen Bundesländern gekommen sind, um an diesem Parteitag teilzunehmen, zeigt von dem Interesse an dieser Partei, zeigt von Ihrer Aufgeschlossenheit, zeigt von Ihrer Bereitschaft, Ihre ganze Kraft in den Dienst unserer grossen und schönen Sache zu stellen.

Seit dem Juni des vorigen Jahres ist es jedenfalls gelungen, das Selbstbewusstsein dieser Partei wiederherzustellen und in weiten Kreisen des Parteiapparates und darüber hinaus in der Bevölkerung das Vertrauen zur Partei wieder zu festigen.

2/1130 Ha 1

Mag auch damals bei der Bundespräsidentenwahl die Sturzwelle des Marxismus über diesen österreichischen Wellenbrecher hinweggegangen sein, er steht heute noch fest; er muss feststehen, soll die Zukunft dieses österreichischen Landes gesichert und gefestigt werden.

Es ist daher meine Pflicht, eingangs darauf zu verweisen, dass wir den Männern in der Regierung, die seit dem Jahre 1945 unsere Ideen vertreten ~~haben~~ und die ~~die~~ grosse Verantwortung übernommen haben, dieses österreichische Vaterland aus den Fährnissen hinauszubringen, den Dank der Partei aussprechen (lebhafter Beifall), vor allem dem Herrn Bundeskanzler (neuerlicher lebhafter Beifall), dem wir es besonders danken, dass er durch sein unerschrockenes und immer bereites Eintreten gegenüber jenem Element, welches der Freiheit Österreichs am festesten entgegensteht, immer wieder wahren Mannesmut zum Schutze der unterdrückten Bevölkerung aufbringt. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind aber auch verpflichtet, allen seinen Mitarbeitern in der Regierung unseren Dank zu sagen. Wenn in der vergangenen Woche mehrere seiner Mitarbeiter aus der Regierung ausgeschieden sind, so danken wir ihnen für ihre Leistung. Wir wissen, dass sie nicht aus irgendwelchen diffamierenden Gründen ausgeschieden sind, sondern weil es Beschluss, weil es notwendig war, die Regierung umzugestalten, und weil die Partei die Kräfte dieser Männer in Zukunft auf anderen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Posten in Verwendung bringen will. Auch ihnen sei hier an diesem Parteitag der

Geschlossenheit und der Einheit der Partei der einheitliche Wille zum Ausdruck gebracht, dass wir ihre Leistungen und ihre Opfer für das Vaterland niemals vergessen werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Partei hat daher in Verfolg der Beschlüsse des Juni 1951 in den einzelnen Ländern draussen die Landesparteitage abgehalten. Bei diesen Landesparteitagen gab es natürlich je nach der Luft dieses Landes verschiedene Erörterungen und Meinungen (Heiterkeit) über die Partei, stärkere und sanftere Kritik über die Partei, aber trotz allen diesen Auffassungen ist eigentlich bei allen neun Landesparteitagen der Wille zum Ausdruck gekommen, dass die Partei nicht schwach und nicht kraftlos werden dürfe, sondern dass sie noch fester zusammengeschweisst, noch enger aneinandergeschlossen die Probleme der Zukunft zu lösen hat. Wenn auf einzelnen dieser Parteitage der Wunsch nach einer Veränderung des Regierungsbildes zum Ausdruck kam, so wurde dann anfang Jänner in einer Sitzung der Landeshauptleute und der Landesparteiobmänner beschlossen, eine Regierungsumbildung vorzunehmen. Diese Regierungsumbildung war einmal notwendig, weil der Herr Ackerbauminister absolut den dezidierten Wunsch geäussert hat, aus der Regierung auszuscheiden.

Wir haben daher in diesen Sitzungen auf Grund der Beschlüsse der Bundesparteileitung ein Verhandlungskomitee nominiert, welches einerseits die Regierungsumbildung vorzubereiten hatte, andererseits aber die Koalitionsverhandlungen mit den Sozialisten einer neuen Revision zu unterziehen hatte.

Der Herr Vizekanzler Dr.Schärf hat sich in einer seiner letzten Reden im Radio endlich einmal eindeutig zur Koalition bekannt. Wir, die Österreichische Volkspartei, haben diese Koalition immer bejaht. Wir haben auch schon in früheren Jahren eindeutig dazu Stellung genommen. Wir wissen, dass auch in Zukunft unser Weg mit den Sozialisten ein gemeinsamer sein muss, und wir wissen, dass die Koalition natürlich nicht nur einseitig den Standpunkt des einen oder des anderen zum vollen Durchbruch bringen kann, sondern dass sie eben auf der Basis des Übereinkommens, der mittleren Linie, geführt werden muss.

Wir haben daher bei den Koalitionsverhandlungen eine Reihe von Problemen angeschnitten und schliesslich darüber hinaus ein Übereinkommen geschlossen. Es wird hier in diesem Saale niemand sein, der glaubt, dass es möglich ist, nunmehr mitten in der Legislaturperiode des Parlamentes die Grenzen, die Kompetenzen der einzelnen Ministerien, die Hauptscheidungslinien zwischen uns und den Sozialisten in den Machtbefugnissen der Regierung zu ändern. Eine Änderung dieser Machtbefugnisse bedeutet naturgemäss Neuwahlen. Wir mussten daher bei den Verhandlungen mit den Sozialisten diese Tatsache als

gegeben vorausetzen und konnten uns nur darauf beschränken, jene Punkte zur Diskussion zu stellen, die eben neuerlich abschlussreif geworden sind.

Die sehr ungünstig beurteilte Regierungsbildung des Jahres 1949, die Aufteilung der Regierungsvollmachten der Bundesregierung - ich will es nicht leugnen - war schliesslich und endlich auch eine Ursache der Uneinigkeit innerhalb unserer Partei, die damals bestanden hatte. Wir können auch gegenüber den Sozialisten nur dann mit Energie und Entschlossenheit auftreten und unsere Forderungen zum Durchbruch bringen, wenn wir eine einheitliche und geschlossene Verhandlungspartner sind. Infolgedessen haben wir auch gegenüber den Sozialisten im Laufe des vergangenen Jahres doch eine Reihe von Erfolgen erzielt. Vor allem einmal ist die Frage, die ja auch schon gestern angeschnitten wurde, in den Verhandlungen sehr oft zur Diskussion gestanden, die kulturellen Forderungen der Partei, endlich einmal parlamentarisch zu entscheiden und zu erledigen. Wir haben daher im Parlament den Antrag gestellt, dass, wenn es parlamentarisch infolge gewisser geistiger Hindernisse in den Vorstellungen der sozialistischen Führer nicht möglich ist, die Entscheidung darüber durch Volksabstimmung in Österreich getroffen werden müsse. Wir können Probleme wie die Ehegesetzgebung und die Schulgesetzgebung nicht dauernd unerledigt lassen, sondern wir müssen in dieser Frage nachdrücklichst auf eine Entscheidung drängen. (Beifall.)

Die Sozialisten haben sich, da sie in den Volksentscheiden ein sehr zweischneidiges Schwert sehen, und die Volksentscheide in der Schweiz nicht immer staatspolitisch ganz einwandfrei günstig waren, bequemt, uns zuzusagen, dass vor allem bezüglich der beiden grossen kulturellen Fragen die Kommissionen schon im Monat Februar zusammenzutreten haben, um/in diesen Fragen unter Beiziehung auch von Vertretern der Kirche in Österreich durch das Parlament eine endgültige definitive Lösung herbeizuführen.

Ich glaube, damit ist ein sehr wichtiger Streitgegenstand, ein sehr bedeutender Streitgegenstand, eine Forderung, die das christliche Volk Österreichs stellt, zur Behandlung gebracht. Es wird dann Aufgabe der Unterhändler sein, in diesen Verhandlungskomitees unseren Standpunkt und unsere Auffassung durchzusetzen.

Wir haben uns dagegen verwahrt, dass in der sozialistischen Presse die Österreichische Volkspartei immer wieder als die Korruptionspartei hingestellt wird. Es haben ja in dieser Frage schon eine Reihe von Abmachungen mit der Sozialistischen Partei bestanden, aber alle diese Abmachungen sind eigentlich auf dem Papier geblieben. Wir haben nun neuerlich in dieser Frage eine Abmachung geschlossen. Die Hoffnung, dass sich auf Grund dieser Abmachung in den Presseerzeugnissen zwischen den beiden Parteien ein annehmbares Verhältnis entwickelt, ist nach meiner Auffassung allerdings gering. Wir werden uns daran halten, wir werden uns aber nicht scheuen zu antworten, wenn von der anderen Seite die diesbezügliche Abmachung gebrochen werden sollte.

Wir haben auch eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialpolitischen Problemen zur Diskussion gestellt. Wir werden nunmehr mit der Koalitionspartei regelmässig Verhandlungen darüber führen, um ein gemeinsames Arbeitsprogramm festzulegen. Die Voraussetzung für diese Zusammenarbeit ist freilich, dass die Verantwortung für jede Entscheidung, die in einem Gesetz oder im Parlament überhaupt getroffen wird, von beiden Parteien gemeinsam zu tragen ist. (Beifall.)

Es gibt keine Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers allein, es gibt nur eine Regierungserklärung der beiden Koalitionsparteien (Zustimmung) , zu der beide Parteien zu stehen haben. (Beifall.)

Wir haben den Sozialisten gegenüber auch die Forderung aufgestellt, dass sie auch den Anlass wahrnehmen müssen und im Rahmen ihrer Partei gewisse Auswechslungen in der Regierung vornehmen sollen. Die Sozialistische Partei hat jedoch aus Prestigegründen diese unsere Forderung abgelehnt. Wir haben natürlich keine Machtmittel in der Hand, sie dazu zu zwingen. Ich glaube aber, die politische Entwicklung im Rahmen ihrer eigenen Partei - nicht unsere Forderung! - wird die Sozialisten, etwas später als uns, zu einer Veränderung ihres Regierungsbildes zwingen.

Wir haben die Voraussetzungen für eine neuerliche Zusammenarbeit in diesem schwierigen Jahre geschaffen. Wir sind der Auffassung, dass die Legislaturperiode des Parlamentes auslaufen soll - nicht unbedingt, nur wenn möglich! Wir müssen daher jederzeit - und das hängt schliesslich mit der ganzen Reorganisation, mit der finanziellen Reorganisation der Partei zusammen - bereit sein und die Partei in einen Zustand bringen, der es ihr ermöglicht, hier in Österreich jederzeit in Wahlen eintreten zu können. Nur so können wir gegenüber den Sozialisten jene Position erreichen, die wir für die Durchsetzung unserer Forderungen und unserer Anschauungen brauchen. Solange wir hinsichtlich einer Wahl Besorgnisse haben müssen, durch Konzessionen die Wahl zu verschieben, ist die Partei nicht in einem kampfbereiten und siegessicheren Zustand. Daher ist die Reorganisation, die finanzielle Kräftigung der Partei eine der wesentlichsten Forderungen, die die Parteileitung an diesen Parteitag zu stellen hat. (Zustimmung.)

Schon in der Frage Starhemberg können wir von unserem Standpunkt, dass Recht Recht bleiben muss, nicht abgehen. (Lebhafter Beifall.) Die "Arbeiter-Zeitung" vom vergangenen Sonntag hat auf der zweiten Seite ihre Meinung ganz gelüftet und uns klar gemacht, welche Konsequenzen für die gesamte bodenständige Bevölkerung eintreten würden, wenn in dieser Rechtsfrage irgend eine nichtrechtliche Konzession gemacht würde. Daher werden wir den Weg in dieser Weise fortsetzen.

Die Reorganisation der Partei, das Leben in der Partei muss in diesem Jahre auf einen Höhepunkt auflaufen, und die Bundesparteileitung wird schon in der nächsten Zeit die Programme der grossen Versammlungstourneen in den einzelnen Bundesländern herausgeben, an denen sich die Mandatare und die Regierungsmitglieder zu beteiligen haben, wobei der Bevölkerung klargemacht werden muss und soll, was diese Partei für ihren Bestand und für die Freiheit jedes einzelnen bedeutet. Ich muss alle diese Bestrebungen anderer Kreise, neben dieser österreichischen Partei politische Zusammenschichtungen zu konstruieren, geradezu als lächerlich bezeichnen; sie setzen in ihren Ausführungen jede Massnahme dieser Partei immer nur herunter, ihre Existenz beruht aber einzig und allein auf der Sicherheit und dem Bestand dieser Österreichischen Volkspartei. (Beifall.) Wo wären alle diese Gründungen, der VdU und die Junge Front, wenn die Österreichische Volkspartei nicht dastünde mit ihrer verantwortungsvollen Politik. Zuerst verlangen sie die Regierungsumbildung, und dann erklären sie, dass wir hier unsere

Fachkräfte abnützen. Sie sind schon längst abgenützt, jene, die in unseren Reihen gestanden sind und die nicht einmal ein Jahrzehnt treu zu den Grundsätzen dieser Partei gehalten haben. (Beifall.)

Die Partei ist daher auf sich allein gestellt. Ich habe auf den Landesparteitagen immer wieder darauf verwiesen, dass es vor allem einmal die Aufgabe der Mandatare und der Funktionäre dieser Partei sein muss, das Selbstbewusstsein dieser Partei zu stärken. Die Klageweiber, die Nörgler und die Kritisierer, die alles besser wissen und selber im Rahmen ihrer Organisation nichts weiterbringen, werden die Zukunft dieses Österreich nicht gestalten, sondern die Opferfreudigen, diejenigen, die nicht um eines Posten, eines Amtes oder eines Geschäftes wegen, sondern aus Idealismus in unsere Partei gegangen sind. (Starker Beifall.)

Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei zu sein ist kein Beruf, ist eine opfervolle Aufgabe. (Neuerlicher Beifall.) Derjenige, der sich der Politik widmen oder seine Kräfte in den Dienst der Öffentlichkeit stellen will, ~~der~~ muss wissen, dass er von tausenden Scheinwerfern beleuchtet ist und dass sein Leben einwandfrei und makelfrei sein muss und dass die Österreichische Volkspartei eine Partei ist, die in dem schwersten Existenzkampf unseres Vaterlandes steht.

Ich werde daher heute auch den Antrag stellen, dass die Bundesparteileitung ermächtigt werden soll, im Rahmen ihrer Befugnisse die Doppelstellungen einzelner Parteifunktionäre einer Revision zu unterziehen. (Starker Beifall.) Die Kräfte der Partei müssen ausgewertet werden. Ich muss noch einmal darauf verweisen; Es ist ganz natürlich, wenn ein Bauer in die Politik geht, dass dann sein Hof vernachlässigt wird, oder dass er sich zumindest viel schwerer tut und die Last, die auf der Bäuerin ruht, viel grösser wird. Es ist richtig, dass der Geschäftsmann, wenn er nicht mehr in seinem Beruf ist, auf vieles in bezug auf die Konkurrenz und auf manches andere verzichten muss, wenn er in die Politik eintritt. Es ist auch richtig, dass der öffentliche Beamte seine Stellung in der Politik nicht zu aussertourlichen Avancements bei den Bezügen benützen kann. Es ist richtig, dass sich derjenige, der sich der Politik hingibt, in erster Linie bewusst sein muss, dass er sein persönliches"ego"zurückstellen muss und dass er in erster Linie unter Einsatz seiner ganzen Kraft und seiner Leistung im Dienste der Allgemeinheit, im Dienste unseres österreichischen Vaterlandes, Opfer bringen und Verzicht leisten muss. (Beifall.)

Wir sind nun sieben Jahre lang ein besetztes Land. Immer wieder erschallt der Ruf nach Freiheit, immer wieder müssen wir die Geduld gerade der Bevölkerung in der niederösterreichischen und burgenländischen Zone sowie in der Nordzone von Oberösterreich bewundern, ihre Standhaftigkeit und das Verständnis für politische Fragen. Wenn mir gestern mit-

geteilt wurde, dass ein Industrieunternehmen in Tirol allein 200 Abonnements der "Österreichischen Zeitung" auf sich genommen hat (Pfui-Rufe!), dann mögen sich diese Leute ein Beispiel an dem einfachen Dorfbürgermeister draussen in Niederösterreich nehmen (starker Beifall), der hier in ungebrochener Zuversicht seine schwere Pflicht für dieses österreichische Vaterland erfüllt und der beste Vertrauensmann der Österreichischen Volkspartei ist und bleibt. Ihm wird es inne und er hat es in seinem Bewusstsein, dass in der Österreichischen Volkspartei die einzige Möglichkeit seiner Zukunft gegeben ist. Daher lassen Sie, meine sehr geehrten Mitarbeiter, im Parlament, in den Landtagen und auch sonst überall das Zersetzende, das Kritisierende sein, stellen Sie das positive Ganze, die grosse historische und politische Leistung dieser Partei in den Vordergrund Ihrer Ausführungen und Ihrer Reden, halten Sie den Optimismus der Bevölkerung wach und sagen Sie ihr, dass nur ein Schwachwerden dieser österreichischen Front, dieses österreichischen Wellenbrechers aus Granit, dieser Österreichischen Volkspartei, den Untergang des Vaterlandes bedeuten würde. Das muss uns zu einer ungeheuer selbstbewussten und siegesbewussten Partei machen, die den Sieg erringen will, die nicht die Voraussetzungen einer Niederlage diskutiert, sondern die entschlossen ist, hier in Österreich in allen Fragen den Vorrang in der Politik, die Führung in der Politik zu halten, weil es ohne Leitung der Österreichischen Volkspartei trotz der Bereitschaft mancher sozialistischer Kreise unrettbar nach abwärts gehen würde.

Wir sind daher eine Volkspartei. Wenn wir, verehrte Frauen und Herren, auf die verschiedenen Schichtungen der Partei Rücksicht zu nehmen haben, wenn es gewisse Auffassungen in dieser oder jener Hinsicht gibt, müssen wir einmal feststellen, dass die bäuerliche Bevölkerung das Hauptkontingent unserer Wählermasse darstellt. Es ist daher die Verpflichtung der Partei, diesem Stand zu geben, was ihm gebührt: die Freiheit seines Besitzes, die Möglichkeit, auf seinem Besitz zu leben, seine sozialpolitische und wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. (Beifall.)

Die Partei hat in den vergangenen Jahren diese Politik vertreten. Sie weiss, was sie an dem Bauerntum in Österreich hat, und sie wird auch in der Zukunft Schutz und Wehr des österreichischen Bauerntums sein.

Wir haben in der Partei auch die Arbeiter und Lohnempfänger des Arbeiter- und Angestelltenbundes. Ich darf darauf verweisen, dass die Partei im Laufe der Entwicklung vor allem auf dem Gebiete des Kollektivvertrages und auf auf allen anderen Gebieten der Sozialpolitik ihre Pflicht erfüllt hat, dass die Partei aber auch vor allem die Verpflichtung hat, die Freiheit der Gesinnung des Arbeiters

auch in den grössten und in den verstaatlichten Industriebetrieben mit der ganzen Kraft ihrer Organisation zu schützen. (Beifall.)

Der Herr Handelsminister hat schon in einer Ansprache darauf verwiesen, dass die wirtschaftliche Gestaltung der heutigen Zeit vielfach nach neuen Formen ringt und neue Erscheinungen bringt, eine neue Verteilung der Rechte und Pflichten. Wir verschliessen uns nicht dieser Entwicklung. Wir lehnen ein Mitverantwortungsrecht des Lohnempfängers an de wirtschaftlichen Geschehen nicht ab. Wir wünschen es sogar. Wir wünschen aber auch das eine, dass nur der betriebseigene Mitarbeiter im Betrieb dieses Recht erhalten soll. (Beifall.)

Es wird daher die Hauptaufgabe unserer Organisation, unserer Partei sein, die Stellung unserer Arbeiterorganisation zu festigen. Der Herr Minister Altenburger hat ja schon unlängst in seinen Ausführungen darauf verwiesen, dass es auch im Gewerkschaftsbund zu einer gewissen Zusammenfassung der uns politisch nahestehenden Gruppen wird kommen müssen.

Auch alle anderen Mittelschichten sind naturgemäss in unseren Reihen. Ich glaube, bei allen Auseinandersetzungen, die es hier gibt, muss es die Verpflichtung unserer Partei sein, jeden Selbständigen soweit als möglich und wie es nur geht in seiner selbständigen Existenz zu erhalten.(Zustimmung.) Hier liegt eine grosse Kraft im Kampfe gegen den Kommunismus. Die Partei hat hier auch in dieser Richtung ihre Pflicht getan.

Wenn in unserer Resolution heute verschiedene Fragen bezüglich einer Erweiterung des sozialpolitischen Programms

unserer Partei enthalten sind, so ist das nur eine Konsequenz der Arbeit dieser Partei. Ich darf darauf verweisen, dass unmittelbar vor Weihnachten unsere Partei im Rahmen ihres Einflusses in der Kammer die Frage der Altersversorgung des alten Meisters ohne ein Jota Hilfe von seiten der Sozialistischen Partei allein einer Lösung zugeführt hat. (Beifall.)

Das Patent der Sozialpolitik liegt nicht auf der anderen Seite allein, sondern Sozialpolitik, getragen vom wirtschaftlichen Können und von der wirtschaftlichen Leistung, muss ausreichend und weitgehend sein, und niemand in dieser Partei wird sich dem verschliessen, auch in Zukunft eine moderne Sozialpolitik zu betreiben.

Ich möchte auch, weil es gestern vergessen wurde, vor allem für die Frauenorganisation hier eine besondere Befürwortung an die Funktionäre der Partei geben. (Beifall.) Ich habe so den Eindruck, dass man hier unsere Frauenorganisation manchmal nicht mit der notwendigen Konsequenz und mit dem notwendigen Eifer vorwärtsbringt und entsprechend unterstützt. Wir haben zwar in den Couverts nicht mehr feststellen können, wieviel Frauen uns gewählt haben, aber ich glaube, bedeutend mehr als Männer. (Beifall bei den weiblichen Delegierten.) Wir müssen daher ~~in~~ dieser Organisation in allen Landesorganisationen, in allen Bezirksorganisationen und auch in den Ortsgruppen draussen Rechnung tragen. Die Frau wird in manche Kreise durch ihre sozial-karitative Tätigkeit hineinkommen können, die wir mit Parteiprogrammen und Parteizeitungen nicht erreichen werden. (Beifall bei den weiblichen Delegierten.)

Wir müssen auch zu einer festen, ansehnlichen Jugendorganisation kommen. (Beifall.) Wir können uns nicht allein auf gewisse Jahrgänge in dieser Partei beschränken. Es muss die Erkenntnis platzgreifen, dass diese österreichische Jugend herangezogen werden muss. Es wird daher die nächste organisatorische Aufgabe dieser Partei sein, den Rahmen dieser Jugendorganisation möglichst weitzuziehen, sie vor allem weniger mit

Tagespolitik oder anderen kurzlebigen politischen Ereignissen abzuspeisen, sondern sie mit den Grundsätzen unserer österreichischen Geschichte, unseres österreichischen Wesens und unserer österreichischen Art vertraut zu machen. (Beifall.)

Auch die Frage unseres Wohlfahrtsdienstes empfehle ich der Beachtung der Landesparteileitungen. Hier ist ja nunmehr eine geordnete und geregelte Organisation geschaffen, die Hilfsdienste und soziale Leistungen für die Partei zu erfüllen hat.

Wir haben daher in dem Politischen Ausschuss eine Resolution über die Grundlagen der Partei beschlossen, die Ihnen nunmehr vorgelegt werden wird. Wir werden den Weg, den wir seit dem Juni gegangen sind, mit Konsequenz fortsetzen. Ich darf doch in Ihrem Namen feststellen, dass dieser Parteitag ein Parteitag der Geschlossenheit und der Einigkeit ist. Man hat soviel kritisiert, War der Parteitag ruhig, war es eine Befehlsausgabe (Heiterkeit), war er nicht ruhig und kritisch, war das ein Zerfallen der Partei - sie mögen sich um uns keine Sorgen machen: Dieser Parteitag ist ein Beweis der Geschlossenheit, der Verantwortungsfreudigkeit und der Einheit dieser Partei. (Lebhafter Beifall.)

Wir gehen mit einem ungeheuren Optimismus an die kommende Arbeit, mit einem grossen, ganz erfüllten Pflichtgefühl, mit dem Bewusstsein und mit der inneren Überzeugung, dass wir den Tag des Friedens und die Freiheit dieses Landes erleben werden und erleben können, wenn hier diese Partei, der Führer und alle zusammen gemeinsam ihre Pflicht erfüllen für dieses österreichische Vaterland.

Es ist über die einzelnen Probleme gestern genug geredet worden, als dass sie heute wiederholt werden müssten. Wir kommen nunmehr langsam und sicher zum Schluss dieses Parteitages. Sie, meine verehrten Frauen und Herren gehen wieder hinaus in die Länder und sagen draussen, dass der Wille dieser Partei ungebrochen ist und dass diese Partei die österreichische Partei ist, die Partei der Zukunft, die Partei der Gestaltung unseres österreichischen Vaterlandes.

Ich glaube, wir müssen alles Egoistische zurückstellen, wir müssen Idealisten im wahrsten Sinne des Wortes sein, Opferer und Geber für unser österreichisches Vaterland. Es fällt uns nicht ein, über die anderen ein kritisches, beschimpfendes oder nörgelndes Wort zu sagen. Es ist für unsere Auffassung massgebend, dass wir hier in Österreich die Hauptverantwortung tragen müssen, immerdar, solange es hier im Rahmen von Europa ein Österreich gibt. (Beifall.) Daher soll dieser Parteitag der Geschlossenheit und Einheit allen anderen sagen, dass hier in Österreich jenes Volk, welches sich vom Gebirgsbauern da droben bis zum Arbeiter in der Industrievorstadt im Gemeindehaus erstreckt, ehrlich beseelt ist von der Grösse des österreichischen Gedankengutes, dass dieses Kernvolk, welches nicht Nutzniesser der Politik sondern Opferer, Geber und Arbeiter in der Politik ist, in Österreich ungebrochen steht und dass seine politische Vertretung hier in Österreich die Partei ist und bleibt, die Rot-Weiss-Rot auf ihre Fahnen geschrieben hat, die Österreichische Volkspartei! (Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Lhptm. I l g: Hoher Bundesparteitag! Den Ausführungen unseres geschäftsführenden Bundesparteiobmannes ist wohl nichts hinzuzufügen als höchstens eines: Er hat eingangs seiner Ausführungen seinen Mitarbeitern gedankt. Dieser Dank wäre unvollständig, wenn wir nicht auch den Dank an seine Person mit einbeziehen würden. (Anhaltender Beifall.) Sie haben durch Ihren Beifall diesen Dank ohne viel Worte

offen bekundet. Ich glaube, in Ihrer aller Namen sagen und der Meinung Ausdruck geben zu können, dass schon der bisherige Verlauf des Bundesparteitages wohl für unseren geschäftsführenden Bundesparteiobmann eine innere Befriedigung darstellen muss, weil er darin auch eine Anerkennung seiner bisherigen erfolgreichen Arbeit sehen kann. (Beifall.)

Wir fahren nun in der Tagesordnung fort. Bevor wir zum nächsten Punkt übergehen, will ich meinem Nachfolger im Präsidium, Herrn Landtagspräsidenten von Niederösterreich, Sassmann, den Vorsitz übergeben.

Vorsitzender Präsident S a s s m a n n: Hoher Bundesparteitag! In Fortsetzung der Tagesordnung kommen wir zu Punkt 13: Wahl: a.) des Bundesparteiobmannes und b.) des Generalsekretärs.

Bundeskanzler Dr.Dipl.Ing. F i g l (mit lebhaftem Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Seit dem Jahre 1945 hatte ich die Funktion des Bundesparteiobmannes der Österreichischen Volkspartei inne. In Verfolg der Aufgaben, die mir aber als Bundeskanzler erwachsen sind, haben wir im Juni vorigen Jahres die Trennung von Staats- und Parteifunktionen durchgeführt. Dieser Zustand kann nun nach den Satzungen der Partei kein dauernder sein. Es muss daher heute ein definitives Präsidium der Partei gewählt werden, und zwar der Bundesparteiobmann und der Generalsekretär. Ich halte an meinem Entschluss vom Juni vergangenen Jahres fest und ebenso mein Freund Hurdes, der auch seit dem Jahre 1945 als Generalsekretär tätig war, dass wir unsere Ämter, die wir auf Grund des Vertrauens, das Sie uns in Salzburg erneut bewiesen haben, innehatten, mit Dank zurücklegen und damit den Weg frei machen für Männer, die voll und ganz für die Parteiführung arbeiten können.

Ich beantrage daher - nachdem wir unsere Mandate zurückgelegt haben - , dass der Hohe Bundesparteitag zum Bundesparteiobmann des bisherigen geschäftsführenden Bundesparteiobmann Julius Raab wählen möge (starker Beifall) und zum Generalsekretär Dr. Maleta. (Erneuter starker Beifall.)

Ich bitte den Vorsitzenden, diese Wahl durchzuführen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident S a s s m a n n : Sehr geehrte Parteifreunde! Es liegt kein weiterer Antrag bezüglich der heute zu wählenden Funktionäre vor.

Um die Durchführung der Wahl in geordnete Bahnen zu lenken, ersuche ich den Vorsitzenden der Wahlkommission, Herrn Präsidenten Dr.Gorbach, hier die weiteren Instruktionen zu geben.

Wahlleiter Präsident Dr. G o r b a c h : Hoher Bundesparteitag! Der Wahlvorgang findet im anschliessenden Zimmer, in dem der Politische Ausschuss tagte, statt. Die Wahlzeit setze ich auf 45 Minuten fest. Es ist jetzt 12 Uhr 10 Minuten. Die Wahlhandlung wird von mir um 12 Uhr 55 Minuten geschlossen werden. Ich bitte die Wahlkommissionen, im Nebenzimmer an ihre Arbeit zu gehen. Die Wahlkommission I ist zuständig für die Wahlkarten von 1 bis 120, die Wahlkommission II für die Wahlkarten 121 bis 240,und für die Wahlkarten von 241 bis 400 ist die Kommission III zuständig. Das Ergebnis der Wahl wird in der Nachmittagsitzung bekanntgegeben werden. Die Wahl findet sofort anschliessend statt. Soweit mir mitgeteilt wurde, wird die Sitzung zu diesem Zwecke nicht unterbrochen. Im übrigen ist es Sache des Vorsitzenden, dies zu verlautbaren.

Vorsitzender Präsident S a s s m a n n : Ich teile mit, dass die Sitzung des Bundesparteitages um 12 Uhr 55 Minuten wieder aufgenommen wird. Ich richte gleichzeitig an die Frauen und Männer den Appell, nach Erfüllung ihrer Wahlpflicht ihre Plätze wiederum einzunehmen, damit die Geschlossenheit des Parteitages auch weiterhin zum Ausdruck kommt.

Somit ist die Sitzung zur Durchführung des Wahlvorganges unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uh 15 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr wiederaufgenommen.)

Vorsitzender LR. Dr. L u g g e r : Wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zum Punkt 14:

Beschlussfassung über die Anträge des Politischen Ausschusses.

Ich bitte den Herrn Generaldirektor Habich um den Bericht in seiner Eigenschaft als Hauptreferent für Finanzen.

Berichterstatter Generaldirektor H a b i c h : Hoher Bundesparteitag! Namens des Politischen Ausschusses erlaube ich mir hinsichtlich der finanziellen Gebarung folgenden A n t r a g zu stellen:

"Im Hinblick auf die ausserordentlichen finanziellen Notwendigkeiten, die die Reform und Reorganisation der Partei mit sich bringt, verpflichtet der Bundesparteitag alle Parteiinstanzen, der Einhebung der Mitgliedsbeiträge sowie der Abfuhr der Ertragsanteile besondere Beachtung beizumessen und ihr regelmässig und termingerecht nachzukommen.

Darüber hinaus soll durch Einhebung einer Kampfspende die finanzielle Leistungskraft der Partei gesteigert werden. Als Richtmass gilt ein zusätzlicher Monatsbeitrag von einem Schilling, der möglichst für jeden Wähler, mindestens aber für jedes Mitglied eingebracht werden soll. Selbstverständlich wird bei der Umlegung dieser Kampfspende auf den einzelnen auf seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gebührend Rücksicht zu nehmen sein."

Ich erlaube mir, an alle Funktionäre der Partei den dringenden Appell zu richten, dieser Aufforderung nachzukommen und alles daranzusetzen, dass wirklich die Parteibeiträge rechtzeitig eingehoben und abgeführt werden. Bisher ist es so, dass das Inkasso nicht sehr klappt. Ich würde wirklich sehr,

sehr bitten, wenn wir die finanzielle Gebarung der Partei in Ordnung bringen wollen, auch diesem Gebiete wirklich Ihr Augenmerk zuzuwenden. (Beifall.)

Vorsitzender Landesrat Dr. L u g g e r : Sie haben den Antrag des Finanzreferenten gehört. Ich eröffne hierüber die Debatte. Wünscht jemand das Wort hiezu? (Niemand meldet sich.) Wenn dies nicht der Fall ist, so bringe ich den Antrag zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich stelle 2 Stimmen dagegen fest. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zu einem weiteren Antrag. Ich bitte den Herrn Geschäftsführenden Obmann Minister Raab, das Wort zu nehmen.

Berichterstatter Gf.Bundesparteiobmann Min.a.D.NR.Ing.R a a b
Hoher Bundesparteitag! Ich stelle namens des politischen Ausschusses den Antrag - ich habe ihn in meinen Ausführungen schon angekündigt - , folgenden Beschluss anzunenmen:

„Beschluss, betreffend die Kumulierung von Mandaten:

1. Grundsätzlich soll kein Vertreter der Österreichischen Volkspartei mehr als ein politisches und ein wirtschaftliches Mandat bzw. überhaupt mehr als zwei Mandate in seiner Person vereinigen. (Beifall.)

2. Es ist Aufgabe jeder Landesparteileitung, dafür zu sorgen, dass dieser Grundsatz eingehalten wird, und selbst allfällig notwendige Massnahmen zur Abänderung widersprechender Zustände zu unternehmen.

3. Erachtet eine Landesparteileitung es aus politischen oder anderen zwingenden Gründen für notwendig, von dem obenstehenden Grundsatz abzugehen, so ist sie verpflichtet, einen diesbezüglichen Beschluss zu fassen und ihn mit ausführlicher Begründung der Bundesparteileitung zur Genehmigung vorzulegen.

4. Unbeschadet der Verpflichtung des Punktes 3 werden die Landesparteileitungen der Bundesparteileitung zweimal jährlich, d.i.zum 1.1. und 1.7., ein Verzeichnis jener Mandatare vorlegen, die neben ihrem politischen Mandat noch eine oder mehrere wirtschaftliche Funktionen ausüben."

Ich bitte diesen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender LR. Dr.L u g g e r : Sie haben den Antrag gehört. Ich eröffne hierüber die Debatte. Wünscht jemand das Wort hiezu? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, ist die Debatte geschlossen und ich bringe den Antrag zur Abstimmung. (Abstimmung und Gegen-

probe.) Ich stelle die Annahme gegen zwei Stimmen fest.

Wir fahren in der Behandlung des 14.Punktes der Tagesordnung fort. Ich bitte den Herrn Schriftführer, Generalsekretär Dr.Maleta um das Wort.

Schriftführer Gf.Generalsekretär NR. Dr.Maleta: Hoher Bundesparteitag! Aus den Kreisen unserer Mitarbeiter und Funktionäre wurde immer wieder der Wunsch geäussert, dass unser Parteiprogramm in eine kurze Fassung gebracht werde, damit es draussen auch publizistisch und propagandistisch besser verwertet werden könne.

Die Bundesparteileitung hat daher ein Kurzprogramm entworfen, das hier fertig vorliegt, das alle wesentlichen Punkte beinhaltet und das an sämtliche Stellen der Partei und an alle Funktionäre ausgegeben wird.

Darüber hinaus hat der Politische Ausschuss alle Anträge und die Vorschläge des Expertenkomitees durchberaten und durchgearbeitet und hat die wichtigsten Gesichtspunkte in eine Resolution zusammengefasst, die ich nunmehr zur Verlesung bringe:

"Unerwartet wurde im vergangenen Jahr unser Volk mitten in der Bewältigung schwieriger wirtschaftlicher und politischer Probleme zum ersten Mal in seiner Geschichte zur Wahl seines Staatsoberhauptes aufgerufen. Die in jeder Nachkriegszeit auftretende Not, die Schwierigkeit, sich rasch den geänderten Lebensverhältnissen anzupassen, die schweren Erschütterungen, die der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Moral und selbst dem Familienleben widerfahren sind, beeinflussten die sonst unserem Volk naturgegebene Sicherheit des Urteils. Trotz namhafter Erfolge in beiden Wahlgängen in Einzelgebieten blieb unserem Kandidaten, obwohl niemand seine Integrität und Eignung bestritt, der Endsieg

verwehrt. Die Uneinigkeit der nichtmarxistischen Kreise liess die vereinigten Sozialisten und Kommunisten einen billigen Vorsprung erringen, nicht zuletzt durch eine beträchtliche Zahl von Nichtwählern, bzw. von leeren Stimmen!

Diesen Rückschlag unserer Bewegung nahmen unsere Vertrauensleute und Mitarbeiter zum Anlass, um nach energischen Reformmassnahmen zu rufen.

Die gesamte Parteiführung, von den Ortsparteileitungen über die Landesparteileitungen bis zur Bundesparteileitung, nahm diese Parole auf. Und seit acht Monaten ist der gesamte Parteiapparat im Zustand der Reorganisation begriffen.

Den Zeitpunkt und das Ausmass der Veränderungen, insbesondere jene personeller Natur, liess sich die Parteiführung jedoch von niemandem - am allerwenigsten von Aussenstehenden - aufoktroyieren. Das Gesetz des Handels lag und liegt ausschliesslich bei den zuständigen Parteiinstanzen.

Sie bestimmten im Sommer vergangenen Jahres, dass Regierungs- und Parteiämter zu trennen sind, sie setzten den geschäftsführenden Bundesparteiobmann und den geschäftsführenden Generalsekretär ein und sie bestimmten Zeitpunkt und Ausmass der eben durchgeführten Regierungsumbildung. All diese Massnahmen und der gegenwärtige Parteitag selbst sind ein Zeichen des unbeugsamen Lebenswillens unserer Partei und ihrer Befähigung, alle Probleme, die der Lauf der Zeit an sie heranträgt, zu meistern. In diesem Gefühl der absoluten Sicherheit geht sie daher auch an die nächsten Aufgaben, die der Gesetzgebung und Verwaltung in unmittelbarer Zukunft gestellt sind: Die drückendste Sorge unseres Volkes ist es, die Wiederherstellung seiner Souveränität zu erlangen.

Die ÖVP appelliert daher an das Weltgewissen und fordert alle moralischen und politischen Mächte der Welt auf, sich für den ehesten Abschluss des Staatsvertrages einzusetzen, und verlangt, dass unverzüglich alle unsere Mitbürger, die noch in Kriegsgefangenschaft oder Zwangsarbeitslagern gehalten

werden, in ihre Heimat zurückkehren können. Österreich will in einem neuen, geeinigten und friedlichen Europa im Sinne seiner historischen Mission sich entfalten und der Welt dienen können.

Die österreichische Innenpolitik war in den letzten Monaten von der Gefahr überschattet, dass unsere Bevölkerung den Glauben an die Republik als Rechtsstaat, an die Rechtssicherheit und an die Objektivität im Verwaltung und Rechtssprechung verlieren könnte. Die ÖVP erwartet daher von der Regierung, insbesondere von den zuständigen Ressortministern, dass sie alles tun, um diesen Glauben wiederum zu rechtfertigen und zu stärken.

Sie fordert daher die berechtigte Erfüllung der Wiedergutmachungsansprüche der politisch Verfolgten und die Fortsetzung des Abbaues aller Ausnahmegesetze für ehemalige Mitglieder der NSDAP, um endlich zu einer Atmosphäre echter innerer Befriedigung zu gelangen, sie fordert daher von ihren Gegnern auch die Eindämmung des politischen Kampfes und lehnt alle Formen seiner Entartung, insbesondere die der Beschimpfung, Verdächtigung und Verleumdung des politischen Gegners ab.

Die ÖVP misst den erforderlichen kulturpolitischen Gesetzen besondere Vordringlichkeit zu.

Sie verlangt, dass die Ehegesetzgebung ehestens so geregelt werden, dass die Brautleute nach freier Wahl im Sinne der verfassungsmässig verankerten Gewissensfreiheit ihre Eheschliessung vor ihrem Seelsorger mit vollen staatlichen Rechts-

wirkungen vornehmen können.(Beifall.)

Sie unterstützt die Bestrebungen zur Erneuerung unseres Familienrechtes, erwartet aber, dass dieser die Neuordnung in der Ehegesetzgebung vorausgeht, dass die Neuordnung alle familienzerstörenden Tendenzen ausschaltet und aus der nationalsozialistischen Zeit herrührende Gesetze beseitigt. Mit Bedauern stellt der Bundesparteitag fest, dass es das Parlament bisher unterlassen hat, die so dringend erforderlichen Schulgesetze zu beschliessen. Er fordert daher die endliche Baratung und Gesetzwerdung der diesbezüglichen Entwürfe.

Der Familie kommt für den Staat eine so grundlegende Bedeutung zu, dass auch die Sozial- und Wirtschaftspolitik auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet werden muss. Die Österreichische Volkspartei verlangt daher die Ausdehnung der Kinderbeihilfe auf bestimmte Gruppe von wirtschaftlich Selbständigen mit geringem Einkommen und in weiterer Folge eine umfassende Familienhilfe.

Bei der unaufschiebbaren Gesamtrevision der Sozialversicherung werden die Mängel zu beseitigen sein, die die Krankenkassen dauernd zum Gegenstand der allgemeinen Kritik gemacht haben, soll nicht ein an sich gesunder und wertvoller Bestandteil unserer Sozialpolitik einen unheilbaren Schaden erleiden. Neben der Sicherung der Interessen der Versicherten wird unter allen Umständen für die Aufrechterhaltung eines freien Ärztestandes gesorgt werden müssen. Aus diesem Grunde und um die individuelle Behandlung der Patienten zu gewährleisten, lehnt die Österreichische Volkspartei die Errichtung unnötiger Krankenkassenambulatorien ab. (Beifall.)

Darüber hinaus ist die rasche Verabschiedung wichtiger sozialpolitischer Gesetze, so z.B. für die Heimarbeiter und Hausgehilfinnen sowie betreffend die Regelung der Arbeitszeit erforderlich. Ferner sind die Landarbeiterkammer als Vertreter einer grossen Arbeitnehmergruppe gleichberechtigt den anderen Kammern allen wirtschaftspolitischen Beratungen beizuziehen.

Einer besonderen Befürsorgung bedürfen jene Volksdeutschen, die aus ihrer ehemals österreichischen Heimat vertrieben worden sind und naturgemäss in dem nun kleineren Österreich Zuflucht gesucht haben. Ein zentrales Finanzierungsinstitut, eine eigene Bundeszentralbehörde soll für sie geschaffen werden. Ihre rechtliche Gleichstellung, ihre Einbürgerung und die Sicherung ihrer Existenz sind ein unabweisbares Erfordernis der Menschlichkeit und der historischen Verbundenheit.

Im Hinblick auf die Beendigung der ERP-Hilfe wird die nächste Zukunft von unserer Wirtschaft die Anspannung aller aufbauwilligen Kräfte in einem noch weit höheren Mass erfordern, als dies bisher der Fall war. Die Umbildung der Regierung erfolgte unter diesem Gesichtspunkt. Die Österreichische Volkspartei hat in die Wirtschaftsministerien abermals fachkundige Personen entsendet, von denen erwartet werden kann, dass sie die besonderen Aufgaben, die es auf diesem Gebiet zu lösen gibt, zu bewältigen wissen.

Die Fortsetzung der Preissenkungsaktion, die Steuervereinfachung und Steuererleichterung, die Behebung ungeheuerlicher Härten, die Revision der Steuerprogression zugunsten des Mittelstandes, die Sicherung der Vollbeschäftigung, die Steigerung der Wohnraumbeschaffung, die besondere Förderung der Schaffung von Eigenheimen (Siedlungs- und Wohnungseigentumsbewegung) sind unabweisliche Forderungen einer günstigen Wirtschaftsgestaltung. Die Partei hat gerade diesen Aufgaben durch Berufung des Generalsekretärs des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes zum Staatssekretär für das Bauwesen in besonderem Mass Beachtung gewidmet.

Schutz der landwirtschaftlichen Produktion und ihre weitere nachhaltige Steigerung, Festigung des österreichischen Bauerntums und Bekämpfung der Landflucht sind gleichfalls unbedingt notwendige Voraussetzungen für die Fortsetzung und Vollendung des wirtschaftlichen Aufbaues.

Der Ausbau unserer Energiewirtschaft aus eigenen Mitteln erfordert die Erlassung eines Bundeslastverteilergesetzes als Grundgesetz und ein Entschädigungsgesetz zum 2. Verstaatlichungsgesetz.

Für unsere wirtschaftlichen Massnahmen müssen einer günstigen Gestaltung der Zukunft gelten: der wertvollste und bedeutendste Faktor unserer Zukunft ist unsere Jugend. Neben den schon erwähnten wichtigen Schulgesetzen muss für eine die künftige Existenz sichernde Gestaltung der Jugendbeschäftigung Vorsorge getroffen werden.

Die Bundesjugendführung der Österreichischen Volkspartei wird in Kürze einen wohlfundierten Jugendbeschäftigungsplan den zuständigen Stellen und der Öffentlichkeit übergeben. Die Österreichische Volkspartei verlangt zu seiner Verwirklichung die volle Unterstützung aller staatlichen und Berufsvertretungskörperschaften.

Um alle diese Aufgaben bewältigen zu können, wird die Österreichische Volkspartei alle ihre Kräfte zusammenfassen müssen, um die Schlagkraft der Partei auf das höchstmögliche Mass zu steigern.

Unbeschadet der Anerkennung der Bünde als geschichtlich gegebene und notwendige Faktoren wird der Primat der Partei rückhaltlos bejaht und betont. Es gibt keine Sonderinteressen der Bünde, die nicht ein Interesse der Partei wären, es gibt kein Interesse der Partei, dessen Wahrung nicht auch den Bünden zugute käme.

Die Österreichische Volkspartei ist sicher, dass sie mit Gottes Hilfe alle ihre Aufgaben zum Wohl von Volk und Staat lösen wird. Der ausserordentliche Bundesparteitag dankt allen, die sich bisher in ihren Dienst gestellt, besonders jenen, die die Bürde schwerer Staatsämter auf sich geladen haben. Mutig und unverdrossen gehen wir alle Mann für Mann an unsere Aufgaben.

In unseren Reihen steht - allen Gegnern zum Trotz - das gesamte nichtmarxistische Volk von Österreich, vereint und einig im Kampf um Freiheit und Friede, Weltgeltung und Wohlstand!"

Hoher Bundesparteitag! Das ist der Wortlaut der Resolution, die ich hiemit zur Annahme empfehle. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender LR. Dr.L u g g e r : Sie haben die Resolution gehört; sie steht zur Debatte. Wünscht jemand hiezu das Wort?

Bundesrat G r o s s a u e r : Vielleicht kann ich vom Platz aus sprechen.

Vorsitzender LR. Dr.L u g g e r : Es wird besser sein, wenn Sie heraufkommen.

Bundesrat G r o s s a u e r : Hoher Bundesparteitag! Ich möchte auf der Seite 1 der Resolution eine Abänderung in Erwägung stellen. Es heisst dort: "Diesen Rückschlag unserer Bewegung..." Wir sind der Meinung, dass wir bei der Wahl keinen Rückschlag erlitten haben. Ich stelle zur Erwägung, diesen Satz abzuändern, indem wir feststellen: "Den Ausgang dieser Wahl....usw."

Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, über meine Bedenken die Debatte zu eröffnen und dann abstimmen zu lassen.

Vorsitzender LR. Dr.L u g g e r : Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Dann darf ich

den Herrn Berichterstatter um das Schlusswort bitten zu dieser konkreten Anregung des Herrn Bundesrates Grossauer.

Berichterstatter Gf.Generalsekretär NR. Dr.M a l e t a : Wir werden das berücksichtigen.

Vorsitzender LR. Dr.L u g g e r : Ich möchte diese konkrete Anregung als Antrag aufgreifen. Es soll auf Seite 1 der Entschliessung im zweiten Absatz nicht mehr heissen: "Diesen Rückschlag unserer Bewegung...", sondern "Den Ausgang dieser Wahl..."

Wer mit der Entschliessung in dieser Fassung einverstanden ist, bitte ich die Hand zu erheben. (Abstimmung und Gegenprobe.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Univ.Prof. NR. Dr.G s c h n i t z e r (zur Geschäftsordnung): Ich dachte, dass gegenwärtig nur über den ersten Punkt abgestimmt wird. Bitte ich bringe folgenden Antrag zu der Abstimmung...

Vorsitzender LR. Dr.L u g g e r : Ist der Bundesparteitag mit der Aufnahme der Debatte zur Entschliessung einverstanden? Ich bitte die Hand zu erheben. (Abstimmung und Gegenprobe.) Die Debatte ist wieder aufgenommen.

Univ.Prof. NR. Dr.G s c h n i t z e r : In der Entschliessung ist, glaube ich, etwas Wichtiges übersehen worden. Es ist, soviel ich jetzt gehört habe, kein Wort über die Wissenschaft und vor allem kein Wort über unseren wissenschaftlichen Nachwuchs und über die akademische Jugend darin enthalten. Das kann wohl nicht die Absicht des Bundesparteitages sein. Und wenn ich auch mit dieser Anregung sehr spät dran bin, so kommt es mir doch vor, dass es zweckmässig wäre, die Einfügung eines diesbezüglichen Satzes in Erwägung zu ziehen.

Vorsitzender LR. Dr.L u g g e r : Ich mache den Vorschlag, da s im Einvernehmen zwischen Generalsekretariat und Herrn Nationalrat Dr.Gschnitzer ein entsprechender Satz in die Entschliessung aufgenommen werde.

Wer ist damit einverstanden? (Abstimmung und Gegenprobe.) Einstimmig angenommen.

Wünscht sonst noch jemand das Wort ? (Niemand meldet sich.) Da dies nicht der Fall ist, darf ich dem Herrn Wahlleiter Präsidenten Dr.Gorbach das Wort erteilen.

Nationalratspräsident Dr.G o r b a c h : Es ist mir eine grosse Genugtuung, Ihnen das Ergebnis der Wahl,das ein neuerlicher Beweis der Einmütigkeit und Geschlossenheit unserer heutigen und gestrigen Vo handlungen ist, mitzuteilen.

Insgesamt wurden 309 Stimmen abgegeben. Hievon entfielen auf Ing.Raab als Bundesparteiobmann 293 Stimmen. (Anhaltender starker Beifall.) Die übrigen Stimmen teilen sich auf insgesamt fünf andere Personen auf.

Für Dr.Maleta als Generalsekretär wurden 290 von 309 Stimmen abgegeben. (Neuerlicher starker Beifall.) Die übrigen Stimmen teilen sich auf zwei Herren auf, vier Stimmzettel waren leer.

Vorsitzender LR. Dr. L u g g e r : Sie haben den Bericht des Wahlleiters gehört. Ich darf im Namen des Bundesparteitages unserem Bundesparteiobmann Minister Raab und dem Generalsekretär Nationalrat Maleta die herzlichsten Glückwünsche aussprechen. (Neuerlicher starker Beifall.) Möge der Herrgott Eure Arbeit für die Einheit und Freiheit unseres Österreich segnen. (Beifall.)

Ich übergebe dem Bundesparteiobmann den Vorsitz.

Bundesparteiobmann Minister a.D.NR.Ing.R a a b : Hoher Bundesparteitag! Ich erlaube mir sowohl in meinem Namen als auch im Namen des Herrn Generalsekretärs für das Vertrauen, das Sie uns durch diese Wahl bekundet haben, unseren aufrichtigsten und ehrlichsten Dank zu sagen.

Die grosse Majorität der abgegebenen Stimmen bedeutet für uns eine erhöhte Verpflichtung, für diese Partei alles einzusetzen und zu geben. Wir wollen Ihnen versprechen, dass wir jederzeit unsere Pflicht erfüllen werden und dass wir gewillt und entschlossen sind, dem Vertrauen, das Sie uns heute ausgesprochen haben, voll und ganz gerecht zu werden.

Sie haben aus der Arbeit des vergangenen Jahres entnommen, dass unsere Absichten und unsere Pläne einzig und allein der grossen Sache dienen; wir wollen wahrhaftige Arbeiter und schöpfende Kräfte im Dienste der Partei sein und diese grosse, hohe, historische, soziale und wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Wir geloben, diesen unseren Weg in ehrlicher und aufrichtiger Pflichterfüllung fortzusetzen.

Ich nehme auch die Gelegenheit wahr, den Mitarbeitern im Generalsekretariat, vor allem dem Herrn Generalsekretär-Stellvertreter Scheidl, dann dem gewählten Referenten, den Herrn Staatssekretär Graf und Nationalrat Altenburger, für die mit uns zusammen geleistete Arbeit unseren Dank zu sagen. (Beifall.)

Auch allen übrigen Referenten, die sich der Partei zur Verfügung gestellt haben, besonders dem Finanzreferenten, gilt unser heutiger Dank. (Beifall.) Wir sind nun aus den Erschwernissen unserer finanziellen Lage doch etwas herausgekommen, und es geht bergauf. Ich hoffe, dass es auch in diesem Jahr gelingen wird, diese Frage ~~der~~ zugunsten der Partei zu lösen.

Ich danke auch dem Personal des Generalsekretariates, allen Mitarbeitern, Angestellten und Arbeitern für ihre Pflichterfüllung. Ich danke auch den Landesparteisekretariaten, allen Organisationen draussen in Stadt und Land, welche in diesem Jahr bei der Vorbereitung der Bezirksparteitage und Landesparteitage voll und ganz ihre Pflicht erfüllt haben.

Und ich darf ~~danke~~ nicht zuletzt auch Ihnen Dank sagen, meine sehr verehrten Delegierten des heutigen Bundesparteitages, die Sie diesen Bundesparteitag würdig gestaltet haben zu einem Parteitag der Geschlossenheit und der Einheit. Die Politik der Partei muss in Zukunft sein: die Tore weit aufzutun und alles, was österreichisch denkt und fühlt, in dieser Partei zusammenzuschliessen!

Ich möchte am Schlusse meiner Ausführungen, bevor wir zum Schluss des Parteitages kommen, noch einmal meinen Appell an die Jugend wiederholen. Wir müssen die Jugend zur Mitarbeit rufen. Ich habe schon auf dem Parteitag in Graz darauf verwiesen, dass gerade der Heimkehrer, der Soldat, der vielleicht im Dienste einer Macht seine Pflicht erfüllt hat, immer von uns geachtet werden muss (Zustimmung), nicht wegen des Zweckes seiner Aufgabe, sondern wegen seiner Pflichterfüllung. (Starker Beifall.)

Wenn gerade diese Kräfte des Volkes seinerzeit mit Waffen hantiert haben, um Menschenleben und Werte der Menschheit zu zerstören, so laden wir sie ein, nunmehr ihre geistigen Waffen uns für die Verteidigung unseres Vaterlandes zur Verfügung zu stellen.

Ich glaube, wir können mit dem Ablauf und den Ergebnissen dieses Parteitages zufrieden sein. Es gilt, sie nun auszuwerten. Es gilt, draussen in allen Städten und Dörfern die Fahne dieser Partei hochzuziehen, an das Volk heranzukommen, die Schwierigkeiten aufzuzeigen und den Willen kundzutun, dass wir Österreich, dass wir Österreichs Volk aus dieser schweren Zeit herausführen wollen.

Ich habe es oftmals in vielen Reden dargetan, dass es doch Gottes Fügung sein muss, dass dieses Land im Gegensatz zu allen anderen einzig und allein als Ausnahme mit einer Regierung beschenkt wurde, deren Hoheitsgebiet - unser Bundesgebiet - hineinragt in die beiden grossen Weltzonen Ost und West, dass kein Land der Welt sonst in diese gesonderte, bestimmt nicht leichte, ehrende, oft verzweifelnde, aber immer zu bezwingende Situation hineingekommen ist wie dieses Österreich, dass es ein Schicksal für dieses Land ist, dass die Männer in dieser Regierung es verstanden haben, in diesen vielen Jahren schwerer Belastung die Einheit des Vaterlandes aufrechtzuerhalten, dass es hier bei uns in der Österreichischen Volkspartei kein Ostösterreich und kein Westösterreich, dass es hier nur ein Österreich, ein geschlossenes und einheitliches Österreich gibt, das sich da wie eine Klammer einfügt zwischen Ost und West, das sich anklammert an die Berge unserer Heimat, an die festen Fundamente unseres Volkscharakters, die unser österreichisches Volk besitzt.

Wir haben daher eine schwere und grosse historische Mission zu erfüllen. Ich appelliere noch einmal an das Selbstbewusstsein dieser Partei und ihrer Träger: In allen Erörterungen in der Öffentlichkeit, in der Presse, in allen Schriften und Reden draussen, überall, in allen Enunziationen zu beachten: Seien wir zusammengeschweisst, seien wir wirklich so wie in der Vergangenheit ein Wellenbrecher gegen den Kommunismus! Diesen Wellenbrecher zu erhöhen, zu verstärken, zu festigen ist die Aufgabe dieser Partei!

Damit gehen wir in die Zukunft mit dem festen Willen: An die Arbeit, an die Pflichterfüllung, an das Opfer für dieses Vaterland Österreich! Alles für die Freiheit unseres österreichischen Vaterlandes!

Der ausserordentliche Bundesparteitag ist geschlossen.

(Starker, lang anhaltender Beifall.)

Schluss des Parteitages um 13 Uhr 40 Minuten.